

Stadtgeschichte

Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins
Jahrbuch 2005



Im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins herausgegeben
von Markus Cottin, Henning Steinführer und Volker Titel

Das Jahrbuch ist eine Folgepublikation der Halbjahresschrift
»Stadtgeschichte« des Leipziger Geschichtsvereins e. V.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Impressum

Herausgeber: Markus Cottin, Henning Steinführer und Volker Titel
im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins e. V.

Anschrift der Redaktion:

Leipziger Geschichtsverein e. V., Redaktion Stadtgeschichte, Markt 1, 04109 Leipzig,
Fax: 0 12 12/5 32 50 40 19, e-mail: vorstand@leipziger-geschichtsverein.de

Beitragsmanuskripte, Leserzuschriften und Rezensionsexemplare senden Sie bitte an
die Redaktion, für unverlangt eingesandte Manuskripte kann jedoch keine Haftung
übernommen werden. Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Die Stadtgeschichte erscheint jährlich. Einzelpreis: 15 €, Abonnementpreis incl.
Versandkosten 13 € (für Mitglieder des Vereins frei).

ISSN 1437-8604

ISBN 3-934544-82-7

Alle Rechte vorbehalten

© Sax-Verlag, Beucha 2006

Umschlaggestaltung: Druck- & Verlagsservice Birgit Röhling

Herstellung: PögeDruck Leipzig-Mölkau

Printed in Germany

Inhalt

Editorial	5
Autorenverzeichnis und Abbildungsnachweis	6

BEITRÄGE, BERICHTE UND MISZELLEN

<i>Henning Steinführer/Volker Titel:</i> Tausend Jahre Leipzig – ein Stadtjubiläum wirft seine Schatten voraus	7
<i>Sebastian Kusche:</i> Ritual versus Disziplin. Wie die Fastnacht in Leipzig verschwand	11
<i>Ludwig Stockinger:</i> Friedrich Schiller und Leipzig	29
<i>Romy Rölicke:</i> Die Eröffnungs- und Jubiläumsfeiern der Leipzig-Dresdner Eisenbahn	47
<i>Anett Müller:</i> Das städtische Bauamt in Leipzig und seine Leiter (1851–1896) Aufgaben, Strukturen und Kompetenzen	65
<i>Andreas Thüsing:</i> Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Leipzig 1945–1950	99
<i>Hans-Christian Herrmann:</i> Leipzig in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR	117
<i>Ilona Petzold:</i> Ernst Rietschel und sein Denkmal für Albrecht Daniel Thaer	141
<i>Mathis Nitzsche:</i> Die Kleine Funkenburg in Leipzig. Zur Frage ihres Denkmalwertes	147
<i>Doris Mundus:</i> Die neue Dauerausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig – ein Rundgang – Was nicht im Katalog steht –	161

<i>Thomas Töpfer:</i> Fürst und Hof im Reformationsjahrhundert Neuerscheinungen zu Kurfürst Moritz von Sachsen	181
--	-----

PERSONALIA

<i>Doris Mundus:</i> Klaus Sohl zum siebzigsten Geburtstag	187
<i>Enno Bünz:</i> Handelswaren, Handelswege, Handelsherren. Manfred Straubes Forschungen, zusammengestellt anlässlich seines 75. Geburtstages	191
<i>Wolfgang Schröder:</i> Rolf Weber (4. März 1930 – 2. August 2004)	201
<i>Henning Steinführer:</i> Landesgeschichte und Archivwissenschaft. Schriftenverzeichnis Manfred Unger	205
<i>Doris Mundus:</i> Hermine Rosenkranz zum Gedenken	217

REZENSIONEN

Altzelle. Zisterzienserabtei in Mitteldeutschland und Hauskloster der Wettiner. Hrsg. <i>Martina Schattkowsky</i> und <i>André Thieme</i> (Henning Steinführer)	219
<i>Anne-Katrin Köhler:</i> Geschichte des Klosters Nimbschen. Von der Gründung 1243 bis zu seinem Ende 1536/1542 (Markus Cottin)	222
<i>Henning Steinführer:</i> Die Leipziger Ratsbücher 1466–1500. Forschung und Edition (Beate Kusche)	225
<i>Susanne Schötz:</i> Handelsfrauen in Leipzig. Zur Geschichte von Arbeit und Geschlecht in der Neuzeit (Uwe Schirmer)	228
Witwenschaft in der Frühen Neuzeit. Hrsg. von <i>Martina Schattkowsky</i> (Henning Steinführer)	231
Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hrsg. <i>Sabine Gillmann</i> und <i>Hans Mommsen</i> (Werner Bramke)	234
Mein Stadtteil. Der Leipziger Westen für Grundschulkinder. Hrsg. <i>Lindenauer Stadtteilverein</i> (Markus Cottin)	238
Archäologie und Architektur. Das frühe Leipzig Hrsg. <i>Wolfgang Hocquél; Kulturstiftung Leipzig</i> (Gerhard Graf)	239

Editorial

Liebe Mitglieder des Leipziger Geschichtsvereins, liebe Leserinnen und Leser,

ein weiteres Mal gibt es für die seit 1999 bestehende »Stadtgeschichte« eine wichtige Veränderung: Sie erscheint nun als Jahrbuch. Wir glauben, dass dadurch die in ihr enthaltenden Beiträge sowie die Publikation insgesamt eine Aufwertung erfahren. Es wird sich, so hoffen wir, die Möglichkeit verbessern, den Leipziger Geschichtsverein über den Mitgliederkreis hinaus in das Bewusstsein der historischen Forschung und generell der an Leipzig interessierten Personen zu bringen.

Dennoch soll der Charakter der »Stadtgeschichte« als Zeitschrift auch von und für Mitglieder des Vereins erhalten bleiben: Wir laden Sie herzlich ein, durch Vorschläge und eigene Beiträge das neue Jahrbuch mitzugestalten.

An dem Konzept, ein breites thematisches Spektrum zu berücksichtigen, halten wir fest, auch die Länge der einzelnen Beiträge wird – je nach Fragestellung und Umsetzung – variieren können. Es gibt jetzt mehr Raum für längere Abhandlungen; Berichte, Miszellen und »Zwischenrufe« wird es aber weiterhin geben. Neben der Darstellung historischer Ereignisse und Entwicklungen geht es hierbei auch darum, gegenwärtige Diskussionen zum Umgang mit Geschichte in Leipzig aufzugreifen und zu bereichern.

Im Gegensatz zum bisherigen Konzept verzichtet die »Stadtgeschichte« künftig auf kurzfristige Vereinsmitteilungen wie Rechenschaftsberichte und Veranstaltungskündigungen. Hierfür bieten Mitteilungsblätter und die Website des Geschichtsvereins die geeigneteren, weil aktuelleren Informationsmöglichkeiten.

Jahr für Jahr entstehen zahlreiche und vielfältige Bücher zur Geschichte Leipzigs und Sachsens. Die bisherige Praxis, ausgewählte Titel vorzustellen, wollen wir ausweiten. Insbesondere hierfür erbitten wir Ihre Mitarbeit: Beobachten Sie den Markt der Neuerscheinungen, schlagen Sie uns Bücher zur Besprechung vor und verfassen Sie selbst Rezensionen. Seien Sie dabei kritisch – die Vielzahl der Neuerscheinungen bedarf nicht nur der Ankündigung, sondern ebenso der ausgewogenen Bewertung.

Die Etablierung eines »Jahrbuchs des Leipziger Geschichtsvereins« sollte genutzt werden, um die Aktivitäten unseres Vereins im Umfeld des großen Stadtjubiläums zu begleiten und zu unterstützen. Lesen hierzu bitte auch den Aufruf auf den folgenden Seiten.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante Lektüre und möglichst fruchtbare Anregungen für eine gemeinsame Beschäftigung mit der Geschichte der Stadt Leipzig.

Markus Cottin, Henning Steinführer und Volker Titel

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Enno Bünz, Universität Leipzig, Historisches Seminar
Dr. Hans-Christian Herrmann, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
Sebastian Kusche M. A., Universität Leipzig, Historisches Seminar
Dr. Anett Müller, Stadtarchiv Leipzig
Doris Mundus, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig
Mathis Nitzsche M. A., Kunsthistoriker, Leipzig
Dr. Ilona Petzold, Amt für Bauordnung und Denkmalpflege Leipzig
Romy Rölicke, M. A., Stadtgeschichtliches Museum Leipzig
Prof. Dr. Wolfgang Schröder, Taucha
Dr. Henning Steinführer, Universität Leipzig, Historisches Seminar
Prof. Dr. Ludwig Stockinger, Universität Leipzig, Institut für Germanistik
Dr. Volker Titel, Universität Erlangen-Nürnberg, Buchwissenschaft
Thomas Töpfer M. A., Universität Leipzig, Historisches Seminar

Abbildungsverzeichnis

Titelbild: Sax-Verlag, vgl. dazu den Beitrag von Ludwig Stockinger.
S. 51, 52, 55: Stadtgeschichtliches Museum
S. 58 und 59: Verkehrsmuseum Dresden, Archiv Zgb. 778/01
S. 70: Stadtarchiv Leipzig, BA, 1981 / 11947
S. 81: Stadtarchiv Leipzig, BA, 1983 / 15498
S. 87: Stadtarchiv Leipzig, BA, 1981 / 12217
S. 92: Stadtarchiv Leipzig, BA, 1981 / 11490
S. 120: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Leipziger Messeamt II, Nr. 8457.
S. 143: Amt für Bauordnung und Denkmalpflege Leipzig
S. 156: Dr. Henning Steinführer
S. 173: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig
S. 180: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig
S. 187: Doris Mundus

Tausend Jahre Leipzig – ein Stadtjubiläum wirft seine Schatten voraus*

Das feierliche Begehen von Jubiläen hat sich zu einem festen Bestandteil öffentlicher Erinnerungskultur entwickelt. Mehr noch: Heute scheint ein Jubiläum häufig geradezu die Voraussetzung dafür zu sein, damit etwa die Geschichte einer Region, eines Ortes oder einer Institution dem ansonsten oftmals vorherrschenden Desinteresse entrissen werden kann. Der Leipziger Geschichtsverein hingegen steht mit seinen Aktivitäten für Kontinuität, für die vielfältige Beschäftigung mit der Vergangenheit, auch unabhängig von runden Jahreszahlen. Freilich bieten sich in den nächsten Jahren gleich mehrere Möglichkeiten, den Reiz großer Jubiläen für die eigene Projektarbeit zu nutzen. Es sei hier nur an den 500. Jahrestag der Verleihung des so genannten zweiten Messeprivilegs 2007, den 600. Geburtstag der Universität 2009 und den 200. Jahrestag der Völkerschlacht 2013 erinnert. Von überragender Bedeutung – wenn auch zurzeit noch nicht im öffentlichen Bewusstsein verankert – dürfte jedoch zweifellos der im Jahr 2015 zu feiernde 1000. Jahrestag der Ersterwähnung Leipzigs sein. In den kommenden Jahren wird das Interesse an diesem Ereignis fraglos erheblich zunehmen und damit auch die Möglichkeit, die Geschichte der Stadt in den Vordergrund treten zu lassen. Grund genug also für den Leipziger Geschichtsverein, Überlegungen darüber anzustellen, welchen Beitrag der Verein zur Vorbereitung des Jubiläums leisten kann und welche Chancen sich aus der mit Sicherheit zu erwartenden Konjunktur der Stadtgeschichte für die Vereinsarbeit ergeben könnten.

1000 Jahre Leipzig?

Auf welchen historischen Grundlagen beruht das Jubiläum im Jahre 1015? Diese Frage ist berechtigt, liegt doch das letzte große Stadtjubiläum, das in Leipzig gefeiert wurde, noch keine 50 Jahre zurück – im Kreise unseres Vereins werden sich zweifellos einige daran erinnern. Im Jahre 1965 beging man den 800. Geburtstag der Stadt.¹ Der scheinbare Widerspruch einer schnell aufeinander folgenden 800- und 1000-Jahr-Feier

* Der Aufruf geht auf einen vor der Jahreshauptversammlung des Geschichtsvereins 2005 gehaltenen Vortrag zurück.

1 Vgl. Achim Beier, Die 800-Jahrfeier der Stadt Leipzig im Jahre 1965. Zum Problem der Legitimität der DDR, MS., Magisterarbeit Universität Leipzig, 1998.

ist freilich schnell gelöst. Im Jahre 1965 feierte man nicht das erstmalige Auftauchen Leipzigs in den Schriftquellen, sondern die Erhebung der Siedlung zur Stadt. Diese Privilegierung durch den Meißen Markgrafen Otto den Reichen in der Phase des hochmittelalterlichen Landesausbaus, über die der so genannte Leipziger Stadtbrief Auskunft gibt, lässt sich nicht genau datieren, dürfte aber zwischen 1156 und 1170 erfolgt sein. Da eine so lange Zeitspanne ungeeignet war für Jubiläumsfeierlichkeiten, wählte man eine pragmatische Lösung und erkör das Jahr 1965 zum Jahr der 800. Wiederkehr der Stadterhebung. Die Feiern, die zu einem nicht unerheblichen Teil auch eine Leistungsbilanz der sozialistischen Großstadt in der DDR sein sollten, wurden in einem großen Rahmen begangen, und auch der wissenschaftlich-publizistische Niederschlag war durchaus spürbar.

In einen ganz anderen historischen Kontext als die Stadterhebung gehört die Erst erwähnung Leipzigs. In der Chronik des Bischofs Thietmar von Merseburg aus dem frühen 11. Jahrhundert, die eine der bedeutendsten Quellen für die mittelalterliche Geschichte der Leipziger Region überhaupt darstellt, wird berichtet, dass Bischof Eid von Meißen am 20. Dezember 1015 in der Burg Leipzig (*in urbe Libzi*) verstorben sei. Damit tritt das spätere Leipzig, das zu diesem Zeitpunkt sicher schon länger existierte, in das Licht der schriftlichen Überlieferung.

Das Stadtjubiläum und der Leipziger Geschichtsverein

Welche Chancen bietet das bevorstehende Stadtjubiläum für die künftige Arbeit des Geschichtsvereins? Die Suche nach einer Antwort zwingt zunächst zu einer Standortbestimmung der bisher vom Geschichtsverein geleisteten Arbeit. Der Geschichtsverein verfügt durchaus über eine beachtliche Zahl an Mitgliedern, und der Vorstand ist bemüht, Jahr für Jahr ein dichtes und vielfältiges Programm zu den unterschiedlichsten stadtgeschichtlichen Themen anzubieten. Jedoch ist die Resonanz auf das Angebot nicht immer zufriedenstellend, und es gelingt zu selten, die Mitglieder zu aktiver Mitarbeit oder gar Eigeninitiative etwa in Arbeitsgruppen zu bewegen. Ein weiteres Problem ist, dass die durchaus engagierte Arbeit des Vereins in der Öffentlichkeit nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen wird. Auch werden die spezifischen Kompetenzen unserer Mitglieder in aktuellen Debatten noch nicht angemessen zur Geltung gebracht. Ein Verein wie der unsere, der sich allgemein und epochenübergreifend der Geschichte der Stadt widmet, gerät im aktuellen Geschäft, wo es oft um Einzelprojekte geht, schnell ins Hintertreffen. Diejenigen, die sich Spezialthemen auf ihre Fahnen geschrieben haben, sind meist in der Lage, schneller reagieren und ihre Positionen besser artikulieren zu können. Die mangelnde Wahrnehmung ist neben den leeren Stadtkassen sicher auch eine Ursache dafür, dass der Geschichtsverein seit

einigen Jahren ohne jede öffentliche Förderung auskommen muss. Dieser Zustand ist bedauerlich, zumal ein Blick in andere Städte (z. B. Dresden) zeigt, dass eine angemessene Unterstützung stadtgeschichtlicher Arbeit durch die Öffentliche Hand auch bei angespannter Finanzlage möglich ist.

In dieser Situation scheint nun das bevorstehende Stadtjubiläum eine gute Chance zu bieten, dem Vereinsleben eine neue Orientierung zu geben und dafür zu sorgen, dass der Geschichtsverein aus dem Schattendasein, das er momentan – jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung – fristet, herauskommt und sein fraglos vorhandenes Potenzial zur Geltung bringt. Es gilt zu diskutieren, welche längerfristigen Vorhaben wir aus diesem Anlass auf den Weg bringen wollen, um so gemäß unserem Statut die Erforschung der Geschichte der Stadt Leipzig voranzubringen.

Projekte zur 1000-Jahr-Feier der Stadt

Welchen konkreten Beitrag kann der Geschichtsverein zur Vorbereitung des Leipziger Stadtjubiläums leisten?

Herausgabe einer Stadtgeschichte

Neben zahlreichen anderen denkbaren Aktivitäten sollte aus unserer Sicht im Zentrum die Mitarbeit bei der Planung und Erstellung einer modernen Stadtgeschichte stehen, die trotz hektischer Betriebsamkeit auf dem Markt für Leipzig-Bücher nach wie vor fehlt. So ehrgeizig und ambitioniert ein solches Vorhaben auch erscheinen mag, die Chancen dafür, dieses Großvorhaben in angemessener Qualität in die Tat umzusetzen, sind im Vorfeld einer 1000-Jahr-Feier sicher besser denn je.

Fraglos ist der Geschichtsverein nicht in der Lage, alle Herausforderungen, die die Bewältigung einer solchen Aufgabe darstellt, allein zu meistern. Jedoch sollte es möglich sein, Mitstreiter und Partner zu finden, mit deren Hilfe das Vorhaben in die Tat umgesetzt werden kann. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u. a. das Stadtarchiv, das Stadtgeschichtliche Museum, die Universität Leipzig oder Vereine wie Pro Leipzig.

Jahreskolloquium

Als erster Schritt sollte ein Kolloquium veranstaltet werden, auf dem unter Einbeziehung auswärtiger Erfahrungen darüber zu debattieren wäre, mit welchen Fragestellungen und Methoden dieses Buchprojekt² umgesetzt werden kann. An ein solches

² Das Projekt muss sich nicht auf die herkömmliche Form des gedruckten Buches beschränken. Möglich ist zweifellos auch eine Ergänzung durch digitale Publikationen und Hörbücher.

Werk werden im 21. Jahrhundert andere Anforderungen gestellt, als zu Zeiten Gustav Wustmanns. Die Ergebnisse des Kolloquiums könnten im Jahrbuch des Vereins veröffentlicht werden.

Wenn von der 1000-jährigen Geschichte der Stadt Leipzig gesprochen wird, ist einzusehen, dass die Beschäftigung mit ihrer langen wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Tradition, das Verwobensein der Stadt in die großen Entwicklungslinien der deutschen und europäischen Geschichte, den forschenden Historiker sehr schnell die Grenzen des bloß Lokalen verlassen lässt und stets auch zu Standortbestimmungen in größeren Kontexten zwingt.

Was aber folgt daraus für das Konzept einer Stadtgeschichte Leipzigs? Schon die Verständigung über die inhaltliche Schwerpunktsetzung wird mit Sicherheit nicht ohne kontroverse und heftig geführte Diskussionen erfolgen. Auch über die Gliederung lässt sich streiten: Soll eine moderne Stadtgeschichte eher chronologisch oder eher systematisch aufgebaut werden. Welche Zielgruppe ist in den Blick zu nehmen?

Schon diese Beispiele illustrieren den Diskussionsbedarf, der von einem Jahreskolloquium aufgegriffen werden könnte. Die Ergebnisse der Debatten, insofern sie sich nicht in der Erörterung von Spezialthemen der Leipziger Geschichte erschöpfen, würden dabei keineswegs nur für die Belange der Jubiläumsstadt wichtig sein – von Leipzig können Impulse für den Umgang mit Erinnerungskultur generell ausgehen.

Vorträge, Ausstellungen etc.

Wenn der Verein sich eines solchen Buchprojektes annimmt, dann sollte dieses Ziel von einer Vielzahl an Aktivitäten flankiert werden. Neben dem Jahreskolloquium könnten wir unsere Vortragsreihen zumindest teilweise dem entstehenden Buch widmen, indem z. B. einzelne geplante Abschnitte vorgestellt und diskutiert werden. In ähnlicher Weise könnten Ausstellungen oder auch Exkursionen Themen der künftigen Publikation aufgreifen.

Einladung zur Diskussion

Vereinsarbeit lebt von der Aktivität der Mitglieder. Daher ist es wichtig, dass die Vereinsmitglieder untereinander und mit Interessenten der Leipziger Geschichte generell ins Gespräch kommen. Wir möchten Sie bitten, Ihre Meinung zu den hier gestellten Fragen zu äußern, Vorschläge einzubringen, zu kritisieren – am besten schriftlich; während der Vorstandssitzungen, aber auch bei Veranstaltungen (z. B. in Apels Garten) wird dann Gelegenheit sein, Ihre Anregungen aufzugreifen.

Ritual versus Disziplin

Wie die Fastnacht in Leipzig verschwand¹

Sebastian Kusche

Für Dorothea

Die Messe- und Handelsstadt an der Pleiße gilt heutigen Karnevalisten nicht unbedingt als Hochburg der fünften Jahreszeit, auch wenn sich einige Vereine redlich darum bemühen.² Im Spätmittelalter und am Beginn der frühen Neuzeit war Leipzig allerdings Teil des alteuropäischen Brauchtumsnetzes der Fastnacht, und die Intensität des Festes unterschied sich wohl kaum von denen der oberdeutschen und rheinischen Städte.

Im Laufe des 16. Jahrhunderts ist jedoch ein immer weiteres Zurückdrängen der Fastnacht aus dem »öffentlichen Raum« der Stadt festzustellen, das schließlich im 17. Jahrhundert im nahezu völligen Verschwinden der alten Karnevalstraditionen gipfelte. Dieser wichtigen Veränderung in der städtischen Festkultur soll hier nachgegangen und nach möglichen Ursachen gesucht werden. Zunächst einmal sollen die unterschiedlichen Formen der Fastnachtsfeiern im frühneuzeitlichen Leipzig dargestellt werden.

Formen der Karnevalsfeiern im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Leipzig

a) *Umzüge und Krawalle*

Im Februar 1609 wurde in der Messestadt ein Mandat des Leipziger Rates angeschlagen, das auf die wiederholten Verletzungen der Verordnung gegen das »vermummen und umblauffen« hinwies und die Bewohner der Stadt dringend zu deren Einhaltung ermahnte.³ Das Mandat gibt einen interessanten Einblick in die Karnevalsbräuche des beginnenden 17. Jahrhunderts.

1 Der Aufsatz geht auf Überlegungen meiner Magisterarbeit zur Leipziger Festkultur vor dem Dreißigjährigen Krieg und auf einen Vortrag vor dem Leipziger Geschichtsverein 2003 zurück. Für die große Unterstützung danke ich Prof. Dr. Manfred Rudersdorf, Professor Dr. Hartmut Zwahr, Gina Klank vom Leipziger Stadtarchiv, Stadträtin Anja Pohl M. A. und Dr. Julia Annette Schmidt-Funke (Jena).

2 Die Erforschung des Karnevals in Leipzig kann sich nicht eben auf eine große Materialfülle stützen, Sekundärliteratur liegt zu diesem Thema kaum vor. Vgl. nun: Axel Flügel, »Gott mit uns« – Zur Festkultur im 17. Jahrhundert am Beispiel der Lob- und Dankfeste und Fastnachtsbräuche in Leipzig, in: Katrin Keller (Hrsg.), Feste und Feiern. Zum Wandel städtischer Festkultur in Leipzig, Leipzig 1994, S. 49–68. Meine Ausführungen stützen sich auf Archivalien im Leipziger Stadtarchiv (im Folgenden: StA Leipzig) und im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: SächsHStA Dresden) sowie auf einzelne verstreute Hinweise in der älteren Literatur.

3 StA Leipzig, Tit. VII, C 12c, Bl. 34, Mandat des Bürgermeisters und des Rates der Stadt Leipzig, 1609-02-24.

Ein »wüstes rohes gesindlein« habe sich aus »sonderlicher vermessenenheit hauffenweis und in grosser anzahl zusammen rottiret / theils mit gar abschewlichen Larven / theils in weiber- und anderer unflätigen und garstigen Kleidung allerseits aber mit Rappiren / Cordilaschen / Sebeln und anderen mördlichen Waffen / armieret und gerüstet.« Außerdem hätten diese sich »gantz ergerlicher geberden und anderer schandpossen gebrauchet«, klagte der Rat.

Auch der Rektor und das »perpetui consilli« der Universität hätten ihr Missfallen ausgedrückt und sich mit den Stadtoberhäuptern beraten, um diesen Missständen gemeinsam Einhalt zu gebieten. Doch nicht nur Studenten seien an diesem Treiben beteiligt gewesen, auch die Gesellen liefen des Nachts bewaffnet durch die Straßen und »fallen die Leute an«. Deshalb würden Rat und Universität nochmals ihren Willen bekräftigen, das »umblauffen und vermummen gentzlich zuverbieten und abzuschaffen«. Die Einwohner mögen sich derartiger Umtriebe bei Strafe »gentzlich enthalten«.

Vier Jahre später folgte eine weitere Ratsverordnung gegen »Mummerey, viehisches Schreyen und Jauchzens«. Der Rat stellte darin fest, dass die Hausbesitzer (also meistenteils die Bürger) für das »Gesindlein«, was sich »bey ihme inns Mummerkleidung anthun und inn solcher Mummerey bei Tagk od. Nacht aus od. eingehen« die Verantwortung tragen und zur Rechenschaft gezogen werden könnten.⁴

Am 6. Februar 1615 schob Kurfürst Johann Georg I. (1611–1656) ein landesherrliches Mandat mit der Begründung nach, dass im vorigen Jahre »das Vermummen und umblauffen bey unser Stadt Leipzig / sehr überhand genommen und eingerissen und solches von der Jungen Pursch / welche theils der Universitet / theils des Raths Iurisdiction und Botmeßigkeit unterworffen ungeschewet / zu Tag und Nacht getrieben werden wollen«.⁵ Die Jugendlichen hätten sich »in gar starcker anzahl / mit allerhand mördlichen gewähr gefast (...) zusammen rottiert« und seien »wie das unsinnige vieh herumb gelauffen«. Sie hätten den Streit mit der Wache und den Bürgern gesucht, »das Ministerium illudiert, Ehrliche Leut agirt, der Obrigkeit Mandata und Anschläge schimpflich deformiret.« Aus dem Treiben hätten »gar leichtlich gefehrlicher Tumult und andere ungelegenheit entstehen können.« »Rotten von Studenten / Bürgerskindern / und Handelsdienern« hätten »in Mummerhabit gegeneinander mit gezogenen Türkischen Sebeln / Cordilaschen / Rappieren und anderen schendlichen Gewehr / damit sie armiret gewesen / uff offenen freyen Marckte anfangen zu Scharmützeln / darüber unterschiedliche Personen verwundet / auch do es Gott nicht sonderlich verhütet / etzliche derselben wol gar ermordet worden / und dennoch niemand wissen können / von weme einem oder dem andern solcher unfall begegnet«. Derartig »unchristliches fürnehmen / auch unbesonnener / unverantwortlicher gewaltsamer frevel

4 Ebd., Bl. 36, Handschriftliches Mandat des Bürgermeisters und Rates der Stadt Leipzig, 1613-02-13.

5 Ebd., Bl. 37, Gedrucktes Mandat des Kurfürsten, Dresden, 1615-02-06.

und mutwillig« solle künftig verhindert werden. Rat und Universität wurden deshalb ausdrücklich ermahnt, die Delinquenten ohne Rücksicht auf die Person gefangen zu setzen und darüber nach Dresden Bericht zu erstatten.

Aus den Mandaten der städtischen und landesherrlichen Obrigkeit lassen sich also zusammenfassend folgende Bräuche ablesen: »Mummerey«, Lärmschlagen, »Umlauen«, Verkleiden – in Frauenkleidern oder sogar in türkischen Trachten – und selbst Tumulte und Zusammenstöße mit Vertretern der Obrigkeit, wie den Bürgerwachen.

b) Das Pflugziehen

Ein etwas harmloserer Brauch war hingegen in Leipzig auch noch am Beginn der frühen Neuzeit lebendig. Das Pflugziehen kann wohl als einer der ältesten Karnevalsbräuche angesehen werden. Es ist für die Messestadt schon seit dem späten Mittelalter belegt.⁶ Zu Lichtmess (2. Februar) zog die vermummte männliche Stadtjugend mit einem Pflug durch die Straßen. Junge unverheiratete Frauen wurden eingefangen und unter das Joch gezwungen. Sie zogen den Pflug unter großem Geschrei und dem Jubel der Umstehenden durch die Straßen, bis sich ein neues »Opfer« gefunden hatte.⁷ Die jugendlichen Männer begründeten ihr Tun wohl damit, dass schon lange keine Hochzeit mehr gehalten worden war. Die Jungfrauen sollten doch endlich ihren Hochmut aufgeben und sich einen Mann suchen.

Das Pflugziehen scheint ursprünglich ein weit verbreiteter Brauch gewesen zu sein, dessen Beliebtheit sich auch in Fastnachtsspielen des 16. Jahrhunderts niedergeschlagen hat.⁸ Obwohl das frühneuzeitliche Leipzig schon lange nicht mehr agrarisch geprägt war, hatte sich dieser Brauch mit eindeutigen ländlich-rustikalen Wurzeln im städtischen Umfeld behauptet.⁹ Parodistische Einlagen, die das scheinbar dumpfe Gemüt der Bauern verspotteten, mögen vor allem für die städtische Jugend reizvoll gewesen sein.¹⁰

Besonders bemerkenswert erscheint dem heutigen Betrachter die inhaltliche Nähe zu älteren Fruchtbarkeitsriten. Das Pflugziehen repräsentierte zwei überragende Sym-

⁶ Johann Jacob Vogel, Leipzigisches Geschicht-Buch oder Annales. Das ist Jahr- und Tage-Bücher der weltberühmten Königl.- und Churfürstlichen Sächsischen Kauff- und Handels-Stadt Leipzig, Leipzig 1717, S. 71. Vogel berichtet aus dem Jahr 1499 von einem unglücklichen Zwischenfall, bei dem eine Magd einen zudringlichen Vermummten mit einem Brotmesser erstochen haben soll. Für die spätere Zeit: Johann Christian Dolz, Versuch einer Geschichte Leipzigs. Von seiner Entstehung bis auf die neuesten Zeiten, Leipzig 1818, S. 158.

⁷ Paul Sartori, Sitte und Brauch, 3. Bd.: Zeiten und Feste des Jahres, Leipzig 1914, S. 104f.; für Leipzig: Gustav Wustmann, Der Tanz im alten Leipzig, in: Leipziger Kalender 3 (1906), S. 63–74, hier: S. 64.

⁸ Rudolph Voß, Der Tanz und seine Geschichte. Eine kulturhistorisch-choreographische Studie, Erfurt o. J. (ND Leipzig 1977), S. 202f.; Norbert Schindler, Widerspenstige Leute. Studien zur Volkskultur in der frühen Neuzeit, Frankfurt a. M. 1992, S. 175–214; Als Fastnachtspiel: Hans Rosenplüt, Das Eggenziehen, in: Dieter Wuttke (Hrsg.), Fastnachtsspiele des 15. und 16. Jahrhunderts, Stuttgart 1989, S. 27–33.

⁹ Paul Zink, Alte Leipziger Volksfeste, in: Leipziger Kalender 18 (1938), S. 164–168.

¹⁰ Schindler, Widerspenstige Leute (Anm. 8), S. 199.

bole der Fruchtbarkeit. Zum einen sorgte der Pflug für die Fruchtbarkeit des Ackers, andererseits war der weibliche Körper der geheimnisvolle Ort der Erschaffung neuen Lebens. Beide Momente führte dieser Brauch also zusammen (mit der scheinbar eindeutigen Maßgabe der Fortpflanzung, wenn man die Jungfrauen zur Heirat aufforder-te) und dies auch noch in der Zeit des Vorfrühlings. Die einseitige Interpretation als Fruchtbarkeitsritus ist in der Literatur abgelehnt worden und sicherlich den mehrschichtigen, doppelbödigen Fastnachtsbräuchen meist nicht gerecht.

Zur kosmologischen Dimension des Rituals (Einläuten des fruchtbaren Frühlings) kam der nicht unwichtige Aspekt einer männlichen Machtdemonstration über den weiblichen Körper hinzu. Das Ritual spielte sich ohne Zweifel auf Kosten der jungen Frauen ab. Für diese muss es alles andere als ein ehrenvolles Erlebnis gewesen sein, derart im Licht der Öffentlichkeit bloßgestellt zu werden. Die jungen, unverheirateten Frauen befanden sich in einer »Kontrolllücke« der männlich dominierten Gesellschaft, die schleunigst geschlossen werden musste. In einer Zeit, in der die Mehrzahl der Frauen erst gegen Ende ihres Lebens aus den Fängen männlicher Vormundschaft über ihren Körper entlassen wurden, verdeutlichte ihnen das Pflugziehen auf bittere Art und Weise das Maß ihrer Abhängigkeit.

Das Schauspiel kann allerdings auch als ein Zeichen männlicher Ohnmacht gegenüber der weiblichen Fruchtbarkeit und Sexualität gesehen werden: Der Mann machte sich mit dem Pflug die Erde untertan, und durch das Einbringen der Saat konnte er bewusst die Fruchtbarkeit des Ackers steuern. Bei der Zeugung von Kindern war er freilich von der Frau abhängig, die durch ihren Körper neues Leben spendete. Das Ritual des Pflugziehens mag da geholfen haben, Minderwertigkeitskomplexe zu kompensieren.

Diese Interpretation liegt nahe, da in Einzelfällen offensichtlich auch grobe Gewalt eingesetzt wurde, um die Jungfrauen unter das Joch zu zwingen. Tatsächliche Ängste der jungen Männer, sie würden bei der Partnerwahl auf der Strecke bleiben, mögen bei der Teilnahme an dem Brauch ebenso eine Rolle gespielt haben.

Ungebundene Mädchen im besten heiratsfähigen Alter entsprachen nicht der gesellschaftlichen Norm. Zum einen konnte (oder besser: wollte) man(n) der bedrohlichen weiblichen Sexualität nicht freien Lauf lassen.¹¹ Andererseits konnte eine archaische

11 Dass diese ungebundene und unkontrollierte Stellung der jungen Frauen als Gefahr für die Gesellschaft gewertet wurde, zeigte sich zum Beispiel auch an Hexenprozessen, die den weiblichen Körper als Ort einer bösen unbeherrschten Sexualität brandmarkten. Die Parallelen zur Hexerei drängt sich in diesem Kontext durch die stark sexualisierte Form der Gewalt und der volkstümlichen Darstellung des Bildes der Hexen auf. Dazu: C. F. Karlsen, *The Devil in the Shape of a Woman. Witchcraft in Colonial New England*, New York, London 1987. Zur Rolle der Frau als Hexereiverdächtige: Heide Wunder, *Frauen in der Gesellschaft Mitteleuropas im späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit*, in: Helfried Valentinitz (Hrsg.), *Hexen und Zauberer*, Graz 1987, S. 123–154. Die Autorin regt an, einen Zusammenhang der Hexereivorwürfe mit der Stellung der Frau im Reproduktions- und Produktionsprozess der vormodernen Gesellschaft zu sehen.

Gesellschaft nicht auf ihre wichtigste Ressource – die weibliche Gebärkraft – verzichten. Die junge unverheiratete Frau konnte so als Faktor gesellschaftlicher Unordnung verstanden werden. Der Brauch thematisierte diese Unordnung auf seine eigene für die Frauen demütigende Art. Er könnte somit als eine Form der Verständigung über gesellschaftliche Ist- und Sollzustände interpretiert werden.

c) Bürgerliche Fastnachtsvergnügen – Fastnachtstänze

Neben den vorgestellten älteren Fastnachtsbräuchen hat sich in der frühen Neuzeit noch eine weitere Form des Feierns erhalten: der Fastnachtstanz. Traditionell lud eine »Gesellschaft der Bürger« am Montag nach Invocavit (dem ersten Fastensonntag) zum Tanzvergnügen auf den Rathaussaal. Noch am Beginn des 16. Jahrhunderts hatte der Leipziger Rat die Kosten für diese Karnevalsfeierlichkeiten übernommen und sogar hohe Gäste wie die Landesherren dazu eingeladen.¹² Bei dieser Gelegenheit wurde meist auch das amtierende Ratsregiment verabschiedet. Der Rat schickte einen besonderen Boten, den »Fastnachtsbitter«, zu den wichtigsten Gästen, um diese zur Feier abzuholen. Diese Form des Karnevalfeierns war ein »zivilisiertes« Vergnügen der etablierten Stadtbürger. Es vollzog sich im geordneten Rahmen – auf dem Rathaussaal¹³ – und unterschied sich daher stark von den lärmenden Umzügen auf den Straßen.

Doch auch hier unternahm der Rat nach und nach Maßnahmen, um Unordnung, allzu begeisterte Ausbrüche von Lebensfreude und betonter Körperlust zu unterbinden. Schon 1511 erließ der Leipziger Rat eine Ordnung, die den Feiernden den so genannten Rundtanz verbot. Der Rundtanz betonte zu stark die Körperlichkeit – Mann und Frau kamen sich beim Tanzen viel zu nahe. Ab den 1530er Jahren wurde der üppige körperbetonte Tanz immer mehr diskreditiert und als »Gotteslästerung und unzüchtige Geberde« abgelehnt. Es häuften sich die Klagen, man habe sich »auf dem Rathaus umgedreht« und beim ausgelassenen Tanz die Frauen herum geschwenkt, »daß sie entblößt«. Die Einhaltung der Tanzordnung auf dem Rathaussaal überwachte der städtische Marktmeister mit seinen Knechten. Für Überschreitungen wurden »ums Drehen willen« Geldstrafen fällig, die offensichtlich von den Festteilnehmern schon vorher eingeplant waren und als »Drehgeld« als eine feste Einnahmequelle in den Rechnungsbüchern des Rates auftauchten.¹⁴ Den Stadtpfeifern, die auch für private Feiern engagiert werden konnten, wurde ausdrücklich verboten, zu derartigen Tänzen aufzuspielen.

12 Wustmann, Tanz (Anm. 7), S. 66. 1541 nahmen die Herzöge Moritz und August an dem Tanzvergnügen teil.

13 Zur Verwendung des Saales des neuen (heute alten) Rathauses am Markt als Tanzsaal, vgl.: Gustav Wustmann, Die Leipziger Stadtmusikanten, in: Ders., Aus Leipzigs Vergangenheit. Gesammelte Aufsätze, 3 Bde., Leipzig 1885–1909, Bd. 1, S. 311–333, hier: S. 315.

14 Alles bei: Wustmann, Tanz (Anm. 6), S. 69.

Bis ins 17. Jahrhundert lebten die alten Fastnachtstraditionen in Leipzig weiter, wenn auch unter zahlreichen Regulierungen und Auflagen des Rates. Danach nahmen die Beschränkungen überhand, und die traditionellen Fastnachtsbräuche tauchten wirklich nur noch als einzelne Ausbrüche der städtischen Jugendgruppen auf. Die bürgerlichen Tanzvergnügungen zur Fastnacht gingen zwar weiter, und auch im höfischen Fest blieben Fastnachtsumzüge ein wichtiger Bestandteil, doch bei diesen Formen des Fastnachtfeierns handelte es sich nur noch um inhaltsleere Schwundformen der ursprünglichen Volksbräuche. Sie wurden für den bürgerlichen und adeligen Repräsentationsgebrauch domestiziert. Das volkstümliche Element tauchte in ihnen nur noch als Kuriosum auf.¹⁵

Rituelle Kommunikation und Erinnerung – ein Sinn in den Karnevalsbräuchen?

Was wurde da überhaupt verboten, und welche Bedeutung hatten die unterschiedlichen Bräuche eigentlich für die städtische Gesellschaft?

Thematisierte das Pflugziehen auf scheinbar nachvollziehbare Weise einen Missstand und forderte zur Richtigstellung desselben auf, so wird man bei dem derben lärmenden Chaos der jugendlichen Karnevalsumzüge einen derartig tiefgründigen Bedeutungsinhalt nicht sofort vermuten wollen. Doch selbst Lärmschlägen, Tumult und handgreifliche Scherze konnten einen ernsten Bedeutungsinhalt transportieren.

Die Unordnung der Fastnacht, das Auftreten von Männern in Frauenkleidern, von Christen in türkischen Gewändern, das Umkehren von oben und unten, hatten eine tiefer greifende Bedeutung. Natürlich spielten der Spaß und die zügellose Ausgelassenheit der Situation eine wichtige Rolle, doch die Fastnachtsbräuche kann man auch als den spielerischen Versuch einer Verständigung über gesellschaftliche Werte und soziale Normen interpretieren.¹⁶

Es gehörte sich einfach nicht, dass ein Mann Frauenkleider trägt, und ein Christ sollte nicht im Gewand eines Ungläubigen stecken. Geschlechtsreife Frauen hatten zu heiraten, und verheiratete Männer sollten zu Hause den Ton angeben und nicht

15 Friedrich Sieber, Volk und volkstümliche Motivik im Festwerk des Barock. Dargestellt an Dresdner Bildquellen (Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Volkskunde 21), Berlin 1960, hier: S. 37.

16 Diese Interpretation versucht dem ambivalenten Charakter der Rituale näher zu kommen. Letztlich hängt die Interpretation ritualisierter Handlungen immer vom Erfahrungshintergrund des Betrachters ab, und teilweise können oder sollen diese Rituale auch gar nicht rational erklärbar sein, das Gesagte bleibt daher relativ. Vgl. zu dieser Problematik: Bernhard Streck, Ritual und Fremdverstehen, in: Alfred Schäfer, Michael Wimmer (Hrsg.), Rituale und Ritualisierungen (Grenzüberschreitungen 1), Opladen 1998, S. 49–60.

unter »dem Pantoffel« ihrer Frauen stehen.¹⁷ Wenn der große Straßburger Moralist Sebastian Brant (1458–1521) in seinem »Narrenschiff« schrieb: »Die größte Torheit in der Welt / Ist, daß man ehrt vor Weisheit Geld«,¹⁸ so lieb dies in die gleiche Kerbe, wie die Leipziger Jugendlichen, die sich handgreiflich über wohl situierte Bürger lustig machten – nicht Geld sollte die Welt regieren, sondern Klugheit. Selbst das Groteske, die lächerlichste Übertreibung und die geschmackloseste Beschäftigung mit dem Körper, der Sexualität, dem Gebären und dem Sterben, hatte im Welttheater des Karnevals seinen Platz.¹⁹

Die Unordnung in der Lebenswelt löste eine spielerische Auseinandersetzung der Karnevalisten mit diesen Missständen und auch mit den althergebrachten Ordnungsvorstellungen aus. Der vormoderne Mensch konnte jeden kleinen Verstoß gegen diese Ordnungsvorstellungen als Gefährdung der eigenen Lebenswelt verstehen.²⁰ Dies könnte auch erklären, warum vergleichsweise banale Missstände mit der gleichen Inbrunst thematisiert wurden wie große und weit reichende Ereignisse, etwa die Einführung der Reformation oder die Türkengefahr am Beginn des 17. Jahrhunderts.²¹ Die Unordnung verlangte nach einer klaren Antwort: die Fastnachtsrituale waren eine Möglichkeit der Reaktion. Das Fastnachtstreiben bot den Menschen mit seinem ritualisierten Kommunikations- und Sanktionssystem auch ein Regelpotenzial für ihre alltäglichen Probleme.²² Durch die Thematisierung gesellschaftlicher Unordnung und die anschließende rituelle Reaktion darauf überwanden sie ihre politische

17 Der Pantoffelheld oder gar der »gehörnte Ehemann« waren besonders beliebte Themen frühneuzeitlicher Fastnachtsumzüge. Zu allem persönlichen Unglück durfte sich der Betroffene auf eine genüssliche Anteilnahme der Nachbarschaft freuen, wenn er etwa verkehrt herum auf einem Esel sitzend durch die Straßen geführt wurde. Vgl. dazu: Natalie Zemon Davis, *Humanismus, Narrenherrschaft und Riten der Gewalt. Gesellschaft und Kultur im frühneuzeitlichen Frankreich*, Frankfurt a. Main 1987, hier: S. 109 f.

18 Sebastian Brant, *Das Narrenschiff*, Hrsg. von Hans-Joachim Mähl, Stuttgart 1998, S. 67–69 (Von unnützen Reichtum).

19 Michail Bachtin, *Literatur und Karneval. Zur Romantheorie und Lachkultur*, Berlin, Wien 1985. Bachtin hat das ausgelassene Lachen als Überwindung der Sprachlosigkeit der Unterschichten und als deren Gegenentwurf zur beredten Macht der Obrigkeit gedeutet – eine Interpretation, die vor dem Hintergrund der Biographie des sowjetischen Literaturwissenschaftlers zu sehen ist.

20 Zur Bedeutung des *Ordo*-Gedankens im Geistesleben im Späthumanismus: Erich Trunz, *Der deutsche Späthumanismus um 1600 als Standeskultur*, in: Richard Alevyn (Hrsg.), *Deutsche Barockforschung. Dokumentation einer Epoche*, Köln, Berlin 1965, S. 147–181, hier S. 147.

21 Robert W. Scribner, *Reformation, Karneval und die »verkehrte Welt«*, in: Richard van Dülmen, Norbert Schindler (Hrsg.), *Volkskultur. Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags (16.–20. Jahrhundert)*, Frankfurt a. Main 1984, S. 117–152; Zur Rezeption der Türkengefahr im alten Reich: Winfried Schulze, *Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer äußeren Bedrohung*, München 1978, S. 21–65.

22 Scribner, *Reformation* (Anm. 21), S. 143 f.

und gesellschaftliche Einflusslosigkeit, ja ihre »Sprachlosigkeit«.²³ Die spielerische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Normen und Werten diente vor allem der Stabilisierung der Ordnung des gemeinsamen Zusammenlebens, da man sich auf gemeinsame Wertvorstellungen verständigte. Diese Werteordnung wurde durch zahlreiche archaische Regelsysteme im vorstaatlichen Bereich sanktioniert, etwa durch Klatsch²⁴ oder, in schlimmeren Fällen, durch den Vorwurf der Hexerei.²⁵ Der Karneval bot den Rahmen für die Verständigung über diese Werteordnung. Andererseits konnte sich hier auch selbst soziales Regelungspotenzial entfalten.

In der lautstark diskutierten, verworfenen und wieder angenommenen Werteordnung wurden aber auch ältere Überlieferungsbestände deutlich. Die Ordnung der Alten (mos maiorum), traditionelle Wertemuster also, wurde durch das fastnächtliche Ritual von einer Generation in die nächste tradiert.²⁶ Gerade bei elementaren Fragen von Moral und Gerechtigkeit konnte man von einem festen Überlieferungskern ausgehen, der höchstens partiell zeittypischen Moden angepasst wurde.²⁷ Die Fastnacht diente also der Weitergabe von Verhaltensnormen und der Interpretationsmuster für gesellschaftliches Verhalten, sie war somit auch ein Ort der sozialen Erinnerung.²⁸

23 Ältere Literatur verweist oft auf die Rüge als einen wichtigen Antriebsfaktor für das Fastnachtspiel. Vgl. Karl Meuli, Art. »Maske, Maskereien«, in: Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens, hrsg. von Hanns Bächtold-Stäubli, 10 Bde., Berlin, Leipzig 1927–1942 (ND Berlin 1987), Bd. 5, Sp. 1744–1852, hier Sp. 1827.

24 Zur Bedeutung des Klatsches als Regulierungsinstrument sozialer Ordnungen vgl.: Max Gluckman, Gossip and Scandal, in: *Current Anthropology* 4 (1963), S. 307–316; Jörg R. Bergmann, Klatsch. Zur Sozialform der diskreten Indiskretion, Berlin 1987. Einen kurzen Überblick über den aktuellen Forschungsstand gibt Nico Besnier, Art. »Gossip«, in: David Levinson, Melvin Ember (Ed.), *Encyclopedia of Cultural Anthropology*, 4 Bde., New York 1996, Bd. 2, S. 544–547. In der Tat kann Klatsch auch als Mittel sozialer Ausgrenzung und der Durchsetzung individueller Interessen innerhalb einer Gruppe dienen, so: Robert Paine, *What is gossip about? An alternative hypothesis*, in: *Man* 2 (1967), S. 278–285. Die Profilierung eines Einzelnen auf Kosten anderer geschieht beim Klatsch jedoch zumeist auf der Basis eines allgemein anerkannten Wertekodex. Dieser wird durch die Instrumentalisierung dennoch gestärkt.

25 Zur Hexerei: John G. Kennedy, Psychological and social explanations of witchcraft, in: *Man* 2 (1967), S. 216–225; Rainer Walz, Der Hexenwahn vor dem Hintergrund dörflicher Kommunikation, in: *Zeitschrift für Volkskunde* 82 (1986), S. 1–18. Neuerdings für Sachsen: Manfred Wilde, *Die Zauberei und Hexenprozesse in Kursachsen*, Köln, Weimar, Wien 2003, v. a. S. 193–240.

26 Roger Chartier, Phantasie und Disziplin. Das Fest in Frankreich vom 15. bis 18. Jahrhundert, in: van Dülmen, Schindler (Hrsg.), *Volkskultur* (Anm. 21), S. 153–176, hier S. 169. Der Autor gibt als eine Wurzel des Karnevals die rituelle Erinnerung an.

27 Vgl. dazu: Barrington Moore, Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt a. Main 1987. Der Autor versucht in seiner Studie, einen anthropologischen Kernbestand von Gerechtigkeit und Gerechtigkeitsvorstellungen aufzuspüren und vermutet diesen u. a. im Beharren auf Reziprozität.

28 Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Berlin 1966; Ernst Cassirer, *Philosophie der symbolischen Formen*, 2 Tle., Darmstadt 1994; Harald Welzer (Hrsg.), *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg 2001.

Jugendliche Protestkultur mit doppeltem Boden

Hauptsächliche Träger der Bräuche waren, dies wurde bereits aus den obrigkeitlichen Mandaten deutlich, die Jugendgruppen der Stadt. Die Fastnacht war das Fest der Jugend.²⁹ Fast möchte man meinen, die Fastnacht sei einzig zum Zwecke des jugendlichen »Über-die-Stränge-Schlagens« erfunden worden, so willig und prompt griff die städtische Jugend die alljährliche Zeit des Ausnahmezustandes für sich auf. Durch nächtliches Lärmen auf den Gassen, das verummerte Possenspiel mit derben Ausfällen gegen andere Jugendgruppen oder die Vertreter der etablierten städtischen Oberschicht setzte sie einen anarchischen Kontrapunkt zum begrenzten Fest der »verkehrten Welt« der Erwachsenen.

Während des Karnevals aktualisierte und verstärkte sich jugendliches Protestpotential, da es auf den fruchtbaren Boden des festlichen Ausnahmezustandes fiel. Auch wenn dieses Karnevalstreiben keine explizite Kritik an der politischen oder sozialen Struktur der Stadtgemeinde äußerte, ja sich solchen Intentionen bewusst verschloss, wohnte der jugendlichen Rebellion doch die Tendenz inne, die etablierte Gesellschaft in Frage zu stellen und damit zu gefährden. Jugendliche Vorstellungen von Geschwindigkeit und von sozialen Veränderungsmöglichkeiten unterschieden sich von den abgeklärten (angepassten) Lebensentwürfen der Erwachsenen. Doch die Exzesse der Jugend im Karneval waren mehr als nur ein Zeichen intergenerationalen Unverständnisses.

Der Karneval bot der städtischen Jugend ein Ventil, um Spannungen mit den Erwachsenen und mit der konkreten sozialen Lebenswelt abbauen zu können.³⁰ Dies geschah allerdings nicht auf produktive Weise und musste deshalb wiederum bei den »etablierten« Erwachsenen und gebildeten Bürgern auf Unverständnis stoßen. Hinzu kam der irrationale, unproduktive Zug der jugendlichen Protestrituale im karnevalskalen Rahmen. Er blieb den städtischen Eliten, die rationalen Nützlichkeitsüberlegungen

29 Vgl. Scribner, Reformation (Anm. 21), S. 133. Der Karneval habe deshalb eine besondere Stellung in der »Jugendkultur«, weil er immer das Ringen zwischen Alten und Neuen verkörpere und somit auch dem Lebensgefühl der Jugendlichen Ausdruck verleihen müsste.

30 Vgl. Max Gluckmann, Rituale der Rebellion in Südost-Afrika, in: Fritz Kramer, Christian Sigrist (Hrsg.), *Gesellschaften ohne Staat*, 2. Bde., Frankfurt a. Main 1978, 1. Bd., S. 250–280. Kritik an einer derartigen Interpretation des Karnevals als Ventil für jugendliche Kraft: Natalie Zemon Davis, *The Reasons of Misrule: Youth Groups and Charivari in Sixteenth-Century France*, in: *Past and Present* 50 (1971), S. 41–75; Davis, *Gesellschaft und Kultur* (Anm. 17), hier: S. 106. Die Kanalisierung von Emotionen und Bedürfnissen war ein wichtiges Element der gesamten Fastnacht. Durch den Rollenwandel wurden sowohl die alltäglichen Einschränkungen aus den engen Schranken der ständischen Gesellschaftsordnung als auch die Einschränkungen der offiziellen sexuellen Sittenstrenge der alteuropäischen Gesellschaft kompensiert. Vgl. Werner Mezger, *Fasnacht, Fasching und Karneval als soziales Rollenexperiment*, in: *Narrenfreiheit. Beiträge zur Fastnachtsforschung* (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen 51), Tübingen 1980, S. 203–226, hier S. 208. Dieser funktionale Aspekt ist aber nur eine Facette im komplexen Gebilde der Fastnachtsbräuche.

verpflichtet waren, schllichtweg suspekt. Der Rat der Stadt, zur Mehrzahl von honorigen Kaufleuten und Angehörigen einer Bildungselite dominiert,³¹ konnte ein solches Schauspiel nicht tolerieren, weil es den bürgerlichen Leitbildern zuwiderlief. Die »tolle« Ressourcenverschwendungen forderte das lutherische Lebensideal der Leipziger Bürger geradezu heraus.³²

Das jugendliche »Über-die-Stränge-Schlagen« im Fastnachtstreiben präsentierte keine konkreten Gegenentwürfe zur Erwachsenenwelt. Das Konfliktpotenzial lag vielmehr in der Form des Protestes und in seinen Implikationen für die fröhlig-bürgerlichen Moralvorstellungen.

Die Unruhe der städtischen Jugend in der Fastnachtszeit und die Darstellung traditioneller Bräuche mitsamt ihren impliziten und expliziten Wertvorstellungen waren jedoch zwei Seiten einer Medaille. Dass ausgerechnet die Jugendlichen die Wertesordnung ihrer Gesellschaft transportiert haben sollen, erscheint auf den ersten Blick widersinnig und hängt doch eng mit der Ambivalenz der Fastnachtsbräuche zusammen. Einerseits wurden gesellschaftliche Wertvorstellungen im Fastnachtsspiel und im tollen Treiben mit pädagogischem Impetus vorgetragen, und andererseits wurden sie teilweise außer Kraft gesetzt oder ironisiert und parodiert. Der Grundgedanke der Fastnachtsbräuche könnte wohl lauten: Was die Werte und Moralvorstellungen nicht beseitigt, festigt ihre Verbindlichkeit. Wobei man den jugendlichen Akteuren weder eine direkte Absicht als Tugendwächter noch ein ausgeklügeltes Wertesystem im Hintergrund suggerieren sollte.

Die meisten Fastnachtsbräuche sind über Jahrhunderte von Generation zu Generation weitergegeben wurden. Mit den Bräuchen wurden auch die ihnen zugrunde liegenden elementaren Ordnungsvorstellungen tradiert.³³ Die Jugendlichen wurden durch das ausgelassene Brauchtum spielerisch für moralische Überzeugungen gewonnen.³⁴ Diese Ordnungsvorstellungen bezogen sich auf das Gebiet der Nachbarschaft

31 Vgl. dazu: Karin Kühling, Doris Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Eine Übersichtsdarstellung in biographischen Skizzen, Beucha 2000.

32 Aleida Assmann betonte, das evangelische Bürgertum habe ein »Problem mit dem Fest«, da das bürgerliche Prestige gerade im Triebverzicht und in einer Abneigung gegen Luxus- und Prachtentfaltung bestehe. Vgl. Aleida Assmann, Festen und Fasten. Zur Kulturgeschichte und Krise des bürgerlichen Festes, in: Walter Haug, Rainer Warning (Hrsg.), Das Fest (Poetik und Hermeneutik 14), München 1989, S. 227–246, hier: S. 236. Siehe auch: Herbert Schöffler, Protestantismus und Literatur, Göttingen 1958, S. 12.

33 Zur Bedeutung des Brauchtums für die Rechtsordnung einer vormodernen Gesellschaft vgl.: Karl-Sigismund Kramer, Art. »Brauchtum und Recht«, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 5 Bde., Berlin 1971–1998. Bd. 1, 1971, Sp. 506–511.

34 Dem Spielen allgemein hat man von prominenter Seite eine kulturschaffende Funktion zugesprochen, vgl.: Johan Huizinga, *Homo ludens. Vom Ursprung der Kultur im Spiel*, Reinbek b. Hamburg 1956, S. 51. Zur Bedeutung des Spieles in der bäuerlichen Rechtswelt des Spätmittelalters vgl. Ernst Schubert, *Erspielte Ordnung. Beobachtungen zur bäuerlichen Rechtswelt des späten Mittelalters*, in:

und der Bekanntschaft und auf »vorrechtliche« allgemeine Regeln des Zusammenlebens. Dies waren Rechtsgebiete, die Jahrhunderte lang auch ohne staatliche Reglementierung funktioniert hatten und auch noch neben der frühmodernen Regeldichte der Obrigkeit weiter bestanden.³⁵ Das Fastnachtsbrauchtum könnte also auch hier wiederum als ein Mittel der Selbstregulierung in der archaischen Gesellschaft verstanden werden. Zeitlich begrenzte Unordnung und Festigung der Ordnung lagen eng beieinander.

Fehlende Zivilisation – obrigkeitliche Verbotsmotive

Die städtische und landesherrliche Obrigkeit honorierte das Engagement der Leipziger Jugend im Karneval am Ende des 16. Jahrhunderts nicht. Im Mittelalter vereinte die Fastnacht noch alle Bevölkerungsgruppen, sowohl Unter- und Oberschichten als auch Alte und Junge.³⁶ Auch für Leipzig gibt es zahlreiche Belege zu mittelalterlichen Fastnachtsumzügen, die ihre Herkunft aus Prozessionen und geistlichen Rituale nicht verleugnen und an denen alle Bevölkerungsschichten Anteil nahmen.³⁷ Der Charakter als allgemein anerkanntes Volksfest aller Gesellschaftsschichten wandelte sich jedoch

Jahrbuch für fränkische Landesforschung 38 (1978), S. 51–65. Schubert weist in seinem bemerkenswerten Aufsatz auf die Bedeutung des Spieles für konkret-rechtliche Regelungen in bäuerlichen Weistümern hin. Von diesen Überlegungen ist es nur ein kleiner Schritt zur Betrachtung der erspielten Normen im Karneval.

35 Zur Regulierung sozialer Konflikte in archaischen Gesellschaften allgemein: Uwe Wesel, Frühformen des Rechts in vorstaatlichen Gesellschaften. Umrisse einer Frühgeschichte des Rechts bei Sammlern und Jägern und akēphalen Ackerbauern und Hirten, Frankfurt a. Main 1985, S. 319 ff. Dem Autor geht es um eine Darstellung des Funktionierens des »Privatrechts ohne Staat« (S. 320). Beim Karneval handelt es sich streng genommen nicht um die Durchsetzung von Recht, sondern von Moral (als immaterieller Vorform des Rechts). Die Mechanismen entsprachen sich aber. Freilich waren sie nicht die ausschließlichen Mittel zur Rechtswahrung und Durchsetzung, da der »Staat« (die städtische Obrigkeit) als konkurrierende Instanz auftrat und auch das alltägliche Leben zu beeinflussen suchte (etwa mit Kleider- und Luxusordnungen). Vgl. auch: Karl Sigismund Kramer, Grundriss einer rechtlichen Volkskunde, Göttingen 1974, v. a. S. 70–82 und S. 139–163.

36 Jacques Heers, Vom Mummerschanz zum Machttheater. Europäische Festkultur im Mittelalter, Frankfurt a. M. 1986, S. 221, 263, 302. Der Autor verweist darauf, dass von der Obrigkeit teilweise sogar Sondersteuern auf Juden und Prostituierte erhoben wurden, um den Karneval zu finanzieren. Allgemein: Piero Camporesi, Bauern, Priester, Possenreißer. Volkskultur und Kultur der Eliten im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, Frankfurt a. Main, New York 1994.

37 Dolz, Versuch einer Geschichte Leipzigs (Anm. 6), S. 157–159, 338; Zacharias Schneider, Chronicon Lipsiense, Das ist: Gemeine Beschreibung der Churfürstlichen Sächsischen Gewerb- und Handels Stadt Leipzig, Leipzig 1655, S. 160 ff.; L. Jeremias Weber, Evangelisches Leipzig oder kurtzer Bericht von der Stadt Leipzig Reformation und Bekehrung zur Evangelisch-Lutherischen Lehre ..., Leipzig 1698 (erstmals: 1639), S. 9. Einfacher zugänglich sind Auszüge dieser Darstellungen bei: Karl Beier, Alfred Dobritzsch (Hrsg.), Tausend Jahre deutscher Vergangenheit in Quellen heimatlicher Geschichtte insbesondere Leipzigs und des Leipziger Kreises, 2 Bde., Leipzig 1911, Bd. 1, S. 124 f.

im Laufe des Reformationsjahrhunderts, zumindest in den evangelischen Territorien. In der Messestadt erfahren wir seit dieser Zeit nur noch Negatives über die Fastnacht. Mehr und mehr traten die Jugendstreiche und Krawalle in den Mittelpunkt des Interesses der Obrigkeit, kein Bürger nahm mehr an derlei unordentlichen Ausbrüchen teil. Der Karneval und seine Träger wurden immer öfter kriminalisiert.

Die obrigkeitlichen Mandate des beginnenden 17. Jahrhunderts liefern viele Anhaltspunkte, um die Argumentationslinie der Herrschenden offen zu legen. Drei Motivkomplexe kristallisieren sich für eine Kriminalisierung des Mummenlaufens heraus:

1. Die Gefahr für die städtische Ordnung und den Frieden in der Gemeinschaft:

Die Vermummten führten im Schutz der Masken Verbrechen aus, terrorisierten die Stadtbewohner und liefen mit »mördlichen Waffen armieret und gerüstet« durch die Stadt. Untereinander veranstalteten sie blutige Scharmützel, argumentierte der Rat der Stadt. In einem Brief des Rates an den Landesherrn, in dem die städtische Obrigkeit um Anweisungen für das Vorgehen in diesen Fällen bat, hieß es, bei derartigen Aufläufen sei allerhand Gefahr dabei, die Aufläufe könnten schnell eskalieren und »Todtschlagk entstehen und erfolgen«.³⁸

2. Die Gefahr für das Seelenheil der Untertanen:

Das Vermummen und »Umlaufen« verstöße gegen die Zucht und Ehrbarkeit eines »christlichen eingezogenen stillen Lebens und Wandels«.³⁹ Ein getaufter Christ habe sich solcher barbarischer (heidnischer?) Bräuche zu enthalten, da es sich um eine schwere Sünde vor Gott und allen ehrliebenden Menschen handle. Das Mummenlaufen sei »eine sonderliche ergerung wieder christliche Herzen« und rufe Gottes »ernsten Zorn und rache« hervor, meinten die Ratsherren.⁴⁰ Insbesondere auch wegen der äußeren Bedrohung durch die Türken am Ende des 16. Jahrhunderts machten sich die Vertreter der Obrigkeit ernsthafte Gedanken um den Lebenswandel der Untertanen, vor allem bei den gotteslästerlichen Fastnachtsvergnügungen.⁴¹

38 StA Leipzig, Tit. VII, C 12c, Bl. 22-24, Konzept eines Briefes des Leipziger Rates an den Kurfürsten, 1609-01-22.

39 Ebd., Bl. 3. Mandat des Bürgermeisters und Rates der Stadt Leipzig gegen das Maskieren und Waffenträgen, 1609-02-18.

40 Ebd., Bl. 4. Mandat des Bürgermeisters und Rates der Stadt Leipzig, 1605-02-15.

41 SächsHStA Dresden, Loc. 9358/9, Bl. 66v f.; Bedenken kursächsischer Theologen an die Landstände auf dem Landtag 1595 in Torgau (ohne Orts- und Datumsangabe).

3. Das Verhalten sei tierisch und entspreche nicht den Verhaltensnormen von zivilisierten Menschen:

Die Vermummten benähmen sich wie das »unsinnige Vieh,« schlügen Lärm und ließen mit »ungeheuren viehischen geplers, geschreyes und Jauchzens« durch die Stadt.⁴² Auch die »unflätige und garstige Kleidung« sei neben den »gar abschewlichen Larven« und den »ergerlichen geberden und schandpossen« ein besonderes Ärgernis für züchtige Augen und Ohren.

Die Aussagen der Mandate spiegelten ein tiefes Unverständnis der Obrigkeit für die Fastnachtsbräuche wider. Ihre Vertreter sahen sich im völligen Gegensatz zu diesen Auswüchsen und machten dies auch durch ihre Sprache deutlich. Die Vermummten wurden als potenzielle Straftäter stigmatisiert und ihr Verhalten als viehisch, unflätig und abscheulich gebrandmarkt.

Gleichzeitig mit den pejorativen Einschätzungen lieferten die Obrigkeiten jedoch ihren Gegenentwurf. Die Dokumente machen deutlich, wie man sich das Volk vorstellte: Es sollte ein ruhiges und »christlich eingezogenes« stilles Leben führen. Zucht, Ehrbarkeit und Ruhe wurden als Kardinaltugenden für die Bürger und Einwohnerschaft beschworen.⁴³ Der Rat rechtfertigte sein Verbot des Mummenlaufens 1608 damit, dass er um die »erhaltung stillen, ruigen Wesens und Wohlstands« besorgt sei.⁴⁴ Und auch ein Mandat Kurfürst Johann Georgs I. von 1615 nannte als Motive für das kurfürstliche Engagement, dass man den Wohlstand von Universität und Stadt wahren wolle und »Ruh und Einigkeit« anstrebe.⁴⁵

Bemerkenswert ist der Inhalt eines juristischen Gutachtens für den Rat aus dem Jahr 1609. Es ermöglicht einen Einblick in die rationalen Handlungsmaximen der gebildeten Stadtbürger und Universitätsjuristen: »O wen man das geldt nehme und bawte das Pflaster vorm grosen collegio dafür, oder vermarten die Mauer am Grimmisschen Thor darfür, dez die Leineweber nicht so offt in graben fielen ...« Stattdessen würde das Geld während der Fastnacht verprasst, und das Treiben gäbe Anlass zu »allerlei unglück, unlust und andern undingen«.⁴⁶ Man sollte das Geld also lieber für etwas Produktives im Sinne der bürgerlichen Kosten-Nutzen-Rechnung verwenden.

42 StA Leipzig, Tit. VII, C 12c, Bl. 5, Mandat des Kurfürsten, Dresden, 1606-03-03.

43 Ebd., Bl. 3, Mandat des Rates der Stadt Leipzig, 1609-02-18.

44 Ebd., Bl. 17v, Konzept eines Briefes des Rates der Stadt Leipzig an den Kurfürsten, 1608-11-10.

45 Ebd., Bl. 37, Mandat des Kurfürsten, 1615-02-06.

46 Ebd., Bl. 27-30v, Denkschrift eines unbekannten Verfassers, Invocavit 1609. Die Denkschrift geht auch der Frage nach, ob der Rat die zunehmende Verschwendug während der universitären Promotionsfeiern tolerieren solle.

Unverständnis und Disziplinierung

Rat und Landesherr waren zu Spielverderbern geworden, sie stellten sich außerhalb der spielerischen Kommunikation der Fastnacht. Sie geißeneten deren Spielregeln als unchristlich und unzivilisiert und denunzierten die Spieler als nicht gesellschaftsfähig. Die Vertreter der Obrigkeit hielten sich offensichtlich für verständiger als den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Landesherr und städtischer Rat meinten zu wissen, was ihren Untertanen gut tat. Die »väterliche« Verantwortung⁴⁷ für das körperliche und das seelische Heil der Schutzbefohlenen zog sich wie ein roter Faden durch die zahlreichen obrigkeitlichen Verordnungen, Gebote und Mandate, mit denen die alltägliche Lebenswelt der Untertanen beeinflusst werden sollte.⁴⁸ Die »Widerspenstigen Leute« (Norbert Schindler) sollten freilich vor allem in eine den Obrigkeit genehmere Form gebracht werden. Dazu war zunächst vor allem die Kontrolle des vermeintlich »wilden Körpers« der Untertanen nötig – frühe Ansätze der Sozialdisziplinierung werden deutlich.⁴⁹

Die bereits angedeuteten Tanzordnungen waren eine Antwort der städtischen Obrigkeit auf die unkontrollierte Körperlichkeit im Festgeschehen der Untertanen. Der Normierungsbedarf der Oberschichten resultierte auch aus dem fehlenden Verständnis für die Formen ausgelassener Lebensfreude. Diese Regelungstätigkeit der städtischen Obrigkeit mag auch einer echten Sorge um das körperliche und seelische Heil der Untertanen entsprungen sein. Der Grundton der Mandate war, dass die besorgte Obrigkeit das Wohl der Untertanen auch gegen deren Willen durchsetzen wollte. Die städtische Obrigkeit konnte sich bei ihrem Vorhaben der Disziplinierung des Körpers

47 Ein patriarchalisches Regiment ist also nicht nur auf der Ebene der lutherischen Landesfürsten zu finden, sondern auch beim städtischen Rat. Vgl. zum Typus des lutherischen »Landesvaters« Manfred Rudersdorf, Die Generation der lutherischen Landesväter im Reich. Bausteine zu einer Typologie des deutschen Reformationsfürsten, in: Anton Schindling, Walter Ziegler (Hrsg.), Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650 (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung 50), Bd. 7: Bilanz, Forschungsperspektiven, Register, Münster 1997, S. 137–170; Ders., Patriarchalisches Fürstenregiment und Reichsfriede. Zur Rolle des neuen lutherischen Regententyps im Zeitalter der Konfessionalisierung, in: Heinz Duchhardt, Matthias Schnettger (Hrsg.), Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 48), Mainz 1999, S. 309–327.

48 Ernst Kroker, Leipziger Kleiderordnungen, in: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung Vaterländischer Sprache und Altertümer 10/5 (1912), S. 18–74; Neuerdings: Thomas Vogtherr, Die Leipziger Kleiderordnungen des 15. Jahrhunderts, in: Hartmut Zwahr, Uwe Schirmer, Henning Steinführer (Hrsg.), Leipzig, Mitteldeutschland und Europa. FS Manfred Straube und Manfred Unger, Beucha 2000, S. 35–40.

49 Michel Foucault, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a. Main 1994; Winfried Schulze, Gerhard Oestreichs Begriff der Sozialdisziplinierung in der frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für historische Forschung 14 (1987), S. 265–302.

und der Einschränkung des Karnevals auf die Gewissheit der eigenen Überlegenheit stützen. Das Fest als solches wurde nicht völlig negiert, aber die unangenehmen Formen der Ruhestörung und der zeitweisen Aufhebung der Alltagsordnung sollten eingedämmt werden. Das Feiern im »angemessenen« Rahmen blieb davon zunächst unbeschadet, aber nicht unberührt, wie die Tanzordnungen und die Einnahme des »Drehgeldes« durch den Rat zeigten.⁵⁰

Eine wichtige Quelle für die Skepsis der Funktionselite gegenüber den karnevalskten Ausbrüchen ihrer Untertanen war das abgekühlte Verhältnis der Reformation zu Ritualen und Ritualisierungen. Diese Skepsis speiste sich vorwiegend aus der theologischen Überzeugung, der wahre Dienst an Gott könne nicht durch einen inhaltsleeren Ritualismus erbracht werden.⁵¹ Die Voraussetzung des lutherischen und calvinistischen Zugangs zum Glauben bestand gerade in der intellektuellen Beschäftigung mit dem göttlichen Wort des Evangeliums. Der ekstatische, gefühlsmäßige, also »irrationale« Zugang, wie er sich in der altgläubigen Volksfrömmigkeit des Hoch- und Spätmittelalters unter Einfluss stark synkretistischer Glaubensvorstellungen herausgebildet hatte, wurde als gottloser Formalismus abqualifiziert. Diese theologische Maßgabe hatte sich auch auf das Verhältnis zum Fest überhaupt übertragen. Zunächst lässt sich freilich keine generelle Abneigung der Reformatoren gegen die Volksfrömmigkeit und gegen die traditionelle Festkultur des Volkes feststellen. Der Gegensatz ist erst nach und nach gewachsen.⁵² Auch Luther hat erst in der zweiten Hälfte seines Lebens klarer gegen vermeintliche Auswüchse der Volkskultur, wie eben das Fastnachtstreiben, Stellung bezogen. Ein intellektuell und religiös fundierter Skeptizismus gegen die kar-

50 In einem landesherrlichen Privileg Johann Georgs I. für das 1624 errichtete neue Ballhaus hieß es, dass alle anderen »Excesse, so dabey gewöhnlich, als Fluchen und Lästerung des Nahmens Gottes, Zankhändel und Schlägereyen, allzu hohes Spiel, leichtfertiges Wetten, Schmausereyen, und Einnehmung allerhand loses Gesindes (...) nicht geduldet« werden sollen. Vgl. Beier, Dobritzsch (Hrsg.), *Tausend Jahre deutscher Vergangenheit* (Anm. 36), Bd. 1, S. 347f., Privileg Johann Georgs II., 1692-02-16.

51 Mary Douglas, *Ritual, Tabu und Körpersymbolik*. Sozialanthropologische Studien in Industriegesellschaft und Stammeskultur, Frankfurt a. Main 1974, zum Antiritualismus des Protestantismus besonders: S. 15–17.

52 In seinem Brief »An den christlichen Adel deutscher Nation« machte der Reformator freilich schon recht früh seine Reserviertheit gegenüber den Ausschweifungen der volkstümlichen Festkultur deutlich: »Das man alle fest abethet und allein den Sonntag behielt: (...) den als nu der miszprach mit sauffenn, spiellenn, mussig gang unnd allerley sund gaht, szo erzurnenn wir mehr got auff die heyligenn tag, den auff die anderen (...) Datzu nymp der gemeyn mann zween leyplichenn schaden ubir dissen geystlichen schaden. Das er an seyner erbeyt vorseumpt wirt, datzu mehr vortzeret dann sonst, ja auch seinenn leyp schwecht unnd ungeschickt macht, wie wir das teglich sehen, unnd doch niemand zu bessern gedenkt.« Vgl. Martin Luther, *An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung*, in: Martin Luther: Werke, Bd. VI, Weimar 1888, S. 404–469, hier: S. 445f.

nevalesen Kommunikationsrituale zeichnete sich jedoch schon in der Frühzeit der reformatorischen Bewegung ab.⁵³

Die Durchsetzung eines strikten Gegenkurses der lutherischen Kirche in Kursachsen gegen die Fastnacht war eine »Leistung« der engen Geisteswelt des Konkordienluthertums des späten 16. Jahrhunderts. Das evangelische Landeskirchentum ging damit den Weg der geklärten Fronten, während die nachtridentinische katholische Reformkirche eine dissimulierende Doppelstrategie zwischen Duldung und wachsender Distanzierung zur Volkskultur wagte. Sie war dabei ihrerseits freilich stark darauf bedacht, die Sakralsphäre ihres Kultes von karnevalesen Relativierungsmechanismen freizuhalten und eine stärkere Grenze zwischen Sakralem und Profanem zu ziehen.⁵⁴

Die dritte Wurzel der zunehmenden Entfremdung der Eliten von der Karnevalskultur der Unterschichten und der Jugend bezog sich vor allem auf den städtischen und universitären Rahmen. Sie entsprang der intellektuellen Distanz der gebildeten Schichten zum ungebildeten »Pöfek«. Das karnevaleske Treiben passte schlachtweg nicht in die rationalen Kosten-Nutzen-Überlegungen der frühbürgerlichen Geisteswelt.⁵⁵ Dieses Argument wurde in dem juristischen Gutachten für den Leipziger Rat von 1609 bereits deutlich.

Das Prestige des frühmodernen, nachreformatorischen Bürgertums speiste sich geradezu aus dem Ideal des Triebverzichtes und der Disziplinierung des Feierns ohne materielle Verschwendungen und körperliche Verausgabung.⁵⁶ Die Fastnachtsrituale waren rationalen Maßgaben nach für die Vertreter eines frühmodernen Bürgertums nicht zu begreifen. Sie wurden nur als völlig sinnlose Verausgabung und als Ausdruck einer rohen Wildheit der Unterschichten und der Jugend wahrgenommen. Die Rituale der Fastnachtszeit entsprachen nicht den gewohnten Kommunikationsformen der gebildeten Entscheidungsträger.⁵⁷ Die obrigkeitlichen Fastnachtsverbote stießen sich

53 Erika Kohler, Martin Luther und der Festbrauch (Mitteldeutsche Forschungen 17), Köln, Graz 1959, S. 113 f. Luther verwandte freilich im theologischen Streit mit seinen Gegnern oft selbst die Fastnachtssymbolik und -terminologie.

54 Vgl. dazu Norbert Schindler, Karneval, Kirche und die verkehrte Welt. Zur Funktion der Lachkultur im 16. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Volkskunde N.F. 7 (1984), S. 9–57, hier: S. 24f.

55 So auch Richard Alewyn, Das große Welttheater. Die Epoche der höfischen Feste, München 1989, S. 29. Alewyn sieht auch in der bürgerlichen Festgestaltung im Barock einen bewussten Trend zur Rationalität, weil auf aufwändige Kostüme und Prunk verzichtet wurde.

56 Assmann, Festen und Fasten (Anm. 32), S. 236 f. Vgl. auch: Dies., Das puritanische Fest, in: Jan Assmann (Hrsg.), Das Fest und das Heilige. Religiöse Kontrapunkte zur Alltagswelt (Studien zum Verstehen fremder Religionen 1), Gütersloh 1991, S. 169–181.

57 Manfred Hettling und Paul Nolte haben in der Einführung eines Bandes über bürgerliche Feste des 19. Jahrhunderts auf die Unterscheidung Aby Warburgs hingewiesen, der visuelle Ausdrucksformen als magisch-emotional der Sprache als rationaler Ausdrucksform gegenüberstellte. Diese Unterscheidung scheint mir ein ganz wesentlicher Ausgangspunkt für das Unverständnis der gebildeten Eliten gegenüber den Äußerungen der volkstümlichen Kommunikation zu sein. Manfred Hettling, Paul Nolte, Bürgerliche Feste als symbolische Politik im 19. Jahrhundert, in: Dies. (Hrsg.), Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert, Göttingen 1993, S. 7–36, hier: S. 15.

daher vor allem an der Form der Rituale – die inhaltliche Seite wurde gar nicht beachtet.⁵⁸ Die bewusste Absetzung der städtischen Oberschicht von den Karnevalssritten war somit nicht nur auf ein soziales Distinktionsbedürfnis zurückzuführen, sondern auch durch die eingebüttete Denkweise präfiguriert.⁵⁹

Der Einfluss der lutherischen Konfessionskultur, ein fröhlicher Standesbewusstsein und das späthumanistische Bildungsideal prägten den Erfahrungshorizont der städtischen Funktionselite im frühneuzeitlichen Leipzig. Das Zusammentreffen dieser unterschiedlichen Ursachenkomplexe könnte vielleicht zur Erklärung der Distanzierung von der volkstümlichen Festkultur beitragen. Eine Distanz, die sich so erst im 16. Jahrhundert herausgebildet hatte und die keineswegs als vorgegeben angesehen werden sollte.⁶⁰

Das »Chaos« des Karnevals wurde dadurch nur umso bedrohlicher wahrgenommen. Und stellte die öffentliche Meinungsäußerung der Unterschichten in den Spottprozessionen und karnevalsesken Tumulten nicht eine reale Gefahr für die politische und soziale Ordnung dar? Die Aufläufe der jugendlichen Ruhestörer konnten durchaus in blutigen Exzessen enden. Das Ringen zwischen Zivilisiertheit und unkontrollierten Ausbrüchen der Natur, des Tieres im Menschen, war ja das beliebte Hauptthema der Fastnacht.

Das zeitweilige Außerkraftsetzen der Regeln des »zivilisierten« Zusammenlebens wurde vor allem durch die Jugendgruppen in der Stadt betrieben, die damit aber nicht immer nur einer Protesthaltung Ausdruck verliehen, sondern auch für die eigenen Gruppen Rituale der Integration und Möglichkeiten des Sich-Beweisens für die Einzelnen suchten.⁶¹ Dies geschah aber allzu oft auf Kosten der Ruhe und Sicherheit in

58 Die schenkelklopfende Rhetorik der volkstümlichen Lachkultur mit ihrem Hang zur ausgeprägten Körperlichkeit wurde zum Verständnishindernis. Vgl.: Schindler, Karneval, Kirche und die verkehrte Welt (Anm. 54), S. 37.

59 May Douglas, Wie Institutionen denken, Frankfurt a. Main 1991. Die Autorin gibt in ihrer Analyse zu bedenken, dass Gruppen einen kollektiven Denkstil entwickeln können. Der individuelle Verstand der Mitglieder bildete dabei ein verkleinertes Abbild des Gruppenverständes (S. 79). Für unser Beispiel ist besonders interessant, dass die Institutionen das Klassifizieren für ihre Mitglieder besorgen.

60 Anderes behaupten Autoren, die relativ undifferenziert eine quasi »gottgegebene« Distanz zwischen Volkskultur und Elitenkultur sehen wollen. Im Detail und vor dem Hintergrund historischer Entwicklungen sind derlei Aussagen nicht verifizierbar. Als Beispiel für ein solches »Schwarz-Weiß-Bild«: Robert Muchembled, Kultur des Volkes – Kultur der Eliten. Die Geschichte einer erfolgreichen Verdrängung, Stuttgart 1984.

61 So etwa bei den Handwerkertänzen, die auch für Leipzig belegt sind. Vgl. Vera Jung, Körperlust und Disziplin. Studien zur Fest- und Tanzkultur im 16. und 17. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 90 und 97.

der Messe- und Universitätsstadt.⁶² Die städtische Obrigkeit begegnete diesen Regelverstößen mit immer neuen Verboten.

Der »wilde, ursprüngliche« Karneval wird in Leipzig, wie in anderen protestantischen Städten, im 16. Jahrhundert durch solche Verbote mehr und mehr verdrängt.⁶³ Zwar erließ der Leipziger Rat noch im 18. Jahrhundert Mandate gegen das nächtliche Mummenlaufen, hierbei handelte es sich aber nur um einzelne »Ordnungswidrigkeiten« anlässlich größerer Feste oder um Studentenstreiche.⁶⁴

Heutige Karnevalisten können sich nicht mehr auf die Traditionen der alteuropäischen Fastnacht berufen. Das moderne Erscheinungsbild des Karnevals reicht oft nicht weiter als hundert oder hundertfünfzig Jahre zurück und ist meist dem bürgerlichen Vereinswesen des 19. Jahrhunderts und einer romantisch-folkloristischen Verklärung der Fastnacht entsprungen.⁶⁵ Der frühneuzeitliche Disziplinierungswille hat sich letztlich gegen die traditionellen Rituale durchgesetzt.

⁶² Gerade zwischen den unterschiedlichen Jugendgruppen in der Stadt kam es – nicht nur zu Fastnachtszeiten – immer wieder zu Zusammenstößen, die fast schon bürgerkriegsähnliche Zustände erreichen konnten, so etwa im Jahr 1613 zwischen Schuhknechten und Studenten. Vgl. StA Leipzig, Tit. VII, C, 13.

⁶³ Am Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts nehmen die Verbote zahlenmäßig stark zu. Vgl. Flügel, »Gott mit uns« (Anm. 2), S. 62.

⁶⁴ Ebd., S. 67.

⁶⁵ Schindler, Karneval, Kirche und die verkehrte Welt (Anm. 54), S. 29.

Friedrich Schiller und Leipzig¹

Ludwig Stockinger

I

Anfang Juni 1784 erhielt Friedrich Schiller in einem schwierigen Moment seines Lebens eine eigenartige Sendung.² Das Paket enthielt zwei begeisterte Huldigungsbriefe von vier Verehrern seiner Dichtungen, dazu deren auf Gips gezeichnete Porträts, eine gestickte Brieftasche und die Vertonung eines der beiden Lieder der Amalia aus dem Drama »Die Räuber«. Die Sendung kam aus Leipzig, und die Namen der enthusiastischen Verehrer, die Schiller bald erfährt, sind der 28-jährige Dresdner Oberkonsistorialrat Christian Gottfried Körner, dessen Verlobte Minna Stock, deren Schwester Dora Stock und deren Freund, der 20-jährige Übersetzer Ludwig Ferdinand Huber. Schiller, der in diesen Jahren kein sehr eifriger Briefschreiber war, reagierte erst am 7. Dezember 1784 auf die Verehrerpost – heute würde man das »Fanpost« nennen –, und Anfang Januar 1785 kam ein Briefwechsel in Gang, der im März 1785 zum Entschluss Schillers führte, einer Einladung der fernen Brieffreunde zu folgen und zur Buchmesse nach Leipzig zu reisen. Am 17. April 1784 kam er in der Messestadt an, wo er zunächst im Gasthof »Zum blauen Engel« Quartier nahm, dann in der Hainstraße ein Zimmer mietete, um schließlich Anfang Mai in das vor den Toren Leipzigs liegende Dorf Gohlis zu ziehen. Dort lebte und arbeitete er für mehrere Monate in einem Dachstubenzimmer. Anfang September 1785, nach der Heirat Körners mit Dora Stock, folgte er dessen Einladung nach Dresden, wo er am 12. September 1785 eintraf.

Damit endete die erste Begegnung Schillers mit Leipzig. Sie war nur von kurzer Dauer, wurde aber dennoch bedeutsam – nicht nur als entscheidende Wende in Schillers Leben, sondern auch für das Bild und die Wirkung Schillers bei der Nachwelt. An diesem Aufenthalt lassen sich nämlich in Vorgeschichte und Verlauf Muster des Verhältnisses von Dichter und Stadt erkennen, die in gewisser Weise auch die folgenden Epochen der Wirkungsgeschichte Schillers in Leipzig charakterisieren. Ich will Ihnen heute einige wichtige, hauptsächlich um die Daten der Schillerjubiläen von 1859, 1905

1 Dieser Aufsatz fußt auf einem Vortrag, den der Verfasser am 13.4.2005 in der Alten Handelsbörse zu Leipzig vor Mitgliedern des Leipziger Geschichtsvereins gehalten hat. Die auf ein breiteres Publikum ausgerichtete Vortragsform wurde beibehalten. Anregungen aus der Diskussion des Vortrags wurden eingearbeitet. Für wertvolle Korrekturvorschläge danke ich Katrin Löffler.

2 Vgl. zum folgenden Peter André Alt, Schiller. Leben – Werk – Zeit. Erster Band, München 2000, S. 396–406; Georg Kurscheidt, Briefwechsel Schiller Körner, in: Matthias Luserke-Jaqui (Hrsg.): Schiller Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart, Weimar 2005, S. 545–559.

und 1955 gruppierte Stationen dieser Wirkungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert vorstellen, und ich beginne mit Schillers Aufenthalt in Leipzig im Jahr 1785.

Einer der beiden Briefe, die Schiller Anfang Juni 1784 mit der von mir eingangs erwähnten Sendung erhalten hat, beginnt mit folgenden, sehr vielsagenden Sätzen:

»Zu einer Zeit, da die Kunst sich immer mehr zur feilen Sklavin reicher und mächtiger Wollüstlinge herabwürdigt, thut es wohl, wenn ein großer Mann auftritt und zeigt, was der Mensch auch jetzt noch vermag. Der bessere Theil der Menschheit, den seines Zeitalters ekelte, der im Gewühl ausgearteter Geschöpfe nach Größe schmachtete, löscht seinen Durst, fühlt in sich einen Schwung der ihn über seine Zeitgenossen erhebt; und Stärkung auf der mühevollsten Laufbahn nach einem würdigen Ziele.«³

Die vier jungen Leute, die dies schreiben, sind offenbar geprägt von Vorstellungen über die Funktion von Literatur und Kunst und damit auch über die Rolle des Künstlers in der Gesellschaft des späten 18. Jahrhunderts, die etwa ein Jahrzehnt vor der Abfassung dieses Briefes, in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts, von der vorhergehenden Generation entwickelt worden ist, einer Generation, die man nach den in unserer Begriffssprache eingespielten Bezeichnungen der ›Empfindsamkeit‹ und dem ›Sturm und Drang‹ zuordnen kann. Es sind dies Vorstellungen über die Kunst und den Künstler, deren Geltung in der deutschen Kultur seither zwar nie unbestritten akzeptiert worden ist, die aber im Grunde genommen bis heute unsere idealen Bilder von Kunst und Künstler bestimmen. Friedrich Schiller wird im Verlauf der Ausbildung und Verfestigung dieser Kunstauffassung immer mehr zu einem exemplarischen Repräsentanten dieses Ideals, ja er wird schon zu seinen Lebzeiten durch die Deutung, die sein Leben und sein Werk von seinen Zeitgenossen erfährt, dazu gebracht, für sich selber diese Zuschreibung mehr und mehr anzunehmen und sich nach einem Bild zu stilisieren, das sich andere von ihm als der Verkörperung des Ideals von einem Dichter machen und an ihn vermitteln. Identität bildet sich ja aus dem Zusammenspiel dessen, was man von sich selber hält, mit dem, was einem andere zuschreiben.

Der Brief aus Leipzig ist ein frühes, wenn nicht überhaupt das erste Dokument dieses Musters einer langen Wirkungsgeschichte Schillers, die sich auch in der spezifischen Wirkungsgeschichte dieses Autors in Leipzig abzeichnet.

Was können wir dem Brief der vier jungen Leipziger vom Juni 1784 in dieser Hinsicht entnehmen? Die eigene Zeit wird – erkennbar in der Nachfolge von Rousseaus Kritik an der modernen Kultur – als »Gewühl ausgearteter Geschöpfe« beurteilt, von

³ Schillers Werke. Nationalausgabe, Hrsg. im Auftrag der Stiftung Weimarer Klassik und des Schiller-Nationalmuseums Marbach [im Folgenden zitiert unter der Sigle NA], Bd. 33/1: Briefwechsel. Briefe an Schiller. 1781–28. Februar 1790, Hrsg. von Siegfried Seidel, S. 31.

dem man sich aber selbst als der »bessere Teil der Menschheit« abgrenzt. Es gibt also noch Hoffnung auf eine rettende Wende, die sich auf kleine elitäre Gruppen gründet, zu denen man sich selber zählt. Die einzelnen Vertreter dieses »besseren Teils« haben also die Möglichkeit, sich zu einer Gruppe zusammenzufinden und sich gemeinsam auf den Weg in eine bessere Zukunft der Menschheit zu machen, dies in besonders wirksamer Weise dann, wenn ein Dichter als »großer Mann« auftritt, um den man sich scharen kann. Durch ihn und sein Werk bekommen alle, die sich als Angehörige dieser Elite fühlen, »Stärkung auf der mühevollsten Laufbahn nach einem würdigen Ziele«. Das klingt religiös und erinnert in der Wortwahl an christliche Deutungen des Abendmahls als Stärkung auf dem Weg des Lebens zum ewigen Heil – die Dichtung ersetzt die Hostie, und das ewige Heil wird ersetzt durch das in unendlicher Ferne liegende Ziel des »besseren Teils der Menschheit«. So oder ähnlich wird in den folgenden Jahrzehnten die Rolle der Kunst und des Künstlers immer wieder in unterschiedlichen Varianten dieses Musters beschrieben.

Es ist nun sehr bezeichnend, dass es zwei Liebespaare sind, die Schiller einladen, in ihren Bund zu treten, zwei Liebespaare überdies, die – bei den Frauen – durch die Geschwisterlichkeit und – bei den Männern – durch die Freundschaft miteinander verbunden sind. In diesem Bund spielen demnach Muster der zwischenmenschlichen Beziehung im Bereich des Privaten und Intimen eine Rolle, von denen die damals junge Generation geglaubt hat, dass sie der Ort der Ermöglichung zukünftiger Humanität schon in einer Gegenwart ist, in der diese Ideale sich in der Öffentlichkeit von Staat und Gesellschaft noch nicht durchsetzen können. Die Bindung zwischen Geschwistern, die Liebe, die Freundschaft und die Kunst sind die Medien, mit denen sich eine Gemeinschaft bildet, die im Intimen die erhoffte zukünftige Wirklichkeit des Politischen und Sozialen vorwegnimmt.

Der Ertrag der Leipziger Zeit für Schillers dichterisches Werk ist nicht eben reich, aber man kann sagen, dass zwei seiner Werke, die diesen Bezug zwischen dem Intimen und dem Gesellschaftlich-Politischen herstellen, nicht zuletzt das Ergebnis dieser kurzen Epoche seines Lebens sind. Wenn wir den Erinnerungen Christian Gottfried Körners Glauben schenken dürfen, dann ist die »Ode an die Freude« im Sommer 1785 in Gohlis entstanden, zumindest dürfte Schiller sie in dieser Zeit konzipiert haben,⁴ also jenes Gedicht, mit dem Schiller auf dem Weg über die Vertonung einzelner Teile in Beethovens 9. Symphonie weltweit – und natürlich auch zu jedem Neujahr hier in Leipzig – gegenwärtig geblieben ist. Diese »Ode« ist ja schon durch die Gestaltung der Sprechsituation – es ist ein Lied beim gemeinsamen festlichen Umtunk im Kreise von Freunden, also wiederum eine Art Abendmahlsfeier – auf die

4 Vgl. NA 2/II A, S. 146.

von mir gerade charakterisierte Utopie der Intimität bezogen, die in jenem Sommer vorübergehend Wirklichkeit zu werden schien.

Die im 19. Jahrhundert meist zitierte Textstelle aus der »Ode an die Freude« – ich werde später noch darauf zu sprechen kommen – hat Beethoven freilich nicht vertont, und deswegen ist gerade diese bei uns so ziemlich in Vergessenheit geraten:

»Festen Mut in schwerem Leiden,
Hülfe, wo die Unschuld weint,
Ewigkeit geschworen Eiden,
Wahrheit gegen Freund und Feind,
Männerstolz vor Königsthronen –
Brüder, gält' es Gut und Blut –
Dem Verdienste seine Kronen,
Untergang der Lügenbrut!

Schließt den heilgen Zirkel dichter,
Schwört bei diesem goldenen Wein:
Dem Gelübde treu zu sein,
Schwört es bei dem Sternenrichter!⁵

Die Zeile, auf die es ankommt, heißt: »Männerstolz vor Königsthronen«. Auch an einem zweiten Werk, das im 19. Jahrhundert eine zentrale Position als Zitatquelle einnehmen wird, dem »Don Carlos«, hat Schiller in Leipzig gearbeitet.

Ich muss aber, bevor ich einen Sprung über die Zeit hinweg ins 19. Jahrhundert mache, noch einmal auf den eingangs zitierten Brief zurückkommen. Denn der Beginn der von mir zitierten Passage deutet ein Problem und einen möglichen Widerspruch an, und zwar dort, wo es heißt, dass in der Gegenwart »die Kunst sich immer mehr zur feilen Sklavin reicher und mächtiger Wollüstlinge« herabwürdige. Auf den ersten Blick kann man diese Wendung als Kritik an einer verkehrten Kunst lesen, die der bloßen Unterhaltung und Befriedigung sinnlicher Bedürfnisse diene, wie etwa in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der erotischen Dichtung des Rokoko, einer Kunst, die ein Dichter wie Schiller nun ja überwunden hat. Die Passage erinnert aber indirekt daran, dass auch dieser Dichter, dem sich die beiden Liebespaare voller Verehrung nähern, von den Erzeugnissen seiner Kunst leben muss, dass also das Medium des Heils der Menschheit gleichzeitig profane Handelsware sein muss. Christian Gottfried Körner war wohlhabend genug, um für eine begrenzte Zeit für Schiller eine Art Mäzen zu spielen und ihn deswegen profaner Geldsorgen zu entheben. Wie allerdings bei der

5 NA 1, S. 171 f.

dadurch entstehenden Abhängigkeit das Band der Freundschaft, das ja Gleichheit voraussetzt, nicht allzu sehr gefährdet wird, ist ein schwierig zu lösendes Problem.

Schiller ist nun auch in dieser Sache in diesem Lebensabschnitt einen entscheidenden Schritt vorwärts gekommen – und das ist ein letztes langfristig bedeutsames Ergebnis der Leipziger Zeit.⁶ Ende April 1785 hat er in dem 32-jährigen Verleger Georg Joachim Göschen einen zuverlässigen, ökonomisch versierten und gegenüber seinen Autoren sehr fairen Geschäftspartner kennen gelernt, der es ganz im Sinne eines ›modernen‹ Verlegertyps verstanden hat, geschäftliche Beziehung und Freundschaft mit den Autoren zu verbinden, und der Schiller erstmals in die Lage brachte, mit seinen Produkten nennenswerte Erträge zu verdienen. Neben Göschen tritt als zweiter Verleger der Leipziger Siegfried Leberecht Crusius mit Schiller in Kontakt, allerdings erst auf der Leipziger Buchmesse im Herbst 1786, als Schiller schon in Dresden beim Ehepaar Körner wohnte. Damit ist Schiller zwar seiner materiellen Notlage enthoben, aber er lebt fortan in jener zweideutigen Existenz, die als Problem des modernen Künstlers vor allem in der Literatur der Romantik immer wieder zum Thema gemacht worden ist: dass das Kunstwerk gleichzeitig Medium des Heils und Handelsware ist und dass der Künstler und die Kunst, weil sie auch auf den Verkaufserfolg ihrer Produkte achten müssen, nie der Gefahr entgehen, zu dem zu werden, was die Leipziger Freunde befürchten, zur »feilen Sklavin reicher und mächtiger Wollüstlinge«. Und wenn sie nicht dazu wird, dann vielleicht – beim Überschreiten der Grenze vom Raum privater Kommunikation in die Öffentlichkeit – für eine breitere Masse von Lesern zum Arsenal von falsch verstandenen Zitaten, die sich für unterschiedliche Interessen benutzen lassen.

II

Wenn wir nun einen ersten Zeitsprung in die Mitte des 19. Jahrhunderts wagen und dabei die triumphale Uraufführung der »Jungfrau von Orleans« im Leipziger Theater am Ranstädter Tor beiseite lassen,⁷ so können wir am Beispiel der Schiller-Verehrung in Leipzig zwischen 1840 – dem Jahr der Gründung des Leipziger Schiller-Vereins – und 1859 – dem Jahr der großen Feiern zu Schillers 100. Geburtstag – diese widerspruchsvolle Einheit zwischen der Verehrung Schillers als eines Vertreters von großen Idealen der Menschheit und dem Gebrauch von Schiller-Zitaten als Waffen

⁶ Vgl. zum Folgenden Alt (Anm. 2), S. 413–420.

⁷ Vgl. hierzu die Informationen bei Ariane Martin, Die Jungfrau von Orleans, in: Luserke-Jaqui (Anm. 2), S. 168–195, hier S. 181 f.

im politischen Kampf sehr gut beobachten.⁸ Schon der romantische Dichter Ludwig Tieck hatte im Jahr 1823 gesagt, Schiller habe sich mit der deutschen Nation versöhnt, »indem der allen ihren Wünschen und ihrem verwirrten Begehrten geflügelte Worte lieh«.⁹ Ute Gerhard, die ein wichtiges Buch über die Anwendung von Schiller-Texten und Schiller-Zitaten in der deutschen Wirkungsgeschichte im 19. Jahrhundert geschrieben hat,¹⁰ fasst diese von Tieck erkannte und kritisch bewertete Tendenz wie folgt zusammen:

»Hier sind bereits die Momente der Popularität Schillers angesprochen, die auch im weiteren Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts immer wieder genannt und kritisiert werden: Die ›isolierte Deklamation‹, das Auswendiglernen einzelner Stellen, die auf diese Weise wiederum zu ›geflügelten Worten‹ [...] werden, und schließlich die ›berühmten Stellen‹, die im Theater Beifall auf offener Szene hervorrufen. Kennzeichnend für die Schillerrezeption ist offensichtlich ein Verfahren, das die Texte in ihre Bestandteile auflöst, fragmentiert und einzelne Verse in außerliterarischen Bereichen zitiert und benutzt.«¹¹

Träger und Verbreiter dieser Popularität eines auf isolierte Zitate reduzierten Schiller waren in der Zeit der Restauration und des Vormärz die in vielen deutschen Städten gegründeten Schiller-Vereine und die von diesen Vereinen veranstalteten Schiller-Feiern. Die Schiller-Vereine sind Teil jener neuen Vereinskultur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der sich die neue ›Bürgerliche Gesellschaft‹ organisierte und im kulturellen Engagement politische Interessen formieren und artikulieren konnte.¹² Der Leipziger Schiller-Verein wurde im Jahr 1840 gegründet, und dass dieser Verein das Werk Schillers für die politischen Ziele des Liberalismus nutzen wollte, das wusste auch die politische Obrigkeit. In einem Bericht der »Geheimpolizei« zur geplanten Gründung des Leipziger Schiller-Vereins ist zu lesen:

»Schiller hat eine Menge Sachen für die Freiheit geschrieben; in seinem Tell, Don Carlos, den Räubern sind eine Masse Stellen, welche sich auf die Gegenwart weit besser anwenden lassen als die Werke anderer Dichter. Dabei ist Schiller der populärste unserer Poeten, jedermann kennt ihn. Seine Worte, zur rechten Zeit ange-

8 Zur Frühgeschichte des Leipziger Schiller-Vereins vgl. Georg Büttner, *Die Anfänge des Schiller-Vereins und die ersten Schiller-Feiern in Leipzig*, Leipzig 1910.

9 Zitiert nach: Ute Gerhard, *Schiller im 19. Jahrhundert*, in: Helmut Koopmann (Hrsg.), *Schiller Handbuch*, Stuttgart 1998, S. 758–772, hier S. 758 f.

10 Vgl. Ute Gerhard, *Schiller als »Religion«. Literarische Signaturen des XIX. Jahrhunderts*, München 1994.

11 Gerhard, *Schiller im 19. Jahrhundert* (Anm. 9), S. 759.

12 Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918. Band I: Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1990, S. 270.

wendet, üben eine zauberische Gewalt auf die Deutschen, ja man kann durch die Zitation seiner Aussprüche oft weit mehr in den Augen des Volkes beweisen als durch die klarsten Sätze der Logik. Aus diesen Gründen und weil Schiller so viel geschrieben hat, dass man nach Bedürfnis nur zu wählen braucht, so ist der Gedanke, ihn zu feiern, im Sinne des Liberalismus ein eminent glücklicher.«¹³

Heinrich Laube erinnert sich an den Leipziger Schiller-Verein der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts als an einen »Tummelplatz« für die »radikale Richtung«,¹⁴ also des linken demokratischen Flügels der liberalen Bewegung in der Zeit des Vormärz. Der Gründer des Leipziger Schiller-Vereins, Robert Blum, gehörte denn auch zu den agilsten und interessantesten Persönlichkeiten des Liberalismus in Deutschland.¹⁵ 1807 in einfachen Verhältnissen in Köln geboren, hatte er es in Leipzig ab 1832 zum Sekretär und von 1840 bis 1847 zum Finanzverwalter des städtischen Theaters gebracht. Seit 1839 war er für die Organisation des sächsischen Liberalismus rastlos tätig. 1845 wurde er zum Stadtverordneten gewählt, nachdem er bei den Unruhen in der Stadt im August 1845 seinen Einfluss geltend gemacht hatte, um die Bevölkerung zu beruhigen und größeres Blutvergießen zu verhindern; es wurde ihm aber 1847 trotzdem die Bestätigung als Stadtrat verweigert. 1848 wurde Blum ins Paulskirchenparlament als Abgeordneter gewählt, wo er Mitglied des Verfassungsausschusses und Wortführer der demokratischen Fraktion der Liberalen wurde. Als er sich im Herbst 1848 während der »Zweiten Wiener Revolution« in Wien aufhielt, wurde er nach der Niederschlagung des Aufstands durch die kaiserlichen Truppen auf Betreiben des Fürsten Schwarzenberg verhaftet, zum Tode verurteilt und am 9. November 1848 standrechtlich erschossen.

Robert Blum war auch in konfessionsgeschichtlicher Hinsicht eine bemerkenswerte Erscheinung, da er zu den Hauptvertretern und Propagandisten des »Deutsch-katholizismus« gehörte, einer am 12. Januar 1845 in Breslau gegründeten Vereinigung von katholischen Intellektuellen – Blum entstammte ja auch der Umgebung des rheinländischen Katholizismus –, die angesichts der zunehmend konservativen Tendenzen des Katholizismus in der Restaurationszeit ihre Identität nicht mehr mit der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche vereinbaren konnten. In Leipzig fand am 23. März 1845 das erste »Konzil« dieser Bewegung statt. Auch aus diesem Grund konnte und musste Blum an Schiller stark interessiert sein, weil die Schillerfeiern in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts immer mehr den Charakter von »Substituenten«¹⁶ kirchlicher Rituale angenommen hatten und weil Schillers Texte – anders als

13 Zitiert nach: Gerhard, Schiller als »Religion« (Anm. 10), S. 162.

14 Vgl. Gerhard, Schiller als »Religion« (Anm. 10), S. 163.

15 Vgl. Siegfried Schmidt, Robert Blum. Vom Leipziger Liberalen zum Märtyrer der deutschen Demokratie, Weimar 1971.

16 Gerhard, Schiller als »Religion« (Anm. 10), S. 164.

die Texte Goethes – wegen ihrer spezifischen Semantik, insbesondere der Orientierung an »Ideen«, für eine Umdeutung im Horizont eines säkularisierten Katholizismus durchaus geeignet waren.

Wenn man den Geheimdienstberichten aus den vierziger Jahren Glauben schenken darf – und das darf man hier aufgrund anderer Indizien aus der Zeit – so war ein wichtiger Programmpunkt der vom Leipziger Schiller-Verein veranstalteten Schiller-Feiern die Lektüre und Diskussion der Audienz-Szene aus Schillers »Don Carlos«, also jener Szene im 3. Akt des Dramas, in der Marquis Posa dem König Philipp mit der Forderung »Geben Sie Gedankenfreiheit« (III/10, 3213 f.) entgegentritt.¹⁷ Das Zitieren bzw. Paraphrasieren dieser Szene gehörte offenbar zum Grundbestand der nationalliberalen Schiller-Verwertung, und dies wird mit einem gewissen Automatismus mit dem Zitat jener Verszeile aus Schillers »Ode an die Freude« verbunden, die ich schon genannt habe: »Männerstolz vor Königsthronen«. Wie dies konkret aussehen konnte, mag ein Zitat aus dem von Robert Blum herausgegebenen »Vorwärts. Volkstaschenbuch für das Jahr 1847« illustrieren, in dem die »sklavische Gesinnung« der deutschen Beamten und Militärs kritisiert wird:

»Kein Wunder, dass jener sittliche Muth, der vor keinem Sterblichen sich beugt, der in Jedem nur Seinesgleichen sieht, der jeder Zeit und aller Orten seine innerste und wahrste Überzeugung frei und offen ohne alle Rücksicht zu vertreten bereit ist, zu den seltensten Seltenheiten gehört. Kein Wunder, dass Männerstolz vor Königsthronen ein frommer Wunsch jenes edlen Dichters geblieben ist, der vergebens seine Ideale mit seinem Volke zu versöhnen bemüht war.«¹⁸

Im Kontext der Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen im Jahr 1848 wird ein weiterer Text Schillers immer stärker zur Zitatenquelle und zum Medium der Legitimation von politischen Standpunkten und Interessen, und zwar der »Wilhelm Tell«. Hier sind es vor allem zwei Textstellen, die gehäuft zitiert oder paraphrasiert werden, zum einen das »Seid einig – einig – einig –«, das der alte Attinghausen sterbend spricht (IV/2, 2451), das sich ganz allgemein auf die Forderung nach der Herstellung eines deutschen Nationalstaates, aber auch auf die Forderung nach Einigkeit zwischen den politischen Richtungen in der Paulskirche beziehen lässt, und zum andern einige Zeilen aus der Rede Stauffachers in der Rütli-Schwur-Szene. Dort sagt Stauffacher:

»Der Güter höchstes dürfen wird verteid'gen
Gegen Gewalt – Wir stehn vor unsrer Land,
Wir stehn vor unsre Weiber, unsre Kinder.« (II/2, 1286–1288)

17 Vgl. Gerhard, Schiller im 19. Jahrhundert (Anm. 9), S. 767.

18 Zitiert nach: Gerhard, Schiller als »Religion« (Anm. 10), S. 176.

Diese Zeilen werden in Schillers Drama von allen Anwesenden auf dem Rütli wiederholt. Dass gerade dieses Zitat im Verlauf des Jahres 1848 so bedeutsam geworden ist, lässt sich verstehen, wenn man den Kontext der Diskussion über die Rechtfertigung von Gewalt bei der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution bedenkt. Mit diesen Sätzen aus der Rede Stauffachers wollte Schiller in seinem Drama die Grenze zwischen einem illegitimen Aufstand gegen die Obrigkeit und einer legitimen Notwehr markieren, und er verweist dabei auf die aus dem 18. Jahrhundert her bekannte und tradierte Verbindung von privater Sphäre der Familie und öffentlicher Ordnung. Der Aufstand der Schweizer auch mit dem letzten Mittel der Gewalt ist gerechtfertigt, weil er der Verteidigung der Autonomie freier Männer und ihrer Privatsphäre dient – ein Thema, das an vielen Stellen des »Wilhelm Tell« in unterschiedlichen Varianten immer wieder angesprochen wird. Wer also 1848 zur Rechtfertigung von Gewalt diese Textstelle zitiert, will damit sagen, dass er diese nicht zur Durchsetzung partikularer politischer Interessen einsetzen will, sondern zur Verteidigung des Menschenrechts auf die Autonomie der Privatsphäre.

Wie der Leipziger Demokrat Robert Blum diese Zitate und Anspielungen auf den »Wilhelm Tell« verwendet hat, zeigt sich beispielhaft am Text eines Flugblattes, das am 23. Oktober 1848 während der »Zweiten Wiener Revolution« vom »Zentral-Ausschuss der demokratischen Vereine Wiens« an die Bewohner der Stadt gerichtet worden ist und als dessen Verfasser die »Neue Rheinische Zeitung« Robert Blum identifiziert hat:

»Von diesem Augenblicke an gibt es keine Parteien, keinen Meinungszwiespalt mehr; wir kämpfen wie jenes schlichte Hirtenvolk in der Schweiz gegen den Übermut der kaiserlichen Vögte, für unsere Freiheit, für unsere Ehre, für unseren Herd, für unser Weib und unsere Kinder!«¹⁹

Nach dem Bericht der »Neuen Rheinischen Zeitung« vom 9. Dezember 1848 über Blums Hinrichtung soll er noch auf der Fahrt zur standrechtlichen Erschießung mit einem Verweis auf diese Textstelle den Zusammenhang seiner politischen Tätigkeit mit der Sphäre der Familie, mit Frau und Kindern, artikuliert haben.

III

Der Gebrauch von Schiller und von Schiller-Texten in der politischen Propaganda des bürgerlichen Liberalismus erreicht nach 1848 aber erst seinen Höhepunkt in den spektakulären Schiller-Feiern, die in vielen Städten Deutschlands aus Anlass des 100. Geburtstages von Friedrich Schiller im Jahr 1859 veranstaltet wurden. Die Leip-

¹⁹ Zitiert nach: Gerhard, Schiller als »Religion« (Anm. 10), S. 185 f.

ziger Schiller-Feier von 1859, über die Katrin Löffler in den »Leipziger Blättern« berichtet hat,²⁰ war neben der Hamburger Feier eine der größten und aufwendigsten in Deutschland. Allerdings ist jetzt im Vergleich zum Vormärz zu beobachten, dass ein anderer Text Schillers ins Zentrum des Gebrauchs gerät, nämlich das »Lied von der Glocke«, das auch beim Leipziger Schillerfest das Programm des großen Festumzugs am 10. November 1859 bestimmt hat.

Dies hat seine Gründe in der Entwicklung des bürgerlichen Liberalismus nach dem Scheitern der Revolution von 1848. In dem Jahrzehnt nach 1848 wurden die Ziele des Liberalismus zwar nicht aufgegeben, aber einer gründlichen Revision, einer Anpassung an die realen Gegebenheiten der politischen Verhältnisse in Deutschland, unterzogen, ganz knapp gesagt: einer Unterordnung der verfassungspolitischen Ziele unter das primäre Ziel der nationalen Einheit. Das Schlagwort dieser Zeit war »Realpolitik«, womit sich nicht nur in Bezug auf die Politik, sondern auch auf kulturelle Orientierung generell, die Forderung nach einer Preisgabe allzu »idealistischer« Ziele und Ansichten zugunsten des in der gegebenen Lage Durchsetzbaren verbunden hat.

Die Stadt Leipzig war in gewisser Weise ein publizistisches Zentrum für diese Richtung eines »realpolitisch« revidierten Liberalismus, weil die hier herausgegebene Zeitschrift »Die Grenzboten« dieses Programm vertrat und dabei auch eine Neuorientierung der Literatur mit einbezog.²¹ Julian Schmidt, einer der wichtigsten Mitarbeiter im Kreis um die »Grenzboten«, hat maßgeblich das Programm einer neuen »realistischen« Literatur erarbeitet, und er hat 1853 eine diesem Programm entsprechende Geschichte der deutschen Literatur von Lessing bis zur Gegenwart publiziert.²² Gustav Freytag hat 1855 mit seinem Erfolgsroman »Soll und Haben« ein literarisches Muster für dieses Programm geliefert und diesem Roman als Motto ein Zitat von Julian Schmidt vorangestellt: »Der Roman soll das deutsche Volk da suchen, wo es in seiner Tüchtigkeit zu finden ist, nämlich bei seiner Arbeit.«²³

Wollte man nun den »Idealisten« Schiller, den Gewährsmann des radikal demokratischen Flügels des Liberalismus im Vormärz, als Schutzgeist des »realpolitischen« Liberalismus noch retten, so war es nur konsequent, jenen Text Schillers in den Mittelpunkt zu stellen, der in exemplarischer Weise das deutsche Volk bei der Arbeit darstellt und insofern »realistisch« im Sinne dieser Programmatik ist, und das ist das »Lied

20 Vgl. Katrin Löffler, Leipzigs Schiller. Zum 200. Todestag des großen deutschen Dichters, in: Leipziger Blätter 46 (2005), S. 57–59.

21 Vgl. Andreas Herzog (Hrsg.), Das literarische Leipzig. Kulturhistorisches Mosaik einer Buchstadt, Leipzig 1995, S. 199–201.

22 Vgl. Julian Schmidt, Geschichte der deutschen Literatur im 19. Jahrhundert, ³1856.

23 Vgl. Ludwig Stockinger, Realpolitik, Realismus und das Ende des bürgerlichen Wahrheitsanspruchs. Überlegungen zur Funktion des programmatischen Realismus am Beispiel von Gustav Freytags »Soll und Haben«, in: Klaus-Detlef Müller (Hrsg.), Bürgerlicher Realismus. Grundlagen und Interpretationen, Königstein/Ts. 1981, S. 174–202.

von der Glocke«. Dieser Text hat darüber hinaus für die fünfziger Jahre den Vorzug, dass er die Französische Revolution und generell die Revolution als Mittel der Politik kritisiert und die Identität des deutschen Volkes auf die Grundlage eines gelingenden Privatlebens in Arbeit und Familie stellt. Nicht übersehen sollte man dabei auch, dass sich mit dem Handwerk der Glockengießerei eine ziemlich breite Gruppe von Menschen im produzierenden Gewerbe identifizieren konnte, von den Handwerksgesellen bis hin zu den Trägern industrieller Produktion. Der Name der Glocke »Concordia« verweist überdies auf das Ziel der nationalen Einheit, und mit dem Gegenstand der Glocke selbst ist die Verbindung von säkularer Welt, Religion und Dichtung gegeben, auf die es im Gebrauch von Schillertexten immer schon angekommen war.²⁴

Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass der Leipziger Festzug, der am 10. November 1859 durch die Straßen zog, nicht nur die Glockengießer darstellte, sondern auch die Zigarrenarbeiter beim Zigarrendrehen zeigte, die Maschinenbauer das Modell einer Lokomotive, eines Eisenbahnwaggons und einer Nähmaschine vorführten, die Fleischer eine riesige Wurst mit sich führten usw.²⁵ Das mag zwar im Abstand der Zeit lächerlich und Schiller unangemessen erscheinen,²⁶ im Kontext des Jahres 1859 ist dies aber eine politische Demonstration, auf der sich das Bürgertum als die arbeitende und produzierende Klasse darstellt, die daraus einen Anspruch auf Mitgestaltung der Politik ableitet. So schreibt die »Deutsche Allgemeine Zeitung« aus Leipzig am 16. November 1859:

»Die politischen Zeitungen werden wohl etliche Tage lang Schillerzeitungen sein, und dürften sich trotzdem nicht allzu weit von ihrer Bestimmung entfernen.«²⁷

Der damalige Leipziger Student Heinrich von Treitschke berichtet seinem Vater in einem Brief beeindruckt:

»Ich habe gesehen, welch ein reiches tüchtiges und wackres Bürgertum diese Stadt birgt. Ein Festzug von mindestens 10000 Menschen – keine einzige Wache aufgestellt, und doch keine Störung, nicht einmal eine Verwirrung des endlosen Zuges, der zwei volle Stunden marschierte.«²⁸

24 Zum Gebrauch von Schillers »Glocke« im 19. Jahrhundert vgl. Jürgen Link, Ursula Link-Heer, Literaturosoziologisches Propädeutikum, München 1980, S. 189–191, S. 216 f.

25 Vgl. hierzu Löffler (Anm. 20).

26 Es gibt im 19. Jahrhundert eine größere Anzahl von Parodien des »Lieds von der Glocke«, die verschiedene Produktionsverfahren und Berufstätigkeiten zum Thema haben und bei denen die Grenze zwischen satirischer Abgrenzung und identifikatorischer Aneignung durchaus fließend ist. Vgl. hierzu die Beispiele bei Wulf Segebrecht, Was Schillers Glocke geschlagen hat. Vom Nachklang und Widerhall des meistparodierten deutschen Gedichts, München 2005, S. 75–108.

27 Zitiert nach: Gerhard, Schiller als »Religion« (Anm. 10), S. 236.

28 Zitiert nach: Gerhard, Schiller als »Religion« (Anm. 10), S. 237.

Treitschke beobachtet allerdings auch kritisch die »Speculation« mit Schiller: »dieser amerikanische Humbug mit Schillerseife, Schillercigarren und Gott weiß was«.²⁹

IV

In der zweiten Jahrhunderthälfte nach der Reichsgründung ist der Leipziger Schillerverein immer mehr zu einer Gesellschaft von bildungsbürgerlichen Honoratioren geworden, die keinen politischen Geltungsanspruch mehr erhoben hat. In ihm wurde aber kontinuierlich an dem alljährlichen Ritual einer Schiller-Feier am 10. November festgehalten. Der Leipziger Germanist Georg Witkowski, der im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts dazu überredet wurde, die Leitung des Vereins zu übernehmen, versuchte ihn noch einmal zu beleben. Er schildert in seinen Erinnerungen, die im Jahr 2003 dank des Engagements des Lehmstedt-Verlags erstmals publiziert worden sind, den Zustand und die traditionellen Tätigkeiten des Vereins vor und nach 1848 so:

»So vereinte der Leipziger Schiller-Verein aus allen Ständen vom Handwerker bis zum Universitätsprofessor und Großkaufmann die frei gesinnten Bürger. Am 10. November gab es stets ein Festmahl mit großen politischen Reden und gutgemeinten Liedern, die alle begeistert und gerührt mitsangen, weil darin ihre Sehnsucht zu irgendeiner bekannten Weise erklang. Bis die »liebenwürdigste aller Revolutionen«, wie Lamprecht sie genannt hat, alle diese Frühlingsblüten brach und der Schiller-Verein auf lange Zeit nur ganz bescheidenen Aufgaben diente: Pflege des Häuschens, das den Dichter einen Sommer lang geborgen hatte, Sammeln von Schiller-Andenken und -Büchern, vor allem immer noch die Feier des 10. November, nun aber hinabgesunken in banale Vereinsmeierei.«³⁰

Als Witkowski den Vorstand übernahm, wandelte er den Schiller-Verein um in eine literarische Gesellschaft, die zwar das Ritual der jährlichen Schiller-Feier am 10. November beibehielt – mit Einladung der Gohliser Schulen, Reden und Textrezitationen sowie Verteilung von Buchpreisen für die besten Schüler, und mit der vom Schiller-Verein finanzierten Aufführung eines Dramas von Schiller für die Schüler der höheren Schulen –, gleichzeitig aber die Veranstaltungen des Vereins für zeitgenössische Literaten öffnete und ihnen – nicht ohne erheblichen Widerstand älterer Vereinsmitglieder – ein Forum bot. Der Schiller-Verein, der nach Witkowskis Bericht ein beträchtliches Vermögen hatte, lud in der Folgezeit regelmäßig zeitgenössische Autoren

29 Zitiert nach: Gerhard, Schiller als »Religion« (Anm. 10), S. 236.

30 Georg Witkowski, Von Menschen und Büchern. Erinnerungen 1863–1933, Leipzig 2003, S. 266.

zu Vorträgen und Lesungen ein und kümmerte sich weiterhin um das Schillerhaus in Gohlis, das grundlegend restauriert wurde.

Von einer spektakulären größeren Schiller-Feier im Jahr 1905, die wesentlich über die jährlichen Schiller-Feiern hinaus auffällig gewesen wäre, ist in Witkowskis Erinnerungen, die im Hinblick auf die Fakten und Daten nicht immer präzise sind,³¹ nicht die Rede. Mit dem Jahr 1905 verbindet sich allerdings die erste Anregung zur Aufstellung eines Schiller-Denkmales in der Stadt Leipzig, die vom Schiller-Verein ausging.³² Die Planungen begannen unter der Leitung Witkowskis im Jahr 1906, aber das Denkmal nach einem Entwurf des Dresdner Bildhauers Johannes Hartmann konnte nach langen Auseinandersetzungen um Standort und Gestaltung erst 1914 aufgestellt werden. Dieses Denkmal ist, so könnte man sagen, das Dokument eines gänzlich entpolitisierten Schiller-Bildes, das den der Wirklichkeit entrückten »Idealisten« betont, dessen hohle Wangen den Kampf des Geistes gegen den kranken Körper hervorheben.

Wie ein später und isolierter Nachklang aus der Zeit der liberalen Schiller-Verehrung mutet es dagegen an, wenn an beiden Seiten des Treppenaufgangs zum Hauptportal des im Jahr 1905 vollendeten Leipziger Neuen Rathauses zwei Zitate aus dem »Wilhelm Tell« angebracht wurden, die noch einmal den politischen Gebrauch Schillers aktualisieren. Das erste Zitat – »Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern« (II/2, 1447) – erinnert an das Ziel der nationalen Einigung, und das zweite Zitat aus dem Mund des sterbenden Stauffacher – »Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, / Und neues Leben blüht aus den Ruinen« (IV/2, 2425 f.) – kann man vielleicht als verdeckte Anspielung auf den noch nicht ganz preisgegebenen Geltungsanspruch des Bürgertums der Stadt Leipzig gegenüber den Kräften von Monarchie und Aristokratie in der Spätphase des Kaiserreichs lesen. Immerhin steht das Neue Rathaus auf dem Boden einer ehemaligen Burg, von der aus der Landesherr die Stadt, die sich aus dessen Abhängigkeit nie hat befreien können, beherrschte.

Im Gegensatz zum Schiller-Denkmal, das dem Schiller-Bild des spätkaiserzeitlichen Bildungsbürgertums und seiner »Innerlichkeit« entsprochen haben möchte, und zu den letzten Anklängen an die Tradition der bürgerlich-liberalen Schiller-Aneignung auf den Rathaus-Inschriften ist das Schiller-Jahr 1905 allerdings auch geprägt von

³¹ Witkowski hat seine Erinnerungen im Exil ohne die Möglichkeit der Überprüfung der Daten geschrieben. 1905 war Witkowski noch nicht Vorsitzender des Schiller-Vereins, sondern der bei Witkowski namentlich nicht genannte Wilhelm Herzen. Es gab in der Tat 1905 keine spektakuläre öffentliche Feier, die der von 1859 vergleichbar gewesen wäre, wohl aber eine Vielzahl von Feiern in verschiedenen Stadtteilen mit jeweils mehreren hundert oder tausend Teilnehmern, die von anderen Vereinen oder Gesellschaften ausgerichtet wurden. Die Hauptfeier fand im Centraltheater statt.

³² Vgl. Stefan Voerkel, Das Schiller-Denkmal in Leipzig. Zum 200. Todestag des Dichters am 9. Mai 2005, in: Landesverein Sächsischer Heimatschutz. Mitteilungen (2005) 1, S. 2–9.

einer markanten Wende der Schiller-Rezeption mit erheblicher Langzeitwirkung auf der Seite der Arbeiterbewegung. Franz Mehring, der von 1902–1907 Chefredakteur der »Leipziger Volkszeitung« war, damals – lange ist es her – das Organ der Sozialdemokratie, veröffentlichte am 8. Mai 1905 seinen Artikel »Schiller und die Arbeiter«, der die so genannte »Schiller-Debatte« eröffnete und in dem er jene Muster der Schiller-Deutung in der politischen Linken pointiert formulierte, die über Jahrzehnte bis in die Schiller-Rezeption der DDR hinein verbindlich geblieben sind.

Der Kontext dieses Artikels war der Gebrauch von Schiller-Zitaten in der Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der sich methodisch kaum von dem selektiven Gebrauch unterschieden hat, der in der ersten Jahrhunderthälfte in der liberalen Bewegung üblich war. Aus der Sicht eines inzwischen differenzierteren Schiller-Bildes in der damaligen Germanistik und in der bildungsbürgerlichen Rezeption ist gegen diesen Gebrauch der Vorwurf der Vereinfachung und Verfälschung erhoben worden. Mehring geht von diesem Vorwurf aus und antwortet ihm mit der Forderung, dass auch die Arbeiterklasse den von ihr verehrten Autor in seiner Ganzheit lesen und verstehen müsse, also auch jene Teile und Aspekte des Werks zur Kenntnis nehmen solle, deren Geltungsanspruch für die Gegenwart gerade für die Arbeiterbewegung nicht mehr akzeptabel und verbindlich sei. Diese Lektüre des ganzen Schiller solle aber von dem methodischen Prinzip der Einordnung Schillers in seine geschichtliche Epoche angeleitet werden, mit der seine Grenzen und Schwächen neben seiner Größe historisch verstanden werden können. Das Interpretationsmodell für diese Trennung von als »Erbe« brauchbaren und geschichtlich überholten Elementen im Werk Schillers liefert die bekannte geschichtsphilosophische These von der »Deutschen Misere«:

Der »Idealismus« Schillers »war für Schillers Zeit, der jede praktische Möglichkeit auch nur des bürgerlichen Klassenkampfes fehlte, eine bedeutsame und in ihrer Art großartige Anschauung [...]. Aber diese Anschauung brach zusammen [...] von dem Augenblick an, wo ein bürgerlicher Klassenkampf in Deutschland möglich wurde. Nun gar seitdem der proletarische Klassenkampf entbrannt ist [...], seitdem ist der Idealismus Schillers nur eine wertlose Scherbe [...]. Man sage nicht, dass eine Herabsetzung Schillers darin liege, wenn die moderne Arbeiterklasse sein geistiges Erbe nur mit kritischem Vorbehalt antritt. Im Gegenteil! Sie erweist dem Genius die höchste und würdigste Ehre, wenn sie an ihm trennt, was noch lebendig und was schon abgestorben ist. [...] In diesem Sinne dürfen auch die modernen Arbeiter von Schiller sagen: Denn er war unser! Sie ehren ihn [...], indem sie ihn aus ihrer Zeit heraus begreifen.«³³

³³ Franz Mehring, Schiller und die Arbeiter, in: Gisela Jonas (Hrsg.), Schiller Debatte 1905. Dokumente zur Literaturtheorie und Literaturkritik der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1988, S. 15–17.

V

Am 9. Mai 1955, zum 150. Todestag Schillers, veranstaltete die Stadt Leipzig in der Kongreßhalle am Zoo eine große Schiller-Feier. Das ›Erbe eines klassischen Autors der deutschen Nationalliteratur und dessen Pflege war – ganz im Sinne der Programmatik von Franz Mehring – eine wichtige Angelegenheit der politischen Mächte und der Öffentlichkeit der Stadt geworden, so dass man sagen kann, dass im Hinblick auf die Größe und Repräsentanz erst wieder diese Gedenkfeier zu Schillers 150. Todestag mit der Feier zum 100. Geburtstag im Jahr 1859 in etwa vergleichbar ist. Als Festredner hatte die Stadt den renommierten, im Jahr 1955 bei den Mächtigen der SED aber durchaus schon unbeliebten Leipziger Germanistikprofessor Hans Mayer gewonnen.³⁴ Hans Mayer, der sich einige Jahre vorher in einem Essay über »Schiller und die Nation«³⁵ fast ängstlich darum bemüht gezeigt hatte, innerhalb der partei-offiziellen, immer noch von Mehring vorgegebenen Linien der Schiller-Deutung zu verbleiben, nutzte nun beim Anlass der Schiller-Feier die Möglichkeiten der Textsorte ›öffentliche Festrede‹, um für diejenigen, die zwischen den Zeilen hören – und später lesen – konnten, seinen eigenen, von der Parteilinie abweichenden Standpunkt in grandioser Rhetorik vor einer breiten Stadtöffentlichkeit darzulegen. Man muss allerdings als heutiger Leser des Redetexts diesen Kontext kennen, um das Ausmaß der Provokation einschätzen zu können.

Hans Mayer beginnt seine Rede mit dem programmatischen Titel »Das Ideal und das Leben« – womit er die alte Debatte des Verhältnisses von Idealismus und Realismus bei Schiller aufgreift – überraschend mit einem längeren Zitat aus Schillers Gedicht »Die Künstler«, und er fragt daran anschließend nach der unvergleichlichen Eigenart von Schillers künstlerischem Stil, der, wie er sagt, aus »der einmaligen schöpferischen Persönlichkeit im Künstler selbst«³⁶ hervorgeht. Schillers ›Stil‹, so sagt Mayer daran anschließend, »ist undenkbar ohne Schillers Lebensleid und Lebenskampf. Schillers Leiden ist undenkbar ohne die geistige und sittliche Kraft, die aufgewandt

³⁴ Nach einer Erinnerung von Hartmut Zwahr hat es im Mai 1955 – das genaue Datum ließ sich nicht mehr ermitteln – im Leipziger Schauspielhaus auch einen Vortrag des Leipziger Germanisten Hermann August Korff, damals schon ein einsames, im Leipziger Kulturleben und an der Universität aber noch hoch angesehenes Monument aus der Epoche der geistesgeschichtlichen Literaturwissenschaft, gegeben. Hartmut Zwahr hat damals als Schüler Notizen für die Schülerwandzeitung angefertigt, die er mir dankenswerterweise zur Kenntnis gegeben hat. Nach diesen Notizen bestand das Publikum hauptsächlich aus Studierenden der »Jungen Gemeinde«, was den Charakter dieses Vortrags als Veranstaltung einer ›Gegenöffentlichkeit‹ deutlich macht.

³⁵ Vgl. Hans Mayer, Schiller und die Nation, Berlin 1953.

³⁶ Hans Mayer, Das Ideal und das Leben. Eine Schiller-Rede, in: Hans Mayer, Nach Jahr und Tag. Reden 1945–1997, Frankfurt am Main, ²1985, S. 77–106, hier S. 77.

wurde, das Leid zu überwinden.³⁷ Hier treten einige Grundmotive zutage, die Hans Mayers Auffassung von Literatur innerhalb der marxistischen Literaturwissenschaft, der er sich immer zugehörig fühlte, durch sein ganzes Werk hindurch kennzeichnen, die er aber erst nach seinem Weggang aus der DDR in seinem Werk »Außenseiter«³⁸ in aller Deutlichkeit formuliert hat: die Betonung der individuellen und innovativen künstlerischen Form als Qualitätskriterium – gegen alle Kritik am ›Formalismus‹ –, das Recht des menschlichen Individuums, seinem unvergleichlichen Leid Ausdruck zu verleihen – gegen alle Verpflichtung der Kunst auf einen vorgeschriebenen Optimismus – und die Auffassung der Kunst als Ausdruck und ästhetische Sinngebung des Leidens.³⁹ Dieses überraschende Exordium von Mayers Festrede war also implizit gegen alle zentralen Dogmen der offiziösen Literaturpolitik gerichtet, und ein Teil der Zuhörer wird dies mit Unwillen, ein anderer Teil mit Freude, bemerkt haben. Wenn Hans Mayer dann im Verlauf seiner Rede die entscheidenden Wendungen in Schillers Kunstkonzept in das Jahr 1789 datiert, dann folgt er auf der Textoberfläche zwar dem Dogma der Priorität der geschichtlichen Wirklichkeit vor deren Widerspiegelung in der Kunst, aber bei genauerem Hinsehen bemerkt man, dass die entscheidenden Daten von Schillers Wende in diesem Jahr alle vor dem 14. Juli, dem Tag des Sturms auf die Bastille, liegen. Der Künstler ist mit der Revolution in seinem Bereich also auch zeitlich früher zur Stelle als die Politik, die Prioritäten erscheinen geradezu umgekehrt. Und wenn Hans Mayer, um Schiller als Dichter mit »nationaler Gesinnung« zu feiern, die »Jungfrau von Orleans« und den »Wilhelm Tell« nennt, also Dramen über die Befreiung eines Landes aus der Herrschaft von fremden Besatzern, so deutet er damit möglicherweise einebrisante politische Hoffnung auch für das gegenwärtige Deutschland an, die sich auf beide Teile des Landes hat beziehen lassen.⁴⁰

Am Ende seiner Rede fordert Hans Mayer seine Zuhörer dazu auf, die geschichtliche Erwartung zu bewahren:

»Damit das Menschenbild rein bleibe, damit die Möglichkeit menschlicher Zukunft, wie sie Schiller gesehen hat, zur Wirklichkeit werde. Damit die Hoffnung sich erfülle.«⁴¹

37 Mayer, Das Ideal und das Leben (Anm. 36), S. 79

38 Vgl. Hans Mayer, Außenseiter, Frankfurt am Main 1975.

39 In diesem Punkt befand sich Mayer durchaus in einer gewissen Übereinstimmung mit seinem Konkurrenten Korff. In den Aufzeichnungen Hartmut Zwahrs (vgl. Anm. 34) steht dazu der Satz: »Korff sprach von einer Art göttl. Überparteilichkeit des Künstlers.«

40 Zum weiteren Kontext, der eine solche Deutung durchaus plausibel machen kann, vgl. Hartmut Zwahr, Hoffnungen im Herbst 1956: Ungarn hat über die sowjetischen Truppen und das eigene Terrorregime gesiegt, in: Rüdiger Hohls u. a. (Hrsg.), Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte. Festschrift für Hartmut Kaelble zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2005, S. 342–348.

41 Mayer, Das Ideal und das Leben (Anm. 36), S. 106.

Unübersehbar gibt der Redner hier einen Hinweis auf seinen Leipziger Kollegen Ernst Bloch, gleichzeitig wiederholt er dabei aber auch jene Denkfigur aus dem 18. Jahrhundert, die ich eingangs erläutert habe, und darüber hinaus verweigert er die in der DDR naheliegende und erwartbare Formel, dass Schillers Ideale hier und jetzt bereits verwirklicht seien – man kannte sie damals aus den offiziösen Deutungen von Fausts *letztem Monolog* ja zur Genüge. Die Verwirklichung von Schillers idealem Menschenbild liegt nach Hans Mayer nicht in der Gegenwart der DDR, sondern in der Zukunft.

VI

Und Schiller heute, im Schiller-Jahr 2005? Wir erleben zwar die üblichen Aktivitäten, wie sie zu einem Jubiläum gehören, samt der termingerechten Publikation von Biografien, Theateraufführungen und Lehrveranstaltungen, aber dass die Stadt wie 1955 ins Gewandhaus zu einer großen Schiller-Feier einladen würde, ist heute unvorstellbar. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass etwa im Oktober 1989 auf den Straßen Leipzigs die Forderungen des Volkes mit Schiller-Zitaten untermauert worden wären – aber das kann daran liegen, dass ich damals noch durch eine dicke und hohe Mauer von Leipzig getrennt war und diese Ereignisse nur auf dem Bildschirm erleben konnte.⁴² Möglicherweise war die Diskussion zwischen dem erfolgreichen Schiller-Biographen Rüdiger Safranski⁴³ und Friedrich Schorlemmer auf der Leipziger Buchmesse im Frühjahr 2005 das spektakulärste öffentliche Ereignis in diesem Jahr, aber man kann nicht sagen, was dieses Ereignis längerfristig bedeutet. Soll man es als Begegnung der *letzten Mohikaner* einer moralisch-politischen Funktionalisierung

42 In der Reaktion auf diesen Passus des Vortrags hat mir meine Leipziger Kollegin Ulla Fix folgende Mitteilung zukommen lassen: »Etwa Ende September/Anfang Oktober 1989, jedenfalls noch in der Zeit der *alten Ordnung*, stand – an einem Wochentag, das Universitätsgebäude war voller Studenten – im Innenhof der Universität Leipzig, auf der Stele/Betonplatte (?), an der sich auch die Glocke befindet, mit großer, in meiner Erinnerung schwarzer Schrift geschrieben: *Sire. Geben Sie Gedankenfreiheit!* Ich habe beobachtet, wie sich die Studenten dazu verhalten haben, teils aufmerksam, teils mit verborgenem Interesse, teils gar nicht. Meine Frage wie auch die mancher Studenten, mit denen ich gesprochen habe, war, wie sich denn die Universitätsleitung dazu verhalten würde. Es war eigentlich undenbar, eigenständig, ohne Aufforderung von *oben* Parolen zu veröffentlichen. Das galt umso mehr für dieses deutlich widerständige Zitat. Herr Rainer Behrends, damals Kustos der Universität, hat meinem Mann und mir – wir waren gut miteinander bekannt – erzählt, dass die Universitätsleitung ihn aufgefordert habe, die Stele abzureißen. Er habe das verweigert, da sie ja zum Bauensemble der Universität gehöre, das nicht zerstört werden dürfe. An diesem Tag war die Schrift dann, welche Ironie des Geschehens, durch eine blaue Fahne der FDJ verhüllt. Wann die Schrift entfernt wurde, weiß ich nicht mehr. Ich nehme an, dass das in der darauf folgenden Nacht geschehen ist.«

43 Vgl. Rüdiger Safranski, Friedrich Schiller oder die Erfindung des deutschen Idealismus, München und Wien 2004.

Schillers deuten, die noch einmal vergeblich versuchen, mit Schiller den Anspruch einer intellektuellen und moralischen Elite zu begründen, oder soll man den Erfolg von Safranskis Schiller-Biographie als Zeichen eines neuen und dauerhaften Interesses an einer »idealistic« begründeten Moral deuten, als deren Kronzeuge Schiller erneut angerufen werden soll? Festzustellen bleibt derzeit nur, dass die Präsenz und die Bedeutung von Schillers Werk in der kulturellen Öffentlichkeit im Vergleich zu früheren Epochen der Wirkungsgeschichte spürbar abgenommen hat.

Bevor wir aber diesen Befund, dass das Werk Schillers im öffentlichen Gebrauch an Bedeutung verloren hat, in üblicher kulturkritischer Manier über den Bedeutungsverlust der Kultur und des Geistes beklagen, sollten wir uns daran erinnern, um welchen Preis der Reduktion, der Selektion und Vereinfachung dieser öffentliche Gebrauch von Schiller-Texten erkauft war. Der Bedeutungsverlust von Schillers Werk in einer breiteren Öffentlichkeit kann also auch als eine Chance gesehen werden, dieses Werk auf neue Weise in seiner Widersprüchlichkeit und Vielfalt lesen zu lernen. Ich war letzte Woche auf einem Kolloquium von Literaturwissenschaftlern über Schiller an der Universität Tübingen, und dort hat in den Vorträgen das Bild eines pessimistischen, in sich widersprüchlichen Autors so sehr dominiert, dass dies den Protest eines anwesenden Deutschlehrers ausgelöst hat, der in die Runde fragte, wie er einen solchen Schiller seinen Schülern vermitteln solle. Er halte sich dann doch lieber an den Schiller der »schönen Seele«. Die Antwort, die man ihm geben könnte, erscheint mir ganz einfach: Was schadet es eigentlich den Schülern, Texte zu lesen, die die Schwierigkeiten einer Deutung des Lebens offen zur Sprache bringen und nicht zudecken?

Die Eröffnungs- und Jubiläumsfeiern der Leipzig-Dresdner Eisenbahn

Romy Rölicke

Bürgerliche politische Feiern waren im 19. Jahrhundert stark ritualisierte Handlungsabläufe, in denen man an bestimmte Ereignisse oder Persönlichkeiten erinnerte. Die bürgerliche Gesellschaft fand in diesen Feiern ein Mittel, Selbstverständnis und Wertvorstellungen zu reproduzieren und zu dokumentieren.¹ Durch die Untersuchung solcher Inszenierungen lassen sich aber auch Erkenntnisse über deren historischen Kontext gewinnen.

Die Unternehmer und die sächsische Regierung hofften durch den Bau der Leipzig-Dresdner Eisenbahn (LDE) eine positive wirtschaftliche und politische Entwicklung für das Land zu initiieren. Als erste deutsche Ferneisenbahn wirkte sie als raum- und zeitübergreifendes Vorbild für weitere Eisenbahnprojekte. Die aufwendig inszenierte Eröffnungsfeier der LDE 1839 beeindruckte nicht nur die Zeitgenossen, sondern auch nachfolgende Generationen. Deshalb organisierten verschiedene gesellschaftliche Gruppen 1864, 1889 und 1914 Jubiläumsfeiern, um an die Einweihung der LDE zu erinnern. Dabei wurde der Symbolgehalt der LDE entsprechend dem Zeitgeist verändert. Um den Wandel der kulturellen Rezeption der Eisenbahn in Sachsen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu erkennen, war ein Vergleich dieser Veranstaltungen notwendig. Der vorliegende Aufsatz beschreibt und charakterisiert die 1839 gefeierte Eröffnung der LDE ausführlicher als die Jubiläen, da der Einweihung der LDE eine größere Bedeutung zukam und alle Jahrestagsfeiern sich auf diese bezogen. Abschließend wird der Rezeptionswandel der LDE im historischen Kontext dargestellt.²

Für die Untersuchung wurden Bestände des Stadtarchivs und des Stadtgeschichtlichen Museums in Leipzig sowie des Sächsischen Hauptstaatsarchivs, des Stadtarchivs und des Verkehrsmuseums in Dresden gesichtet. Außerdem waren die Universitätsbibliothek, die Deutsche Bücherei und die Stadtbibliothek in Leipzig sowie die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek in Dresden zu nutzen.

1 Vgl. Elisabeth Rauch, Sprachrituale in institutionalisierten und institutionellen Text- und Gesprächssorten, Berlin 1991, S. 100.

2 Die am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig entstandene Magisterarbeit »Die kulturelle Rezeption der Eisenbahn in Sachsen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Am Beispiel der Erinnerungsfeiern der Leipzig-Dresdner Eisenbahn«, auf der der Aufsatz basiert, kann im Stadtgeschichtlichen Museum und im Stadtarchiv in Leipzig eingesehen werden.

Der Verlauf und die Atmosphäre der Feiern ist am ausführlichsten in den Berichten der Leipziger Tageszeitungen³ beschrieben. Die Vorbereitung der Eröffnungsfeier 1839 lag bei der Direktion und dem Ausschuss der LDE-Kompanie. Das dokumentiert der Bestand der LDE-Kompanie im Stadtarchiv Leipzig.⁴ Die Verantwortlichen der Kompanie hielten aber auch mit einem auf der Landesebene gebildeten Festkomitee Rücksprache. Deshalb geben auch Akten des Ministeriums des Inneren⁵ sowie die Findkartei zur LDE des Bestandes der Deutschen Reichsbahn im Hauptstaatsarchiv in Dresden⁶ Aufschlüsse. Die Stadtratsakten in Leipzig und Dresden dokumentieren hauptsächlich die Bemühungen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung durch die Polizei und das Militär.⁷ Wichtige Quellen sind auch Druckschriften, wie beispielsweise die »Beschreibung der ersten Dampfwagenfahrt von Leipzig nach Dresden und von da zurück am 7. und 8. April 1839. Von einem Augenzeugen. Nebst den dabei gehaltenen Reden und Gesängen«.⁸ Mit diesen Quellen lassen sich die Eröffnungsfeier und die Jubiläen sehr gut nachvollziehen und beschreiben.

Nach dreieinhalb Jahren Bauzeit und zwei Probefahrten wurde am 7. und 8. April 1839 die erste deutsche Ferneisenbahn zwischen der Messestadt Leipzig und der Residenzstadt Dresden in Betrieb genommen. An der Organisation der Eröffnungsfeier waren die Direktion und der Ausschuss der LDE-Kompanie⁹, der Leipziger und Dresdner Stadtrat sowie verschiedene Ministerien beteiligt. Die Vorbereitung bestimmte die Teilnahme der sächsischen Königsfamilie und Fragen der öffentlichen Sicherheit¹⁰. Außer dem sächsischen Herrscherhaus lud man sieben von neun Staats-

³ Ausgewertet wurden die Leipziger Zeitung, das Leipziger Tageblatt, die Leipziger Allgemeine Zeitung, die Leipziger Neusten Nachrichten und die Leipziger Volkszeitung.

⁴ Zur Vorgeschichte der LDE: Vgl. Stadtarchiv Leipzig (künftig StAL), Cap. 70, Nr. 4, Vol. 1a, »Acta, die Anlegung von Eisenbahnen zwischen Dresden und Leipzig betreffend«.

⁵ Vgl. Hauptstaatsarchiv Dresden (künftig HSAD) Ministerium des Inneren (künftig MdI), »Acta, die Anlegung von Eisenbahnen betreffend. Nr. 148a«; »Acta, die Leipzig-Dresdner Eisenbahn betreffend. Nr. 49c«.

⁶ Vgl. HSAD, Deutsche Reichsbahn (künftig RBD) 7425, Eröffnung der Leipzig-Dresdner Eisenbahn; DR-Rbd Dresden, Nr. 36092, Konvolut A und B.

⁷ Vgl. Stadtarchiv Dresden (künftig StAD), RA. 2.1. F VI., 51., Vol. I (1834–1869).

⁸ Vgl. Verkehrsmuseum Dresden (künftig VMD), Signatur: 1.8.301.

⁹ Zum Gründungsausschuss der LDE gehörten Friedrich Busse, Friedrich Fleischer, Wilhelm Einert, Gustav Haberstadt, C. A. Geßler, C. A. Erdmann, Caspar Hirzel, Carl Lampe, Gustav Harkort, Albert Dufour-Ferone, Wilhelm Seyfferth, Gustav Preußer. Vgl. Ausstellungskatalog: Passage Frankreich – Sachsen. Kulturgeschichte einer Beziehung 1700–2000, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium des Innern, Halle 2004, S. 84.

¹⁰ Gründe zur Sorge bestanden, denn das erste überlieferte Eisenbahnunglück mit einem Toten ereignete sich während der Eröffnung der Liverpool-Manchester Railway. Vgl. Volker Then, Grundsteine, Brückenschläge, Schlusssteine. Eisenbahnfeierlichkeiten und bürgerliche Kultur, in: Hartmut Berghoff, Dieter Ziegler (Hrsg.), Pionier und Nachzügler? Vergleichende Studien zur Geschichte Großbritanniens und Deutschlands im Zeitalter der Industrialisierung (Festschrift für Sidney Pollard zum 70. Geburtstag), Bochum 1995, S. 224f.

ministern, verschiedene Kreis- und Amtshauptmänner, hohe Universitätsamtsträger und Militärs, die Oberbürgermeister und Bürgermeister, Stadträte sowie Vertreter der Stadtverordneten von Leipzig und Dresden ein. Neben diesen wurde mit der Anwesenheit der Bürgermeister aus den Städten Wurzen, Oschatz, Riesa, Großenhain und Meißen sowie den 25 Vorsitzenden der an der Strecke der LDE liegenden Dörfer und den 22 Mitgliedern des Gesellschaftsausschusses der LDE-Kompanie gerechnet.¹¹ Zusätzlich sollten Königs- und Fürstenhäuser sowie Handelskonsule und Gesandte aus Hannover, Österreich, Russland, Frankreich, England, Dänemark, Griechenland, der Schweiz und Nordamerika eingeladen werden. Das heißt, man plante die Eröffnung der LDE nicht nur als nationales, sondern als internationales Ereignis. Die Kosten dafür trug zum großen Teil die LDE-Kompanie. Die Stadt Dresden finanzierte das dort veranstaltete festliche Abendessen, und der Staatshaushalt unterstützte die Feier mit einem Betrag von 1000 Talern.¹² Bei der Eröffnung der LDE wurden verschiedene Gestaltungselemente, vor allem aus der bürgerlich politischen Festkultur, genutzt. Die Feierlichkeiten zeichneten sich durch die Ambivalenz von bürgerlicher Öffentlichkeit und Staatsakt aus. Das heißt, sie waren einerseits durch ein hohes Maß an bürgerlicher Selbstdarstellung, andererseits aber durch die Repräsentation des sächsischen Staates gekennzeichnet. Darüber hinaus ermöglichten sie »alle[n] Klassen der bürgerlichen Gesellschaft«¹³ zumindest als Zuschauer daran teilzunehmen.¹⁴

Wie geplant, wurde die Eröffnung der LDE über zwei Tage in Leipzig und Dresden gefeiert.¹⁵ Am 7. April 1839 versammelten sich gegen 13.00 Uhr die eingeladenen Personen im festlich geschmückten Leipziger Bahnhof.

»Aber schon lange vorher hatten Tausende von Zuschauern die Umgebung des Bahnhofes umstellt, denn es ist wol nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß der bei weiten größte Theil der Bewohner Leipzigs, zu welchen sich noch viele Fremde gesellt, den heutigen Tag als einen außergewöhnlichen Festtag betrachtete und sich trotz der rauhen Witterung doch nicht hatte abhalten lassen, der Abfahrt des Festzuges als Zuschauer beizuwöhnen [...].«¹⁶

11 Eine namentliche Auflistung der eingeladenen Personen vgl.: HStAD, MdI, Nr. 149c »Acta, die Leipzig-Dresdner Eisenbahn betreffend«, Bl. 134 f.

12 Vgl. Then, Grundsteine (Anm. 10), S. 233.

13 Vgl. J. P. Freiherr von Falkenstein in seiner Rede zur Eröffnung der LDE 1839, in: Leipziger Allgemeine Zeitung (künftig LAZ), Nr. 99, 9.4.1839, S. 1131.

14 Vgl. Then, Grundsteine (Anm. 10), S. 221.

15 Vgl. StML, IE 96/19, Programm zur Eröffnung der Leipzig-Dresdner Eisenbahn, Leipzig 1839.

16 Vgl. LAZ, Nr. 99, 9.4.1839, S. 1131.

Zu den wichtigsten Ehrengästen zählten zweifellos der sächsische König und seine Familie, der Innenminister Nostitz von Jänckendorf und der königliche Kommissar Kreisdirektor Johann Paul Freiherr von Falkenstein. Dieser eröffnete die Feier mit einer Rede über die Bedeutung dieses »großen vaterländischen Unternehmens«.¹⁷ Anschließend lobte der Innenminister¹⁸ die Unterstützung der sächsischen Regierung, die von Beginn an das Eisenbahnprojekt durch wichtige Bewilligungen und Privilegien, wie beispielsweise das Expropriationsgesetz – das die Enteignung des für die Eisenbahn benötigten Landes regelte – förderte. Er würdigte die am Bau der LDE mitwirkenden Personen und überreichte, im Namen des Königs, dem Direktor der Kompanie, dem Kaufmann Gustav Harkort, sowie dem Oberingenieur und Wasserbaudirektor Hauptmann Kunz das Ritterkreuz des Zivilverdienstordens. Darauf »erschallt ein tausendfaches Hoch« auf den König sowie Harkort und Kunz.¹⁹ Bevor die Festgesellschaft mit der – durch die Sachsen- und Kompaniefarben verzierten – LDE um 14.00 Uhr nach Dresden startete, sangen die Anwesenden ein Loblied auf den sächsischen König. Zu den durch Musik, Kanonenböllern und Jubelrufen begleiteten Abfahrten der Züge²⁰ hatten sich etwa 1 200 Personen im festlich geschmückten Bahnhof eingefunden. Den ersten Festzug führte der Engländer Greener mit den Lokomotiven »Stephenson« und »Elephant«, dem die erste in Deutschland hergestellte Lokomotive »Saxonia« folgte.

Die *Leipziger Zeitung* berichtet, dass die Festgesellschaft in Wurzen, Oschatz, Riesa, Priestewitz und Oberau, wo die übrigen Ehrengäste zustiegen, mit großer Freude begrüßt wurde. Einige Bahnwärter und Arbeiter hatten sich festlich gekleidet, und in der Nähe von Leipzig war die Bahn mit einer Ehrenpforte dekoriert. Der Jubel und die Begeisterung der Reisenden verstärkte sich beim Anblick von Bauwerken wie der Zschöllatalbrücke oder des Viaduktes bei Röderau.

Während der Fahrt über die Elbbrücke bei Riesa brachte man ein Vivat auf den sächsischen König und den Erbauer der Brücke, den Landbaumeister Königsdörfer, aus. Als die Züge später »das großartige Meisterwerk des Tunnels bei Oberau«²¹ passierten, steigerte sich das Staunen erneut, da

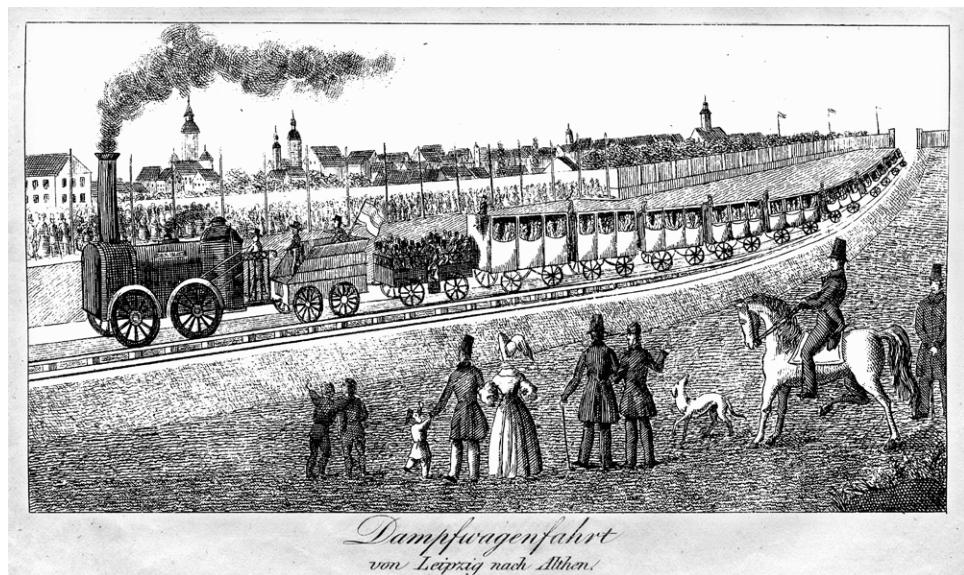
17 Vgl. ebd.

18 Vgl. LAZ, Nr. 102, 12.4.1839, S. 1167.

19 Vgl. ebd.

20 Die auf den Unterbauten der Eisenbahn befestigten Wagen glichen zu dieser Zeit in der ersten Klasse noch Kutschen und in der dritten Grubenwagen.

21 Vgl. *Leipziger Zeitung* (künftig LZ), Nr. 85, 9.4.1839, S. 1197. Die im Zusammenhang mit der LDE entstandenen Bauwerke wie Bahnhöfe, Brücken und Tunnel waren, wie die Eisenbahn selbst, neu und einzigartig. Sie wurden oft durch eigenständige Einweihungsfeiern, zum Beispiel 1838 die Muldenbrücke bei Wurzen, eröffnet.



Dampfwagenfahrt von Leipzig nach Althen 1837, Kupferstich

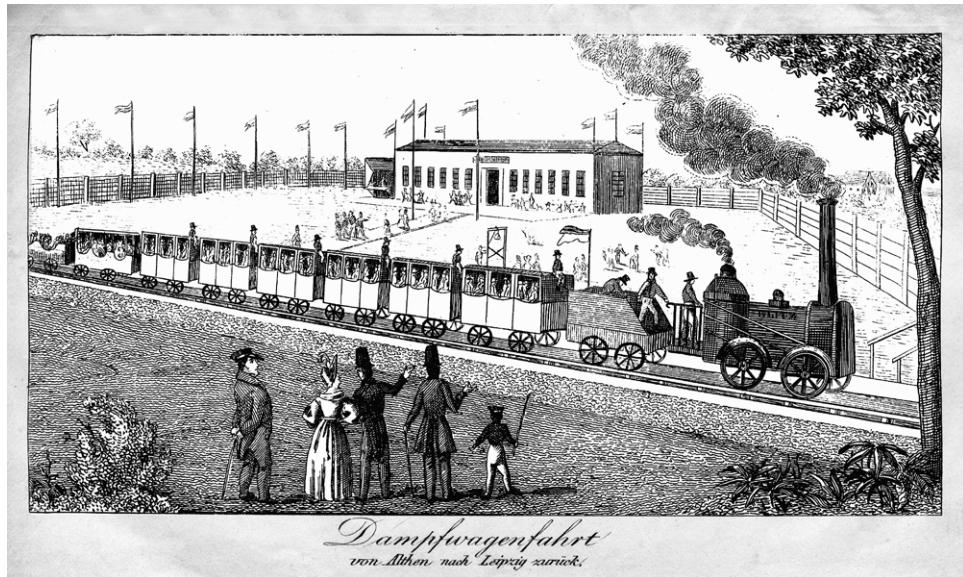
»der Ein- und Ausgang dieses Riesenbaues mit Hallen von Fichtenreisern geschmückt, und dieser unterirdischen, 870 Ellen langen Galerie durch die Erleuchtung mit zwei Reihen Lampen ein wahrhaft zauberhaftes Ansehen verlieh.«²²

Die Bergleute, die den Tunnel gebaut hatten, hielten die Fackeln und begrüßten die Festgesellschaft mit einem frohen »Glück auf!«. In der Nähe der Restauration »Zur Weintraube« sammelten sich die drei Festzüge. Da an der Lokomotive des zweiten Zuges ein Defekt auftrat, wurde diese durch eine andere ersetzt. Trotz des Schneegestöbers bestaunten unzählige Menschen entlang der Eisenbahnstrecke das neue Transport- und Kommunikationsmittel.²³

Gegen 18.00 Uhr erreichten die Züge die Residenzstadt Dresden. Dort nahmen der Stadtrat und einige Vertreter der Stadtverordneten die Reisenden feierlich in Empfang. Im jubelnden Publikum schwenkten Männer ihre Hüte und Frauen ihre Tücher. Nachdem die Festgesellschaft den Zug verlassen hatte, löste sie sich auf. Für die Ehrengäste und ihre Frauen sowie die Vertreter der Staats- und Stadtbehörden endete der erste Tag der Eröffnungsfeier – eines »jedem Sachsen gewiß unvergesslichen

22 Vgl. LZ, Nr. 85, 9.4.1839, S. 1197.

23 Vgl. ebd, LAZ, Nr. 99, 9.4.1839, S. 1131.



Dampfwagenfahrt von Althen nach Leipzig 1837, Kupferstich

Tages« – mit einem Abendessen in den festlich dekorierten Sälen des Veranstaltungshauses »Harmonie«.²⁴

Am nächsten Morgen, dem 8. April, versammelte sich um 8.00 Uhr außer den Teilnehmern am Festzug nach Leipzig eine große Menschenmenge im geschmückten Dresdner Bahnhof. Dort traf etwas später das sächsische Herrscherpaar Friedrich August II. und Maria Leopoldina, begleitet von den Prinzen Johann, Albert, Ernst und Georg sowie den Prinzessinnen Johanna, Augusta, Amalia und Elisabeth ein. Dazu kamen noch hohe Staatsbeamte, Hofchargen und Mitglieder des diplomatischen Korps.²⁵ Diese wurden von der Kommunalgarde musikalisch begrüßt und von einigen Direktoren der LDE-Kompanie feierlich empfangen. Selbstverständlich hatte man die Begrüßung und Begleitung genau geplant.²⁶ Von Falkenstein, Harkort und

²⁴ Vgl. LAZ, Nr. 99, 9.4.1839, S. 1131. Bei dieser Gelegenheit wurden Toaste auf das Werk sowie die Verdienste seiner Erbauer und Förderer ausgesprochen.

²⁵ Vgl. LZ, Nr. 85, 9.4.1839, S. 1197.

²⁶ Vgl. HSAD, DR-Rbd, Nr. 36092, Mappe A. Darin die Handschrift: Deputation zum Empfang, die Begrüßung und Begleitung des Königs und des Königlichen Hauses vom 8. April 1839. Zu den Deputierten gehörten von Falkenstein, Olearius, Härtel, Coith, Hübler, Harkort, Dufour-Feronce, Preußer, Einert, Seyfferth, Erdmann, Lampe, Hirzel, Morgenstern, Crusius und die Ehefrauen von Harkort, Olearius, Preußer, Seyfferth, Einert, Erdmann, Hirzel, Coith, Dufour-Feronce, Crusius und Härtel.

Hübler begrüßten den sächsischen König, während Olearius, Dufour-Feronce sowie die Ehefrauen von Harkort und Crusius die Königin empfingen. Auf den zweiten Glockenschlag nahmen alle Ehrengäste und der Erbprinz von Sachsen-Coburg in den mit Kronen verzierten Wagen Platz. Unter Kanonendonner startete der Festzug 8.30 Uhr, durch ein Spalier von Kommunalgarde und Zuschauern, nach Leipzig. Auch am zweiten Feiertag folgten dem ersten Zug zwei weitere. Zu Ehren des »geliebten Regentenhauses« sang das Publikum das Sachsenlied. Laut Presseberichten wohnten der Abfahrt über 1 300 Personen bei. Unterwegs versammelten sich an mehreren Bahnstationen die Kommunalgarden und Behörden der Stadt- und Dorfgemeinden, um ihre »ehrfurchtsvollen Begrüßungen« darzubringen:

»Die Zuschauer waren unzählige, und mit wo möglich noch lebhafteren Jubel als gestern wurde der Zug auf allen Punkten unterwegs begrüßt, auf allen Stationen ward heute derselbe mit Musik und Böllerschüssen empfangen und namentlich erholt der abermals erleuchtete Tunnel von donnernden, dem König und der königlichen Familie gebrachten Lebbehochs wieder.²⁷

»In der Gegend um Kieritzsch jubelten Landbewohner und die Schuljugend fröhlich dem Königspaar zu und in der Nähe von Oschatz winkten die Dorfmädchen und -jungen mit Kränzen und Fähnchen als Zeichen unvorbereiteter Huldigung.«²⁸

An beiden Tagen sollen entlang der Eisenbahnstrecke ungefähr 150000 Menschen die Eröffnung der LDE miterlebt haben.²⁹ Auf besondere Feierlichkeiten an den Anhaltepunkten musste aus Zeitmangel verzichtet werden.³⁰ Gegen 12.30 Uhr erreichte der Festzug unter Böllerschüssen und Glockengeläut den Bahnhof in Leipzig, »[...] dessen Umgebung kaum die herbeigeströmte Menge zu fassen vermochte«.³¹ Nach dessen Ankunft führte ein Teil der Festdeputation der LDE-Kompanie die »Allerhöchsten und höchsten Herrschaften« in einen speziell für sie hergerichteten Raum in der Personenhalle des Bahnhofes. Von dort fuhr man zum Leipziger »Schützenhaus«, wo man die Königsfamilie erwartete und sie in die für sie arrangierten Zimmer geleitete. Anschließend wurde ein Festmahl eingenommen. Daran konnten circa 300 geladene Gäste, darunter auch einige Mitglieder der an die LDE grenzenden Dorfgemeinden, teilnehmen.

27 Vgl. LAZ, Nr. 99, 9.4.1839, S. 1131.

28 Vgl. LZ, Nr. 85, 9.4.1839, S. 1197.

29 Vgl. Beschreibung der ersten Dampfwagenfahrt von Leipzig nach Dresden und von da zurück am 7. und 8. April 1839. Von einem Augenzeugen. Nebst den dabei gehaltenen Reden und Gesängen. Leipzig 1839, S. 5.

30 Vgl. Then, Grundsteine (Anm. 10), S. 230. Die ersten Eisenbahnen verkehrten nur bei Tageslicht!

31 Vgl. LZ, Nr. 85, 9.4.1839, S. 1197.

Als erstes begaben sich die Deputierten in das Cour-Zimmer³², in dem sich anschließend der Oberhofmarschall und die übrigen Festteilnehmer einfanden. Nach dem Eintritt des sächsischen Herrscherpaars moderierten der Oberhofmarschall und die Oberhofmeisterin die Eröffnungsfeier. Zuerst sprach der Vorsitzende der Direktion der LDE-Kompanie Gustav Harkort:

»auf den erhabenen Beschützer und Förderer des Unternehmens, auf das allgeliebte Königspaar, das ganze Königliche Haus, [einen Toast aus] und gedachte dabei der Anwesenheit der Söhne des Hauses, der Hoffnung unseres Vaterlandes.«³³

Darauf reagierte der sächsische König mit einem Trinkspruch auf das ganze Unternehmen, dessen Gedeihen und das Wohl seiner Begründer. Anschließend führten Harkort und Crusius die hohen Herrschaften zum Festmahl in den Speisesaal. Danach wurde im Cour-Zimmer Kaffee serviert und die Delegierten durch den Oberhofmarschall, die Hofmeisterin sowie die Ehefrauen von Harkort und Crusius vorgestellt.³⁴ Nach 15.00 Uhr kehrten die »Allerhöchsten und Höchsten« unter Glockenläuten und Böllerschüssen auf der LDE nach Dresden zurück.³⁵ Eine undatierte Handschrift an Prof. Erdmann nennt die mögliche Zusammensetzung einiger Coupés im Festzug. So sollten im Coupé Nr. 7 unter anderen der russische, österreichische und französische Konsul, der A.G. Präsident Beck und Rektor Weber sitzen.³⁶ Unmittelbar nach der Abfahrt der Festzüge starteten die Dampfwagenzüge für die Zuschauer.

Für die Eröffnung der LDE verwendeten die Veranstalter und Akteure verschiedene Gestaltungselemente, vor allem aus der bürgerlich politischen Festkultur. Das erklärt die Gemeinsamkeiten mit einem bürgerlich-monarchischen Solidaritätsfest, das sich durch die Ambivalenz von bürgerlicher Öffentlichkeit und Staatsakt auszeichnet. Am ersten Feiertag stellte man die LDE selbstbewusst als das Ergebnis bürgerlichen Unternehmertums dar. Dagegen dominierte am zweiten Tag der Charakter eines Staatsaktes. Der sächsische König weihte und legitimierte das moderne Verkehrsmittel, indem er mit diesem von Dresden nach Leipzig reiste. Gleichzeitig nutzte er diese Gelegenheit, um sich von seinem Volk huldigen zu lassen. Wie bei

32 Ein Cour ist ein feierlicher Empfang bei Hof.

33 Vgl. LZ, Nr. 85, 9.4.1839, S. 1197.

34 Vgl. HSAD, DR-Rbd, Nr. 36092, Mappe A, Handschrift: Deputation zum Empfange, zur Begrüßung und Begleitung des Königs und Königlichen Hauses vom 8. April 1839; LZ, Nr. 85, 9.4.1839, S. 1197.

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. HSAD, DR-Rbd, Nr. 36092, Mappe A, Eine undatierte Handschrift an Prof. Erdmann adressiert. Für das Coupé Nr. 9 waren der Oberzollrat, der Polizeipräsident, der Kammerrat von Carlowitz, Oberst Leonardi, Hofrat Kunas und weiter Personen vorgesehen. In Coupé Nr. 10 wollte man die Hofräte Pechstein und Lucius, einen Schützenhauptmann, Erdmann sowie verschiedene Amtshauptmänner platzieren.



Dresdner Bahnhof in Leipzig

einer traditionellen Huldigung wurde er bei seiner Ankunft in Leipzig mit Glockenläuten und Kanonensalven empfangen. Ihre Loyalität bekundeten die anwesenden Bürger im Singen des Sachsenliedes im Dresdner Bahnhof.

Die Ambivalenz der Eröffnungsfeier resultiert aber auch aus der Entstehungsgeschichte der LDE. Sachsens Regierung erkannte schon früh die Vorteile der Eisenbahn als modernem Transport- und Kommunikationsmittel, scheute aber die Risiken und Kosten des Unternehmens. Einige Leipziger Kaufleute und Bankiers, für die hier stellvertretend die Herren Harkort, Dufour-Feronce, Seyfferth und Lampe genannt seien, waren ebenso von den wirtschaftlichen Fortschritten einer Bahnverbindung zwischen Leipzig und Dresden überzeugt. Darüber hinaus besaßen sie auch die notwendigen Wissens-, Zeit- und Geldressourcen, welche die für das Eisenbahnprojekt erforderliche Gründung einer Aktiengesellschaft ermöglichten. Die Unternehmer der LDE-Kompanie waren von Beginn an auf eine gute Zusammenarbeit mit der sächsischen Regierung angewiesen. Denn ohne die gesetzlichen Rahmenbedingungen, erfolgreiche Verhandlungen um königliche Privilegien und das Wissen meist im Staatsdienst stehender Sachverständiger wäre der Bau der LDE nur schwer oder gar nicht denkbar gewesen. Beide Gruppen verfolgten mit der LDE in erster Linie wirtschaftliche Interessen, die sie durch ihre Kooperation erfolgreich umsetzten. Deshalb pries man auf der Eröffnungsfeier sowohl bürgerliche Werte wie Fleiß, Selbstständigkeit,

Selbstverantwortung und wirtschaftlichen Fortschritt verbunden mit dem Wohlfahrtsgedanken als auch sächsische Loyalität und Vaterlandsliebe.

Die Festzüge und -säle waren mit Fahnen und Wappen von Sachsen, Leipzig, Dresden und der LDE-Kompanie geschmückt. Während die Veranstaltungsorte, das Leipziger »Schützenhaus« und die Dresdner »Harmonie«, den bürgerlichen Charakter der Feiern bezeichnen, trug vor allem die Anwesenheit des sächsischen Königs, des Innenministers Nostitz von Jänckendorf, des königlichen Kommissars Kreisdirektor von Falkenstein sowie der zahlreichen Vertreter in- und ausländischer Herrscherhäuser zum Charakter eines Staatsaktes bei. In den Festakten und beim Festmahl grenzten sich das Wirtschafts- und Bildungsbürgertum sowie die Staatsvertreter bewusst vom Volk ab, das aber als Zuschauer an dem einmaligen Erlebnis teilnehmen konnte. Fast überall begrüßten die Gemeinden entlang der Eisenbahnstrecke die Reisenden und den sächsischen König feierlich. Politische Züge wurden in der Rede von Falkenstein deutlich, der die LDE als

»ein großes Werk [...], das dem Vaterlande zur Ehre gereicht, ein Nationalwerk, das das geistige und physische Wohl der Nation fördert [... dem] Wohl und der Ehre des sächsischen Volkes diene,«³⁷

präsentierte und zum Dank gegen »den geliebten König« aufforderte. Dagegen betonte Harkort die wirtschaftlichen Fortschritte für Handel, Gewerbe und Verkehr. Der viel bereitete Patriotismus und die Loyalität dem sächsischen Staat gegenüber fanden vor allem in den Lobliedern ihren Ausdruck.

Die Eröffnung der LDE war eine bürgerliche politische Veranstaltung, die in die Zukunft wies. Ihr Erfolg über das Jahr 1839 hinaus ist auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen. Die Einweihung der LDE war ein einmaliges Ereignis und beeindruckte die Zeitgenossen ohne Zweifel auch über die sächsischen Landesgrenzen hinaus. Sie wurde von den Veranstaltern durch einen ritualisierten Ablauf institutionalisiert, so konnte man an wichtigen Jahrestagen auf sie zurückgreifen. Hinzu kommt, dass gerade durch den ambivalenten Charakter der Eröffnungsfeier ein breites Identifikations- und Sinnangebot geschaffen wurde, das später von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen genutzt wurde. Das belegen Druckschriften und Gedenkmünzen oder -gedichte.

Jubiläen erreichen selten die Qualität und Außergewöhnlichkeit ihres Ursprungsereignisses. So wundert es nicht, dass die Erinnerungsfeier der Unternehmer der LDE-Kompanie 1864 im Vergleich zu 1839 mit relativ geringem Aufwand organisiert wurde. Das Festmahl war eine geschlossene bürgerliche Veranstaltung, in der

³⁷ Vgl. LAZ, Nr. 99, 9.4.1839, S. 1131.

Gleichgesinnte ihre Leistungen, Erfolge und Wertvorstellungen feierten. Dabei war das Sinnangebot stärker als 1839 auf das Wirken der Leipziger Unternehmer ausgerichtet. Der konkrete Verlauf der Jahrestagsfeier war anhand der untersuchten Quellen nicht zu rekonstruieren, da die Leipziger Tagespresse das Jubiläum mit einer fast authentischen Berichterstattung von der Eröffnung der LDE würdigte.

Das war bei den Feiern anlässlich des 50. Jahrestages der LDE 1889 anders. Diese müssen vor dem Hintergrund der nationalen Einigung Deutschlands seit 1871 und der Verstaatlichung der LDE-Kompanie 1876 betrachtet werden.³⁸ Es feierten das Jubiläum der Sächsische Ingenieur- und Architektenverein (SIAV), der Rat der Stadt Leipzig und der Verein der Beamten der Königlich Sächsischen Staatseisenbahn Bezirk Leipzig (VBSL). Darüber hinaus fanden weitere Veranstaltungen, beispielsweise im Leipziger Burgkeller, statt.³⁹

Der SIAV veranstaltete für seine Gäste und Vereinsmitglieder am 7. April 1889 einen Festakt in der Aula des Königlichen Polytechnikums in Dresden. An der Spitze der Festgesellschaft stand der sächsische König Albert, begleitet von den Prinzen Georg und Friedrich August III. Außerdem waren zahlreiche Vertreter des Staates, der Stadt, der Verwaltung der Königlich Sächsischen Staatseisenbahn (KSS) und das gesamte Professorenkollegium sowie einige Studenten anwesend. Die Festrede hielt der Betriebstelegraphenoberinspektor Ulbricht. Darin blickte er auf die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Eisenbahn zurück und würdigte deren »Segen« für Deutschland. Anschließend dankte er dem sächsischen Herrscherhaus für die Unterstützung beim Bau der LDE. Über das Festmahl im Saal der »Harmonie« informiert die Presse nur über einen Toast auf den sächsischen König. Aufgrund der Anwesenheit des Staatsoberhauptes dominierten vermutlich die Loyalitätsbekundungen. Die Betonung bürgerlicher Werte und Tugenden konnte aus Zeitungsberichten nicht geschlussfolgert werden.

Der Leipziger Stadtrat fühlte sich den Unternehmern der LDE-Kompanie verpflichtet. Deshalb hatte auch er am 7. April, 18.00 Uhr, zum Festmahl ins Kaufmännische Vereinshaus geladen. Unter den Ehrengästen befanden sich Vertreter der Stadt- und Staatsämter, der Handels- und Finanzwelt, des Konsularcorps, die Betriebsvorstände der LDE sowie bedeutende Persönlichkeiten der Stadt. Im Eröffnungstoast stellte der Leipziger Oberbürgermeister Georgi eine Beziehung zwischen dem Patriotismus von 1839 – symbolisiert durch die LDE – und der deutschen Vaterlandsliebe von 1889 her.⁴⁰ Den Abschluss der Rede bildete ein Hoch auf den deutschen Kaiser und den

³⁸ Am 1.6.1876 übernahm der sächsische Staat die LDE und gliederte sie in die Königlich Sächsische Staatseisenbahn ein.

³⁹ Vgl. Leipziger Tageblatt (künftig LT), Nr. 97, 7.4.1889, S. 2171.

⁴⁰ Vgl. LZ, Nr. 82, 8.4.1889, S. 1240.



Speisekarte des sächsischen Ingenieur- und Architekten-Vereins zur Feier des 50. Jahrestages der Leipzig-Dresdner Eisenbahn, 1889

sächsischen König.⁴¹ Anschließend ehrte der sächsische Finanzminister von Könneritz das fortschrittliche Denken und Handeln der Leipziger Unternehmer, indem er die Herren Lampe, Hark, Bassenge und Schnoor im Namen der sächsischen Regierung auszeichnete.⁴² Es folgten weitere Trinksprüche, die 50 Jahre nach der Eröffnung der LDE die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Leipziger Handelsbürgertum und der sächsischen Regierung würdigten.

Auch der VBSL veranstaltete anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der LDE eine Erinnerungsfeier. Der aufwendig mit Ausstellungsobjekten gestaltete Eingangsbe-

41 Vgl. ebd.

42 Vgl. ebd.



Programm des sächsischen
Ingenieur- und Architekten-
Vereins zur Feier des
50. Jahrestages der Leipzig-
Dresdner Eisenbahn, 1889

reich und Saal sollte den Zusammenhang zwischen der LDE und dem gegenwärtigen Eisenbahnwesen herstellen. Unter den Ehrengästen befanden sich ehemalige Direktoren der LDE-Kompanie, der Oberbürgermeister von Leipzig und andere Honoratioren der Stadt, aber keine Vertreter des Staates. Der Festredner Obergymnasiallehrer Beer veranschaulichte die Eisenbahngeschichte anhand unterschiedlicher Zugtypen. Anschließend sprach Beer über die staatliche Entwicklung Deutschlands seit 1839 sowie das Bedingungsgefüge zwischen dem Aufbau des Eisenbahnwesens und der Industrialisierung. Am Beispiel von Friedrich Lists Wirken für den deutschen Zollverein und die LDE präsentierte er den Weg zur wirtschaftlichen Einheit als eine wichtige Voraussetzung für die politische Einigung Deutschlands und bezeichnete »Leipzig als

die deutsche aller deutschen Städte«.⁴³ Ein Toast auf den König und das Singen der Sachsenhymne verdeutlichen auch hier die Loyalität zum sächsischen Vaterland und Arbeitgeber. Weitere Trinksprüche würdigten die ehemaligen Direktoren der LDE und die hohen Beamten der KSS. Das Programm wurde musikalisch von der 106. Regimentskapelle umrahmt. Die Journalisten der Leipziger Tagespresse reflektierten die LDE als Ausgangspunkt des deutschen Eisenbahnnetzes. Sie berichteten, dass schon das Eisenbahn-Komitee⁴⁴ »das große Unternehmen nicht als ein auf bloß lokales Interesse beschränktes [...], nicht als die abgeschlossene Angelegenheit einer Stadt, einer Provinz und eines Landes, nein! als gemeinsame Angelegenheit des gesamten deutschen Vaterlandes [...]«⁴⁵ betrachtete.

1914 wurde die Presseberichterstattung von den internationalen Beziehungen und Konflikten, die zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges führten, bestimmt. Jubiläen wie der 75. Jahrestag der Eröffnung LDE fanden nur wenig Beachtung. Sie wurden zwar angekündigt, aber kaum beschrieben. Die Veranstaltung des Arbeitsausschusses für die Errichtung eines Friedrich-List-Denkmales in Leipzig (AEFDL) stand im Zeichen Friedrich Lists, des geistigen Initiatoren der ersten deutschen Ferneisenbahn. Die Erinnerungsfeier des Verbandes der sächsischen mittleren Eisenbahnbeamten (VSME) hatte einen ausschließlich unterhaltenden Charakter.

Neu war, dass in der Veranstaltung des AEFDL die LDE nur noch als Anlass, aber nicht mehr als Symbol für bestimmte Wertvorstellungen verwendet wurde. Dieser hatte am 7. April um 20.00 Uhr im Kaufmännischen Vereinshaus für seine Gäste und die Bewohner Leipzigs eine Jubiläumsfeier organisiert. Unter den Ehrengästen befanden sich Vertreter der Stadt und des Staates, hohe Beamte der Eisenbahnverwaltung, Industrielle, Militärs sowie der für die Gestaltung des Friedrich-List-Denkmales beauftragte Künstler. Die Begrüßung nahm der Vorsitzende des Denkmalausschusses vor. Ihm folgte die Festrede von Stresemann, Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller, der die Bedeutung Friedrich Lists für die LDE und das deutsche Eisenbahnwesen darstellte. Darüber hinaus würdigte er Friedrich List als Nationalist, Ökonom, Politiker, Patriot, Loyalist gegenüber Preußen (!) und Imperialist, der seiner Zeit weit voraus war.

Stresemann spannte einen Bogen vom Wirken Friedrich Lists bis in die Gegenwart und sprach: »Seine wirtschaftspolitischen Ideen haben, [...], in Bismarck ihre Erfüllung gefunden« und [...] die politische Einheit Deutschlands [ist] durch die Geschichte erfüllt worden.«⁴⁶

43 Vgl. LZ, Nr. 83, 9.4.1889, S. 1258.

44 Das Eisenbahn-Komitee bereitete die Gründung der Aktiengesellschaft vor.

45 Vgl. LT, Nr. 98., 8.4.1889, S. 1277.

46 Vgl. LT, Nr. 178, 8.4.1914, S. 1.

Der Festsaal war nur wenig geschmückt. Die Fahne des LDE-Komitees und das Modell des zu errichtenden Friedrich-List-Denkmales verwiesen auf das Wirken Lists von den Anfängen der LDE bis zur Gründung der Aktiengesellschaft und das Denkmal-Modell auf die ihm dafür gebührende und lange verwehrte öffentliche Anerkennung. Diese sollte nun mit einem Denkmal am Leipziger Hauptbahnhof manifestiert werden. Im Anschluss wurde über den Stand der Denkmalsfrage und die Einnahmen der letzten Sammlung informiert. Beendet wurde die Feier mit einem Lichtbildervortrag über die Anfänge des sächsischen Eisenbahnwesens.⁴⁷

Die Analyse der Eröffnungsfeier und der Jubiläen der LDE hat gezeigt, dass sich die kulturelle Rezeption der Eisenbahn in Sachsen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entsprechend der gesellschaftlichen Wirklichkeit veränderte. Abschließend ist auf die in den untersuchten Feiern reflektierten Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft einzugehen.

Im Vormärz muss der Rezeptionswandel der Eisenbahn vor allem vor dem Hintergrund des erfolgreichen Eisenbahnbaus in England, Belgien und Nordamerika sowie der Initiative Friedrich Lists 1834⁴⁸ betrachtet werden. Dieser motivierte einige Kaufleute, die LDE als Motor wirtschaftlichen Wachstums für Handel und Gewerbe zu planen und umzusetzen. Die LDE war aber nicht nur eine Reaktion auf die internationale, sondern auch auf die nationale Konkurrenz. So befürchtete das Leipziger Handelsbürgertum durch die seit 1835 eröffnete Elbschifffahrt Bedeutungs- und Gewinnverluste, da man noch keine geeignete Wasserverbindung zur Elbe gefunden hatte.

Mit der Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 und den dadurch geschaffenen rechtlichen Voraussetzungen für einen nationalen Markt⁴⁹ war die Eisenbahn neben der Dampfschifffahrt das wichtigste Transport- und Kommunikationsmittel, das auf eine steigende Binnennachfrage reagieren konnte. Darüber hinaus beschleunigte es die beginnende Industrialisierung in Sachsen. Der wirtschaftliche Zusammenschluss im Deutschen Zollverein, dem Sachsen am 1. Januar 1834 und später fast alle deutschen Bundesstaaten beitrat, galt für das liberale und nationale Bürgertum als eine Voraussetzung für die angestrebte politische (klein)deutsche Einigung. Die bürgerliche Oberschicht rezipierte die LDE von Beginn an im Zusammenhang mit liberalen und nationalen Vorstellungen. Demzufolge sollten ihre Vorteile nicht nur dem Einzelnen, sondern dem allgemeinen Wohl der Menschen dienen. Sie symbolisierte – wie

47 Vgl. ebd.

48 Vgl. Aufruf an unsere Mitbürger in Sachsen die Anlage einer Eisenbahn zwischen Dresden und Leipzig betreffend, Leipzig 1934.

49 Vgl. Volker Then, Eisenbahnen und Eisenbahnunternehmer in der Industriellen Revolution: ein preußisch/deutscher-englischer Vergleich, Göttingen 1997, S. 58.

andere Eisenbahnen auch – das Vertrauen in die eigene Gestaltungsfähigkeit und die zukünftigen Fortschrittserwartungen vor allem in der Wirtschaft, aber auch der Politik und Kultur.

Außerdem eröffnete sich mit dem Bau der LDE den Unternehmern ein wirtschaftspolitisches Handlungsfeld als Ersatz für die verwehrte politische Partizipation. So sollte aus verschiedenen regionalen Zentren ein nationales Eisenbahnnetz entstehen. Trotzdem waren die Unternehmer der LDE-Kompanie auf die Kooperation mit der sächsischen Regierung angewiesen, welche die LDE nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus innen- und machtpolitischen Interessen förderte.⁵⁰ Vor diesem Hintergrund sind die patriotischen und loyalen Bekenntnisse dem sächsischen Staat gegenüber zu verstehen.

Auf die gescheiterte Märzrevolution von 1848/49 folgte bis 1858/59 eine Reaktionsphase in Deutschland. Diese war durch den österreichisch-preußischen Dualismus, die erzwungene politische Enthaltsamkeit des Bürgertums und die zunehmende wirtschaftliche Liberalisierung gekennzeichnet. Die Liberalisierung der Wirtschaft führte seit den 1850er Jahren zu einer rapiden Industrialisierung in Deutschland, die vom Eisenbahnbau als einem Führungssektor vorangetrieben wurde. Infolge dessen erweiterte man das deutsche Eisenbahnnetz. Diese Erfahrungen beeinflussten die kulturelle Rezeption der LDE, was in der Denkschrift⁵¹ zum 25-jährigen Jubiläum 1864 zum Ausdruck kommt. In der Erinnerungsfeier des Leipziger Stadtrates potenzierte sich die liberale und nationale Bedeutung der LDE-Kompanie als Ausgangspunkt eines sich ständig vergrößernden deutschen Eisenbahnwesens und dem sich damit verdichtenden Wirtschafts- und Kommunikationsraum. Man feierte den wirtschaftlichen Erfolg der LDE, der zu einem Motor der Industrialisierung über die Grenzen Sachsens hinaus geworden war.

Der 50. Jahrestag der Eröffnung der LDE 1889 ist im historischen Kontext der nationalen Einigung Deutschlands seit 1871 und der Verstaatlichung der LDE-Kompanie 1876 zu betrachten. Sachsens Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit endete 1866 infolge der österreichischen Niederlage im Krieg gegen Preußen. Das heißt, es übernahm das preußische Verfassungssystem durch den Beitritt in den Norddeutschen Bund am 1.1.1867. Dadurch entzog man Sachsen wesentliche Gesetzgebungsbefugnisse und übertrug sie auf den von Preußen geführten Norddeutschen Bund.⁵² Das war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einigung Deutschlands unter der Vormacht Preußen. Der vom Norddeutschen Bund mit den Süddeutschen Staaten vereinbarte

50 Vgl. Then, Eisenbahnen (Anm. 49), S. 76.

51 Vgl. Die Leipzig-Dresdner Eisenbahn in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens. Denkschrift zur Feier des 8. April 1864, hrsg. auf Veranlassung des Direktoriums, Leipzig 1864.

52 Vgl. Reiner Groß, Geschichte Sachsens, Leipzig 2001, S. 233.

Verfassungstext trat am 31.12.1870 in Kraft. Damit gehörte das Königreich Sachsen, neben den drei norddeutschen Stadtstaaten, zu einem von 25 Einzelstaaten im Deutschen Kaiserreich. Es blieb zwar als politische Einheit bestehen, unterstand aber der höchsten Reichsgewalt. Seine Funktion im Kaiserreich beschränkte sich im Wesentlichen auf den verwaltungsmäßigen Vollzug der Gesetze und Bestimmungen.⁵³

Aus diesem Zusammenhang sind die in den Fahnen und Toasten zum Ausdruck gebrachten Loyalitätsbekundungen zum Deutschen Kaiserreich in der Jubiläumsfeier des Rates der Stadt Leipzig zu erklären. Dieser fühlte sich aber auch zur Tradierung der bürgerlichen Werte, welche die LDE symbolisierte, verpflichtet. Auf die Verstaatlichung der LDE weist schon allein der Name des Vereins der Beamten der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen Bezirk Leipzig (VBSL) hin. In dessen Erinnerungsfeier wurde vor allem der Prozess der Industrialisierung in Deutschland im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts angesprochen. Der Festredner Beer verkündete stolz, dass die deutsche Maschinenindustrie, speziell der Lokomotivenbau, dem der Engländer mindestens ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen sei.⁵⁴

Das Jahrzehnt vor 1914 war durch die sich zuspitzenden Konflikte imperialistischer Machtpolitik, die zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges führten, gekennzeichnet. Der »neue Kurs«, den Wilhelm II. seit 1890 bestimmte, demonstrierte den europäischen Großmächten offen Deutschlands Anspruch auf eine Weltmachtstellung. Dieser hatte in der Außenpolitik den Zerfall des Bismarckschen Bündnissystems zur Folge. Dadurch wurde das Deutsche Reich politisch isoliert. Die deutschen Verhältnisse am Beginn des 20. Jahrhunderts reflektiert das 75-jährige Jubiläum der LDE des Arbeitsausschusses für die Errichtung eines Friedrich-List-Denkmales in Leipzig (AEFDL), das nur noch als Anlass diente, weil sich die imperialistischen Ansprüche und Vorstellungen nicht mehr über die nationale Bedeutung der LDE vermitteln ließen. Es bedurfte einer Persönlichkeit wie Friedrich List, dessen Wirken als Politiker und Ökonom dem Zeitgeist entsprechend ausgelegt werden konnte. So wurde er als Befürworter für die Schaffung einer deutschen Kriegsflotte, einem damals wichtigen Instrument der Weltpolitik, und als erster deutscher Imperialist dargestellt, der die Bedeutung des Deutschen Kaiserreiches von der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Geltung des deutschen Volkes abhängig machte.⁵⁵ Damit verwies man auf die wirtschaftlichen und politischen Expansionsbestrebungen Deutschlands, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durch einen zunehmenden Nationalismus und Militarismus gekennzeichnet waren.

53 Vgl. ebd., S. 235–238.

54 Vgl. LZ, Nr. 83, 9.4.1889, S. 1258.

55 Vgl. LT, Nr. 178, 8.4.1914, S. 11.

Trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Zeit von 1839 bis 1914 besitzen die analysierten Erinnerungsfeiern Gemeinsamkeiten, die sich aus dem bürgerlich-politischen Charakter der Festgesellschaften ergaben. Alle Jubiläen beziehen sich auf die Eröffnung der LDE 1839 – einem bürgerlich-monarchischen Solidaritätsfest. Damit stehen alle Feiern in der Tradition der deutschen Nationalfeste, die sich durch Loyalität zur Regierung auszeichneten. Dass diese Tradition mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges endete, deutet vor allem die Feier des AEFDL an. In den Erinnerungsfeiern wurde die Ambivalenz bürgerlicher Werte und Normen deutlich, die einerseits auf dem Anspruch der Allgemeingültigkeit basierten, andererseits aber in sozialer Abgrenzung zum Adel und zu nichtbürgerlichen Schichten praktiziert wurden.⁵⁶ Außerdem zeichneten sie sich durch eine starke Betonung von Hoffnung und Zuversicht aus, so dass man Probleme und Ängste völlig ausblendete. Schließlich ergab die Analyse der Feiern für den Untersuchungszeitraum von 1839–1914, dass es der Direktion der LDE-Kompanie mit der Eröffnungsfeier gelungen war, ein außeralltägliches Ereignis zu inszenieren, das durch die Jubiläen erfolgreich institutionalisiert wurde.

Für die von den Erinnerungsfeiern ausgeschlossene Öffentlichkeit stellten vor allem die Leipziger Tageszeitungen die Bezüge zur Geschichte der LDE und der von ihr symbolisierten Vorstellungen her. Damit beeinflusste die Presse die kulturelle Rezeption der Eisenbahn in Sachsen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts maßgeblich.

56 Vgl. Then, Eisenbahnen (Anm. 49), S. 77.

Das städtische Bauamt in Leipzig und seine Leiter (1851–1896)

Aufgaben, Strukturen und Kompetenzen

Anett Müller

Mit der Zunahme der Bevölkerung, der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe und der Ausdehnung des Stadtgebietes seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wuchsen die Anforderungen an die Kommunalverwaltung. Eine Struktureinheit der Verwaltung – das Bauamt – musste sich diesen gewachsenen Ansprüchen ganz besonders stellen und veränderte sich dabei selbst wie kein anderer Verwaltungszweig.¹

Als organisatorische Einheit war das Bauamt im Jahre 1851 gegründet worden. Die »Bauamtsordnung für die Stadt Leipzig« vom 18. November 1851 legte die Aufgaben und Kompetenzen sowie die zu beschäftigenden Beamten und deren Wirkungskreis fest.² Demnach war das Bauamt zuständig für die Bau- und Feuerpolizei der sich innerhalb des Stadtbezirks befindlichen öffentlichen Bauten und Privatbauten, für alle auf Kosten der Stadt und der unter der Verwaltung des Rates stehenden Institute und Stiftungen auszuführenden Neubauten in- und außerhalb des Stadtbezirkes sowie für die Instandhaltung aller städtischen Baulichkeiten. Zu letzteren zählten alle Hochbauten, Brücken-, Wasser-, Ufer- und Schleusenbauten, das gesamte Röhr- und Brunnenwesen sowie die Straßen-, Chausseen- und Wegebauten. Realisiert, kontrolliert und überwacht wurden diese umfangreichen Obliegenheiten durch den Baudirektor, einen Bauinspektor, den Röhrmeister und einen Ratsbaupolier. Der Rat räumte außerdem die Anstellung eines Bauschreibers als Zeichner und Expedienten sowie eines Ratszimmermeisters und eines Ratsmaurermeisters ein.

Die technische Leitung und Beaufsichtigung des gesamten städtischen Bauwesens oblag dem Baudirektor als Vorstand des Bauamtes.³ Damit wurden erstmals alle Bereiche, die sich mit baulichen Problemen beschäftigten, unter eine Verantwortlichkeit gestellt.

Nach der Bauamtsordnung hatte der Baudirektor die Geschäfte des Bauamtes zu leiten, wobei er für »deren pünktliche Erledigung« persönlich verantwortlich zeichnete. Er koordinierte den Einsatz der Mitglieder des Bauamtes und die Verteilung

1 Vgl. dazu u. a. Ernst Hasse, *Die Stadt Leipzig und ihre Umgebung, geographisch und statistisch beschrieben*, Leipzig 1878, S. 54–60; *Die Stadt Leipzig in hygienischer Beziehung*, Leipzig 1891, S. 89–142; *Leipzig und seine Bauten*, hrsg. von der Vereinigung Leipziger Architekten und Ingenieure, Leipzig 1892, S. 238–339.

2 Vgl. Stadtarchiv Leipzig (künftig zitiert: StadtAI), Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 1, Bl. 104–115.

3 Zur historischen Entwicklung des Amtes des Baudirektors vgl. Gustav Wustmann, *Der Baudirektor*, in: ders., *Aus Leipzigs Vergangenheit 2*, Leipzig 1898, S. 32–75.

der übertragenen Aufgaben und führte die Aufsicht über die gesamte Berufstätigkeit der Beamten aus. Als Vorstand des Bauamtes prüfte und begutachtete er alle Baupläne, Voranschläge und eingehenden Baurechnungen. Der Baudirektor beaufsichtigte alle dem Bauamt übertragenen Neubauten und Reparaturen und überwachte den baulichen Zustand der der Stadtgemeinde gehörenden Gebäude. Er suchte das erforderliche Baumaterial für die auszuführenden Arbeiten aus, fertigte für den Rat darüber Gutachten an und überwachte die Lieferungen aller Baumaterialien. Die Vollendung von Bauten und Reparaturen musste der Baudirektor dem Rat schriftlich anzeigen und eine Schlussrechnung über die aufgewendeten Kosten erstellen. In den Verantwortungsbereich des Vorstands des Bauamtes fiel auch die Beaufsichtigung und Leitung des Bauhofes sowie des gesamten Feuerlöschwesens. Als technischer Beirat der städtischen Verwaltung hatte der Baudirektor allen Sitzungen der Baudeputation sowie ausgewählten Sitzungen der Forst- und Ökonomiedeputation mit beratender Stimme beizuwohnen und über technische Fragen sein Gutachten zu erklären.

Der Geschäfts- und Wirkungskreis des Baudirektors war mit den in der Bauamtsordnung festgehaltenen Pflichten schon unter den Anforderungen des Jahres 1851 sehr umfassend und vielseitig. Im System der Kommunalverwaltung nahm der Vorstand des Bauamtes eine verantwortungsvolle und wichtige Funktion ein. Die Stadträte waren auf ihn als Fachbeamten, auf sein fachliches Wissen und seine speziellen Kenntnisse und Fertigkeiten angewiesen.⁴ Seine Aufgaben erhielt der Baudirektor von der Baudeputation bzw. von dessen Vorsitzenden oder direkt vom Ratsplenum als oberstem Verwaltungsorgan der Kommune. Dem Plenum des Rates, welches sich aus besoldeten und unbesoldeten Ratsmitgliedern zusammensetzte, wobei die besoldeten Mitglieder alle ein juristisches Studium absolviert hatten, gehörte der Baudirektor nicht an.⁵

Die Funktion des Baudirektors besetzte der Rat am 3. Oktober 1851 mit Christian August Ferdinand Dost (1810–1888).⁶ Der Stadtrat hatte längere Zeit nach einer »geeigneten Persönlichkeit« gesucht. Ein Baumeister schien dem Rat von der Qualifikation her nicht als ausreichend, man glaubte »umfassendere Ansprüche machen zu müssen«. Der zukünftige Baudirektor müsse Architekt sein,

⁴ Anett Müller, Modernisierung in der Stadtverwaltung. Das Beispiel Leipzig im späten 19. Jahrhundert (Geschichte und Politik in Sachsen 24), Köln, Weimar, Wien 2005.

⁵ Vorsitzender der Baudeputation war im Jahre 1851 ein unbesoldetes Ratsmitglied, der Buchhändler Georg Friedrich Fleischer (1794–1863). Vgl. Adressbuch der Stadt Leipzig für das Jahr 1851.

⁶ Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 1, Bl. 122 ff. Die öffentliche Einweisung erfolgte erst am 5. Januar 1852.

»aber er darf dieß nicht allein sein, vielmehr fordern wir von ihm, daß er neben der Architectur im engeren Sinne sich auch auf alle die Branchen verstehe, die gemeinlich in das Fach des Ingenieurs gewiesen werden, als da sind: Straßen-, Damm-, Wasser-, Ufer- und Kunstbrücken-Bauten, auch muß er in der Mechanik, was z. B. die Berechnung der Kräfte von Maschinen und deren Verwendbarkeit, Locomotionsapparate pp. betrifft – wir denken hierbei zunächst an die Einrichtung der Lagerhäuser – völlig bewandert sein. Ist er nebenbei auch Architect im künstlerisch höheren Sinne, so daß er nicht nur das Nützliche praktisch ausführen, sondern auch das ästhetisch Schöne projectiren kann, so ist dieß eine außerordentlich schätzenswerthe Beigabe, aber doch nicht die Hauptsache, denn für die Fälle, wo auch diese Eigenschaft vorhanden sein muß, und die sich wesentlich nur auf den Bau einer Kirche, eines Museums, eines schönen Thores oder eines Theaters beschränken werden, lässt sich der Beirath eines anerkannten Künstlers stets herbeiziehen, während, wollte man auf diese Befähigung das hauptsächliche Gewicht legen, die Stadt in der Regel ohne die erforderliche Hülfe sein würde, und nach fremden Kräften greifen müßte, wogegen dieß im ersten Falle nur ausnahmsweise statzufinden hätte.«⁷

Die technischen Berufe und ihre Berufsbezeichnungen waren noch nicht klar definiert, verrechtlicht und gesetzlich geschützt. Ebenso bestanden noch keine Ausbildungsstandards. Die Zeitgenossen verwandten daher die Begriffe »Baumeister«, »Architekt« und »Ingenieur« in unterschiedlichen Bedeutungen und Inhalten.⁸

Der Stadtrat beabsichtigte, die Stelle des Baudirektors mit einem allseitig gebildeten Baufachmann zu besetzen. Ein Baumeister schien ihm dabei nicht ausreichend befähigt zu sein, seine Kenntnisse nicht den Erfordernissen zu genügen. Vermutlich verstand der Rat unter einem Baumeister einen doch mehr einseitig als allgemein und vielseitig ausgebildeten Bauhandwerker. Mit dem Begriff des »Architekten« wurde die Spezialisierung auf den Hochbau und das Verständnis der Architektur als Kunst betont. Das Tätigkeitsfeld des Architekten wurde weiter gefasst als das des Baumeisters, und von ihm wurde auch die Beherrschung der Ingenieurwissenschaften, einschließlich des Maschinenbaus, gefordert. Letzterem wurde mehr Bedeutung zugemessen als dem eigentlichen Aufgabenbereich eines Architekten.

7 StadtAL, StVAkt B Nr. 6 Bd. 2, Bl. 57f. Bedenken hinsichtlich der umfassenden Qualifikation der Persönlichkeit und des umfangreichen Geschäftskreises gab es sowohl innerhalb des Rates als auch bei den Stadtverordneten.

8 Vgl. Eckhard Bolenz, Vom Baubeamten zum freiberuflichen Architekten. Technische Berufe im Bauwesen (Preußen/Deutschland, 1799–1931), Frankfurt am Main 1991, S. 16–23. Die Zeitgenossen unterschieden nicht eindeutig zwischen Ausbildung und Titel und nach den Tätigkeitsbereichen bzw. Aufgabenfeldern.

Der Stadtrat glaubte, eine solche Persönlichkeit – einen allseitig gebildeten Baufachmann – in den Männern des Eisenbahnbaus mit ihren reichsten Erfahrungen und ihrer praktischen Vielseitigkeit zu finden und schlug deshalb Dost für diese Funktion vor.

Eine Ausschreibung der Stelle hatte es nicht gegeben, wobei dies auch zu dieser Zeit nicht üblich war. Vielmehr waren gezielte Anwerbungsgespräche geführt worden.⁹

Dost war langjährig im Eisenbahnbau tätig. Er wirkte als Ingenieurassistent bei dem Eisenbahnbau in Dessau und als Sektions- und Abteilungsingenieur bei der Sächsisch-Bayrischen Eisenbahn. In dieser Funktion zeichnete er für die Sektion 10 – Bau der Strecke von Crimmitschau bis Werdau – und für die Sektion 13 – Bau der Göltzschtalbrücke – verantwortlich und erwarb sich dabei überregionale Anerkennung.

Zu den Eigenschaften, die ihn für diese Stelle empfahlen, zählten Energie, »Entschlossenheit im Momente«, »Gewissenhaftigkeit im Berufe«, unantastbare Ehrlichkeit und letztendlich sein Ruf als ausgezeichneter Ingenieur. Dass er »unverhohlen« zugab, kein »Baukünstler im höheren ästhetischen Sinne« zu sein, hielt Stadtrat und Stadtverordnete nicht davon ab, ihn anzustellen. Dost erklärte,

»daß er selbst in den obengedachten Ausnahmefällen [Bau einer Kirche, eines Museums, eines schönen Thores oder eines Theaters] zur Herbeiziehung eines Künstlers, wie z.B. Professors Nicolai, rathen würde, denn obschon er auch in solchem Falle mit für das zu entwerfende Project zu concurriren gedenke, so werde er es nie verantworten wollen und können, wenn nicht neben ihm ein Architect im Sinne der höheren Kunst noch gehört werden sollte.¹⁰

Dost hatte zunächst nach dem Wunsch seines Vaters den väterlichen Beruf eines Webers erlernt, bevor er 1835 in Dresden bei einem Maurer in die Lehre ging und für vier Jahre die Bauakademie besuchte. Aufgrund seiner guten Leistungen hatte er nach dem Abschluss sofort eine Anstellung beim Eisenbahnbau erhalten.¹¹

9 In einem Vortrag vor dem Ratsplenum am 19. Juli 1851 informierte Bürgermeister Koch (1810–1876) die Ratsmitglieder darüber, dass er den Abteilungsingenieur Dost als geeigneten Mann ansehe, sich bemüht habe, über ihn ein Urteil zu finden und mit ihm in Verbindung stehe. Auf Dost aufmerksam gemacht hatte ihn der Stadtrat Seyfferth (1807–1881). Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 1, Bl. 69–72. Dost erschien am 20. August 1851 erstmals in der Ratsstube, wo ihm seine Wahl zum Baudirektor mitgeteilt wurde. Dabei erklärte er, dass er die Wahl annehme und bereits »die Bedingungen im Allgemeinen« von Bürgermeister Koch kenne. Ebd., Bl. 79.

10 StadtAL, StVAkt B Nr. 6 Bd. 2, Bl. 60f.

11 Nach altem Handwerksbrauch absolvierte er die Wanderschaft, arbeitete in der väterlichen Werkstatt und in der Färberei seines Schwagers Wölfel in Glauchau. Nachdem er in finanzielle Schwierigkeiten geraten war, wandte er sich seinen eigentlichen Neigungen, der Baukunst, zu. Vgl. Hans Zesewitz, Männer, die man vergessen hat. Ferdinand Dost (1810–1888), in: Kultur und Heimat. Monatsheft des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands für den Kreis Hohenstein-Ernstthal. Heft 4, April 1957, S. 57f. Vgl. außerdem: StadtAL, StVAkt B Nr. 6 Bd. 2, Bl. 60f.

Als Baudirektor erwarb er sich vor allem Anerkennung beim Umbau der Wasserversorgung der Stadt zu einer modernen Einrichtung. Unter seiner Leitung wurde in den Jahren 1863 bis 1865 das System der alten Wasserleitung, die »Schwarze Wasserkunst« und die »Rote Wasserkunst« mit ihren Holzrohrleitungen und Rohrtrögen, abgelöst und durch das Connewitzer Wasserwerk und ein modernes Leitungssystem ersetzt. Während seiner Amtszeit wurden außerdem das Schleusennetz und die nördliche und südliche Vorflutschleuse ausgebaut und der Elstermühlgraben im Zuge des Ranstädter Steinweges überwölbt. Die Hochbauten, die in dieser Zeit ausgeführt wurden, so u.a. das Neue Theater und das Neue Johannishospital, wurden vor allem durch Privatarchitekten errichtet. Eine Ausnahme bildete das Krankenhaus St. Jakob mit seiner Barackenanlage an der Liebigstraße, hier zeichnete Dost persönlich verantwortlich. Die Barackenanlage war der erste derartige Bau in Deutschland und wird heute noch in der Fachliteratur gewürdigt.¹²

Im Jahre 1878 entband der Stadtrat Dost von der Leitung des Bauamtes, den Titel »Baudirektor« behielt er bei, und übertrug ihm die Leitung des Wasserwerkes. In dieser Position verblieb er bis zu seiner Pensionierung am 1. Juli 1886.

Dost erwarb sich zahlreiche Verdienste, besonders auf ingenieurtechnischem Gebiet, und seine Leistungen wurden sowohl von der Verwaltung als auch von den Stadtverordneten geschätzt. Gleichzeitig hatte er aber den Ruf, ein verschlossener, unzugänglicher Mensch zu sein, mit dem eine Zusammenarbeit kompliziert und schwer war. Im Nachruf im Leipziger Tageblatt hieß es:

»In seinem Wesen fast hart und abstoßend, besaß der Verstorbene doch einen köstlichen Kern, freilich in rauher Schale, eine goldene Rechtschaffenheit, aber auch Unbeugsamkeit ... Das bei Gelegenheit ausgesprochene Wort: »Fest und gerade wie Dost!« konnte passender auf keinen Anderen angewandt werden!«¹³

Die organisatorischen Festlegungen des Jahres 1851 und die personelle Ausstattung bzw. Besetzung des Bauamtes bewährte sich über viele Jahre. Das Bauamt bewältigte die Tagesaufgaben mehr oder weniger zur Zufriedenheit des Stadtrates und der Stadtverordneten. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre traten dann wiederholt

12 Vgl. StadtAL, Kap. 10 D Nr. 4, Bl. 29 f. Diese Einschätzung traf Stadtbaurat Scharenberg (1851–1920) 1905. Vgl. außerdem Zesewitz, Männer (Anm. 11), S. 59. Das Barackensystem ermöglichte die Trennung bzw. Sonderung der Wirtschaftsräume von den Krankenabteilungen und der verschiedenen Krankenabteilungen untereinander. Vgl. Der Große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Leipzig 1931, Band 10, S. 547 f.

13 Leipziger Tageblatt vom 24. Juli 1888. Vgl. auch: StadtAL, Kap. 10 D Nr. 4; StVAkt B Nr. 6 Bd. 3, Bl. 255 f. sowie StVAkt B Nr. 19 Bd. 1, Bl. 1–5. Seinen Charakterzügen wurde immer wieder zugesprochen, dass jüngere Kräfte dem Bauamt fern blieben.



Altes Rathaus vor dem Umbau, um 1905, Hermann Walter

und gehäuft Beschwerden und Klagen über das Bauamt auf, wobei sich Bürger, die Stadtverordneten, der Stadtrat und der Baudirektor gleichsam äußerten.¹⁴ Angemahnt wurde vor allem der lange Zeitraum der Bearbeitung und teilweise auch die Qualität der erbrachten Leistungen. Die Baudeputation und der Baudirektor klagten über die Häufung und Vermehrung der Geschäfte und das fehlende Personal. Schwierigkeiten gab es vorwiegend in der ingenieurtechnischen Abteilung des Bauamtes, die u.a. für die Projektierung und Veranschlagung von Straßenveränderungen, für Schleusenbauten, für die Nivellierungen und Festlegung von Straßenhöhen und Fluchtrlinien verantwortlich war, sowie bei der Erteilung von Baukonzessionen und der baupolizeilichen Aufsicht über die Gebäude.¹⁵ Das städtische Hochbauwesen stand nicht in der Kritik der Öffentlichkeit. Zum einen griff der Rat auf Anregung der Stadtverordneten auf die hiesigen Privatarchitekten zurück und ließ die Mehrzahl der kommunalen Gebäude auf dem Wege der Konkurrenz errichten. So kam es zu keiner Konzentration von Bauaufgaben,

14 Vgl. u.a. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 2, Bl. 107 und 142 f.

15 Von einer Abteilung im herkömmlichen Sinne kann eigentlich nicht gesprochen werden.

und die öffentliche Beurteilung, ob positiv oder negativ, fiel auf die ausführenden Architekten zurück.¹⁶ Zum anderen begann sich das Bedürfnis an öffentlichen, kommunalen Bauten erst zu entwickeln.

Die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe und das Wachstum der Einwohnerzahlen führten zu einem verstärkten Bedarf an parzelliertem und erschlossenem Areal, an Wohnungen und kommunalen Versorgungseinrichtungen, und dieser Nachfrage konnte das Bauamt nicht entsprechen. Der Rat schätzte im Oktober 1876 selbstkritisch ein, dass die Bauamtseinrichtung in keiner Weise mehr den Anforderungen genüge, die Arbeitskräfte für die Bedürfnisse unzureichend seien und demnächst eine völlige Umänderung der Organisation des Bauamtes anstehe.¹⁷ Bevor der Rat zu diesem Urteil kam, hatte er versucht, eine großen Teil der Verpflichtungen des Bauamtes, die Mehrarbeit und die auftretenden Probleme, über Hilfsarbeiter zu kompensieren. Diese wurden zeitweilig oder aufgabenbezogen befristet angestellt.¹⁸

Neben den lokalen Schwierigkeiten hatte sich seit 1851 die Auffassung vom Bauen verändert, und die sich vollziehende Entwicklung der Wissenschaft und Technik bot neue Perspektiven. Neben neuartigen Methoden und Technologien bildeten sich bisher unbekannte Fächer heraus, die wiederum zu einem einheitlichen Theorie- und Methodenkomplex zusammenwachsen konnten.¹⁹ Deutlich wurde dies u. a. in dem Konzept der modernen öffentlichen Gesundheitspflege. Die neuen Erkenntnisse auf naturwissenschaftlichem und medizinischem Gebiet fanden Eingang in Gesetze und Handlungsanweisungen für Verwaltung und Polizei sowie in Anforderungen an die Umweltwissenschaften (Städtebau, Architektur, Ingenieurwissenschaften).²⁰

16 Bereits im Jahre 1860 forderte ein Stadtverordneter den Rat auf, die Bauten zukünftig auszuschreiben und nicht mehr durch das Bauamt selbst realisieren zu lassen. Der Stadtrat bekannte sich zum Prinzip der Konkurrenz und beschränkte den Geschäftskreis des Bauamtes auf die Begutachtung der Baupläne und Anschläge sowie auf die Überwachung der vorgegebenen Arbeiten. An die Ausschreibung von Arbeiten und die Beteiligung von Privatarchitekten erinnerten die Stadtverordneten immer wieder. Vgl. StadtAL, StVAkt B Nr. 19 Bd. 1, Bl. 21, Bl. 23 sowie 38.

17 Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 2, Bl. 225.

18 Die Hilfsarbeiter oder Diätisten nahmen die tagtäglichen Aufgaben wahr oder waren für besondere Projekte angestellt. Entsprechend den Anforderungen verfügten sie über spezielle Kenntnisse. Finanziert wurden die Diätisten aus dem Konto »Hilfsarbeit«, das jede Verwaltungsabteilung im Haushaltsposten besaß und über das frei, d. h. ohne Bewilligung der Stadtverordneten, bestimmt werden konnte. Besonders das Bauamt unterhielt auf diese Weise eine Reihe von gut ausgebildeten Fachkräften.

19 Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1998, S. 605.

20 Das Konzept der modernen öffentlichen Gesundheitspflege setzte das alte repressive System der Volksgesundheit als Beherrschungsinstrument fort. Vom Inhalt her ging es um die Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Wehrhaftigkeit sowie um die Verschärfung des Stadt- und Gesellschaftskörpers. Vgl. dazu u. a. Juan Rodriguez-Lores, Stadthygiene und Städtebau. Zur Dialektik von Ordnung und Unordnung in den Auseinandersetzungen des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege 1868–1901, in: Gerhard Fehl, Juan Rodriguez-Lores, Städtebaureform 1865–1900. Von Licht, Luft und Ordnung in der Stadt der Gründerzeit, Hamburg 1985, S. 40; Juan Rodriguez-Lores,

So setzte sich u.a. durch, dass für die Bebauung einzelner Straßen und größerer Areale Normen – so genannte Fluchlinien- und Bebauungspläne – aufzustellen waren. Diese orientierten sich an den vorgegebenen Entwicklungslinien, am ermittelten zukünftigen Bedarf, und sie befolgten gewisse ästhetische Grundsätze. Jede bauliche Veränderung am Stadtgebiet wurde nunmehr gezielt geplant – die ablaufenden Prozesse sollten bewusst gelenkt und gesteuert werden. Die kommunale Stadtplanung als inhaltliche Aufgabe bildete sich heraus, erlangte jedoch noch keine organisatorische Selbstständigkeit und entwickelte sich in den nachfolgenden Jahrzehnten konzeptionell weiter.²¹ Daneben schrieben Baupolizeiordnungen Mindeststandards in feuer- und gesundheitspolizeilicher Hinsicht im Bauwesen fest. Sie enthielten präzise Vorschriften u. a. über Gebäudehöhen, Bauwichs, Hofabstände, Geschosszahlen, Wohnraumhöhen sowie Dach- und Kellerwohnungen, deren Anwendung und Einhaltung im Interesse der Kommunen war und von diesen kontrolliert wurde.²² Besondere Impulse gingen von den technischen Innovationen auf die Städtebau-technik aus. Diese hatte bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts Einzug in die Städte gehalten, wurde nunmehr weiter vervollkommen und entwickelte sich zu einem Standard im Lebensraum Stadt. Durch das Bevölkerungswachstum und die Stadterweiterungen erfuhr sie eine zunehmende Nachfrage. Insbesondere die Gas- und Wasserversorgung sowie die Abwasserbeseitigung waren davon betroffen.²³ Die Beherrschung und Anwendung der neuen Techniken erforderte geschultes Personal, Spezialisten, u.a. auf dem Gebiet der Verlegung des Röhrensystems. Die Berufsbilder spezialisierten sich, und besonders bei den Ingenieurwissenschaften

Stadthygiene und Städtebau, in: Jürgen Reulecke, Adelheid Gräfin zu Castell Rüdenhausen, Stadt und Gesellschaft. Zum Wandel von »Volksgesundheit« und kommunaler Gesundheitspolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 63 f. sowie Alfons Fischer, Art. »Hygiene, öffentliche«, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Fünfter Band, hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber, Friedrich Wieser, Jena 1923, S. 295–317.

21 Fragen der Stadtplanung wurden u. a. in der Deutschen Bauzeitung diskutiert, vgl. u. a. Reinhard Baumeister, Thesen über Stadterweiterungen, in: Deutsche Bauzeitung 8 (1874), Nr. 67. Dass diese Thematik auch in Leipzig ständig auf der Tagesordnung stand, zeigen die Reden des Bürgermeisters bzw. Oberbürgermeisters vor den Stadtverordneten anlässlich der Ergänzung und Neubildung des Kollegiums. Vgl. StadtAL, StVAkt P Nr. 25 Bd. 41, Bl. 1 f. und Bd. 42, Bl. 1 f.; Plenarverhandlungen der Stadtverordneten für die Jahre 1876–1893 (gedruckt) sowie Neujahrsreden der Oberbürgermeister 1877–1930, Manuskript, Leipzig 1930.

22 Vgl. Wolfgang R. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989, S. 84 sowie die dort angegebene Literatur.

23 Besonders auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung wird der Zusammenhang zwischen neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Entwicklung individueller und gesellschaftlicher Normen, Werte und Handlungsvorschriften sowie der Realisierung in der städtischen Gesellschaft sichtbar. Vgl. u.a. Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung, Frankfurt am Main 1985, S. 56–62.

entstanden verschiedene Fachgebiete (u. a. das Gas- und Wasserfach, der Eisenbahn- und Chausseebau).²⁴

Außerdem kam es im Bauwesen zu einer Technisierung, auch wenn sich diese langsam vollzog und im Vergleich zu anderen Gewerben spät einsetzte, und zur Verwendung neuer Baumaterialien. Während der Technisierungsgrad im Tiefbau höher war als im Hochbau, fanden neuartige Materialien, wie Zement und Eisenbeton (Stahlbeton), eher im Hochbauwesen Anwendung.²⁵

Diesen allgemeinen Entwicklungen konnte sich die Leipziger Stadtverwaltung bei der Lösung der lokalen Probleme nicht verschließen.²⁶

Das krankheitsbedingte Ausscheiden des Bauamtsassistenten Carl Gustav Hetzel (1822–?) im Mai 1872 und das Nichtfinden eines geeigneten Nachfolgers trotz zweimaliger Ausschreibung der Stelle bildeten den Anlass für eine intensive Debatte über das Bauamt, seine Aufgaben und seine Organisation.²⁷ Die Auseinandersetzungen und Erörterungen fanden innerhalb der Verwaltung sowie zwischen dem Stadtrat und den Stadtverordneten statt. Sie beschäftigten die Gremien über viele Jahre hinweg und erreichten trotz einiger Zwischenlösungen ihren endgültigen Abschluss erst im Jahre 1896.²⁸

Der Rat und die Stadtverordneten stimmten zunächst darin überein, dass das Bauamt neu zu strukturieren sei und dass man dabei die sich ausdifferenzierenden Be-

24 Vgl. ebd., S. 57; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995, S. 414–417; Bolenz, Vom Baubeamten (Anm. 8), S. 16–43 sowie Yvonne Bathow, Die Berufsgruppe der »Gas- und Wasserfachmänner«, in: Investitionen der Städte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Karl Heinrich Kaufhold, Köln, Weimar, Wien 1997, S. 123–147.

25 Vgl. Bolenz, Vom Baubeamten (Anm. 8), S. 35–42.

26 Noch dazu, wo diese Prozesse von Leipziger Beamten maßgeblich beeinflusst wurden bzw. Leipzig als Großstadt eine Vorbildrolle für kleinere Kommunen hatte. Einige Ratsbeamte engagierten sich in überregionalen Vereinen bzw. waren auf ihren Fachgebieten angesehene Autoritäten, so u. a. der Stadtrat Ludwig-Wolf (1839–1935) und der Direktor der Gasanstalt Wunder (1836–1927).

27 Für die ausgeschriebene Ingenieurstelle war der Abschluss einer Staatsprüfung gefordert. Diese solide Ausbildung hielt der Rat für unbedingt erforderlich. Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 2, Bl. 39–42, 58, 66 und 88. Um einen Ausweg aus der desolaten personellen Situation des Bauamtes zu erlangen, schlug die Baudeputation die Anstellung eines Architekten und die Umverteilung der Aufgaben vor, da ein »Architekt leichter zu erlangen« sei als ein Ingenieur. Vgl. StadtAL, Kap. 19 Nr. 19 Bd. 1, Bl. 1. Baudirektor Dost sprach sich gegen diesen Vorschlag aus. Er hielt einen Ingenieur für dringend notwendig, war aber gleichzeitig gegen die Anstellung eines »dauerhaften« Architekten. Seiner Meinung nach wären »zeitweilige« Privatarchitekten besser, denn solle dabei mal ein Missgriff geschehen, so sei dies mit der Vollendung des Gebäudes vorbei. Vgl. ebd., Bl. 5 f.

28 Innerhalb der Verwaltung wurde die Debatte unter dem Begriff die »Reorganisation des Bauamtes« geführt. An den Diskussionen beteiligten sich u. a. der Stadtrat, die Lokalstatutdeputation, die Bau-, Neubauten-, Straßenbau-, Gasanstalts- und Wasserleitungsdeputation, der Verfassungsausschuss sowie die eigens dazu gebildete Deputation zur Reorganisation des Bauamtes. Ihren schriftlichen Niederschlag fanden die Auseinandersetzungen in den Akten: StadtAL, Kap. 19 Nr. 19 Bd. 1 und Bd. 2.

reiche, wie Hochbau, Tiefbau und Baupolizei, berücksichtigen müsse. Unterschiedliche Auffassungen bestanden zu den Kompetenzen und der Stellung des Baudirektors, besonders hinsichtlich des »alten« Baudirektors Dost, und zur Leitung des Bauamtes. Während man sich über die zukünftige »Verwendung« des Baudirektors Dost einigen konnte, wurde über die anderen Fragen eine lebhafte Diskussion geführt, die die grundsätzliche Organisation der Verwaltungsarbeit und der Geschäftsführung des Rates berührte. Die Stadtverordneten wollten die Direktion des Bauamtes in die Hände einer gemischten Baudeputation, bestehend aus Stadträten, Stadtverordneten und gewählten Bürgern, legen und den Vorsitz einem juristisch ausgebildeten Ratsmitglied übertragen. Die gemischte Baudeputation sollte die Beratungen zum Budget, die Vorberatungen von Bauregulativen, Instruktionen, Bauplänen, Bebauungsplänen, Arbeitsvergebungen usw., also die begutachtende Tätigkeit, aber auch die eigentliche Verwaltung übernehmen, wie die Überwachung aller Bauten, die Ausführung der Beschlüsse des Rates und der Stadtverordneten, die Vergabe von Submissionen, die Verfügung finanzieller Mittel sowie die Übergabe aller Bausachen an die untergeordneten Deputationen und die Abteilungen des Bauamtes. Das Bauamt, bei welchem der Rat drei Abteilungen für ausreichend erachtete, sollte nach Meinung der Stadtverordneten aus einer Hochbau-, einer Abteilung für Ingenieurwesen, der Wasserleitungs- und der Baupolizeiabteilung bestehen. Die Vorstände der Abteilungen wären zu den Beratungen der gemischten Baudeputation und bei Bedarf zu den Sitzungen der »Unterdeputationen« hinzuzuziehen, um sich erklärend oder gutachtlich über die Arbeiten der einzelnen Abteilungen zu äußern. Sie sollten als »technische Organe« der gemischten Baudeputation fungieren.²⁹

Der Stadtrat lehnte die Verwaltung des städtischen Bauwesens durch einen gemischten Bauausschuss ab. In der ausführlichen Begründung hieß es u.a., dass die Hinzuziehung neuer Kollegen die Behandlung der Bausachen verkomplizieren würde. Nach der Revidierten Städteordnung – die Revidierte Städteordnung vom 24. April 1873 bildete die rechtliche Grundlage für die Organisation der Kommunalverwaltung – sollten die gemischten Ausschüsse zwar ihre Geschäfte in Unterordnung unter den Rat führen,

»allein es liegt in der Natur der Sache und der Menschen, daß diese Ausschüsse, wenn anders ihre Mitglieder eine Befriedigung durch ihre Arbeit erhalten sollen, einen entscheidenden Einfluß auf das ihnen unterstehende Ressort beanspruchen müßten.«

29 Vgl. StadtAL, Kap. 19 Nr. 19 Bd. 1, Bl. 49 f. Der gemischten Baudeputation sollten untergeordnete Deputationen – eine für Neubauten, eine für Hochbauten, eine für Straßen-, Brücken-, Wasser- und Schleusenbau, eine Deputation zur Wasserleitung und eine zur Gasanstalt – zur Seite stehen.

Die Aufgaben der gemischten Ausschüsse sah der Rat vor allem in der Vermehrung der »beobachtenden Augen« und in der Zuführung von besonders fachverständigen Kräften, die die Verwaltung unterstützen sollten, wobei dies im Bauwesen schwierig sei, da öffentliche Pflichten mit dem privaten Interesse kollidieren können.³⁰ Der Rat befürchtete eine Verselbstständigung des gemischten Bauausschusses und die Einschränkung seiner Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten. Seiner Meinung nach müsse das Bauamt aus verschiedenen koordinierten Abteilungen bestehen, wobei ein juristischer Stadtrat mit dem erforderlichen Hilfspersonal die Leitung zu übernehmen habe. Am Paragraphen 8 der Bauamtsordnung für die Stadt Leipzig vom 18. November 1851 müsse jedoch unbedingt festgehalten werden. Das hieß, dass der Rat auch weiterhin die Oberaufsicht über das Bauamt ausführen wollte und alle Anordnungen und Weisungen an das Bauamt durch den Rat bzw. durch die Vorsitzenden der Deputationen erfolgen sollten. Auch die Vorberatungen sollten wie bisher in den Deputationen stattfinden und das Ratsplenum dann gemeinsam mit ihnen die Entscheidung fällen.

Eine organisatorische Selbstständigkeit des Baupolizeibureaus hielt der Stadtrat für sinnvoll, da man einen inneren fachlichen Zusammenhang zum Bauamt nicht sah. Wegen der Gemeinsamkeit der Aufgaben wären aber die Hoch- und Tiefbauabteilung nicht voneinander zu trennen. Beide hätten das Bauamt zu bilden, welchem ein Architekt, der die höhere Staatsprüfung für das Bauwesen abgelegt habe, vorstehen sollte. Jener sollte gleichzeitig Baudirektor der Hochbauabteilung sein.³¹

Die Differenzen zwischen Stadtrat und Stadtverordneten – diese lehnten die Vorstellungen des Ratsplenums ab – konnten in der Frage der Leitung des Bauamtes nicht ausgeräumt werden.³² Die Debatte wurde in den Gremien über mehr oder weniger lange Zeiträume geführt, teilweise dauerte es bis zu einem Jahr, bis die Gegenseite auf die Vorschläge der anderen Seite antwortete, und beide Seiten schätzten selbstkritisch ein, dass man seine Ansichten wiederholt gewechselt hätte und doch zu keinem Ergebnis gekommen sei.³³

³⁰ Dem Stadtverordnetenkollegium gehörten zu dieser Zeit u. a. die Architekten Arwed Rossbach (1844–1902), Bruno Leopold Grimm (1838–?) und Carl Gustav Aeckerlein (1832–1886) sowie eine Reihe von Handwerkern, Technikern und Kaufmännern an. Vgl. StadtAI, StVAkt Nr. 133 Bd. 1 und Bd. 2.

³¹ Die Stadtwasserkunst wurde vorläufig als selbstständige technische Einheit von Baudirektor Dost geführt, unter dem Vorbehalt der späteren Vereinigung mit der Tiefbauabteilung. Vgl. StadtAI, Kap. 19 Nr. 19 Bd. 1, Bl. 81–90.

³² In der Diskussion war dann die Unterteilung der Leitung in eine geschäftliche und eine technische Leitung. Die Einzelheiten der weiteren Auseinandersetzungen und Erörterungen vgl. ebd., Bl. 91–94.

³³ Vgl. ebd., Bl. 136–144. Der Stadtrat hatte im Laufe der Debatte Erkundigungen bei anderen Kommunen über die Arbeit mit gemischten Ausschüssen und über die Organisation des Bauamtes eingeholt.

Besonders der Stadtrat wollte im März 1879 endlich zu praktischen Resultaten kommen, um nicht »vor der Bürgerschaft das Schauspiel fortzusetzen, daß man über die Organisation des Bauamtes nicht zum Ziele kommen könne«.³⁴

Das Ratsplenum beschloss in seiner Sitzung am 19. Juli 1879 Bestimmungen für die Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung im Bauamt sowie Bestimmungen über die Stellung des Ratsdeputierten zum Bauamt.³⁵ Geschäftsordnungen unterlagen laut Revidierter Städteordnung nicht der Zustimmung der Stadtverordneten, der Rat konnte diese also mit Annahme in Kraft treten lassen, und er tat dies, obwohl nach wie vor Meinungsverschiedenheiten mit den Stadtverordneten bestanden. Die Beendigung des Schwebezustandes in der Organisation und der Verantwortlichkeit des Bauamtes war für den Rat bedeutungsvoller als die Ausräumung der Differenzen. Während der gesamten Zeit der Erörterungen und des Bemühens um eine Reorganisation versuchte das Bauamt, seine Verpflichtungen und Obliegenheiten zur Zufriedenheit des Stadtrates, der Stadtverordneten und nicht zuletzt der Bürger wahrzunehmen. Die Bestimmungen mit den aktualisierten und schriftlich fixierten Aufgaben sowie die genau festgelegten Zuständigkeiten und Kompetenzen erleichterten die Erfüllung der Tagesarbeit und gaben dem Bauamt Freiraum zur Entfaltung seiner Tätigkeit.

Nach der Geschäftsordnung bestand das Bauamt aus zwei Abteilungen, der Hochbau- und der Tiefbauverwaltung. Die Hochbauverwaltung zeichnete verantwortlich für: die Projektierung, Veranschlagung und Ausführung kommunaler Hochbauten, die Aufstellung der jährlichen Kostenanschläge zur Unterhaltung der Kommunalgrundstücke für den Haushaltsplan und nach der Genehmigung für die Veranlassung der entsprechenden Arbeiten, die »künstlerische und architektonische« Überwachung, Instandhaltung und Reinhaltung der öffentlichen Denkmäler, die Unterhaltung und Beaufsichtigung der Kommunalgrundstücke, die Revision und Beaufsichtigung der in städtischen Grundstücken befindlichen Dampfkesselanlagen und Zentralheizungen und für die Bearbeitung der Parzellierungspläne.

In den Geschäftsbereich der Tiefbauverwaltung fielen die Ausführung der Vermessungsarbeiten bezüglich der Absteckung von Straßen, Grundstücken, Niveaubestimmungen oder der Anfertigung von Plänen, alle Straßen- und Schleusenbauten, Pflasterungen, Chaussierungen, Brücken-, Ufer- und Wasserbauten, einschließlich der Neubauten und Reparaturen. Dieser Aufgabenbereich umfasste die Vorarbeiten, wie Einholung der Anschläge, Beschaffung der Berechnungen usw. sowie die Ausführung und/oder Überwachung der Arbeiten, wie Bestimmung der Fluchtrlinien und des Straßenniveaus, die Ausstellung von Rechnungen an die Adjazenten (Anwohner, Anrainer), die Übernahme von Trottoirs in den Besitz der Stadtgemeinde und das

34 Ebd., Bl. 152f.

35 Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 218–229.

Führen des einschlägigen Verzeichnisses sowie die Beschaffung und Verwaltung des benötigten Materials.

Der Entwurf von Bebauungsplänen und Fluchlinienveränderungen in bestehenden Straßen sollte von beiden Abteilungen gemeinsam vorgenommen werden. Ebenso hatte der Vorstand der Hochbauverwaltung die von der Tiefbauverwaltung angefertigten Entwürfe für Brücken, Brücken- und Ufergeländer bezüglich der »architektonisch-decorativen Behandlung« zu begutachten.

Der Vorstand der Hochbauverwaltung wurde als Baudirektor und der Vorstand der Tiefbauverwaltung als Oberingenieur bezeichnet. Den Vorständen oblag die unmittelbare technische Leitung und Beaufsichtigung »des gesamten ... [ihrer] Abteilung überwiesenen städtischen Bauwesens«. Darunter fielen insbesondere: 1. die Leitung der Geschäfte der Abteilungen, wobei sie persönlich für deren pünktliche und tüchtige Erledigung verantwortlich zeichneten, 2. die Verwendung der Mitglieder der Abteilungen innerhalb des zugewiesenen Wirkungskreises, die Verteilung der der Abteilung übertragenen Arbeiten sowie die Aufsichtsführung über die gesamte Berufstätigkeit, 3. die verantwortliche Prüfung und Vollziehung der von der Abteilung beim Rat einzureichenden Berichte, Gutachten, Entwürfe, Anschläge, Vermessungen und Pläne, 4. die verantwortliche Prüfung und Kontrasignierung der eingehenden Baurechnungen sowie 5. die Erstattung schriftlicher Anzeigen an den Rat über die vollendete Ausführung der der Abteilung überwiesenen Bauten und der dabei aufgewendeten Kosten.

Die Geschäftsordnung regelte im Weiteren die Beziehungen der Abteilungen zueinander. Jede Abteilung erhielt ihre gesonderten Aufträge vom Stadtrat und hatte die Berichte und Mitteilungen dem Stadtrat direkt zukommen zu lassen. Beide Struktur-einheiten führten eigene Registranden, Expeditionen und Materialverwaltungen. Bei gemeinsamen Angelegenheiten koordinierte die Hochbauverwaltung die Ausführung des Auftrages, den Bericht unterzeichneten jedoch beide Vorstände gemeinsam. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vorständen, die nicht beseitigt werden konnten, war der Vorstand der Tiefbauverwaltung verpflichtet, dem Rat seine abweichenden Auffassungen darzulegen. Der Vorstand der Hochbauverwaltung war »im Interesse des Zusammenhangs der Arbeiten beider Abtheilungen berechtigt, von den Eingängen und Ausfertigungen der Tiefbauverwaltung Kenntnis zu nehmen, und in den Angelegenheiten, durch welche seine Verwaltung berührt wird, eine Conferenz mit dem Vorstande der letzteren zu veranstalten und eventuell seine abweichende Ansicht dem Rathe vorzutragen«. Das Recht der Einberufung einer Konferenz stand gleichermaßen dem Vorstand der Tiefbauverwaltung zu. Nur in den gemeinsamen Angelegenheiten vertrat der Oberingenieur den Baudirektor bei dessen Verhinderung.

Erstmals regelte ein Paragraph der Geschäftsordnung die »Verhältnisse zu anderen Verwaltungszweigen«. Da aufgrund der Vielfältigkeit und Gleichzeitigkeit der vor-

zunehmenden Arbeiten eine gezielte Abstimmung und eine gute Zusammenarbeit der technischen Verwaltungszweige notwendig waren, traf der Rat Festlegungen zur Informationsweitergabe zwischen den Abteilungen.

Regelungsbedürftig erschien für den Stadtrat auch die Verfahrensweise bei der Erteilung der Aufträge an das Bauamt. Um die Überlastung des Bauamtes zu vermeiden, war es den Vorständen untersagt, direkte Aufträge von den Ratsmitgliedern anzunehmen. Anweisungsberechtigt waren nur das Ratsplenum, die Erste Sektion, die »mit dem Bauwesen im Allgemeinen oder einzelnen bestimmten baulichen Aufgaben beauftragten Deputationen des Raths bez. gemischten Ausschüssen«, die Baudeputation des gemischten Schulausschusses, die Dezernenten und »Spezialdeputierten für einzelne Grundstücke oder einzelne Baue innerhalb deren Competenz«. Alle anderen Verwaltungszweige hatten über die entsprechenden Deputationen Kontakt zum Bauamt aufzunehmen. Zuständige Deputationen waren: 1. die Deputation für Hochbauten, Neu-, Reparatur-, Brücken- und Uferbauten, 2. die Neubautendeputation für Bebauungspläne, Regulierung von Fluchtrouten, Niveaus bei Aufstellung von Bebauungs- und Parzellierungsplänen, 3. die Deputation für Straßenbau und Schleusen, für die Neuherstellung, Pflasterung, Unterhaltung, Reinigung und Besprengung der Straßen sowie für Neubau, Reparatur und Reinigung der Schleusen, 4. die Forst- und Ökonomiedeputation für alle Neubauten und Reparaturen an den der Stadt gehörigen Wassermühlen sowie auf dem außerhalb des Stadtbezirks gelegenen städtischen Grundstücken, 5. die Deputation zu den Denkmälern sowie 6. die Deputation zur Stadtwasserkunst.

Die Deputationen hatten die Pflicht, die Einhaltung der Fristen zur Erledigung der Aufträge zu kontrollieren und gegebenenfalls einzugreifen. Hatten die Baudeputierten Bedenken hinsichtlich der »den Baubeamten ausschließlich zugewiesenen technischen Leitung und Ausführung«, so waren diese mit den Beamten zu besprechen bzw. den Vorständen und dem Rat vorzutragen bzw. zu beanstanden.

Die Abteilungsvorstände des Bauamtes hatten an den Deputationssitzungen, »in welchen in ihr Ressort schlagenden Angelegenheiten zur Berathung kommen«, teilzunehmen und sich an den Beratungen zu beteiligen. Auf Aufforderung hatten sie sofort ihr Gutachten abzugeben bzw. »dafern dieß unthunlich«, später schriftlich vorzulegen. Die Geschäftsordnung verlangte von den Vorständen, sich strikt an die Auftragerteilung zu halten, aber eventuell auftretende Bedenken dem Ratsplenum mitzuteilen und um eine anderweitige Entschließung zu bitten.³⁶

Zur geschäftlichen Aufsichtsführung über das Bauamt wurde der Ratsdeputierte zum Bauamt bestellt.³⁷ Er hatte über alle Aufträge, die dem Bauamt erteilt wurden,

36 Vgl. StadtAI, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 218–229.

37 Im Jahre 1879 war der Ratsdeputierte für das Bauwesen der besoldete Stadtrat Karl George Mechler (1827–1889). Vgl. ebd., Bl. 193.

informiert zu sein und hatte sich mit den Auftraggebern in Verbindung zu setzen, wenn das Bauamt die Fristen nicht einhalten konnte. Der Ratsdeputierte zum Bauamt kontrollierte die Büroarbeiten und führte die Oberaufsicht über den Geschäftsgang des Bauamtes. Er sorgte für eine geregelte Geschäftsführung und überzeugte sich davon, dass alle Arbeiten pünktlich und sorgfältig erledigt, die Abrechnungen und Rechnungen angelegt und in Ordnung gehalten wurden sowie die Abnahme der gelieferten Arbeiten und Materialien und die Prüfung der vorgelegten Rechnungen mit der erforderlichen Sorgfalt vorgenommen wurden. Außerdem wachte er darüber, »daß die nöthigen Arbeitskräfte beim Bauamte vorhanden sind« und hatte »wegen Anstellung und Entlassung derselben die erforderlichen Anträge zu stellen« sowie über Beurlaubungen bis zu drei Tagen zu entscheiden. Der Ratsdeputierte konnte Konferenzen der Beamten des Bauamtes und der anderen technischen Bereiche einberufen. Diese hatten insbesondere das Ineinandergreifen der Arbeiten zu sichern und herbeizuführen.

Die Bestimmungen für die Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung im Bauamt sowie die Bestimmungen über die Stellung des Ratsdeputierten zum Bauamt bildeten eine gute Arbeitsgrundlage für die kommunale Bauverwaltung. Nach einer längeren Phase der Unorganisiertheit, des Nichtbestehens von klaren Regelungen und Zuständigkeiten, der Unplanmäßigkeit und des wechselnden und unvermittelten Agierens des Bauamtes hatte der Stadtrat damit eine Grundlage geschaffen, um nunmehr ein planmäßiges, geordnetes, zielgerichtetes und effizientes Handeln des städtischen Bauamtes zu ermöglichen.

Die bestehenden Aufgaben wurden genau definiert und der Hochbau- bzw. der Tiefbauverwaltung zugewiesen. Der Rat bekannte sich mit den zwei Abteilungen zu den unterschiedlichen Aufgabengruppen, die sich in der Praxis schon geraume Zeit herausgebildet hatten. Diese Differenzierung und Spezialisierung, die innerhalb des Bauwesens erfolgt war und auch im Bauamt der Stadt Leipzig ihren Niederschlag gefunden hatte, wurde mit der Geschäftsordnung organisatorisch und strukturell vollzogen. Das entsprechende Fachpersonal wurde durch den Rat angestellt.

Die Vorstände – beide sollten auf ihrem Gebiet eine spezielle Ausbildung absolviert haben – leiteten ihre Abteilungen selbstständig und in eigener Verantwortung, wobei sich ihre Kompetenzen lediglich auf die fachgerechte Erledigung der Obliegenheiten erstreckte. Ausdrücklich gewünscht und eingefordert wurden die besonderen Fertigkeiten und Fähigkeiten auf ihren Fachgebieten, wobei teilweise auch ihre persönlichen Ansichten und Meinungen gefragt waren, aber die über die technische Leitung hinausgehende Führungs-, Verwaltungs- und Koordinierungstätigkeit wurde ihnen nicht übertragen. Diese übernahm der Ratsdeputierte für das Bauwesen, ein Nichtfachmann, der jedoch dem Ratsplenum angehörte, somit eine höhere Stellung im System der Kommunalverwaltung inne hatte und dem man die Leitung des Bau-

amtes zutraute.³⁸ Auch bei der Auftragerteilung, der Kontrolle bzw. Abnahme der ausgeführten Arbeiten bzw. in der Phase der Erledigung der Aufträge erhielten die Vorstände ihre Anweisungen von Nichtspezialisten bzw. waren von deren Einschätzungen und Auffassungen abhängig. Lediglich die technische Realisierung lag in ihrer Hand.

Die Stelle eines Oberingenieurs, die eingerichtet worden war, um die entstandenen Probleme dauerhaft bzw. auf längere Zeit zu lösen, hatte der Stadtrat bereits im Oktober 1876 in überregionalen Zeitungen, in Fachzeitschriften und in den Leipziger Tageszeitungen ausgeschrieben.³⁹ Dabei ging der Rat bereits von einer Spezialisierung der Tätigkeiten innerhalb des Bauamtes und der Einrichtung einer ingenieurtechnischen Abteilung aus.

Von den Bewerbern war ausdrücklich die Ablegung einer höheren Staatsprüfung für Ingenieure im engeren Sinne (Straßen-, Eisenbahn-, Brücken- und Wasserbauwesen), d. h. nach der Verordnung vom 24. Dezember 1851, die Staatsprüfung der Techniker betreffend, gefordert.⁴⁰

Nach einer genauen Prüfung der eingegangenen 63 Bewerbungen entschied sich der Rat in seiner Sitzung am 11. Juli 1877 für den Oberingenieur der Chemnitz-Aue-Adorfer Eisenbahngesellschaft Johann Theodor Hättasch (1825–1906).⁴¹

Hättasch hatte das Staatsexamen 1853 abgelegt und war seit 1847 beim Staatseisenbahnbau tätig gewesen. Er arbeitete u. a. beim Bau der Marienbrücke, beim Wiederaufbau des Löbauer Viadukts sowie beim Bau der Zittau-Reichenberger Eisenbahn mit und war von 1860 bis 1872 als Betriebsingenieur bei der Staatseisenbahn ange-

³⁸ Der Leipziger Stadtrat war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit, das Juristenprivileg aufzugeben. Demnach wurden als besoldete Stadträte ausschließlich Juristen gewählt. Die einzige Ausnahme bildete der Philosoph Panitz (1831–1887), der dem Stadtrat von 1873 bis 1887 angehörte und für das Schulwesen zuständig war.

³⁹ Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 2, Bl. 234. Um den Ausfall des Bauamtsassistenten zu kompensieren, waren zunächst zwei Ingenieure provisorisch angestellt worden. Vgl. ebd., Bl. 156 ff.

⁴⁰ Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen vom Jahre 1851, S. 483–488. Die Prüfungsvorschriften erstreckten sich für den öffentlichen Dienst auf dem Gebiet der Geodäsie, des Ingenieurwesens im engeren Sinne (Straßen-, Eisenbahn-, Brücken- und Wasserbau), des Maschinenwesens für den Straßen-, Eisenbahn-, Brücken- und Wasserbau sowie für den Betrieb der Staatseisenbahnen und Staatstelegrafien sowie für das Hoch- und Landbauwesen. Nach dem erfolgreichen Bestehen der Prüfung vor der Königlichen Kommission für die Staatsprüfungen der Techniker durften sich die Absolventen »geprüfter Feldmesser erster Klasse«, »geprüfter Zivilingenieur für Straßen-, Eisenbahn-, Brücken- und Wasserbau«, »geprüfter Zivilingenieur für Maschinenwesen« oder »geprüfter Baumeister« nennen.

⁴¹ Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 55–60. Die Entscheidung im Ratsplenum wurde mehrmals vertagt und erfolgte letztendlich durch Stichwahl. Der Bewerbung von Hättasch war ein Empfehlungsschreiben des Bevollmächtigten des Verwaltungsrates der Sächsisch-Böhmisches Verbindungsbahn Annaberg-Weipert beigefügt, und dieses war gerichtet an den geehrten Herrn Kollegen und Freund [Georgi?]. Vgl. ebd., Bl. 37–51 und 54.



Straßenbauarbeiten in der Hospitalstraße (heute Prager Straße), um 1930, Heinrich Kirchhoff

stellt. Für die Bauten der Borna-Kieritzscher Bahn und der Sächsisch-Böhmischen Verbindungsbahn Annaberg-Weipert, die er selbstständig leitete, stellte ihn das Finanzministerium frei. Im Jahre 1872 war er aus dem Staatsdienst ausgeschieden, um als Oberingenieur bei der Sächsischen Eisenbahngesellschaft den Bau der Chemnitz-Aue-Adorfer Eisenbahn auszuführen. Nach Ankauf der Bahn durch den Staat wurde ihm die Position des Oberingenieurs in der Geschäftsverwaltung übertragen.⁴²

Stadtrat Mechler, der als Vorsitzender der Baudeputation die eingegangenen Bewerbungen für die Prüfung aufbereitet hatte, hob bei Hättaschs Bewerbung die beigefügten, sehr empfehlenswerten Zeugnisse hervor. In dem Schreiben des Bevollmächtigten des Verwaltungsrates der Sächsisch-Böhmischen Verbindungsbahn Annaberg-Weipert hieß es u. a.: »Er ist ein begabter, intelligenter und erfahrener Ingenieur, entschieden und gewissenhaft im Amte und nobel in seinem Verhalten.« Der Stellung wäre er durchaus gewachsen.⁴³

42 Vgl. ebd., Bl. 52 f.

43 Ebd., Bl. 54 und 60.

Vermutlich waren es gerade diese Empfehlungen, die zum einen aus dem staatlichen Bereich und zum anderen aus dem vogtländischen Raum kamen, zu dem ja bekanntlich Oberbürgermeister Georgi (1831–1918) sehr enge Beziehungen pflegte, die dazu führten, dass sich Hättasch letztendlich gegenüber seinen Mitbewerbern durchsetzen konnte. Hättasch wurde am 2. Januar 1878 als Dirigent des Leipziger Ingenieurbureaus mit dem Titel eines Oberingenieurs verpflichtet und dem Baudirektor Dost unterstellt.⁴⁴ Er bemühte sich zunächst um die Einrichtung, die technische Ausstattung und die Anstellung von ständigem Fachpersonal bzw. Hilfsarbeitern für das Ingenieurbureau. Mit der Annahme der Bestimmungen für die Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung im Bauamt durch das Ratsplenum erfolgte gleichzeitig seine Ernennung zum Vorstand der Tiefbauverwaltung des Bauamtes.

Auf Vorschlag der Mitglieder der Deputation zur Reorganisation des Bauamtes sah der Stadtrat von einer öffentlichen Ausschreibung der Stelle des Vorstandes der Hochbauverwaltung ab. Man erwartete eine Flut von Bewerbungen, und mit der »Sichtung derselben, den unvermeidlichen persönlichen Vorstellungen, den Erkundigungen« würde den beteiligten Ratsmitgliedern eine »große und unverhältnismäßige Arbeitslast« auferlegt werden.

»Auch bei sorgfältiger Prüfung aber würde es doch kaum möglich sein, über einzelne Persönlichkeiten so genaue, vielfache und Leistungen, Persönlichkeit, Charakter so erschöpfend behandelnde Erörterungen anzustellen, wie dieß bezüglich derjenigen Person der Fall ist, welche die Deputation bereits jetzt glaubt, in Vorschlag bringen zu können.«⁴⁵

Hugo Licht (1841–1923), Atelier für Architektur und Kunstdustrie in Berlin, hatte sich – »in Folge Ihrer gütigen Erlaubniß« – im Juni 1878 an Oberbürgermeister Georgi gewandt und sandte ihm 34 Zeichnungen, 12 Fotografien und 6 Stiche von ausgeföhrten und geplanten Bauten sowie Projekten zur Begutachtung zu. Gleichzeitig bedankte er sich bei Georgi für die Berücksichtigung seines Projektes zur Leipziger Peterskirche.⁴⁶ Licht hatte sich an der am 4. August 1877 ausgeschriebenen Konkurrenz zum Neubau einer protestantischen Kirche für die Petri-Gemeinde beteiligt und

44 Zwischen Hättasch und Dost kam es zu einigen Konflikten. Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 101 f.

45 Vgl. StadtAL, Kap. 19 Nr. 19 Bd. 1, Bl. 155. Auf die ausgeschriebene Stelle des Bauamtassistenten waren bereits 125 Bewerbungen eingegangen, und man rechnete mit einer ähnlichen Nachfrage.

46 Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 122f. Licht hielt u.a. folgende seiner Projekte für vorzeigenswert: Villa Belmonte im Rheingau (erbaut 1870/71), die Zinshäuser in der Berliner Kurfürstenstraße 54/55 (erbaut 1871–73), die Garten- und Blumenhalle in der Schlesischen Straße 22 und 24 in Berlin (erbaut 1872–74), das Schloss Liebstein bei Görlitz (erbaut 1874), den Entwurf eines Pfarrschulhauses und einer Pfarrkirche für die Protestantische Gemeinde zu Innsbruck (1876), den Entwurf für den Umbau des Schlosses Gayen bei Meran in Südtirol (1876), den Entwurf für ein Rathaus in Hamburg (1876), den Entwurf für eine Höhere Töchterschule in Karlsruhe (1877).

einen Entwurf mit dem Motto »Juniperus« eingereicht.⁴⁷ Vermutlich hatte er über diesen Weg einen Kontakt zum Leipziger Rat und zum Oberbürgermeister aufgebaut. Möglich wäre auch, dass Georgi bereits vor diesem Wettbewerb in Berlin auf ihn aufmerksam geworden war. Als Reichstagsabgeordneter (1871–1876) weilte er regelmäßig in Berlin, verkehrte in den entsprechenden Kreisen und pflegt diese Verbindungen auch über seine Abgeordnetenzeit hinaus. Licht war ein vielversprechender junger Architekt, der durch verwandschaftliche Beziehungen mit dem Wirtschaftsbürgertum verbunden war. Er war auf fachlichem Gebiet durch die Publikation »Architektur Berlins. Sammlung hervorragender Bauausführungen der letzten zehn Jahre«, 1877 in Berlin im Verlag von Ernst Wasmuth erschienen, hervorgetreten.⁴⁸ Nicht mehr geklärt werden kann, ob die Kontaktaufnahme von Seiten des Rates oder von Licht selbst ausging. Möglich wäre beides, da zum einen der Stadtrat auf der Suche nach einem Baudirektor war und zum anderen Licht sich in finanziellen Schwierigkeiten befand und möglicherweise an einer festen Anstellung mit einer gesicherten Einnahmequelle interessiert war.⁴⁹

Auf einen mehrmaligen und intensiven Briefwechsel zwischen Georgi und Licht deutet u. a. das Antwortschreiben von Licht vom 22. September 1878 hin.⁵⁰ Licht informierte Georgi darüber, dass er kein preußisches Staatsexamen abgelegt habe.

»Bei der absoluten Trennung, die hier zu Lande statt hat zwischen Staatsbaubeamten und Privatarchitekten, von denen Letztere sich in allererster Linie nach der künstlerischen und nach der praktischen Seite ihres Berufes ausbilden, während jene erstgenannten Herren mit wenigen Ausnahmen im reinen Verwaltungsdienste aufgehen, lag mir diese Idee fern, Jahre aufzuwenden, um Anforderungen zu genügen, die für die von mir gewählte künftige Lebensstellung als Praktiker und als Künstler nur einen bedingten Werth haben konnten.«⁵¹

Er hatte beabsichtigt, die zur Erlangung der Qualifikation als Privatbaumeister notwendige Prüfung abzulegen und somit formell die Berechtigung zur Bekleidung an

47 Vgl. Leipziger Tageblatt vom 14. April 1878.

48 Auf die Bedeutung dieser Publikation machte mich Dr. Peter Leonhardt aufmerksam. Für die ergiebigen Gespräche zum Leben und Schaffen von Licht danke ich ihm herzlich. Licht wandte sich mit seiner Architektur Berlins an die breite Öffentlichkeit. Dass er diese erreichte, dazu haben u. a. die publizierten Fotografien, die damalige modernste Form der Bildwiedergabe, beigetragen. Bereits im Jahre 1882 erschien die zweite Auflage seines Werkes.

49 Vgl. Max Bischof, Dem Andenken an Hugo Licht, in: Zentralblatt der Bauverwaltung, 43. Jg., Berlin, 11. Juli 1923, Nr. 55/56, S. 326.

50 Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 109. Dass dieser Schriftwechsel auf höchster Ebene geführt wurde, eine gewisse Brisanz hatte und vertraulich zu behandeln war, wird auch daran deutlich, dass nur Teile von ihm in die Akten gekommen sind, natürlich im Nachhinein und noch dazu in der falschen chronologischen Reihenfolge.

51 StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 109.

städtischen Bauämtern zu erlangen; jedoch war diese Bestimmung im Jahre 1869 aufgehoben worden, während er sich inmitten der Prüfung befand. Weiter unterrichtete Licht Georgi darüber, dass er für drei Jahre (ab 1864) die Königliche Bauakademie in Berlin besucht habe und sich nun nur noch selbst für das praktische Leben ausbilden müsse, wobei er kurz seinen Lebensweg skizzerte.⁵²

Vor dem Besuch der Bauakademie war Licht im Atelier der Architekten Hermann Ende (1829–1907) und Wilhelm Böckmann (1832–1902) in Berlin tätig. Studienreisen führten ihn nach Italien und Österreich. Während des Studiums arbeitete er im Privatatelier von Richard Lucae (1829–1877). Im Jahre 1871 kehrte er nach Berlin zurück und ließ sich dort als Privatarchitekt nieder.⁵³ In der Begründung der Deputation zur Reorganisation des Bauamtes hieß es u.a.: Herr Architekt Hugo Licht in Berlin sei von kompetenten Beurteilern und vielen anderen Seiten als ein

»Mann von hervorragender künstlerischer wie praktischer Durchbildung bezeichnet worden. Derselbe hat durch Einreichung verschiedener Arbeiten sich als einen fein gebildeten Architekten ausgewiesen, er hat aber auch als Bauhandwerker die praktische Schule durchgemacht, hat auf Reisen viel gesehen, namentlich auch nicht nur in Berlin sondern auch in Wien gearbeitet, Italien kennen gelernt, und es ist von zuständiger Seite bezeugt worden, daß er einer der tüchtigsten Schüler Lucaes in Berlin gewesen sei, und immer als einer der Jüngeren bezeichnet worden sei, welche einst berufen seien, die großen und hervorragenden Meister Berlins zu ersetzen.«⁵⁴

Die Deputation fasste am 3. März 1879 einen einstimmigen Beschluss und empfahl die Anstellung des Architekten Hugo Licht. Stadtrat und Stadtverordnete stimmten dem zu, und Licht wurde am 24. April 1879 vom Rat als technischer Dirigent des städtischen Bauamtes mit dem Titel eines Baudirektors verpflichtet.⁵⁵ Bei der Anstellung wies Oberbürgermeister Georgi ihn darauf hin, dass er

52 Dem Brief hatte Licht die Kopie eines von Hermann Ende zum Gedächtnis an Richard Lucae gehaltenen Vortrages beigelegt. In der Reproduktion hatte er alle Bauten, die von ihm bearbeitet bzw. ausgeführt worden waren, blau angestrichen. Leider ist dieser Anhang nicht überliefert. Licht muss sich sehr unsicher gewesen sein, ob er überhaupt bei der Besetzung der Stelle Berücksichtigung finden würde, denn er fragte sehr vorsichtig an, ob man denn noch an ihm Interesse hätte.

53 Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 109.

54 StadtAL, Kap. 19 Nr. 19 Bd. 1, Bl. 155 f. Als Referenzobjekte nannte Georgi die Bauten für den Kommerzienrat Heckmann und die Konkurrenz zur Errichtung einer jüdischen Friedhofsanlage in Berlin, die Licht gerade gewonnen hatte. Hervorgehoben wurde außerdem, dass Licht bereit sei, die Stelle »binnen Kurzem« anzutreten.

55 Vgl. ebd., Bl. 185 und 188.

»die Anordnungen über Geschäftsvertheilung und die Ertheilung einer Instruction, deren Bestimmungen er sich hiermit im Voraus zu unterwerfen habe, vorbehalten bleibe, und daß er nicht berechtigt sei, abändernden Beschlüssen des Rathes bezüglich der Geschäftsordnung, Organisation und Stellung des Bauamtes oder der Bauamtsabtheilungen zu einander zu widersprechen«.⁵⁶

Licht bemühte sich gleichermaßen wie Hättasch um die Einrichtung seiner Abteilung des Bauamtes und begann mit der Bearbeitung größerer Bauprojekte, wie der Planung eines Rathausneubaus.⁵⁷ Beide Abteilungsvorstände handelten unter der geschäftlichen Aufsicht des Ratsdeputierten zum Bauwesen, hatten aber die fachliche Leitung ihrer Abteilungen inne.⁵⁸ Es kann davon ausgegangen werden, dass sie zu allen fachlichen Entscheidungen hinzugezogen wurden und sie sich auch zu Vorhaben gutachtlisch äußerten, die von Gewerben, Handwerkern oder nichtstädtischen Unternehmen geplant und ausgeführt wurden. Auch die Pläne, die von Hilfsarbeitern – das waren in der Regel ausgebildete Architekten oder Ingenieure – entworfen und signiert wurden, sind über die Arbeitstische der Abteilungsvorstände gegangen. Ihre Ideen und Vorstellungen sind in die Planungen eingeflossen, auch wenn sich ihre Unterschriften nicht auf den entsprechenden Zeichnungen finden. Die dazu gehörigen schriftlichen Aufzeichnungen bestätigen dies.⁵⁹ Beide Vorstände nahmen die »technische« Verantwortung für ihre Abteilungen sehr ernst.

Trotz der Anstellung von Abteilungsvorständen für die Hoch- und Tiefbauverwaltung und der Aufstellung von Bestimmungen für die Geschäftsordnung und Geschäftsvertheilung im Bauamt sowie von Bestimmungen über die Stellung des Ratsdeputierten zum Bauamt bestanden weiterhin Differenzen zwischen dem Stadtrat und den Stadtverordneten. Vor allem für die Stadtverordneten war die Reorganisation des Bauamtes noch nicht abgeschlossen. Eine von den Stadtverordneten eingesetzte Subkommission vollzog die geführten Diskussionen nach und fasste die »noch bestehenden Streitpunkte« zusammen.⁶⁰ Sie schlug in ihrer Sitzung am 1. September 1885 vor, die noch ausstehenden Differenzpunkte beizulegen und unterbreitete einen neuen Vorschlag zur Organisation des Bauamtes. Mit Rücksicht auf die

56 StadtAL, Kap. 10 L Nr. 13, Bl. 2f.

57 Vgl. StadtAL, Tit. XXIV C (K) Nr. 96 Bd. 3, Bl. 195.

58 Stadtrat Mechler als Ratsdeputierter zum Bauwesen bestellte Hättasch, Licht und auch Dost für jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat zum Rapport. Vgl. ebd., Bl. 193 und 195.

59 Fritz Schumacher, der unter Licht in der Hochbauverwaltung bzw. im Hochbauamt arbeitete, erinnerte sich in seinen Memoiren u. a. auch an seine Leipziger Zeit und an die Zusammenarbeit mit Licht. Vgl. Fritz Schumacher, *Stufen des Lebens*, Stuttgart, Berlin 1935, S. 164–215, besonders S. 166 f.

60 Vgl. StadtAL, Kap. 19 Nr. 19 Bd. 2, Bl. 10–22, besonders Bl. 20–22. Mitglieder der Subkommission waren u. a. der Architekt Max Pommer (1847–1915) und der Betriebsingenieur Ernst Alfred Prasse (1841–1923).

»Zunahme des Umfangs der Thätigkeit sowohl der Hochbau- als der Tiefbau-Abtheilung [...] und die im Verlaufe dieser Jahre gewonnenen practischen Resultate bei der Arbeitsthätigkeit des Bauamtes, sowie die in neuerer Zeit, sowohl betreffs der weiteren theoretischen Ausbildung und der practischen Thätigkeit eines Architecten und eines Ingenieurs gestiegenen Anforderungen«

sei es nicht sinnvoll und möglich, einen Architekten an die »technische Spitze des gesammten städtischen Bauwesens« zu stellen. Vielmehr gelangte man zu der Ansicht, dass

»mit Rücksicht auf die von Tag zu Tag wachsende Thätigkeit des städtischen Bauamtes und die mehr und mehr zu Tage tretende Verschiedenheit der Arbeit des Architecten und Ingenieurs es sich empfehlen dürfte, das städtische Bauamt in zwei völlig getrennte und von einander unabhängige Abtheilungen mit je einer technischen Spitze, Hochbauverwaltung mit einem Architecten als Leiter, Tiefbauverwaltung mit einem Ingenieur als solchen zu zerlegen.«⁶¹

Baupolizei und Wasserkunst sollten als selbstständige Abteilungen fortbestehen. Die Subkommission schlug eine Aufteilung der Geschäfte und in bestimmten Fragen ein koordiniertes Handeln vor. Die beiden Vorstände sollten mit dem Titel »Stadtbaurat« Mitglieder des Ratskollegiums sein und als solche eine beschließende Stimme im Ratsplenum besitzen und ihr Ressort und Departement »auch gegenüber den Stadtverordneten in deren Sitzungen ebenso wie die anderen Stadträthe« vertreten.⁶²

Der Stadtrat konnte den »tiefgreifenden und weittragenden« Anträgen der Stadtverordneten, die »so wesentlich und principell« mit der Geschäftsordnung und Organisation des Rates zusammenhingen, nicht beitreten. Er beschäftigte sich mit der Begründung von etatmäßigen Stellen für die Bauamtsbeamten und hielt dies im Interesse der Geschäfte und der Beamten und im Gegensatz zu den Stadtverordneten für dringend erforderlich.⁶³

Die Stadtverordneten dagegen sahen die Reorganisation als ein Ganzes an und verlangten eine prinzipielle Regelung der Organisationsfrage, bevor man Beamtenstellen in den ständigen Etat aufnehme. Tröndlin (1835–1908) als Vertreter des Stadtrates erklärte in der Stadtverordnetensitzung am 6. Oktober 1886 die Ratsmeinung:

61 Ebd., Bl. 23f.

62 StadtAI, Kap. 19 Nr. 19 Bd. 2, Bl. 25.

63 Vgl. ebd., Bl. 36–39.



2. Realschule in der Dresdner Straße / Kohlgartenstraße, um 1905, Hermann Walter

»Die technischen Spitzen des Bauamts seien geschaffen, es handle sich nur darum, denselben eine wesentlich andere Stellung zu geben, als bisher, dies sei der Cardinalpunkt der Sache, die Angelegenheit sei allmälig zu der Frage einer Reorganisation des Raths selbst geworden, aber eben gerade deshalb greifen hier so wichtige Momente sachlicher und persönlicher Art ein, daß diese Frage sich nicht so schnell erledigen lasse.«⁶⁴

Der Rat wurde in den Folgejahren von sich aus in dieser Frage nicht tätig, erhielt aber regelmäßige Erinnerungen von den Stadtverordneten, so in den Jahren 1887, 1888 und 1889.⁶⁵

Im Jahre 1892, als der Stadtrat aufgrund der Aufgabenvermehrung zwei neue besoldete Stadtratsstellen begründen wollte, gelangte die Angelegenheit wieder auf die Tagesordnung, wobei es den Stadtverordneten zunächst darum ging, durch die An-

64 Ebd., Bl. 51f.

65 Vgl. ebd., Bl. 57, 77 und 79.

stellung von Stadtbauräten, die mit Bauangelegenheiten beschäftigten Ratsmitglieder zu entlasten, für andere Aufgaben verfügbar zu machen und die neuen Stadtratsstellen zu vermeiden.⁶⁶

Nach Kommunikation mit dem Stadtrat und der Ablehnung der Ratsvorlage, die auf die Vorschläge zur Verminderung der Beanspruchung der Ratsmitglieder einging, beschlossen die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 5. Juli 1893 u. a. die Anstellung von zwei Stadtbauräten. Nach Meinung der Stadtverordneten sollten die Inhaber Techniker sein, die Staatsprüfung bestanden haben und jeweils dem Hochbau- und Tiefbauwesen vorstehen. Sie sollten dem Stadtrat mit voller Stimmberichtigung angehören und von den Stadtverordneten auf Vorschlag des Rates, aber immer nur auf sechs Jahre gewählt werden.⁶⁷

Für den Stadtrat ergaben sich aus jenem Beschluss zahlreiche, teilweise grundsätzliche Fragen, u. a.: Soll die Anstellung von technischen Räten auf die Stadtbauräte beschränkt bleiben? Wie soll mit den anderen technischen Leitern vorgegangen werden – Direktor der Gasanstalten, Direktor des Wasserwerks, Direktor des Vieh- und Schlachthofs, Ratsgärtner, Ökonomieinspektor? Ist es notwendig und zweckmäßig, den Wirkungskreis der beiden Stadtbauräte näher festzulegen? Bleibt dies dem Rate vorbehalten? Die Stadtverordneten dachten früher nur an eine Spitze für alle Ressorts, will man jetzt davon absehen? Sollen die Stadtbauräte volle Stimmberichtigung erhalten oder nur für ihren Wirkungskreis? Soll die Wahl durch die Stadtverordneten erfolgen oder nur durch Zustimmung der Stadtverordneten? Kann nach Ablauf von sechs Jahren keine Kündigung mehr stattfinden? Wie soll die Gehaltsfrage (Anfangsgehalt, Alterszulagen) geregelt werden? Wie soll die Stellung der jetzigen Vorstände der Hochbau- und Tiefbauverwaltung zu den künftigen Stadtbauräten bestimmt werden?⁶⁸

⁶⁶ Vgl. StadtAL, Kap. 6 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 59–68 und 101–103. Entlastet werden sollten die Stadträte Wangemann (1849–1904) und Fischer (1843–?). Auf die Anfrage der Stadtverordneten vom 30. Juni 1892 antwortete Oberbürgermeister Georgi am 13. Juni 1893. Das Adressbuch der Stadt Leipzig für das Jahr 1892 wies für die Hochbauverwaltung neben dem Baudirektor, drei Bauinspektoren, drei Bauassistenten, einen Buchhalter, einen Bauschreiber, einen Expedienten und einen Boten aus. In der Tiefbauverwaltung waren nach dem Adressbuch der Oberingenieur, drei Bezirksingenieure, ein Vermessungsingenieur, ein Geometer, ein Bauassistent, ein Straßenmeister, fünf Aufseher, ein Registratur und ein Expedient tätig. Hilfsarbeiter erfasste das Adressbuch nicht. In der Realität war also die Anzahl der Beschäftigten beim Bauamt bedeutend höher.

⁶⁷ Vgl. StadtAL, Kap. 6 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 116–124. Beschlossen wurden gleichzeitig Bestimmungen zur Pensionierung.

⁶⁸ Vgl. ebd., Bl. 168–170. Diese Fragen warf Georgi in Vorbereitung der Beratung der Verfassungs- und Baudeputation auf. Dabei zog er die Bestimmungen der Preußischen Städteordnung und der Bayrischen Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins heran. Die Bayrische Gemeindeordnung ließ wie die Preußische Städteordnung die Anstellung von Technikern zu, allerdings nur mit voller Stimmberichtigung in Gegenständen ihres Wirkungskreises.

Eine Verständigung zu diesen Problemen fand in mehreren Sitzungen der Verfassungs- und Baudeputation im April, Mai und Juni 1894 statt, in deren Ergebnis dem Ratsplenum ein Gutachten und der Entwurf eines Nachtrages zum Ortsstatut für die Stadt Leipzig vom 20. Dezember 1877 vorgelegt wurde.⁶⁹ Das Gutachten, von Georgi verfasst und vom Ratsplenum bestätigt, setzte sich mit den Ansichten und Vorschlägen der Stadtverordneten und mit den von ihnen genannten Gründen zur Anstellung von Stadtbauräten auseinander. Abschließend befürwortete das Gutachten die Anstellung zweier Stadtbauräte, hegte aber nicht die Hoffnung,

»daß dadurch eine wesentliche Aenderung oder Besserung in der Leitung und Führung der betr. Zweige unserer Verwaltung werde herbeigeführt werden. Dazu lag nach ihrer Ansicht [der Deputation] irgend ein dringendes Bedürfniß nicht vor; sie glauben aber, daß bei der maßgebenden Stellung, welche die Technik heute einnimmt, und bei dem Losungsworte, welches in deren Organisationen ausgegeben ist, sich der Forderung auf die Dauer nicht wird widerstehen lassen, wenn schon von unseren eigenen Technikern kein Verlangen in dieser Richtung für ihre Person geäußert worden ist, daß man daher nur darauf wird sehen müssen, die Grundlage unserer collegialen Rathsverfassung nicht über den Haufen werfen zu lassen. Die Hauptsache wird freilich immer die bleiben,... daß geeignete und tüchtige Persönlichkeiten gewählt werden, dann wird man über alle grundsätzlichen Zweifel und Bedenken hinwegkommen.«⁷⁰

Der Stadtrat sah keine grundsätzliche Notwendigkeit zur Begründung von Stellen für Stadtbauräte, sondern hätte vielmehr die Anzahl der besoldeten Ratsmitglieder vermehrt.

In der Sitzung der Stadtverordneten am 3. Oktober 1894 entspann sich zum Gutachten und zum Nachtrag zum Ortsstatut eine heftige und kontroverse, teilweise emotionale Diskussion, in dessen Ergebnis die Ratsvorlage abgelehnt wurde.⁷¹ Die Stadtverordneten debattierten vor allem über die nicht gleichberechtigte Stellung der Stadtbauräte innerhalb des Ratskollegiums. Ein entscheidender Punkt war dabei die eingeschränkte Stimmberechtigung der Stadtbauräte. Diese würde sie zu minderwertigen Ratsmitgliedern im Gegensatz zu den »Vollstadträten« machen. Den Erläuterungen des Rates und auch der Stadtverordnetenausschüsse, dass die Stadtbauräte

⁶⁹ Vgl. StadtAL, Kap. 6 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 182–185, 189–196 sowie 222–231. Der Verfassungs- und Baudeputation gehörten besoldete und unbesoldete Ratsmitglieder an.

⁷⁰ Ebd., Bl. 228 f.

⁷¹ Vgl. ebd., Bl. 235–252. Die Ausschüsse der Stadtverordneten, in denen eine Vorberatung stattgefunden hatte, empfahlen die Annahme der Ratsvorlage. Sie sahen in ihnen das gegenwärtig Machbare und schlugen deshalb vor, »bei dem großen Gewicht, das namentlich die technischen Mitglieder des Collegiums auf die Einführung von Stadtbauräthen legen, [...] auf den gebotenen Compromiß« einzugehen. Ebd., Bl. 237.

innerhalb des Ratskollegiums nur für einen ganz bestimmten Bereich, eben nur in ihrem Fach, einsetzbar seien, konnte die Mehrheit der Stadtverordneten nicht folgen. Stadtverordnetenvorsteher Schill (1838–1918) im Namen der Ausschüsse:

»Man müsse nur immer daran festhalten, daß es sich hier um Stadträthe von ganz besonderer Eigenart handele, insofern ihnen vornherein ein bestimmter Wirkungskreis ohne die Möglichkeit des Wechsels angewiesen werde, wodurch sie sich scharf von den juristischen Mitgliedern abheben werden.«

Der überwiegende Teil der Stadtverordneten setzte die Fähigkeit zur Mitsprache und Entscheidung zwischen juristischen und technischen Stadträten in Verwaltungs- und technischen Fragen gleich. Unverständnis herrschte außerdem über den Verzicht des Stadtrates, von den Kandidaten den Abschluss einer Staatsprüfung zu fordern.⁷²

Über die Veröffentlichung des Protokolls der Stadtverordnetenversammlung im Leipziger Tageblatt gelangten die unterschiedlichen Auffassungen von Stadtrat und Stadtverordneten zunächst zur Kenntnis der Leipziger Bürgerschaft und dann über einen Bericht in der »Deutschen Bauzeitung« in die überregionale Öffentlichkeit. Das Leipziger Tageblatt sah sich außerdem verpflichtet, die Ausführung der »Deutschen Bauzeitung« wiederzugeben.⁷³

Die Argumentation in der »Deutschen Bauzeitung« – die Anstellung der Stadtbauräte wurde auch im Sächsischen Ingenieur- und Architektenverein ausführlich erörtert – erfolgte aus Sicht des »Technikerstandes« und setzte sich besonders mit den Ratsanschauungen auseinander. Kritisiert wurde dabei vor allem die entstehende Minderwertung des Standes in der Öffentlichkeit, falls das Stimmrecht der Stadtbauräte tatsächlich auf ihr Fachgebiet beschränkt bleiben würde. Sie müssten dann als Stadträte zweiter Klasse erscheinen. Der Beitrag besprach außerdem die »Rolle, welche der Techniker in einer städtischen, zumal in einer großstädtischen Verwaltung zu spielen hat«. Der Rat vertrat die Auffassung, dass die Stadtbauräte, um in allen städtischen Angelegenheiten ihre Stimme abgeben zu können, einen Überblick über die Gesamtgeschäfte besitzen müssen, so wie ihn die juristischen Ratsmitglieder durch ihre Teilnahme an den Deputations- und Sektionssitzungen gewinnen. Und

72 Vgl. ebd. Anstoß erregte bei den Stadtverordneten außerdem der Paragraph 10 des Entwurfs zum Nachtrag zum Ortsstatut. Dieser sprach dem Rat das Recht zu, an den Plenar- und Ausschusssitzungen der Stadtverordneten teilzunehmen und sich erklärend zu äußern. Daneben verpflichtete er die Stadtverordneten zur Information über entsprechende Beratungen.

73 Vgl. Anstellung von Stadtbauräten in Leipzig, in: Deutsche Bauzeitung 29 (1895), Nr. 4 vom 12.01.1895, S. 19–21 sowie Leipziger Tageblatt vom 14. Januar 1895. Vgl. außerdem Die Stellung der Ingenieure und Architekten bei der Stadtverwaltung Leipzig, in: Deutsche Bauzeitung 26 (1892), Nr. 57 vom 16.07.1892, S. 344; Anstellung von Stadtbauräten in Leipzig, in: Deutsche Bauzeitung 30 (1896), Nr. 19 vom 04.03.1896, S. 121 und Ernennung von Professor H. Licht und Oberingenieur Hättasch zu Stadtbauräten in Leipzig, in: Deutsche Bauzeitung 30 (1896), Nr. 76 vom 19.09.1896, S. 484.

eben hierzu hätten die Techniker keine Zeit. Die »Deutsche Bauzeitung« betrachtete den Sachverhalt aus einer anderen Sicht:

»Wenn es ihm [dem Techniker] obliegt, sich nicht nur um die seinem nächsten Berufe angehörigen Angelegenheiten zu kümmern, sondern sich zugleich einen Ueberblick über die gesammte städtische Verwaltung zu verschaffen, so wird dies zunächst seinem Sondergebiete wesentlich zugute kommen; denn er wird imstande sein, an der Anregung und Vorbereitung der auf diesem letzteren zu stellenden Aufgaben thätigen Antheil zu nehmen, anstatt abzuwarten, ob und welche Aufgaben ihm zugetheilt werden. Es unterliegt aber auch wohl keinem Zweifel, dass unter den Verhältnissen der Gegenwart in der städtischen Verwaltung der gebildete Techniker ebenso berufen ist, das Gewicht seiner Meinung in die Wagschale zu werfen, wie der Jurist, ja dass eine Mitwirkung des Technikers bei der Entscheidung aller städtischen Fragen nur im höchsten Grade erspriesslich sein kann. Denn er bringt hierfür mit, was den meisten, an ihre Akten gebundenen Juristen fehlt: praktische Anschauung des Lebens und die aus der Gewohnheit schöpferischer Thätigkeit entspringende Kraft der Initiative!«⁷⁴

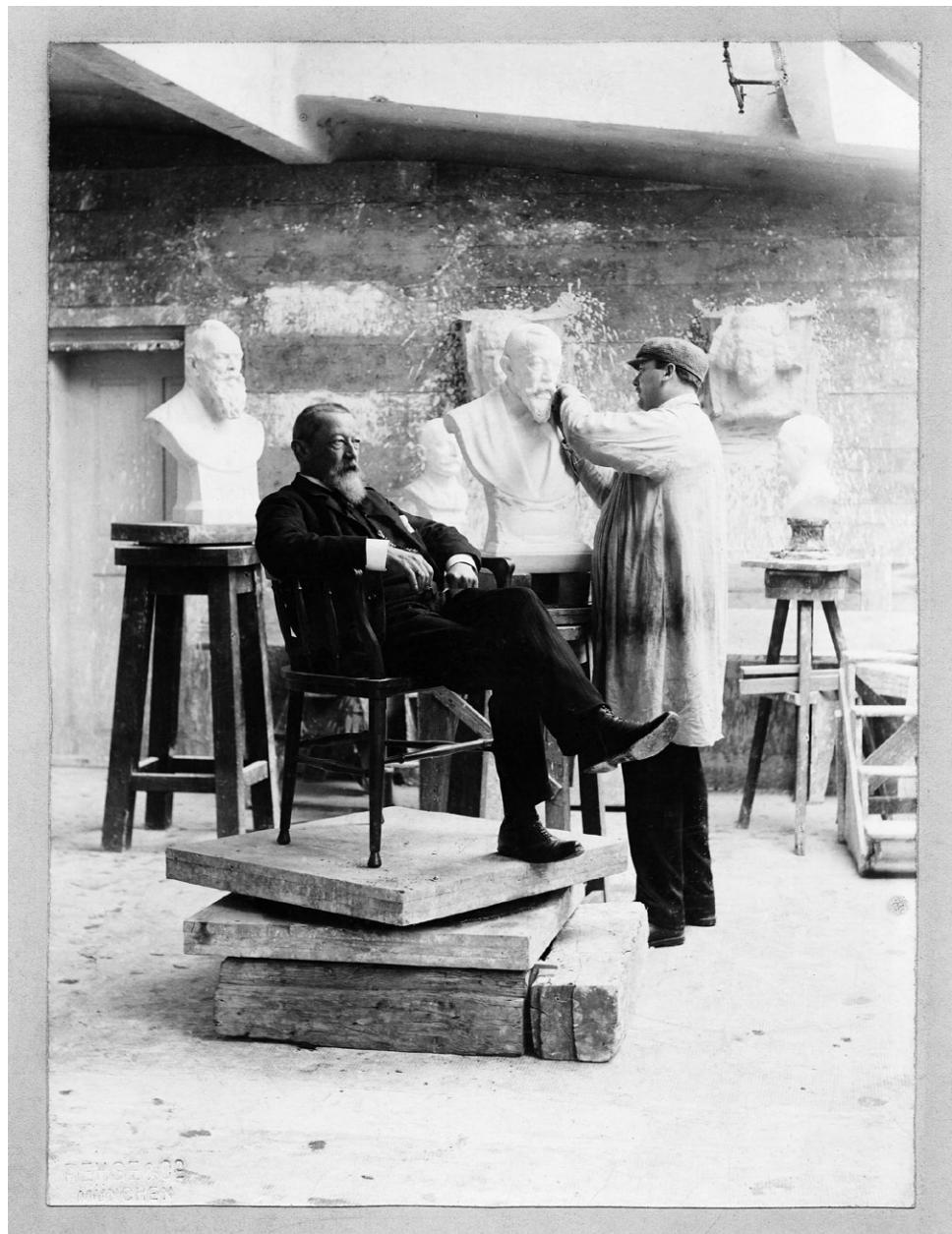
Die öffentliche Berichterstattung trug vermutlich dazu bei, dass beide Gremien die Stadtbauratsfrage zurückstellten und nicht weiter verfolgten.

Die Pensionierung des Stadtrates Hessler (1819–1902) im Dezember 1895 und die Neubesetzung der Stelle bildeten den Anlass, sich erneut dem Problem zuzuwenden. Der Stadtverordnetenvorsteher und der Vorsteher des Stadtverordnetenbauausschusses hatten sich nochmals mit dem Entwurf zum Nachtrag zum Ortsstatut beschäftigt und dem Oberbürgermeister Vorschläge unterbreitet, die er der Ratsverfassungs- und Baudeputation am 16. Dezember 1895 vorstellte. Demnach sollten u. a. die Stadtbauräte für das Hochbau- und das Tiefbauwesen in gemeinschaftlicher Sitzung von Rat und Stadtverordneten zunächst auf sechs, dann auf zwölf Jahre gewählt werden. Beide Stadträte sollten mit voller Stimmberichtigung ausgestattet werden, und es sollte möglich sein, die jetzigen technischen Vorstände der Abteilungen des Bauamtes ohne Mitwirkung der Stadtverordneten zu Stadtbauräten zu ernennen.

Die Verfassungs- und Baudeputation und gleichermaßen das Ratsplenum sprachen sich für eine Beilegung der Differenzen aus und nahmen die Vorschläge an, woraufhin Oberbürgermeister Georgi den Entwurf zum Nachtrag des Ortsstatuts überarbeitete und mit den Stadtverordneten kommunizierte.⁷⁵ Nach der Beratung im Stadtverordnetenkollegium, man wollte ebenfalls die Meinungsverschiedenheiten beilegen und ei-

74 Anstellung von Stadtbauräten in Leipzig, in: Deutsche Bauzeitung 29 (1895), Nr. 4 vom 12.01.1895, S. 21. Der Beitrag hob ausdrücklich hervor, dass bereits »die Mehrzahl der grösseren Städte des Königreiches – Dresden, Chemnitz, Plauen, Zwickau, Freiberg und Meerane – zu dem [...] System der Einordnung von Stadtbauräthen in das Rathskollegium übergegangen ist.«

75 Vgl. StadtAL, Kap. 6 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 269–272 sowie 291–300.



Stadtbaudirektor Hugo Licht beim Modellsitzen, um 1910

nen Kompromiss finden, gab es nur noch eine Differenz in der Wahldauer. Während der Rat Licht und Hättasch für zwölf Jahre zu Stadtbauräten wählen wollte, bestanden die Stadtverordneten auf einer Wahl für nur sechs Jahre.⁷⁶ Weil diese Frage besondere Wichtigkeit für den Baudirektor Licht hätte, er stand im 54. Lebensjahr und war seit 17 Jahren im städtischen Dienst, remonstrierte der Rat bei den Stadtverordneten.⁷⁷

Nachdem die Bestätigung zum Nachtrag zum Ortsstatut für die Stadt Leipzig und zum Pensionsregulativ vom 20. Dezember 1877 durch das Ministerium des Innern vorlag, standen der Anstellung von Stadtbauräten keine gesetzlichen Bedenken mehr entgegen.⁷⁸ Im Nachtrag zum Ortsstatut vom 10. April 1896 hieß es u.a., dass der Rat durch zwei Stadtbauräte erweitert wird.

»Die Stadtbauräthe müssen Techniker sein und in der Regel die 2. Staatsprüfung in einem Staate des deutschen Reiches oder eine dieser gleich zu achtende Prüfung bestanden haben.«

Ein Stadtbaurat ist für die technische Leitung des Hochbauwesens und der andere für die technische Leitung des Tiefbauwesens zu wählen. Beide sind gleichzustellen. Die Wahl findet in gemeinschaftlicher Sitzung der Stadträte und der Stadtverordneten statt, wobei sie zu einem Wahlkollegium zusammenentreten. Die Stadtbauräte werden zunächst auf sechs Jahre gewählt. Die erste Wiederwahl erfolgt dann auf zwölf Jahre und »später erfolgende Wiederwahlen jedes Mal auf 12 Jahre«. »Die Stadtbauräthe haben volle Stimmberechtigung in allen zur Zuständigkeit des Stadtrathes gehörigen Gegenständen.« Übergangsbestimmungen ermöglichen, die gegenwärtigen technischen Vorstände der Hochbau- und Tiefbauabteilungen in die Position von Stadtbauräten zu versetzen und ihre Wahlperiode auf zwölf Jahre festzusetzen.⁷⁹

Der Stadtrat wählte in seiner Sitzung am 12. September 1896 einstimmig den Baudirektor Licht als technischen Stadtbaurat für das Hochbauwesen und den Oberingenieur Hättasch als technischen Stadtbaurat für das Tiefbauwesen. Stadtrat und Stadtverordnete hatten in Übereinstimmung beschlossen, den technischen Stadtbauräten für die Verwaltung und Geschäftsführung einen juristischen Stadtrat beizugeben, deshalb die Betonung des technischen Stadtbaurates. Die Einweisung und Verpflichtung der beiden Beamten erfolgte am 1. Oktober 1896.⁸⁰ Das Leipziger Tageblatt veröffentlichte nicht nur die übliche Ratsbekanntmachung, sondern berichtete von

76 Vgl. StadtAL, Kap. 6 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 5–15.

77 Vgl. ebd., Bl. 16 f.

78 Vgl. ebd., Bl. 62. Die Veröffentlichung des Nachtrages erfolgte u.a. im Leipziger Tageblatt vom 24. Juli 1896 und im Leipziger Stadt- und Dorfanziger vom 25. Juli 1896.

79 Vgl. Bekanntmachungen des Rethes und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig 1895 und 1896, S. 200–205. Daneben wurden noch das Gehalt und die Pension näher geregelt.

80 Vgl. StadtAL, Kap. 6 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 70–73, 78 f. sowie 83–86.

der Einführung der Stadtbauräte in ihr Amt und dem damit verbundenen Abschluss der Reorganisation des Bauamtes.⁸¹

Durch die veränderte verfassungsmäßige Stellung der technischen Beamten wurden Modifizierungen im Geschäftsgang notwendig, wobei eine Schwierigkeit darin bestand, dem gerecht zu werden, dass das Bauamt »in fortwährender Berührung mit einer Menge von anderen Geschäftszweigen« stand.⁸² Neu geregelt werden musste die Behandlung der Geschäftspost, die Registrandenführung, die Anlage und Ablage der Akten, das Verhältnis zwischen technischem und juristischem Stadtrat bei der Geschäftsleitung, die Vollziehung und Ausfertigung der Beschlüsse, die Stellung der Unterbeamten zum juristischen und zum technischen Stadtrat, die Teilnahme an den Deputationen, an den Sektions- und Plenarsitzungen und das Verhältnis zu den anderen Ressorts.⁸³ Bereits vor der Wahl der Stadtbauräte hatte sich der Rat mit diesen Problemen auseinandergesetzt, bevor er in der Plenarsitzung am 1. Oktober 1896 dazu ein Patent beschloss.⁸⁴ In diesem ging es vorwiegend um die Geschäftsführung und Geschäftsbehandlung. Eine Zuweisung oder Aufteilung von Aufgaben wurde nicht vorgenommen, diese schienen eindeutig geregelt zu sein.

Durch das Patent vom 1. Oktober 1896 wurde der Hochbauverwaltung die Bezeichnung Hochbauamt und der Tiefbauverwaltung die Bezeichnung Tiefbauamt zugewiesen. Es folgte dann eine genaue Beschreibung der Übertragung der Registranden und der Behandlung der Eingänge. Alle Eingänge technischer Natur waren dem Stadtbaurat für Hochbauwesen bzw. für Tiefbauwesen und alle Eingänge juristischer Natur dem juristischen Stadtrat vorzulegen. Auch die Verantwortlichkeit für die Konten des Haushaltsplanes wurde aufgeteilt. Die Zuweisung war an den Zeichen »H.B« bzw. »T.B« zu den Registrandenummern zu erkennen. Den Vorsitz in den Deputationen für Hochbau- und für Tiefbauwesen führten die jeweiligen Stadtbauräte, die Fachdeputationen wurden durch den jeweiligen Fachdezernenten geleitet. Der Dezernent für das Hochbauamt hatte die Baudeputierten über die technische Vorbereitung der Bauangelegenheiten zu informieren. Die Stadtbauräte hatten als ständige Mitglieder der Ersten Sektion für Disziplinarsachen ihres Beamtenpersonals einzutreten. Sie waren befugt, den juristischen Hilfsarbeitern Aufträge zu erteilen. Ihre Resolutionen hatten sie direkt in die Sachakten, nicht in die Registranden, an-

⁸¹ Vgl. Leipziger Tageblatt vom 2. Oktober 1896.

⁸² Auch hier hat man sich an anderen Kommunen orientiert und die Regelungen und Bestimmungen miteinander verglichen. Bei der Reorganisation des Bauamtes hat der Stadtrat immer wieder nach Dresden gesehen. Vgl. u. a. StadtAI, Kap. 6 Nr. 13 Bd. 4, Bl. 96f.

⁸³ Georgi machte auf eine Reihe bestimmungsbedürftiger Fragen aufmerksam. Ebenso unterbreitete Stadtrat Fischer Vorschläge für die Neuregelung der Geschäfte des Ratsbauamtes. Vgl. StadtAI, Kap. 6 Nr. 13 Bd. 4, Bl. 96–109 sowie 122–125.

⁸⁴ Vgl. ebd., Bl. 125–142.

zubringen. Die Sachakten wurden durch das Hauptarchiv geführt, und das bisherige Anlegen von so genannten Beifaszikeln und gesonderten Bau- und Reparaturakten sollte unterbleiben. Nur für den internen Schriftverkehr konnten direkt Akten beim Hoch- und Tiefbauamt angelegt werden. Jedem Stadtbaurat unterstand eigenes Kanzlei- und Expeditionspersonal. Geschäftsleitende technische Post waren die Stadtbauräte berechtigt, mit der Angabe »Rat der Stadt Leipzig, Hochbauamt« oder »Rat der Stadt Leipzig, Tiefbauamt« selbstständig zu unterzeichnen. Verordnungen und Verträge hatte der Ratsvorsitzende – nach Hinzuziehung der Stadtbauräte – zu signieren. Bei Zuständigkeitsgrenzen zwischen juristischem und technischen Stadträten war eine beiderseitige Paraphierung erforderlich.

Alle Eingänge, die Bauangelegenheiten betrafen, hatten zukünftig über das Eingangsbüro zu gehen. Die Verordnungen von höheren Behörden gelangten direkt an den Oberbürgermeister, alle anderen Eingänge an die Registrande I. Dort verteilte der dienstälteste Registrar die Schreiben gemäß der Zuständigkeit an die Registranden und einzelnen Registratoren, die sie entsprechend behandelten.

Das Patent versuchte klare, geordneten Bestimmungen aufzustellen und alle Möglichkeiten zu berücksichtigen. Bei der Komplexität der Aufgaben und dem ineinander greifen der verschiedenen Verwaltungszweige war dies jedoch kaum denkbar. Die meisten Probleme traten in der täglichen Arbeit auf und bedurften dann einer Regelung. Im Nachhinein musste das eine oder andere modifiziert oder erst festgelegt werden. Das Patent vom 1. Oktober 1896 wurde durch ein zweites Patent vom 26. Juli 1897 zum Signieren der Rechnungen und zu den Funktionen des Baudeputierten für das Tiefbauwesen ergänzt.⁸⁵

Hättasch war bis zu seiner Pensionierung am 1. April 1899 als Stadtbaurat für das Tiefbauwesen tätig.⁸⁶ Obwohl er sich Verdienste beim organisatorischen Aufbau und der Etablierung des Tiefbauwesens und der Stadtvermessung – die Vermessungsabteilung war ein Bereich der Tiefbauverwaltung bzw. des Tiefbauamtes – erwarb, wurde seine Tätigkeit kaum bzw. nur wenig gewürdigt. Die Obliegenheiten des Tiefbauamtes und die ausgeführten Arbeiten waren der ständigen Kritik des Rates, der Stadtverordneten und der Bürger ausgesetzt, da jeder sich imstande und berufen fühlte, die Tätigkeit und Leistungen einzuschätzen und zu bewerten. Die Ausführungen von Vermessungen, Straßen- und Schleusenbauten, Pflasterungen, die Bestimmung von Fluchtlinien und Straßenniveaus usw. waren etwas Konkreteres als die abstrakte und subjektive Beurteilung der Bauten des Hochbauamtes. Vermutlich stand Hättasch auch immer im Schatten seines Amtskollegen Licht.

85 Vgl. StadtAL, Kap. 6 Nr. 13 Bd. 4, Bl. 170–182.

86 Vgl. StadtAL, Kap. 10 H Nr. 17 und Kap. 6 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 329.

Stadtbaurat Licht führte das Hochbauamt bis zu seiner Beurlaubung im Jahre 1898 für den Bau des Neuen Rathauses. Aus dem ausgeschriebenen Wettbewerb war er mit dem Entwurf »Arx nova surrexit« als Sieger hervorgegangen. Der Stadtrat schloss mit ihm für die Bauzeit einen Privatarchitektenvertrag – einen gesonderten Vertrag zur Vorbereitung, Ausführung und Leitung des Rathausbaus – ab und entband ihn von der Leitung des Hochbauamtes.⁸⁷ Nach der Einweihungsfeier des Neuen Rathauses am 7. Oktober 1905 nahm Licht nochmals seine kommunale Tätigkeit auf, bevor er dann am 1. Januar 1907 in den Ruhestand trat.⁸⁸

Lichts Leistungen wurden besonders von Seiten des Stadtrates, u. a. durch zahlreiche Gratifikationen, gewürdigt. In Oberbürgermeister Georgi fand Licht einen Fürsprecher, der seine Anträge auf Ausführung privater Aufträge, auf Beurlaubung für Studienreisen und finanzielle Zuschüsse (Reisegelder) sowie Preisrichtertätigkeit großzügig genehmigte.⁸⁹ Georgi ergriff wiederholt für ihn Partei und verteidigte ihn gegen Angriffe der Stadtverordneten, die vor allem seine außerdienstlichen Aktivitäten, sein überregionales Engagement und die aus ihrer Sicht geringe Ausschreibung und Vergabe von kommunalen Bauaufgaben kritisierten.

Fazit

In dem betrachteten Zeitraum zwischen 1851 und 1896 ereigneten sich grundlegende Veränderungen im kommunalen Bauwesen. Die Anforderungen und Aufgaben wuchsen in quantitativer und qualitativer Hinsicht, was u. a. dazu führte, dass sich eine Spezialisierung und Differenzierung in verschiedene Bereiche – Hochbau- und Tiefbauwesen, Baupolizei – vollzog und entsprechendes Fachpersonal notwendig wurde. Die verschiedenen Prozesse wiederum wirkten sich auf die Gesamtstruktur der Verwaltung aus und machten Veränderungen an der Gliederung an sich erforderlich. So entstanden zunächst Struktureinheiten – Hochbau- und Tiefbauverwaltung –, die noch unter einer Organisation und Verantwortlichkeit zusammengefasst wurden – dem Bauamt –, dann aber infolge der Zunahme der Bedeutung der einzelnen Einheiten und auch aus einer gewissen inneren Entwicklung heraus sich organisatorisch

⁸⁷ Vgl. StadtAL, Kap. 10 L Nr. 13, Bl. 70f. sowie 73f. Ob sich ein städtischer Beamter an dem Wettbewerb überhaupt beteiligen durfte, wurde innerhalb des Stadtverordnetenkollegiums heftig und kontrovers diskutiert. Seine Vertretung und später dann auch seine Nachfolge übernahm der Architekt Otto Wilhelm Scharenberg, der am 14. September 1898 als dritter Stadtbaurat gewählt wurde. Vgl. StadtAL, Kap. 6 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 295.

⁸⁸ Vgl. StadtAL, Kap. 10 L Nr. 13, Bl. 92.

⁸⁹ Vgl. u. a. ebd., Bl. 8, 9, 14 und 18f.; Bischof, *Andenken an Hugo Licht* (Anm. 49), S. 327 sowie Steffen König, *Zum Leben und Werk Hugo Lichts*, in: Peter Leonhardt, Thomas Nabert (Hrsg.), *Arx nova surrexit. Die Geschichte des Neuen Rathauses in Leipzig*, Leipzig 1998, S. 95–97, hier S. 95.

verselbstständigten. Es bildeten sich zwei Ämter, das Hochbau- und das Tiefbauamt, heraus, die sich im Gesamtsystem als eigenständige Teile etablierten. Beide Ämter hatten ihre jeweiligen Obliegenheiten, ihre eigenständigen Kompetenzen, ihr selbstständiges Personal, und sie verwalteten sich selbst.

Aufgrund der Aufgabenzunahme wurde in allen Entwicklungsstufen – Bauamt, Bauamt mit Hochbau- und Tiefbauabteilung, Hochbau- und Tiefbauamt – mehr Personal, vor allem Fachpersonal angestellt und ein innerer Ausbau der Organisation vorgenommen. Dieser beinhaltete u.a. eine Strukturierung, die Einführung von Verantwortlichkeiten und Hierarchien sowie die Aufstellung von Handlungsvorschriften. Dass mit der Entwicklung der Organisation eine Ausweitung der Kompetenzen notwendig wurde, wurde besonders gut sichtbar bei den Abteilungsvorständen des Bauamtes bzw. den Stadtbauräten. Spezielle Kenntnisse und Fertigkeiten, die Komplexität der Verpflichtungen, die Aufgabenfülle sowie die Größe der Struktureinheiten führten zunächst zu einer Trennung zwischen der fachlichen und der allgemein verwaltenden Leitungstätigkeit und ließen dann später die Delegierung der Gesamtverantwortlichkeiten an eine Person, die außerhalb der Organisation selbst stand und nicht über das entsprechende Fachwissen verfügte, nicht mehr zu. Die beiden Abteilungsvorstände mussten, um erfolgreich agieren zu können, die Entscheidung für alle Bereiche schnell und unkompliziert treffen und vertreten können sowie über Kenntnisse der gesamtkommunalen Zusammenhänge verfügen. Dies war nur möglich durch die Aufnahme in das höchste Verwaltungsgremium, verbunden mit der Ausstattung der entsprechenden Rechte und Pflichten.

Am Beispiel der leitenden Baubeamten konnte gezeigt werden, wie viel Bedeutung der Besetzung der Stellen beigemessen wurde. Der Entscheidung ging ein langerer Prozess des Suchens nach einem geeigneten Kandidaten voraus, der sich an hohen fachlichen Erfordernissen orientierte, außerhalb der normalerweise üblichen Auswahlverfahren geführt wurde und für den der Bürgermeister/Oberbürgermeister persönlich verantwortlich zeichnete. Dabei konnten aufgestellte Kriterien aufgehoben bzw. entsprechend des Anwärters modifiziert werden.

Die Entwicklung des Bauamtes zeigt die innere Verflechtung, Abhängigkeit und logische Abfolge der sich vollziehenden Prozesse, die auch eine gewisse Verselbstständigung erlangten. Der Stadtrat und die Stadtverordneten benötigten eine lange Phase der Erkenntnis und Umsetzung, um die Vorgänge zu erfassen, zu beeinflussen und bewusst zu gestalten. Im Ergebnis dieses Lernprozesses gelang es der Verwaltung sich selbst zu verändern, ihr Handeln zu optimieren und mit einer angepassten, modernen Verwaltung auf die Anforderungen der Zeit zu reagieren.



Bauen für die Ewigkeit

Monumentalarchitektur des zwanzigsten Jahrhunderts und Städtebau in Leipzig in den fünfziger Jahren

von Birk Engmann

Das vorliegende Buch legt dar, wie eine international populäre Architekturrichtung von unterschiedlichen politischen Systemen aufgegriffen, an die jeweiligen ideologischen Verhältnisse angepasst und damit überformt wurde. Nach einer Übersicht der verschiedenen Spielarten der neoklassizistischen Architektur in einzelnen Ländern und Gesellschaftssystemen – mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem bislang wenig bearbeiteten Osteuropa – wird schließlich die städtebauliche Entwicklung der Stadt Leipzig in den 1950er Jahren veranschaulicht. Hier werden die Charakteristika der Architektur jener Jahre noch einmal plastisch und lebendig vor Augen geführt. Das Buch soll Interesse für die baulichen Zeugen dieser Epoche des zwanzigsten Jahrhunderts wecken, insbesondere für die Architektur der frühen fünfziger Jahre in Leipzig, und schließlich die Bemühungen, diese Zeugnisse unserer wechselvollen Geschichte zu erhalten, unterstützen.

Der umfangreichere Teil der Arbeit beschäftigt sich intensiv mit dem Baugeschehen der 50er Jahre in Leipzig. Beginnend mit einer kurzen Darstellung der Planungen der 20er und 30er Jahre wird die Kontinuität des Baugeschehens der Stadt über veränderte politische Verhältnisse hinweg verdeutlicht. Die wichtigsten Projekte der 50er Jahre sind umfassend beschrieben und auch für den Laien leicht verständlich geschildert.



ISBN 3-934544-81-9
 Festeinband
 16,5 x 23 cm
 192 Seiten
 ca. 200 einfarb. Bilder
 16.50 Euro
 1. Auflage 2006
 Sax-Verlag, Beucha

Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Leipzig 1945–1950

Andreas Thüsing

Die Bewältigung der Folgen von Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und der Volksdeutschen aus den süd- und südosteuropäischen Siedlungsgebieten in der Folge des Zweiten Weltkrieges gehört zu den großen Leistungen beider deutschen Nachkriegsgesellschaften. Im »größte[n] eindeutig abgrenzbare[n] Migrationsprozess innerhalb eines so kurzen Zeitraumes, den wir kennen«¹, wurden allein aus Polen und der Tschechoslowakei ca. 11,5 Millionen Menschen vertrieben.² Diese Menschen³ fanden Aufnahme auf dem Gebiet der vier Besatzungszonen bzw. dann der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Sachsen darf für sich in Anspruch nehmen, hinsichtlich der Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945 eines der am besten erforschten neuen Bundesländer zu sein.⁴ Für die Situation in Leipzig sind die Arbeiten von Birgit Horn und Irina Schwab einschlägig.⁵

- 1 Gerhard Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, Stuttgart 1995, S. 933.
- 2 Norman M. Naimark, *Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München 2004, S. 24.
- 3 Im Folgenden werden neben den Terminen »Flüchtlinge« und »Vertriebene« auch die zeitgenössischen Begriffe »Neubürger«, »Neuankömmlinge« und »Umsiedler« synonym verwendet. Vgl. zur Begrifflichkeit mit weiteren Nachweisen Michael Schwartz, *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 61)*, München 2004, S. 36.
- 4 Vgl. v.a. die Arbeiten von Manfred Jahn, Regine Just, Ines Keller und Martina Pietsch; neuerdings insbesondere die 4 Leipziger Dissertationen Stefan Donth, *Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945–1952. Die Politik der sowjetischen Militäradministration und der SED (Geschichte und Politik in Sachsen 15)*, Köln u. a. 2000; Christian Kurzweg, *Die Vertriebenenpolitik der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Das Beispiel Sachsen 1945–1950*, Hamburg 2004; Notker Schrammek, *Alltag und Selbstbild von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen 1945–1952 (Europäische Hochschulschriften Reihe III Bd. 990)*, Frankfurt a. M. u. a. 2004; Irina Schwab, *Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945–1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration (Europäische Hochschulschriften Reihe III Bd. 927)*, Frankfurt am Main u. a. 2001; jetzt auch Andreas Thüsing/Wolfgang Tischner (Hrsg.), »Umsiedler« in Sachsen. *Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945–1952. Eine Quellensammlung (EKF Wissenschaft, Geschichte. Abt. Zeitgeschichte 2)*, Leipzig/Berlin 2005.
- 5 Birgit Horn, *Umsiedler in Leipzig 1945/46*, in: *Räume voll Leipzig*, hrsg. vom Stadtarchiv Leipzig, Leipzig 1994, S. 172–195; Irina Schwab, »Neue Heimat – Neues Leben? Flüchtlinge und Vertriebene in Leipzig 1945 bis zum Beginn der 50er Jahre, Leipzig 1999. Die von Schwab konzipierte Ausstellung »Neue Heimat – Neues Leben?« ist auch im Internet zu besuchen: <http://www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smi/smi/kulturfoerderung/fundv/WebSite/index.html> (10.01.2005).

Ankunft in Leipzig

Schon vor Kriegsende trafen ständig Flüchtlinge vor allem aus Ostpreußen und Schlesien in Sachsen – und damit auch in Leipzig – ein, die von der Verwaltung und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt versorgt und im Allgemeinen schnell in Unterkünfte eingewiesen wurden. Neben diesen Flüchtlingen befanden sich in Sachsen zusätzlich Tausende Evakuierter aus dem Westen des Reiches, die entweder durch die alliierten Luftangriffe ihr Zuhause verloren hatten oder – etwa im Zuge der Verlagerung von Industriebetrieben und der Kinderlandverschickung – vorsorglich in Sicherheit gebracht worden waren.⁶ Trotz der schlechten Quellenlage zu diesen Wanderbewegungen kann man für die Zeit unmittelbar vor Kriegsende eine Zahl von etwa einer Million Flüchtlingen in Sachsen annehmen.⁷

Unmittelbar nach Kriegsende setzte zunächst eine Rückkehrbewegung schlesischer Flüchtlinge in ihre Heimat ein.⁸ Ein erstes Hindernis stellte die Demarkationslinie zwischen dem sowjetisch und dem bis Ende Juni amerikanisch besetzten Teil Sachsen entlang der Mulde dar, die für viele Menschen bereits die Endstation bildete, weil die Rote Armee jede Rückwanderung nach Osten unterband. Ab Anfang Juni 1945 sperrten zudem polnische Milizen die Neißebrücken für Rückwanderer, ab dem 20. Juni vertrieben die Milizen die deutsche Bevölkerung aus einem Streifen von ca. ein- bis zweihundert Kilometer Breite östlich von Oder und Neiße. Ebenfalls im Juni nahmen die wilden Vertreibungen der deutschen Bevölkerung aus dem Sudetenland immer größere Ausmaße an. Da die Vertreibungen in kürzester Zeit und unter schikanösen Bedingungen stattfanden, besaßen die meisten Vertriebenen bei ihrer Ankunft nur das, was sie am Leib trugen und waren deshalb dringend auf materielle Hilfe angewiesen. Die deutsche Verwaltung war zu diesem Zeitpunkt ebenso weitgehend zusammengebrochen wie das Transportwesen und die Kommunikationsstrukturen. Die sächsische Landesverwaltung, die Anfang Juli 1945 eingesetzt wurde und innerhalb derer die Abteilung Sozialverwaltung unter Leitung der Kommunistin Jenny Matern im Ressort Inneres und Volksbildung für die Neuankömmlinge zuständig war,⁹ konnte nur schrittweise einen Überblick über die Lage im Land gewinnen.

⁶ Allerdings wurden auch einige sächsische Betriebe verlagert. Zur Kinderlandverschickung vgl. Gerhard Kock, »Der Führer sorgt für unsere Kinder ...«. Die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg, Paderborn u. a. 1997.

⁷ Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 48, nennt eine Zahl von »mehrere[n] hunderttausend Flüchtlinge[n]« und hält sich damit an der Untergrenze der Schätzungen.

⁸ Philipp Ther, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956 (Kritische Studien zur Geschichtswiss. 127), Göttingen 1998, S. 55.

⁹ Zur Einsetzung der Landesverwaltung vgl. Andreas Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945–1952. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Ressorts (Europäische Hochschulschriften Reihe III Bd. 865), Frankfurt am Main u. a. 2000, S. 44–75, v. a. S. 58 ff. Zur Gliederung der Sozialverwaltung vgl. Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 146–152.

Die sowjetische Besatzungsmacht zeigte sich den extremen Bevölkerungsbewegungen in ihrer Besatzungszone gegenüber unvorbereitet, obwohl es kaum denkbar ist, dass die Vertreibungen ohne ihre Zustimmung stattfanden. Auch sie stand dem Chaos zunächst hilflos gegenüber, bevor sie ab Ende Juni zu handeln begann.¹⁰ Die Flüchtlinge und Vertriebenen sollten aus Sachsen in die übrigen Länder und Provinzen der sowjetischen Zone abgeschoben werden, denn Sachsen war als das mit Abstand am dichtesten besiedelte Land nicht für die dauerhafte Aufnahme vorgesehen. Am 10. August 1945 forderte das sächsische Innenressort in einem dramatischen Appell die nachgeordneten Stellen auf, für den raschen Weitertransport aller Neuankömmlinge zu sorgen, da »die eigene Bevölkerung Sachsens nicht ernährt werden kann, wenn diese Flüchtlinge nicht aus Sachsen herausgeschafft werden«.¹¹

Grundsätzlich wurde die Abschiebung von den deutschen Verwaltungen und der Besatzungsmacht sehr konsequent durchgeführt, lediglich dringend benötigte Fachkräfte durften mit ihren Familien im Land bleiben.¹² Doch war die Weiterleitung nicht auf Zonenebene koordiniert. Es kam zu der absurdnen Situation, dass an der Grenze zwischen Sachsen und der Provinz Sachsen, dem späteren Land Sachsen-Anhalt, die Vertriebenen von anhaltischen Hilfspolizisten und Rotarmisten, die der sowjetischen Militärverwaltung in Sachsen-Anhalt unterstanden, aufgehalten und am Weitermarsch gehindert wurden; offiziell sprach man von einem »Sanitätskordon«. Die eine Landesgliederung der sowjetischen Militärverwaltung schob der anderen gewissermaßen den Schwarzen Peter zu. Immer wieder gab es hinsichtlich der Versorgung auf allen Ebenen Konflikte zwischen sowjetischen Kommandanten: Warentransporte wie etwa Lebensmittel wurden vor Erreichen ihres eigentlichen Ziels aufgehalten und die Güter an die ortsansässige Bevölkerung verteilt oder auch zur Versorgung der eigenen Truppen genutzt – dies natürlich zum Nachteil der Zivilisten und Soldaten am eigentlichen Bestimmungsort.

Die Grenzblockade zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt, die auch zu direkten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Chefs der Landes-SMA führte, brachte für Leipzig ausgesprochene Probleme mit sich: Obwohl die Umsiedler ausdrücklich bevorzugt in ländlichen Gegenden untergebracht werden sollten, um die ohnehin kritische Versorgungslage der Städte nicht noch weiter zu belasten – die Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig waren offiziell für den Zustrom von Flüchtlingen

10 Schrammek, Alltag und Selbstbild (Anm. 4), S. 67, nennt erste einschlägige Befehle der SMA unter dem Datum 26./29.06.1945.

11 Rundschreiben der Ressorts Inneres und Volksbildung der Landesverwaltung Sachsen Nr. 2 vom 10. August 1945, zitiert nach Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung (Anm. 9), S. 33.

12 Schrammek, Alltag und Selbstbild (Anm. 4), S. 84, charakterisiert die massenhafte Abschiebung als »eine zweite wilde Vertreibung«.

und Vertriebenen gesperrt –,¹³ musste Leipzig eine besonders große Zahl von ihnen aufnehmen. Neben der Lage dicht an der Landesgrenze war hierfür auch verantwortlich, dass Leipzig der maßgebliche Verkehrsknotenpunkt in Sachsen und Mitteldeutschland war und deshalb sehr viele derjenigen Vertriebenen, die mit dem Zug aus den Vertreibungsgebieten ankamen, hier einen Zwischenhalt einlegten und vielfach auch blieben.¹⁴

Erst mit der Bildung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) in Berlin am 14. September 1945 begann eine Koordination der Flüchtlingsströme auf zentraler Ebene.¹⁵ Zusätzlich zur Bildung der ZVU sah der entsprechende SMAD-Befehl die Gründung von Umsiedlerämtern bei den Landes- und Provinzialverwaltungen als Außenstellen der Berliner Zentrale vor.¹⁶ Die Bildung nachgeordneter Dienststellen auf Kreisebene kam in Sachsen nur zögerlich in Gang.¹⁷ Noch im gleichen Monat wurden sämtliche Umsiedlerverwaltungen aus der Zuständigkeit der Berliner Zentralverwaltung herausgelöst. In Sachsen erfolgte die Unterstellung zunächst unter das von Kurt Fischer (KPD/SED) geleitete Doppelressort Inneres und Volksbildung, Mitte Februar 1946 unter das Ressort Justiz und Gesundheitswesen unter Reinhard Uhle (LDP); im Zuge der Regierungsbildung nach den Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 wurde das Landesumsiedleramt dem Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge unter Walter Gäßler (SED) angegliedert. Erster Leiter des Landesumsiedleramtes wurde der bisherige Zittauer Oberbürgermeister Otto Wegerdt (KPD), ihm folgten Otto Knoch (KPD/SED) und Paul Kloß (KPD/SED). Damit entsprach die parteipolitische Besetzung den Vorgaben der KPD/SED, wie sie Kurt Fischer 1946 nochmals in aller Deutlichkeit umriss:

»Wo Dezerrenten von anderen Parteien eingesetzt werden, so werden wir ihnen z.B. das Ernährungs-, Versorgungs-, Wohnamt usw. geben, aber niemals das Amt für Soziale Fürsorge und Umsiedler«.¹⁸

13 Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene (Anm. 4), S. 63.

14 Horn, Umsiedler in Leipzig (Anm. 5); Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 19–21, S. 29 f.

15 Vgl. zur ZVU Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 95–103; Dieter Marc Schneider, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: Martin Broszat, Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993, S. 239–243.

16 Regine Just, Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen (1945–1952), phil. Diss. masch., Magdeburg 1985, S. 45.

17 Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene (Anm. 4), S. 86.

18 Bericht über die Landes-Kommunal-Konferenz [der SED] in Dresden, 22. September 1946. Zitiert nach: Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene (Anm. 4), S. 93.

Die drei Kommunisten amtierten jeweils nur kurze Zeit: Wegerdt wurde Anfang Oktober 1945 unter dem Vorwurf der Veruntreuung öffentlicher Gelder verhaftet, Knoch wegen seines als selbstherrlich und arrogant gerügten Führungsstiles sehr rasch wieder abgesetzt; Kloß war nach mehrjähriger KZ-Haft gesundheitlich in der Wahrnehmung seiner Amtsgeschäfte behindert.

Angesichts der personalpolitischen Vorgaben der SED musste die Neubesetzung der Leitungsposition mit der Liberaldemokratin Ruth Fabisch im Mai 1947 zunächst überraschen. Mit der Ernennung Fabischs kam die SED den Forderungen von CDU und LDP entgegen, die gerade nach ihrem recht guten Abschneiden bei den Kommunal- und Landtagswahlen vom September und Oktober 1946 auf eine stärkere Vertretung auch in Führungspositionen drängten.¹⁹ Zudem wurde auf »Vorschlag« der SED eine Stellvertreterstelle neu geschaffen und mit der Einheitssozialistin Elisabeth Tänzer besetzt, womit Ruth Fabisch unter Kontrolle der sich sukzessive zur Staatspartei entwickelnden SED stand.

Erste Unterbringung

Die Unterbringung der Neuankömmlinge erfolgte zunächst überwiegend in Lagern der früheren Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), in denen immer noch auch Flüchtlinge untergebracht waren, die bereits vor Kriegsende nach Sachsen gekommen waren. Nach Kriegsende verpflichtete die amerikanische Besatzungsbehörde die Leipziger Stadtverwaltung, die ab Mitte Januar 1945 entstandenen Lager weiterhin zu unterhalten. Die Versorgung der Lager mit Essen erfolgte in der Anfangszeit über Gaststätten. Nur langsam entstanden zusätzliche Lager, wobei z. B. Unterkünfte des früheren Reichsarbeitsdienstes und insbesondere Schulen – der Schulbetrieb wurde in der SBZ zum 1. Oktober 1945 wieder aufgenommen – genutzt wurden. Anfang September 1945 existierten in Leipzig acht Lager mit einer Gesamtkapazität von mehr als fünftausend Plätzen, die freilich nur einen Bruchteil der in die Stadt strömenden Menschen aufnehmen konnten.

Die Lager verbesserten zwar nicht die Versorgungslage, aber immerhin konnten sie das Problem der Unterbringung vorübergehend mindern. Dennoch war Leipzig mit der Aufnahme und Versorgung auch nur der durchreisenden Flüchtlinge und Vertriebenen

¹⁹ Zu den sächsischen Wahlergebnissen vgl. Günter Braun, Wahlen und Abstimmungen, in: Martin Broszat, Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993, S. 381–430, hier S. 404–407; zum Drängen von CDU und LDP Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung (Anm. 9), S. 225–227.

auf das Äußerste gefordert. Nur mit Hilfe kirchlicher Einrichtungen wie Caritas und Innere Mission gelang es so eben, zumindest eine geringe Unterstützung zu gewähren.²⁰

Die Lagerunterbringung sollte insbesondere auch der Quarantäne dienen. Man wollte eine Ausbreitung von Seuchen und Ungeziefer wie Flöhe und Läuse verhindern, denen die zumeist körperlich geschwächten Neuankömmlinge wenig entgegenzusetzen hatten. In Leipzig als dem entscheidenden Verkehrsknotenpunkt befanden sich die wichtigsten sächsischen Quarantänelager. Zusätzlich zu den Quarantänelagern wurden bedarfsweise so genannte Auffanglager eingerichtet – zumeist in Gasthäusern mit großen Sälen –, die je nach Stärke des Vertriebenenzustroms aktiviert wurden.

Immer wieder traten in den Quarantänelagern Fälle von Ruhr, Typhus und anderen Seuchen auf, allerdings auch in den Auffanglagern, obwohl deren Bewohner die zweiwöchige Quarantänezeit bereits hinter sich hatten. Ungezieferplagen etwa von Kleiderläusen führten zeitweise zur Schließung einzelner Lager. Schuld waren die mangelhaften hygienischen Verhältnisse. Vielfach mussten sich mehrere Menschen eine Bettstelle teilen, es fehlte an warmem Wasser zur gründlichen Körperpflege und Wäsche der Textilien.

Die Lagerverwaltung wurde vom Land organisiert und auch maßgeblich finanziert. Den Städten und Kreisen gelang es immer wieder, die eigenen Kosten auf das Land abzuwälzen. Der Landesverwaltung bzw. Landesregierung blieb im Zweifelsfall nichts anderes übrig, als wohl oder übel die Kosten zu tragen, denn die sowjetische Besatzungsmacht machte ihr äußerst rigide Vorgaben, deren Einhaltung sie strikt überwachte. So forderte sie im September 1946 die kurzfristige Einrichtung von landesweit dreißigtausend Plätzen in Durchgangs- und Auffanglagern. Seit dem Jahreswechsel 1946/1947 drängte die sowjetische Militärverwaltung jedoch zunehmend auf ein Ende der Lagerunterbringung. Die Zahl der Auffanglager wurde drastisch reduziert, so dass die Kapazitäten nur noch für die Aufnahme von zwei Transporten reichten. Damit sollte eine beschleunigte Unterbringung in privatem Wohnraum erreicht werden, was freilich erst allmählich und – hinsichtlich der Wohnverhältnisse – unzureichend gelang.

Der Leipziger Oberbürgermeister Erich Zeigner hatte Anfang August 1945 ein allgemeines Zuzugsverbot erlassen,²¹ nachdem die Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz, die »wilden« Vertreibungen zu beenden, nicht zu einem Abebben des Zustroms geführt hatten. Gleichzeitig wurde der Bezug von Lebensmittelkarten an die

²⁰ Vgl. für den katholischen Bereich Wolfgang Tischner, Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen Bd. 90), Paderborn u. a. 2001, S. 428–434. Hinzu kamen kirchliche Spenden aus dem Ausland, deren Verteilung die SMAD zu kontrollieren versuchte; vgl. Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 185–188.

²¹ Faksimiliert bei Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 31.

polizeiliche Meldung gekoppelt. Nun war es zwar theoretisch unmöglich, zu überleben, ohne im Besitz von Lebensmittelkarten zu sein, mithin hätte diese Maßnahme eigentlich geeignet sein müssen, den Zustrom in die Stadt zu stoppen. Viele Flüchtlinge und Vertriebene kamen jedoch bei Verwandten und Bekannten unter und entzogen sich so dem System der polizeilichen Meldung und Lebensmittelkartenausgabe, mit dem das Menschenchaos eigentlich gesteuert werden sollte. Trotz des Aufbaus einer Kartei – die später zentral in Dresden und Berlin weitergeführt wurde – gelang es der Stadtverwaltung praktisch zu keinem Zeitpunkt, einen genauen Überblick über die in der Stadt befindlichen Immigranten zu gewinnen.²²

Auf Weisung der Besatzungsmacht erließen der Direktor des Amtes für deutsche Umsiedler und der Chef der sächsischen Polizei am 19. Oktober 1945 eine gemeinsame Rundverfügung, wonach »alle im Bundesland Sachsen im Augenblick befindlichen deutschen Umsiedler (Flüchtlinge) aus dem Osten« dauerhaft in Sachsen angesiedelt werden sollten,²³ von der Anordnung waren mehr als 700000 Menschen betroffen. Sachsen war vom Transit- zum Aufnahmeland geworden.²⁴ Damit mussten sich alle mit der ohnehin dichten Besiedlung des Landes zusammenhängenden Probleme erheblich verschärfen. Um die Städte – insbesondere Leipzig²⁵ – zu entlasten, ordnete die Besatzungsmacht einen zahlenmäßigen Ausgleich der Flüchtlinge und Vertriebenen zwischen den sächsischen Kreisen an, der allerdings nur sehr geringe Erfolge zeitigte. Leipzig wie auch andere »überbelegte« Städte und Kreise wies vor allem kranke und arbeitsunfähige Vertriebene sowie Großfamilien aus, um auf diese Weise das eigene Sozialhilfebudget zu entlasten.²⁶ Gleichzeitig waren diejenigen Kreise, die bisher unterdurchschnittlich

22 Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 30.

23 Rundverfügung des Amtes für deutsche Umsiedler an alle Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister vom 19. Oktober 1945, zitiert nach Schrammek, Alltag und Selbstbild (Anm. 4), S. 139, S. 142. Der genaue Verteilungsplan abgedruckt ebd., S. 284–286.

24 Zwar betont Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene (Anm. 4), S. 78, für alle später Ankommenden habe Sachsen Transitland bleiben sollen, doch kam dies faktisch kaum zum Tragen.

25 Die beiden anderen sächsischen Großstädte Chemnitz und Dresden waren wesentlich weniger stark vom Zustrom der Immigranten betroffen. Gerade Dresden war angesichts der extremen Zerstörung durch die britischen und amerikanischen Luftangriffe vom 13./14. Februar 1945 überhaupt nicht in der Lage, zusätzliche Menschen aufzunehmen, sondern musste im Gegenteil versuchen, die noch in der Stadt befindliche Bevölkerung außerhalb unterzubringen.

26 Unter den Vertriebenen war der Anteil der Sozialhilfeempfänger signifikant höher als unter der Altenbevölkerung: Nur 6,5 % der Altansässigen erhielten in Sachsen öffentliche Unterstützung, bei den Zugewanderten waren es dagegen etwa 18 %. In Sachsen lagen die monatlichen Unterstützungszahlungen zunächst bei 30 RM, während es z. B. in Thüringen nur 23,50 RM, dafür in Sachsen-Anhalt 37 RM waren; der Facharbeiterlohn betrug zu dieser Zeit 220–270 RM. Der SMAD-Befehl Nr. 92 vom 22.04.1947 brachte eine zonenweite Vereinheitlichung der Sozialhilfesätze, aber keine wesentliche Erhöhung. Vgl. Alexander von Plato, Wolfgang Meinicke, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 72 f.; vgl. auch die Tabellen bei Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 426 f., und bei Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene (Anm. 4), S. 299–301.

viele Vertriebene hatten aufnehmen müssen, kaum bereit, zusätzliche Belastungen zu übernehmen.

Im Hinblick auf die ohnehin schwierige Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsmarkt brachte die Verteilung der Menschen auf die verschiedenen sächsischen Kreise und Städte erneute Unruhe: Arbeitsstellen mussten am bisherigen Aufenthaltsort aufgegeben und gleichzeitig an der neuen Wohnstätte gesucht werden. Gleches galt auch für den Wohnraum. Für eine große Zahl von Vertriebenen bedeutete die Austauschaktion eine erneute Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse.

Änderung der sowjetischen Politik

Mit der Ansiedlungsgenehmigung für die im Land befindlichen Flüchtlinge und Vertriebenen hatte die sowjetische Militärverwaltung eingestanden, dass der bislang verfolgte Kurs in der Behandlung der Vertriebenen erfolglos gewesen war.

Die dauerhafte Ansiedlung von mehr als 28000 Menschen in Leipzig²⁷ brachte für die kommunale Verwaltung völlig neue Aufgaben mit sich. Bisher war es neben der Ernährung der Menschen in erster Linie darum gegangen, Transporte zusammenzustellen. Nun musste vor allem die Einweisung in Wohnraum organisiert werden, denn die Lagerunterbringung war von der Besatzungsmacht ausdrücklich nur als Provisorium für Neuankömmlinge vorgesehen.

Die Unterbringung der Neuankömmlinge in Lagern nutzte die Stadtverwaltung, um die Menschen bei verschiedenen Ämtern registrieren zu lassen. So kamen Mitarbeiter der Polizei, des örtlichen Arbeitsamtes, des Wohnungs- und des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes in die Lager, um vor Ort die Registrierung durchzuführen. Die Behörden konnten so einigermaßen sicher sein, sämtliche Neuankömmlinge zu erfassen. Für die Immigranten hatte die Erfassung in den Lagern umgekehrt den Vorteil, dass sie sich nach der Entlassung aus den Lagern die zahlreichen Behördengänge sparen konnten, die sonst nötig geworden wären.²⁸

Aber nicht nur die kommunalen Behörden wurden in den Lagern aktiv, sondern auch die politischen Parteien. Vor allem die SED bemühte sich um die politische Beeinflussung der Lagerinsassen im Sinne der von ihr angestrebten neuen Ordnung. So fanden etwa Informationsabende zur »demokratischen Bodenreform« statt, in deren Rahmen sich die Einheitssozialisten als die wahren Interessenvertreter der Flüchtlinge und Vertriebenen gerieten. Auch die von der SED dominierten Massenorganisationen, und hier insbesondere der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, agitierten in den

27 Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 69.

28 Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 58 f.

Lagern. Die Arbeit der übrigen politischen Parteien, also CDU und LDP,²⁹ wurde systematisch behindert, indem alle Veranstaltungen in den Lagern der Zensur durch die zuständigen sowjetischen Stellen unterworfen waren – die in aller Regel im Sinne der Einheitssozialisten entschieden – und zudem einem strengen Berichtswesen unterlagen.³⁰ Allerdings muss auch festgehalten werden, dass das Interesse der beiden bürgerlichen Parteien an einem Engagement in den Lagern eher gering war. Darüber klagte z. B. der Leipziger christdemokratische Sozialdezernent Ernst Theodor Eichelbaum, der zu Recht die Gefahr sah, dass die Vertriebenen auf diese Art und Weise dem bürgerlichen Lager verloren gehen würden und zur SED-Klientel werden könnten.

Auch die Kirchen wurden in ihrer Tätigkeit behindert, obwohl die sächsische Verfassung ausdrücklich die Vornahme religiöser Handlungen u. a. in öffentlichen Anstalten vorsah.³¹ Besatzungsmacht und deutsche Verwaltung – vor allem das kommunistisch dominierte Innenressort – argumentierten, bei den Vertriebenenlagern handele es sich nicht um solche Einrichtungen, wie sie in der Verfassung vorgesehen seien. Hilfsweise wurde das Verbot von Gottesdiensten auch häufig mit akuter Seuchengefahr oder Verlausung des jeweiligen Lagers begründet. Ähnlich wurden vielfach auch pastorale Besuche durch protestantische oder katholische Seelsorger verhindert. Proteste der Kirchen bei der Besatzungsmacht, die oft über Ruth Fabisch erfolgten, blieben in aller Regel ohne Wirkung.

Die Vermittlung von Wohnraum und Arbeit

Die von der Besatzungsmacht immer dringender geforderte Einweisung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Wohnraum war das wohl gravierendste Problem der deutschen Verwaltungen.³² Traditionell war in den sächsischen Ballungsgebieten der Wohnraum eher knapp, seit Kriegsbeginn 1939 zudem der Wohnungsbau praktisch zum

29 Die Gründung der Demokratischen Bauernpartei (DBD) und der Nationaldemokratischen Partei (NDP) erfolgte erst mit der Lizenzierung durch die SMAD am 16.06.1948.

30 Vgl. den faksimilierten »Bericht über kulturelle und politische Betreuung im August 1947« bei Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 64.

31 »Soweit das Verlangen nach Gottesdiensten und Seelsorge in Krankenhäusern, Strafanstalten oder anderen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zugelassen.« Verfassung des Landes Sachsen vom 28. Februar 1947, in: Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen. Veröffentlicht durch die Landesregierung Sachsen, Nr. 5/1947, S. 103–108. Abgedruckt in: Suzanne Drehwald, Christoph Jestaedt, Sachsen als Verfassungsstaat. Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Leipzig 1998, S. 157–162.

32 Schrammek, Alltag und Selbstbild (Anm. 4), S. 158.

Erliegen gekommen.³³ Durch anglo-amerikanische Bombenangriffe – die schwersten fanden am 3./4. Dezember 1943, der letzte am 27. Februar 1945 statt – waren in Leipzig 41,4 Prozent des Wohnraumes zerstört worden. Bereits die Unterbringung der obdachlos gewordenen altansässigen Bevölkerung bereitete Schwierigkeiten. In Leipzig waren dies (einschließlich der zwischenzeitlich Evakuierten) immerhin einhunderttausend Menschen. Anlässlich der ersten Leipziger Nachkriegsmesse in der ersten Maihälfte 1946 wurden Quartiere für etwa fünfzigtausend Messegäste benötigt. Die Studenten der Universität, die Anfang 1946 ihren Studienbetrieb wieder aufgenommen hatte, suchten ebenfalls ein Dach über dem Kopf. Schließlich stellte auch die Besatzungsmacht immer wieder Forderungen nach Wohnraum für ihre allein in Leipzig nach Tausendenzählenden Beschäftigten und deren Familien.

Der Neubau von Wohnhäusern in größerem Stil war in der Nachkriegszeit zunächst trotz des großen Bedarfs gegenüber den Demontagen und der parallel stattfindenden Wiederherstellung von Industriebetrieben sowohl für die Besatzungsmacht als auch die deutschen Verwaltungen absolut nachgeordnet. Deshalb war es unvermeidlich, die Neuankömmlinge vor allem auch in Privatwohnungen unterzubringen, deren bisherige Mieter oder Eigentümer sich hinsichtlich ihres eigenen Wohnraumes erheblich einschränken mussten. Entsprechend war das Zusammenleben völlig fremder Menschen verschiedener Generationen auf begrenztem Raum nachgerade typisch für die Nachkriegszeit in allen vier Besatzungszonen.³⁴

Unter dem Eindruck der allgemein schlechten Versorgungslage³⁵ sank die anfänglich durchaus vorhandene Neigung der in ihren Wohnungen verbliebenen Menschen, die ohnehin schmalen Ressourcen mit den Zuwanderern zu teilen. Hierzu trugen nicht zuletzt auch die immer wieder von staatlicher Seite propagierten Hilfsappelle bei, die in ihrer Penetranz bei großen Teilen der Bevölkerung eine ausgesprochene Abwehrhaltung provozierten. War man schon abgeneigt, Lebensmittel und Hausrat zu teilen, so sah es mit der Bereitschaft, in den Wohnungen enger zusammenzurücken, noch viel schlechter aus. Zudem warf man den Neuankömmlingen – nicht immer nur insgeheim – vor, letztlich selbst Schuld zu tragen am Vertreibungsschicksal.³⁶

33 Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene (Anm. 4), S. 138.

34 Zur Wohnsituation in den westlichen Zonen vgl. Günther Schulz, Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 20), Düsseldorf 1994, S. 41–45.

35 Vgl. zur Versorgungslage Rainer Gries, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991; speziell zu Sachsen und Leipzig Enrico Endt, Lebensmittelrationierung und Volksgesundheit im Land Sachsen und in der Stadt Leipzig 1945–1949, med. Diss. masch., Leipzig 1987.

36 Vgl. etwa »Die rückwandernden Flüchtlinge sind zu einem großen Teil an ihrem Unglück selbst Schuld, denn sie haben seinerzeit in der Tschechoslowakei die Tschechen auch von Haus und Hof getrieben.« (Schreiben des Zittauer Oberbürgermeisters Otto Wegerdt an die Bezirksvorsteher vom

Im März 1946 wurde das Kontrollratsgesetz Nr. 18, das so genannte Wohnraumgesetz, erlassen,³⁷ das den privaten Wohnraum unter Zwangsbewirtschaftung stellte, lokalen Behörden Zugriff auf Wohnungen ermöglichte und sogar den Polizeieinsatz im Rahmen der Wohnungseinweisung erlaubte. Es handelt sich bei dieser Regelung also nicht um ein Spezifikum der sowjetischen Zone, das etwa eine Sozialisierung von Wohnraum vorwegnehmen sollte. Auf der Grundlage des Wohnungsgesetzes und verschiedener Durchführungsverordnungen für die sowjetische Zone wurden kommunale Wohnungsausschüsse geschaffen, denen die gleichmäßige Verteilung des vorhandenen Wohnraums an die gesamte Bevölkerung – Einheimische wie Vertriebene – oblag. Ein Landeswohnungsausschuss als oberste Regulierungsinstanz wurde in Sachsen erst am 9. Dezember 1947 gebildet, mehr als eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Kontrollratsgesetzes; ihm gehörten keine ausdrücklichen Vertreter der Vertriebenen an.³⁸

Für Sachsen betrug die den Zuweisungen zugrunde gelegte Norm acht Quadratmeter für Erwachsene, für Kinder bis 14 Jahre die Hälfte, Kinder unter einem Jahr wurden bei der Bemessung des Wohnraumes nicht berücksichtigt.³⁹ Die Einweisung erfolgte nach Dringlichkeit, wobei Opfer des Faschismus – dieser Begriff wurde gelegentlich sehr weit zugunsten sozialistischer Funktionäre ausgelegt – und dringend benötigte Fachkräfte Vorrang hatten etwa vor Müttern mit Kleinkindern. Häufig fehlte die Mindestausstattung mit Mobiliar und insbesondere mit Öfen. In etlichen Fällen verzichteten Vertriebene auf die ihnen zugewiesene Wohnung und versuchten stattdessen, weiterhin im Lager unterzukommen, denn dort war wenigstens geheizt.⁴⁰

Da der zur Verfügung stehende private Wohnraum nicht ausreichte, um alle Wohnungssuchenden unterzubringen, wurden zusätzliche Notunterkünfte eingerichtet, die sich hinsichtlich des Komforts nur wenig von den Lagern unterschieden. Die Bewohner dieser Lager galten aber nicht länger als wohnungssuchend, womit die Statistik geschönt werden konnte, gerade auch gegenüber der Besatzungsmacht. Im Dezember 1949 wurden zudem im Rahmen der so genannten »Barackenaktion« einige Bewohner von Notunterkünften in »festen« Wohnungen untergebracht.⁴¹ Trotz erheblicher staatlicher Bemühungen dauerte das Provisorium für viele Menschen noch

21. Juni 1945. Zitiert nach: Schrammek, Alltag und Selbstbild [Anm. 4], S. 90). Vgl. zur Haltung der altansässigen Bevölkerung gegenüber den Neuankömmlingen auch ebd., S. 247–249: »Wir waren eben die Polen, Polacken, Zigeuner.«

37 Kontrollratsgesetz Nr. 18, in: Arbeit und Sozialfürsorge. Amtliches Organ der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland 1946, S. 360–365.

38 Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 333.

39 Schrammek, Alltag und Selbstbild (Anm. 4), S. 159.

40 Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 78f.

41 Es handelte sich gerade einmal um 372 Personen; vgl. Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 85.

etliche Jahre. Erst der verstärkt einsetzende Wohnungsbau der späten fünfziger und sechziger Jahre führte zur weitestgehenden Auflösung der Notunterkünfte.⁴² Dennoch wird bis heute von vielen seinerzeit Betroffenen die Leistung der Verwaltung bei der Unterbringung in Wohnraum relativ positiv bewertet.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Unterbringung in Wohnraum stand die Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen mit Hausrat und Mobiliar. Vielfach mussten die zur Untermiete Einquartierten Geschirr und anderes beim Hauptmieter leihen, was die ohnehin latenten Spannungen im Zusammenleben weiter steigerte. Die häufigen Sammlungen zugunsten der Flüchtlinge und Vertriebenen, aber auch der so genannten »Totalgeschädigten«, also der Ausgebombten, wurden teils von den öffentlichen Verwaltungen oder der Volkssolidarität, seltener von den Parteien veranstaltet. Die Sammlungen waren deshalb so wichtig, weil die Bedürftigen zwar Bezugscheine für die von ihnen benötigten Dinge erhielten, diese aber entweder gar nicht vorhanden waren oder für die mittellosen Umsiedler und Ausgebombten unbelzahlbar teuer. Neben den Sammlungen fanden auch regelrechte Razzien statt – meist auf der Grundlage so genannter »Ortsgesetze«, also Verwaltungsverordnungen –, in deren Verlauf für die Eigentümer als entbehrlich erachteter Hausrat und Mobiliar zugunsten Noteidender beschlagnahmt wurde. Die praktische Durchführung lag meist in den Händen der ehrenamtlichen Straßenbeauftragten, die sich vielfach auch der Unterstützung der Polizei bedienten. Allerdings muss festgehalten werden, dass die deutschen Verwaltungen aus opportunistischen Motiven vor zu starken Eingriffen in das Eigentum der altansässigen Bevölkerung zurückschreckten.⁴³ Zusätzlich ordnete die Besatzungsmacht im Oktober 1947 eine Umverteilung der für die breite Bevölkerung vorgesehenen Waren zugunsten der Produktionsarbeiter an.⁴⁴ Es gelang zu keinem Zeitpunkt, sei es durch Sammlungen, sei es durch Beschlagnahme, die benötigten Gütern in den erforderlichen Mengen bereitzustellen.

Neben der Unterbringung in Wohnraum stellte die Vermittlung von Arbeit den zweiten Schwerpunkt in der Tätigkeit der mit dem »Umsiedlerproblem« befassten Behörden dar. Einerseits musste den Neuankömmlingen die Möglichkeit geboten werden, den

42 Eine annähernd ausreichende Versorgung mit Wohnraum wurde in der DDR erst in der frühen Ära Honecker Anfang bis Mitte der siebziger Jahre erreicht. Vgl. zum Wohnungsbau in der DDR Thomas Hoscislawski, Die »Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem«. Etappen der Wohnungsbaupolitik in der DDR, in: *Comparativ* 6 (1996), Heft 3, S. 68–81; für die Ära Honecker Joachim Tesch, Der Wohnungsbau in der DDR 1971–1990. Ergebnisse und Defizite eines Programms in kontroversen Sichten (Hefte zur DDR-Geschichte 70), Berlin 2001.

43 Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 335.

44 SMAD-Befehl 234 »Über Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Verkehrswesens« vom 9. Oktober 1947; vgl. zu dem Befehl Winfrid Halder, »Modell für Deutschland«. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945–1948, Paderborn u. a. 2001, S. 494–536.

eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Zudem unterlagen alle Erwerbsfähigen einer Arbeitspflicht; Verstöße konnten den Entzug von Lebensmittelkarten nach sich ziehen. Andererseits bestand dringender Bedarf an Arbeitskräften für die Entrümmerung, die Demontagen und den Wiederaufbau der Industriebetriebe, da die große Mehrzahl der Männer im Erwerbsalter gefallen, vermisst oder in Kriegsgefangenschaft war.

Der zunächst mehr oder minder unkontrollierte Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen nach Leipzig erschwerte anfangs deren Vermittlung in Arbeitsverhältnisse. Hinzu kam, dass viele dieser Menschen aus agrarisch geprägten Regionen stammten und deshalb nicht über eine in der Wirtschaft gesuchte Berufsausbildung verfügten.⁴⁵ Entsprechend wurden vorrangig an Facharbeiter, insbesondere aus dem Baugewerbe und den Bereichen Polygraphie und Kürschnerei,⁴⁶ und deren Familien Zuzugsgenehmigungen erteilt. Dem Landesarbeitsamt gelang es nur teilweise, sein Vermittlungsmonopol mit der damit verbundenen Steuerungsfunktion durchzusetzen.

Trotz aller Bemühungen der Verwaltungen hatte die Arbeitsvermittlung nur begrenzten Erfolg. Der Anteil der »Neubürger« an den Arbeitslosen lag jederzeit überproportional hoch, was allerdings nicht zuletzt auch daran lag, dass viele von ihnen gar nicht erwerbsfähig waren, ohne entsprechend in den Statistiken erfasst zu werden.⁴⁷

Offizielles Ende der Umsiedler-Politik

Angesichts des zum Jahreswechsel 1947/48 absehbaren Endes der Vertreibungen lag der Besatzungsmacht und der SED daran, die Integration der Umsiedler offiziell als abgeschlossen und natürlich vor allem auch gelungen darzustellen. Nach dem Vorbild von Aktionen, die bereits in Brandenburg und Sachsen-Anhalt stattgefunden hatten,⁴⁸ sollte in Sachsen eine »Umsiedlerwoche« stattfinden, deren Durchführung zunächst durch

45 Schrammek, Alltag und Selbstbild (Anm. 4), S. 220. Etliche der aufgrund ihrer Ausbildung in Leipzig nicht benötigten Arbeitskräfte fanden Arbeit im erzgebirgischen Uranbergbau der Wismut; vgl. zur Wismut Ralf Engeln, Uransklaven oder Sonnensucher? Die sowjetische AG Wismut in der SBZ/DDR 1946–1953, Essen 2001.

46 Martina Pietsch, Wirtschaftsfaktor Vertriebene. Arbeitskräftelenkung und Vertriebenenansiedlung in Sachsen 1945–1947, in: Steffen Herzog u. a. (Hrsg.), Landesgeschichte in Sachsen. Tradition und Innovation, Dresden 1997, S. 168–185, hier S. 174. Neben den von der Besatzungsmacht rekrutierten Arbeitskräften stellten die im Zuge der »demokratischen Bodenreform« als Neubauern in der Landwirtschaft untergekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen für Leipzig einen zahlenmäßig vernachlässigbaren Sonderfall dar; vgl. die Aufstellung für Sachsen bei Schrammek, Alltag und Selbstbild (Anm. 4), S. 237.

47 Vgl. Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene (Anm. 4), S. 297; Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 423–425.

48 Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 96.

die Währungsreform in der SBZ verzögert wurde.⁴⁹ Schließlich fand die sächsische Aktionswoche vom 16. bis zum 23. Oktober 1948 unter dem Motto »Neue Heimat – Neues Leben« unter Mitwirkung aller Parteien und Massenorganisationen statt. Damit war die sächsische Aktionswoche die letzte derartige Kampagne in den Ländern der sowjetischen Zone. Zweck und Ziel war zum einen die »Förderung der Einbürgerung der Umsiedler auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens« – in dieser Entwicklung das Verschwinden des Begriffs »Umsiedler« –, vor allem aber eine erneute Sammlung dringend benötigter Güter und deren gerechte Verteilung an alle Bedürftigen.⁵⁰

Bereits diese Zielsetzung macht deutlich, dass es sich lediglich um eine groß angelegte Propagandaaktion handelte, denn Spenden und Sammlungen hatten bereits in der Vergangenheit stattgefunden, ohne den Mangel nachhaltig beseitigen zu können. Bereits während der noch laufenden Aktion zeigte sich, dass die Vorbereitung unzureichend gewesen war: Die Verteilung der Bezugsscheine erfolgte nur schleppend, weil eine genaue Übersicht über alle Bedürftigen fehlte, manche Bezugsscheine waren in ihrer zeitlichen Gültigkeit extrem begrenzt und so ohne Wert für ihre Inhaber. Hinzu kamen Fehlleitungen wie etwa die Ausgabe von Scheinen für Säuglingswäsche an Leipziger Altenheime.⁵¹

Die Umsiedlerwoche blieb in ihren Ergebnissen weit hinter den Erwartungen der Initiatoren und auch der Betroffenen zurück. Vor allem aber war sie nicht der eigentlich intendierte Schlussstrich unter die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Immer wieder fanden in der Folgezeit Aktionen wie die Verteilung von Sonderpunktarten oder Kampagnen zur Verbesserung der Wohnsituation zugunsten der »Neubürger« statt.

Die fortbestehende soziale Schlechterstellung der Neuankömmlinge zeigt sich an dem am 8. September 1950 erlassenen »Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik«⁵². Bemerkenswert ist der Titel des Gesetzes, waren doch seit 1949 die Umsiedler als besondere Bevölkerungsgruppe aus sämtlichen offiziellen Statistiken verschwunden.⁵³

49 In der SBZ hatte die Währungsreform am 23., in den Westzonen bereits am 20. Juni 1948 stattgefunden; zur Währungsreform in der SBZ vgl. Gernot Gutmann, Die Währungsreform in Ostdeutschland und die Entwicklung des Geld- und Bankwesens in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/1998, S. 13–19.

50 Schreiben des Landesarbeitsausschusses »Neue Heimat – Neues Leben« der Hauptabteilung Umsiedler im sächsischen Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge an die Räte der Kreise und kreisfreien Städte vom 19.08.1948. Zitiert nach Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 96.

51 Schwab, Neue Heimat – Neues Leben (Anm. 5), S. 98.

52 Gesetzblatt der DDR 1950, S. 971–973.

53 Die letzte Erhebung über Vertriebene in Sachsen datiert vom 31.12.1949; vgl. Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 422 Anm. 1844.

Das Gesetz sah verschiedene Maßnahmen vor, etwa Hilfen für »Neubauern-Umsiedler« und »Umsiedler-Handwerker«, und allgemein Maßnahmen zur Wohnraumverbesserung sowie Ausbildungshilfen für »Umsiedlerkinder«. Diese Ausbildungshilfen waren besonders dringlich, denn viele der Kinder hatten seit 1944/1945 nicht mehr regelmäßig die Schule besucht. Durch die Einrichtung besonderer Förderklassen und die Gewährung von Erziehungsbeihilfen sollte dieses Defizit ausgeglichen werden. Der wichtigste Punkt jedoch war die Bereitstellung zinsloser Kredite von bis zu ein-tausend Mark zur Anschaffung dringend benötigten Hausrats, die allerdings die Finanzkraft des jungen Staates überforderte.⁵⁴

Wesentlich für das ausgesprochene Entgegenkommen von staatlicher Seite dürfte die Furcht vor ungünstigen Ergebnissen für die SED bei den »Volkswahlen« vom 15. Oktober 1950 gewesen sein.⁵⁵ Die Einheitspartei musste befürchten, vor allem auch für den am 6. Juli 1950 mit Polen geschlossenen Vertrag, in dem die Oder-Neiße-Grenze als Staatsgrenze festgeschrieben worden war,⁵⁶ abgestraft zu werden, denn in diesem formalen Verzicht auf die frühere Heimat sahen viele Betroffene einen Verrat an ihren Interessen, für den sie ganz direkt die als »Russenpartei« geschmähte SED verantwortlich machten. Gleichzeitig war die SED jedoch darauf angewiesen, eine möglichst breite Zustimmung zu erreichen, um international – und insbesondere gegenüber der Bundesrepublik – ihre demokratische Legitimation herauszustellen.

Dass es sich bei den in dem Umsiedlergesetz zugesagten Hilfsmaßnahmen in erster Linie um Propaganda handelte, wird daran deutlich, dass bereits kurz nach den Wahlen, am 18. November 1950, die meisten Zugeständnisse eingeschränkt oder rückgängig gemacht wurden.⁵⁷ Die Vergabe der Kredite wurde massiv eingeschränkt, die Beiträge nur noch in Raten ausgezahlt. Teilweise wurden sogar bereits gegebene Zusagen wieder rückgängig gemacht bzw. gewährte Kredite nicht in voller Höhe ausgezahlt. Eine nachhaltige Verbesserung ihrer Situation brachte das Gesetz für die »ehemaligen Umsiedler« nicht.

54 Just, Lösung der Umsiedlerfrage (Anm. 16), S. 127; bis Ende 1950 wurde eine Kreditsumme von 178 Mio. Mark zugesagt.

55 Vgl. zu den »Volkswahlen« Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung (Anm. 9), S. 197–206; die »Volkswahlen« waren die ersten nach Einheitslisten durchgeführten Wahlen in der DDR.

56 Grenzvertrag (»Görlitzer Abkommen«) zwischen der DDR und Polen abgedruckt in: Gesetzblatt der DDR 2/1950, S. 1206f. Vgl. Erhard Czimer, Brüder oder Rivalen? Die Außenpolitik der DDR gegenüber Polen 1949–1989, in: Annäherungen. Deutsche und Polen 1945–1995, hrsg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1996, S. 96–109, hier S. 97 ff.

57 Vgl. Donth, Vertriebene und Flüchtlinge (Anm. 4), S. 382–387.

Assimilation oder Integration – ein Resümee

Abschließend bleibt die Bewertung der Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Gesellschaft der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR am Beispiel Leipzigs. Handelt es sich um Integration oder Assimilation – wobei selbstverständlich zwischen der Intention der Machthaber und dem tatsächlichen Ergebnis unterschieden werden muss. Integration wird hierbei verstanden als Sich-Einfügen in die Gesellschaft unter Wahrung landsmannschaftlicher Eigenarten, während der Begriff »Assimilation« für das allmähliche Verschmelzen mit der Gesellschaft unter – freiwilligem oder unfreiwilligem – Verlust gruppenspezifischer Besonderheiten verwandt wird.

Grundlegend für die gesamte Vertriebenenpolitik der KPD/SED war, dass der Grund der Vertreibungen – das Nationalgefühl der von deutscher Herrschaft befreiten Völker und deren Sicherheits- und auch Rachebedürfnisse⁵⁸ – nicht thematisiert werden durfte. Allein die Aggression des nationalsozialistischen Dritten Reiches und damit die gesamte deutsche Bevölkerung trugen nach kommunistischer Lesart die Schuld an den Zwangsmigrationen. Diese Interpretation vertrat auch Paul Merker in seiner Schrift »Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems«⁵⁹, der einzigen parteioffiziellen programmatischen Auseinandersetzung der SED mit der Frage der Aufnahme der Neuankömmlinge. In der Propaganda der SED war die erfolgreiche Aufnahme in der sowjetischen Zone bereits sehr weit fortgeschritten, während die Flüchtlinge in den Westzonen absichtlich in schlechten sozialen Verhältnissen belassen würden, um so eine »revanchistische« Stimmung in der Bevölkerung zu erzeugen. Wie auch für andere Bereiche war die in schwärzesten Farben gezeichnete Situation in Westdeutschland die Folie, vor der die SED die Erfolge »ihrer« Politik umso strahlender darstellte.

Von den Flüchtlingen und Vertriebenen wurde eine einseitige Anpassung an ihre neue Umgebung verlangt. Die Herausbildung einer »neuen Gesellschaft« durch ein gleichberechtigtes Verschmelzen mit der angestammten Bevölkerung war nicht vorgesehen. Die moderne Vorstellung von Integration, wonach die Zuwanderer die gewachsene Kultur der Einheimischen durch ihre eigenen Traditionen bereichern, war den damaligen Machthabern fremd. Die Umsiedler sollten

⁵⁸ Vgl. hierzu im Hinblick auf Polen Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1994, S. 27–49; im Hinblick auf die ČSR Detlef Brandes, Die Zerstörung der deutsch-tschechischen Konfliktgemeinschaft 1938–1947, in: Dietmar Storch (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Bonn 1995, S. 50–67.

⁵⁹ Paul Merker, Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, hrsg. vom Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1947.

»weder als eine besondere Klasse noch als ein besonderer Stand angesehen werden. Sind sie über den Zustand der Hilfsbedürftigkeit hinweg, sind sie eingebürgert, in ständiger Wohnung und Arbeit und Versorgung, dann sollten sie auch aus den Umsiedlerstatistiken gestrichen werden.«⁶⁰

Die Bildung landsmannschaftlicher Zusammenschlüsse etwa nach Art der westdeutschen Vertriebenenorganisationen wurde unter Berufung auf den Genehmigungsvorbehalt der SMAD und des Alliierten Kontrollrats ausdrücklich verboten.⁶¹

Angesichts der Intentionen von Besatzungsmacht und SED sprach Merker auch ausschließlich von »Assimilation«. Der in der Forschung hinsichtlich der Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen übliche Terminus »Integration« entspricht weder der zeitgenössischen Sicht jedenfalls der Machthaber noch dem tatsächlichen historischen Prozess.

Zweifellos trug das Verhalten der DDR-Oberen dazu bei, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen dem Staat, in dem sie lebten, weiter fremdblieben. Der Umstand, dass sie in der Gesellschaft nicht als eigenständige Gruppe in Erscheinung traten, ist ein Indiz für ihre Anpassung an den Staat, aber nicht für ein Heimischwerden. Das Beispiel Bundesrepublik belegt, dass die Möglichkeit, landsmannschaftliche Eigenarten zu pflegen, maßgeblich dazu hätte beitragen können, die Heimatvertriebenen den neuen Wohnort als wirkliche »Neue Heimat« erfahren zu lassen.

60 Merker, Die nächsten Schritte (Anm. 59).

61 Schwab, Flüchtlinge und Vertriebene (Anm. 4), S. 115; vgl. auch Michael Grottendieck, Egalisierung ohne Differenzierung? Verhinderung von Vertriebenenorganisationen im Zeichen einer sich etablierenden Diktatur, in: Thomas Großbölting (Hrsg.), Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der Sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR, Münster 2003, S. 191–221. Bis 1948 bestand auch in den drei Westzonen ein Verbot landsmannschaftlicher Zusammenschlüsse, das jedoch aufgehoben wurde, nachdem es vielfach bereits auf lokaler Ebene unterlaufen worden war. Nach mehreren Vorläuferorganisationen bildete sich am 27. Oktober 1957 der »Bund der Vertriebenen«, der sich endgültig am 14. Dezember 1958 konstituierte. Vgl. die offizielle Geschichte des Bundes der Vertriebenen unter <http://www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/historie-1.php3> (12.01.2005).



Wir waren die Letzten ... – Gespräche mit vertriebenen Leipziger Juden

von Sylvia Kabus, Fotos Karin Wieckhorst

ISBN 3-934544-41-X, Festeinband, 19 x 24 cm, 212 Seiten, 18 Porträtfotografien, 18 Euro, 1. Aufl. 2003, Sax-Verlag

Essays über das Judentum in Leipzig und Erinnerungen vertriebener Leipziger Juden. Sie sind, nach Jahrzehnten, jene Letzten, die erzählen können. Nach dem Lebensriss durch Vertreibung, Ghetto, Lager und Todesangst kommen sie noch einmal in ihre Geburtsstadt, auf der Suche nach Stätten der Kinderzeit und den Gräbern Verwandter. Manchem ist das Sprechen über die erlittene Verfolgung erst heute möglich. Die entstandenen Erzählungen lassen ein bislang unerfülltes Bedürfnis nach Nähe und Wirklichkeit fühlbar werden, die es ohne die Begegnung von Angesicht zu Angesicht nicht gibt.

Juden in einer kleinen Stadt – Illustrierte Texte zur Stadtgeschichte von Grimma / Sachsen von Gerhardt Gimpel

ISBN 3-934544-70-3, Broschur, 13 x 21 cm, 88 Seiten, 55 Abbildungen, 9,50 Euro, 1. Aufl. 2005

1933 lebten an die drei Dutzend Juden, Erwachsene wie Kinder, in Grimma. Wer weiß heute noch etwas von ihnen und ihren Schicksalen? Was dazu 60 bis 70 Jahre nach den im deutschen Namen verübten Naziverbrechen ermittelt werden konnte, wie sich wieder ein Bild in den Rahmen fügt, wie letzte Überlebende, Kinder und Anverwandte ehemaliger jüdischer Mitbürger, heute in aller Welt verstreut, das historische Geflecht mit rekonstruieren halfen, das ist ebenso staunenswert wie es Mut macht.

Die Bornsteins – Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte

von Ralf Bachmann

ISBN 3-934544-86-X, Broschur, 13 cm x 21 cm, 136 Seiten, 50 einfarbige Abbildungen, 12 Euro, 1. Aufl. 2006, Sax-Verlag

Was an der Wende zum 20. Jahrhundert wie eine Kleinstadtidylle beginnt, die Geschichte der Ansiedlung jüdischer Familien im vogtländischen Falkenstein, der Gründung ihrer Geschäfte, der hoffnungsvollen Zeichen des Sesshaftwerdens, endet in Katastrophen, als die Nazis an die Macht kommen. Die vier in Falkenstein geborenen Kinder des Ehepaars Bornstein, der beiden ersten Juden in der Stadt, erleiden nach 1933 alle Varianten jüdisch-deutschen Schicksals: Verlust der Existenzgrundlagen, Flucht ins Ausland, Leben in der Illegalität, Zwangsarbeitslager und Tod im Vernichtungslager. Aber in diesem Buch lernen wir nicht nur ihre Furcht und ihr Leid kennen, sondern auch das ganz alltägliche Leben der Menschen, ihre kleinen Freuden und Erfolge im Zeichen der allgegenwärtigen Bedrohung. Die Überlebenden und ihre Kinder wurden in alle Welt verstreut, haben sich erfolgreich neue Existzenzen aufgebaut und blicken nicht nur im Zorn zurück, sondern erhielten fast magisch anmutende Beziehungen zu Deutschland aufrecht.

Leipzig in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR

Hans-Christian Herrmann

Einführung

Die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR sind Teil der deutsch-französischen Geschichte nach 1945. Insofern ergänzen sie das Bild des Verhältnisses zwischen Bonn und Paris, stehen aber auch in einem Beziehungsgefüge zum Verhältnis zwischen den beiden deutschen Teilstaaten. Ulrich Pfeil prägte dafür das Bild eines asymmetrischen Dreiecksverhältnisses.¹

Schon die Differenzierung der verschiedenen Phasen der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR lässt dieses Dreiecksverhältnis erkennen.

Bis Ende der 50er Jahre versuchte Ost-Berlin als Satellit Moskaus Adenauers Kurs der Westintegration durch gesamtdeutsche Agitation zu stören.² Nachdem sich die junge Bonner Republik im Glanz des so genannten Wirtschaftswunders und Adenauers erfolgreicher Westintegration stabilisierte und an internationaler Reputation gewann, die DDR aber nach wie vor von der westlichen Welt ignoriert wurde, änderte Ost-Berlin seinen Kurs. Im Sinne der Zweistaatentheorie konzentrierte sich die DDR darauf, ein Gegengewicht zur Hallstein-Doktrin und Bonns Alleinvertretungsanspruch zu bilden, diese Ende der 50er Jahre einsetzende Phase findet ihren Abschluss mit der diplomatischen Anerkennung durch den Westen 1973.³

In den Ländern Westeuropas einschließlich Skandinaviens warb die DDR für ihre Staatlichkeit. Frankreich war Ost-Berlin dabei mit Blick auf die sich etablierende Achse Bonn-Paris besonders wichtig. Begleitet wurde diese Entwicklung von einer Professionalisierung der Kader insbesondere im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, aber auch einer Rehabilitierung von SED-Mitgliedern, die als Westemigranten im Kontext der teilweise von ihnen selbst mitgetragenen Stalinisierung Anfang der 50er Jahre ausgeschaltet worden waren, Franz Dahlem zählt zu den bekanntesten Beispielen.

1 Ulrich Pfeil, *Die anderen deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Köln 2004, S. 162.

2 Ebd., S. 45 ff.

3 Ebd.

In den 50er Jahren war die französische Gesellschaft noch durch die Weltkriegserfahrung geprägt und stand den Deutschen überwiegend kritisch bis feindlich gegenüber, wobei sie zwischen West- und Ostdeutschland keinen großen Unterschied machte.⁴ Bei der DDR-Auslandsagitation im Westen spielten die kommunistischen Parteien und die aus ihren Reihen aufgebauten Freundschaftsgesellschaften eine entscheidende Rolle. Die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) war in den 50er Jahren eine starke und noch weitgehend anerkannte politische Kraft, die zudem im Unterschied zu den italienischen Kommunisten weniger kritisch gegenüber Moskau eingestellt war. Dazu gab es zahlreiche Verbindungen, Beziehungen und Schicksalsgemeinschaften zwischen deutschen Kommunisten, die im Dritten Reich nach Frankreich emigriert waren, in der französischen Résistance gekämpft hatten und nach 1945 am Aufbau der SED und des deutschen Teilstaates im Osten beteiligt waren. Insofern sah die SED in Frankreich ein Schwerpunktland, boten doch diese Ausgangsvoraussetzungen beste Aussichten für eine erfolgreiche Westarbeit. Zeitgleich zu den Bemühungen der SED, eine differenzierte Frankreichpolitik aufzubauen, wurde im April 1958 die Freundschaftsgesellschaft L'association pour les échanges franco-allemands (EFA) gegründet, seit 1973 nannte sie sich France-R.D.A. Bereits Ende der 60er Jahre zählte sie knapp 10000 Mitglieder, der Höhepunkt war Mitte der 70er mit über 15000 erreicht. Wichtige Positionen innerhalb der EFA lagen fest in kommunistischer Hand, in ihren Reihen fanden sich aber auch prominente Gaullisten und Sozialisten, gerade in Nordfrankreich.⁵

Mit der Erklärung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Februar 1973 beginnt die Phase der Normalisierung und Intensivierung des Verhältnisses, so unterzeichnete Frankreich im Juli 1973 als erstes westliches Land mit der DDR ein Abkommen über die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit und 1980 ein Kulturabkommen.⁶

Auch wenn Leipzig hinter (Ost-)Berlin als vielleicht die oder zumindest eine der bedeutendsten Städte in der DDR bezeichnet werden darf, mag es gerade wegen der zentralistischen Strukturen des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates dennoch merkwürdig erscheinen, die Bezirksstadt Leipzig mit einem außenpolitischen Thema wie den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR in Verbindung zu bringen. Gleichwohl ist dies gerechtfertigt – mit Blick auf den Status Berlins und den Umstand, dass die DDR und Frankreich bis 1973 keine offiziellen Beziehungen auf staatlicher Ebene pflegten. Auf vielfältige Weise bemühte sich die DDR Kontakte aufzubauen, um für die eigene Staatlichkeit zu werben, Leipzig spielte dabei eine wichtige Rolle.

4 Ebd., S. 52.

5 Der Spiegel 28/1979, S. 33. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PAA), Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, C 1214, Nr. 74, Bl. 76, Vermerk; ebd., C 1005/ Nr. 70, Bl. 85.

6 Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 506.

Die Leipziger Messe als Drehscheibe für den Ost-West-Handel

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und dem ostdeutschen Raum waren nach 1945 nie ganz zum Erliegen gekommen. Dabei bleibt es ein Forschungsdesiderat, inwieweit die Entwicklung des Ost-West-Handels auf Kontakte der interalliierten Wirtschaft im besetzten Nachkriegsdeutschland aufbauen konnte.

Französische Firmen waren auf den Leipziger Messen bereits seit 1949 präsent.⁷ Neben der Bundesrepublik zählte die Grande Nation seit 1956 zum größten westlichen Aussteller. Bis Mitte der 60er Jahre erhöhte Frankreich dabei seinen Vorsprung gegenüber Großbritannien. Seit 1969 bot die Air France zu Messezeiten auch eine Direktverbindung von Paris nach Leipzig an.⁸

Bis 1953/54 nutzte die SED die Messe als ein Forum zur Demonstration des nationalen Wiederaufbaus, seit Mitte der 50er Jahre präsentierte sich die Messe zunehmend internationaler, um kapitalistische Länder als Handelspartner zu gewinnen.⁹ Für den Westen war die Messe eine einzigartige Kontaktbörse, um Geschäfte mit dem Ostblock und den Blockfreien anzubahnen oder vorbereitete Verträge zu unterzeichnen. So konnte bspw. der in der Nähe von Lyon ansässige LKW-Hersteller Berliet auf der Leipziger Messe 1966 ein 15 Mio. Dollar-Auftrag mit Rumänien unterzeichnen.¹⁰ In Leipzig war die RGW-Wirtschaft komplett versammelt, nirgendwo sonst konnte die Wirtschaft der westlichen Welt auf einen Schlag so viele Kontakte zum Osten herstellen. Bereits seit 1954 war das Französische Außenhandelszentrum bzw. das Centre Français du Commerce Extérieur in Leipzig vertreten.¹¹

Unter den Bedingungen der Blockbildung und Abschottung bot die Messe exklusive Kommunikationsmöglichkeiten, insofern war sie auch ein Betätigungsfeld für die Staatssicherheit.¹²

Leipzig war Treffpunkt, um miteinander zu verhandeln. Die Beteiligung der DDR am französischen Farbfernsehprojekt SECAM war bspw. auf dem Messestand der Compagnie Française Télévision 1965 in Leipzig besprochen worden.¹³ Um den Fortgang der 1978 vereinbarten Errichtung eines Gelenkwellenwerkes in Mosel bei

7 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (künftig: StAL), Leipziger Messeamt II, Nr. 381, Messejournal Frühjahrsmesse 1985, S. 15, S. 22.

8 Ebd., Nr. 91, Leipziger Messe 5/1950, S. 193. In den ersten Nachkriegsjahren war die französische Präsenz deutlich geringer als die der Niederlande, Österreich und der Schweiz.

9 Achim Beier, Leipziger Messe bis zum Mauerbau, in: Hartmut Zwahr, Thomas Topfstedt, Günter Bentele (Hrsg.), Leipzigs Messen 1497–1997, Teilband 2: 1914–1997, Köln 1999, S. 663.

10 StAL, Messeamt II, Nr. 1967/2, Foire de Leipzig an Leipziger Messeamt vom 2.12.1965.

11 Ebd., Nr. 351, Frankreichbeilage 1982.

12 Hans-Christian Herrmann, Zum Verhältnis von SED und PCF. Einblicke in das Netzwerk der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, in: Deutschland-Archiv 6/2004, S. 1039–1047.

13 Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 335.



Präsentation des LKW-Herstellers Berliet auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1957

Zwickau durch Citroën zu besprechen, trafen bis zur Übergabe des Werkes im April 1983 Citroën Generaldirektor Raymond Ravenel und Erich Reim, Staatssekretär im Ministerium für Fahrzeugbau, regelmäßig auf der Leipziger Messe zusammen.¹⁴

Bis 1973 diente die Messe auch dazu, gegenüber dem Westen die fehlende Staatlichkeit zu kompensieren. So war sie Bühne für politische Kontakte, zwischen 1954 und 1957 Anlaufpunkt für Abgeordnete der Assemblée Nationale.¹⁵ Auch französische Kommunalpolitiker kamen nach Leipzig, bspw. verknüpfte eine Delegation des Stadtrates von St. Etienne den Messebesuch im Frühjahr 1961 mit einer Visite beim Rat der Stadt Zwickau, zu der Partnerschaftsbeziehungen aufgebaut wurden.¹⁶

Nach der Anerkennung durch den Westen nutzte die SED die Messe als Forum zur Demonstration ihrer wirtschaftlichen Stärke, im Verhältnis zum Westen etablierte sie sich als Drehscheibe für den Ost-West-Handel.¹⁷

Insofern war gerade für Frankreich die Messe bereits seit den 50er Jahren von großer Bedeutung. Der Osthandel hatte sich unter De Gaulle zu einem wichtigen Element französischer Außenpolitik entwickelt. Seit Ende der 50er Jahre bemühte sich Frankreich, sein außenpolitisches Gewicht zu stärken und die durch die Großmächte USA und UdSSR geprägte Bipolarität aufzubrechen. Mit der UdSSR und anderen Ostblockstaaten vereinbarte Frankreich Abkommen über die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit. Handelsbeziehungen sollten wechselseitige Abhängigkeiten schaffen und zur Sicherung des Status quo beitragen. In der Ära Giscard (1974–1981) war Frankreich an einem weiteren Ausbau der Wirtschaftskontakte mit dem Osten interessiert. Westliche Wertvorstellungen sollten über den Handel in den Ostblock hineingetragen werden und mittelfristig eine Öffnung des Ostens an den Westen fördern.¹⁸

Entsprechend waren fast alle großen französischen Konzerne wie Alsthom und Creusot Loire in Leipzig vertreten. Wie die Messekataloge zeigen, engagierten sich auch Parteifirmen der PCF wie Cifal, Sorice und Interagra bereits seit den frühen

14 Hans-Christian Herrmann, Wirtschaftsbeziehungen der DDR, in: Passage. Frankreich-Sachsen. Kulturgeschichte einer Beziehung 1700–2000, hrsg. v. Sächsischen Staatsministerium des Innern, Halle 2004, S. 99.

15 Von der Forschung bisher viel zu wenig beachtet der Beitrag von Werner Scholz, Rahmenbedingungen und Praxis systemübergreifender Wirtschaftsbeziehungen vor der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Frankreich (1945–1957), in: Ders. (Hrsg.), Aspekte der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945–1957, Leipzig 1993, S. 30–68, hier S. 51.

16 Stadtarchiv Zwickau, Rat der Stadt, Stadtverordnetenversammlung, Nr. 185, Bl. 88 ff., Protokoll v. 9.3.1961.

17 Carsten Schreiber, Die Inszenierung des Erfolgs. Zur Funktion der Leipziger Messe in den 1970er Jahren, in: Zwahr (Hrsg.), Messe (Anm. 9), S. 670 ff.

18 Dieser Aspekt kann hier nur angedeutet werden. Vgl. Alfred Grosser, Frankreich und seine Außenpolitik. 1944 bis heute, München 1989, S. 318. Vgl. auch: Samuel Pisar, *Les armes de la paix*, Paris 1970.

1950er Jahren auf der Leipziger Messe.¹⁹ Sie unterstützten Frankreichs Handel mit dem Ostblock und vermittelten der französischen Industrie als Türöffner und Brückenbauer entsprechende Kontakte. Als Zwischen- oder Wiederverkäufer erzielten sie im Ost-West-Handel Provisionen²⁰, Cifal war an den beiden größten französischen Anlagenimporten in die DDR beteiligt, dem Gelenkwellenwerk und der durch Creusot Loire in Rostock errichteten Düngemittelfabrik.²¹ Beim Absatz von Landmaschinen aus dem Kombinat Fortschritt aus Neustadt oder den Bemühungen der Radeberger Exportbrauerei, Bier in Frankreich zu verkaufen, war Interagra behilflich.²² Der Gewinn dieser Firmen diente zur Finanzierung der PCF.²³ Es darf davon ausgegangen werden, dass auch die kommunistischen Bruderparteien des jeweiligen Landes von diesen Handelsbeziehungen profitierten.

Eher ungewöhnlich war, dass Montreuil, eine Stadt im Großraum Paris, die seit Ende der 50er Jahre eine rege Partnerschaft mit Cottbus pflegte, sich im Rahmen einer Kollektivausstellung mit mittelständischen Betrieben auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1984 präsentierte. Ihr Maire Marcel Dufriche (PCF) unterstrich in der Frankreichbeilage des Leipziger Messejournals, mit Blick auf die Dezentralisierung in Frankreich sei die Messebeteiligung Ausdruck der Bemühungen des Generalrates Seine-Saint-Denis und der Stadt Montreuil neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu suchen.²⁴

19 Vgl. Auskunft Archiv der Leipziger Messe GmbH.

20 BArch/Stiftung Parteien und Massenorganisationen (künftig: SAPMO), ZK der SED (DY 30), Nr. 2971, Bl. 409 ff., Vorschlag zum Import v. PKW, Bl. 465 ff., A. Schalck an G. Mittag v. 12.5.1981.

21 Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Nr. 12507/91, IM »Karl Heinz«, Bericht v. 25.10.1978.

22 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (HStAD), SED Bezirksleitung Dresden, IV/E/2/18/754, Information über Exporte der VEB Radeberger Exportbierbrauerei nach Frankreich v. 4.10.1982.

23 Vgl. Anm. 12.

24 StAL, Messeamt II, Nr. 365, Messejournal Frühjahrsmesse 1984, Frankreichbeilage.

Die Beziehungen zwischen Leipzig und Lyon – Städtepartnerschaften als Motor einer Anerkennungsbewegung in Frankreich

Städtepartnerschaften spielten bei den Bemühungen der DDR, die westliche Öffentlichkeit für eine Normalisierung der Beziehungen zu gewinnen, eine wichtige Rolle. Zwischen 1958 und 1965 entstanden Partnerschaftsbeziehungen zu über 150 französischen Kommunen. Zu keinem anderen westlichen Land pflegte die DDR so viele Partnerschaften.²⁵ Dieser Aspekt zeigt paradigmatisch, dass sich die Beziehungen zwischen Grande Nation und deutschem Arbeiter- und Bauernstaat als asymmetrisches Dreiecksverhältnis darstellen, denn das Interesse der DDR an Städtepartnerschaften zu Frankreich war auch eine Reaktion auf die Intensivierung der Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.

Entsprechend den organisatorischen Schwerpunkten der EFA konzentrierten sich die Partnerschaften regional in Frankreich auf den Ceinture Rouge um Paris, Städte wie bspw. Argenteuil (Dessau), Montreuil (Cottbus) und Ivry-sur-Seine (Brandenburg/Havel), die über Jahrzehnte fest in kommunistischer Hand waren. Vor allem mit Nordfrankreich gab es viele Partnerschaften. Hier waren es auch größere und traditionsreiche Städte wie Calais, Dunkerque, Douai, Lille, Roubaix und Valenciennes, die von Gaullisten oder Sozialisten regiert wurden. In den Departements Nord und Pas-de-Calais schlug auch das Herz der Freundschaftsgesellschaft EFA.²⁶ Sie konnte sich hier auf einen regen Zuspruch auch aus sozialistischen und gaullistischen Kreisen stützen. Im kollektiven Bewußtsein dominiert in dieser Region bis heute die Erfahrung, unter den Deutschen in den beiden Weltkriegen besonders gelitten zu haben. Schon der Erste Weltkrieg, »la grande guerre«, hatte vor allem Nordfrankreich in seiner Wirtschaftsstruktur substanziell geschädigt. Neben dem Großraum Paris bildete der Norden mit seiner Montanindustrie eine wichtige Basis für die spät einsetzende Industrialisierung Frankreichs. Viele Familien hatten innerhalb weniger Jahre durch die beiden Kriege mehrere Angehörige verloren.²⁷

Die Anbahnung der Partnerschaften erfolgte zu bürgerlich regierten Kommunen vor allem mit Hilfe der Freundschaftsgesellschaft EFA, die vor Ort Freundschaftskomitees aufbaute, die für eine Partnerschaft mit einer Stadt in der DDR warben

25 BArch, Deutscher Städte- und Gemeindetag (DZ 4), Nr. 141, Bl. 41, Übersicht zu Städtepartnerschaften mit dem nichtsozialistischen Ausland.

26 PAA, MfAA, C 1214, Nr. 74, Bl. 76, Vm.; ebd., C 1005/70, Bl. 85; ebd., C 1214, Rencontres franco-allemandes Nr. 48, Sept. 1967; ebd., Auswärtiges Amt/Länderreferat Benelux/Frankreich und Italien (B 24), Nr. 629, Bl. 156, Botschaft an AA v. 16.2.1966; ebd., Bl. 246, Botschaft an AA v. 25.3.1969. Der Spiegel 28/1979, S. 33.

27 Jean-Michelle Decelle u. a., 1914–1918. Le Pas-de-Calais en guerre. Les gammes de l'extrême, Dainville 1999.

und damit die bürgerlichen Maires unter Druck setzten.²⁸ So auch im Falle des Werbens von Karl-Marx-Stadt um die nordfranzösische Stadt Arras, die von Guy Mollet regiert wurde. Er zählte zu den herausragenden Politikern der französischen Nachkriegsgeschichte und war Generalsekretär der sozialistischen Partei. Innerhalb der S.F.I.O. zählte er eher zu den Befürwortern einer Linksunion mit den Kommunisten.²⁹

Die Auswahl der Städtepartnerschaften erfolgte in der Regel zentral zwischen dem EFA-Präsidium und der Abteilung für Kommunale Auslandsbeziehungen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin. Auch übergeordnete politische Interessen konnten dabei eine Rolle spielen, so etwa beim Werben von Halle um Grenoble als Ort der Olympischen Winterspiele 1968.³⁰ Die DDR war auch an Orten interessiert, deren Name für die NS-Barbarei stand, boten doch solche Kommunen beim Werben für die diplomatische Anerkennung ein ideales Forum, den Antifaschismus als zentrale Staatslegitimation zu demonstrieren, als Beispiel seien die Kontakte zwischen Eisenhüttenstadt und Drancy genannt. Drancy war das größte Durchgangslager Vichy-Frankreichs, von hier aus wurden Zehntausende von französischen Juden nach Auschwitz deportiert.³¹

Partnerschaften sollten auch als Gegengewicht zum westdeutschen Engagement und zur westeuropäischen Integration wirken, dazu zählen etwa die Bemühungen um Beziehungen zwischen Dresden und Strasbourg als Grenzstadt zur Bundesrepublik und Sitz europäischer Institutionen, aber auch die Partnerschaft zwischen Leipzig und Lyon.³²

Bereits seit 1960 existierte in Lyon ein lokales Freundschaftskomitee der EFA, das sowohl eine Partnerschaft zwischen den Messestädten Lyon und Leipzig anstrebte wie auch Verbindungen zwischen den Kommunen im jeweiligen Umland. Die Messestadt im Osten hielt sich jedoch bedeckt, und so entstand auch in Leipzig zunächst kein Freundschaftskomitee, obwohl bereits im September 1960 Hans Jendretzky, der Leiter des Sekretariates des Ministerrates, der Aufnahme von Beziehungen zugestimmt

28 PAA, MfAA, C 1005/70, Bl. 101, Vm. v. 9.4.1965 zum EFA-Komitee in Mulhouse und Eingaben an den Präsidenten der Republik, die DDR diplomatisch anzuerkennen.

29 StAL, Rat des Bezirkes Leipzig (RdB), Nr. 26261, KPF und die Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken v. 20.12.1966, deutsche Übersetzung, o. D. PAA, Auswärtiges Amt/Büro des Staatssekretärs (B 2), Nr. 99, Bl. 192 ff.; ebd., B 24, Nr. 567, Bl. 136, Deutsche Botschaft in Paris an Auswärtiges Amt v. 18.7.1966.

30 Stadtarchiv Halle (StHAL), Oberbürgermeister (OB), Nr. 123, R. Tournier an OB Pflüger, o. D., ebd., OB, Nr. 212, Pflüger an Dt. Städte- und Gemeindetag v. 2.2.1966.

31 PAA, MfAA, C1010, Nr. 70, Bl. 2, MfAA an Rat der Stadt Cottbus v. 8.2.1968.

32 Hans-Christian Herrmann, »Bedeutende Basen der Anerkennungsbewegung«. Zur Bedeutung der Städtepartnerschaften zwischen Frankreich und der DDR, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Das war die DDR. Tagungsband zum Internationalen DDR-Kolloquium der EAO Otzenhausen 2003*, Münster 2004, S. 356 f.

hatte.³³ Das Interesse der zentralen Staats- und Parteistellen an einer Partnerschaft mit Lyon ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Lyon mit Frankfurt/Main und Birmingham seit 1960 eine so genannte Dreierpartnerschaft pflegte. Am 15. Oktober 1960 war in Anwesenheit des hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn (SPD) dieser so genannte Dreierbund im Kaisersaal des Frankfurter Römers besiegt worden und sollte den europäischen Gedanken im Sinne der westeuropäischen Integration unterstreichen.³⁴

Aus Enttäuschung über die Leipziger Funkstille wandte sich das Lyoner Freundschaftskomitee an das ZK der PCF. Auch EFA-Generalsekretär Roland Lenoir beklagte sich beim ostdeutschen Städte- und Gemeindetag: »Unsere Lyoner Freunde teilen uns auch mit, dass sie in den Beziehungen mit der Stadt Leipzig viele Schwierigkeiten haben«.³⁵

Die Ursache der kühlen Zurückhaltung bleibt im Dunkeln, möglicherweise spielten hier Rivalitäten zwischen Stadt- und Bezirksleitung eine Rolle. Leipzigs Oberbürgermeister Kresse wartete auf eine formelle Weisung vom Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Paul Fröhlich, ein Freundschaftskomitee in Leipzig zu gründen.³⁶ In Abstimmung mit dem ZK der SED beauftragte das ZK der PCF den Maire von Givors, Camille Vallin, mit Fröhlich »gemeinsame Mittel und Wege zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen beiden Städten zu finden«.³⁷ Zwischen Städten im Leipziger Umland wie Döbeln und Givors oder Wurzen und Corbeil Essone bestanden solche schon seit 1960. Im Februar 1964 erfolgte nicht durch Vallin, sondern durch den Genossen Capieric (PCF) eine klärende Aussprache über die Zusammenarbeit zwischen Leipzig und Lyon, daraufhin schlossen am 11. Februar 1964 die lokalen Freundschaftskomitees einen Vertrag ab.³⁸

Im folgenden Jahr organisierten sie einen Schüler- und Studentenaustausch. Wie es für die Städtepartnerschaften der DDR typisch war, besuchten in den folgenden Jahren Delegationen aus Ärzten, Frauen und Kaufleuten die Partnerstadt. Im Rahmen von so genannten Ostersymposien kamen französische Lehrer auch in die Messestadt. Diese Veranstaltungen erfreuten sich eines regen Zuspruchs. Noch 1989 fanden

33 StAL, RdB, Nr. 26309, Jendretzky an Rat des Bezirkes Leipzig, Gn. Grützner, v. 13.9.1960.

34 Ebd., Nr. 26286, Abschrift Pressemitteilung AP v. 9.10.1960.

35 Ebd., Nr. 26309, Dt. Städte- und Gemeindetag an Sekretär des Rates des Bezirkes, Margot Gottwald, vom 19.12.1962.

36 Ebd., 26309, OB Kresse an Paul Fröhlich, Aussprache mit dem 1. Vizepräsidenten des Dt. Städte- u. Gemeindetages mit Genossin Bierbach, Mitarbeiterin des Präsidiums des Dt. Städte- u. Gemeindetages für internationale Zusammenarbeit.

37 BArchSAPMO, DY 30, IV/A72/20/456, Notiz »Die Verbindungen Leipzig–Lyon«, v. 11.1.1964

38 StAL, RdB, Nr. 26287, Rat des Bezirkes Leipzig an MfAA v. 13.11.1964.

in allen Bezirksstädten Ostersymposien mit über 600 französischen Lehrern statt.³⁹ Lehrer waren als Multiplikatoren eine wichtige Zielgruppe, konnten sie doch das Deutschlandbild der jüngeren Generation mitbeeinflussen. Große Teile der französischen Lehrerschaft waren seinerzeit traditionell politisch links eingestellt, viele von ihnen kamen zudem aus Arbeiterfamilien, waren gesellschaftlich aufgestiegen und hatten ein entsprechendes Klassenbewusstsein. Um das Problem »Einbahnstraße« zumindest ein wenig abzuschwächen, schickten viele DDR-Partnerstädte, so auch Leipzig, einen Film über ihre Stadt in die französische Partnerkommune.⁴⁰

Die nach Berufsgruppen zusammengestellten Delegationen waren typisch für die Städtepartnerschaften und sollten in der französischen Öffentlichkeit ein positives DDR-Bild vermitteln. Dazu trug vor allem die jeweilige lokale kommunistische Presse, aber auch die EFA bei. Für viele PCF-Mitglieder war die DDR ein Musterbeispiel für den Kommunismus. Sie versprachen sich bei ihren Besuchen, den Sozialismus aus der Praxis kennenzulernen und so Anregungen für die eigene politische Arbeit zu gewinnen.⁴¹

Nicht zuletzt auch durch den Einsatz des Lyoner Büros der Kammer für Außenhandel der DDR erhielt Leipzigs Oberbürgermeister 1969 eine Einladung zum Besuch der Lyoner Messe. Kresse besuchte die französische Messestadt, der eingeplante Empfang beim Maire behandelte die Lyoner Seite jedoch dilatorisch. Es blieb bei einer kurzen Begegnung. Ursache war wohl das freundschaftliche Verhältnis des Maire von Lyon zu seinem Frankfurter Kollegen Prof. Dr. Willi Brundert. Der Sozialdemokrat Brundert, in einem Vermerk des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten als »Verräter« bezeichnet⁴², war gebürtiger Magdeburger und 1957 in den Westen geflohen, von 1964 bis zu seinem Tod 1970 bekleidete er das Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters, zuvor war er zusammen mit Dr. Leo Herwegen von Hilde Benjamin wegen angeblich illegaler Wertpapiertransaktionen im ersten Schauprozess der DDR gegen Sozialdemokraten und bürgerliche Politiker verurteilt worden.⁴³

Nachdem die Städtepartnerschaften der DDR zu Frankreich lange Zeit vom Bonner Auswärtigen Amt kaum wahrgenommen wurden, änderte sich dies Mitte der 1960er Jahre. Gerade mit Blick auf die Partnerschaft Leipzig–Lyon sprach der deutsche Konsul in Lyon gegenüber dem Adjoint au maire sehr vorwurfsvoll von »Untreue« zur Partnerstadt Frankfurt, worauf er sich anhören musste, Lyon suche sich

39 Landesarchiv Greifswald, Rat des Bezirkes/Internat. Verbindungen, Rep. 200/2.1.1, Projet d'organisation du symposium 1989.

40 StAL, Rdb 26308, Entwurf des Arbeitsplanes für das Jahr 1965.

41 Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz (künftig: StAC), SED Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, IV/B/2/18/829, Bl. 77, Information für das Sekretariat der Bezirksleitung v. 3.6.1970.

42 PAA, MfAA C 1234/74, Bl. 57, Vm. v. 28.3.1969.

43 Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon, hrsg. von Wolfgang Klötzer, bearb. von Sabine Hock und Reinhard Frost, Frankfurt am Main 1994, S. 113–115.

seine Partner selbst aus, und im Übrigen sei der wirtschaftliche Fortschritt in der Zone sehr beeindruckend.⁴⁴ Ebenso vergeblich waren die bundesdeutschen Versuche, das französische Außenministerium zu einem Veto gegen die Eröffnung einer Außenstelle der Kammer für Außenhandel der DDR in Lyon zu veranlassen. Am 23. Februar 1967 nahm sie ihre Arbeit auf.⁴⁵

Das Bemühen, in der französischen Öffentlichkeit eine Anerkennungsbewegung für die DDR zu mobilisieren, zeigte Ergebnisse. Auch hier war die EFA Motor des Erfolges. Sie organisierte über Jahre bspw. Unterschriftenaktionen an den Präsidenten der Republik für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und konnte dafür Prominente wie etwa den Schauspieler Michel Piccoli gewinnen. Die Städtepartnerschaften waren zu bedeutenden Basen der Anerkennungsbewegung geworden, wie Deufra-Sekretär Heyne feststellte.⁴⁶ Insbesondere an den Jahrestagen der Republik zeigten die französischen Freundschaftskomitees Ausstellungen über die DDR, und die Marktplätze kommunistisch regierter Städte waren mit Fahnen und Wimpeln der DDR geschmückt.⁴⁷

De Gaulle wie auch sein Nachfolger Georges Pompidou widerstanden dem Druck, der Ende der 60er Jahre immer stärker wurde. Pompidou nahm auf Willy Brandts Ostpolitik Rücksicht und entsprach dem Bonner Wunsch, vor Abschluss der Ostverträge die DDR nicht vorzeitig anzuerkennen. Obwohl sein Verhältnis zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler eher von emotionaler Distanz geprägt war, und es in gaullistischen Kreisen Vorbehalte gegenüber Brandt gab, war Pompidou daran interessiert, alles zu unterlassen, was die sozialliberale Koalition schwächen konnte, fürchtete er doch im Falle einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung einen stärkeren Einfluss der USA in Europa.⁴⁸

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Februar 1973 hatten die Städtepartnerschaften ihre wichtigste Funktion erfüllt. Zwar beschloss das ZK der SED am 17. Juli 1973 Grundsätze zur Weiterentwicklung der kommunalen Auslandsbeziehungen, in der Praxis wurde jedoch ein restriktiver Kurs verfolgt.⁴⁹ Für die DDR waren die kommunalen Auslandsbeziehungen nicht nur devisenintensiv, sie befürchtete vor allem eine Einladungswelle französischer Kommunen an ihre DDR-Partnerstädte. Dem steuerte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erfolgreich entgegen. Viele

44 PAA, B 24, Nr. 567, Konsulat in Lyon an Auswärtiges Amt vom 23.9.1966.

45 Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 403.

46 BArchSAPMO, Nachlass Franz Dahlem (NY 4072), Nr. 235, Bl. 16, Deufra-Sekretariatsvorlage v. 23.3.1971.

47 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Rat des Bezirkes Erfurt, Nr. S 651, Bericht von André Simoens.

48 BArchSAPMO, DY 30, Nr. 3242, Bl. 14, Treffen Beil mit de Broglie in Paris 26.-28.9.1972.

49 StHAL, OB, Nr. 50, Information für den Rat der Stadt v. 17.8.1973.

französische Kommunen, darunter auch PCF-regierte, waren darüber tief enttäuscht und fuhren ihr Engagement zurück, hatten sie sich doch von der diplomatischen Anerkennung der DDR eine politische Liberalisierung des ostdeutschen Teilstaates erhofft. Ab 1973 ging es Ost-Berlin vor allem darum, die Kontakte zu reduzieren und zugleich zu »offizialisieren«, das hieß vor allem die Aufgabe der Beziehungen zwischen kleineren Orten und offizielle Kontaktpflege zwischen den größeren Kommunen wie bspw. Leipzig und Lyon sowie zwischen Departement und Bezirk. Dies traf die lokalen Komitees der Freundschaftsgesellschaften. Der Sekretär des Komitees im Departement Pas-de-Calais sah eine Vertrauenskrise in der Zusammenarbeit: »[...] jetzt schlägt ein Blitz zur Schwächung unserer Arbeit ein«, die EFA bemühte Jacques Denis, Mitglied des ZK der PCF.⁵⁰ Letztlich musste die DDR erkennen, dass sie auf die Arbeit der Freundschaftsgesellschaft nicht verzichten konnte, die sich in erheblichem Umfang durch Delegationsreisen in die DDR und Kinderferienlager finanzierte.

Aus Perspektive der Freundschaftsgesellschaft war vor der Anerkennung der DDR der Kontakt intensiver als danach. Die DDR ihrerseits war aber an einem Austausch gar nicht interessiert, maßgeblich waren die politischen Ziele einer friedlichen Koexistenz und die Demonstration der Überlegenheit des Sozialismus.⁵¹

Dem standen aktive Mitglieder in der Freundschaftsgesellschaft und der PCF gegenüber, die sich über Jahre dafür engagiert hatten, dass ihr Land nicht nur zur Bundesrepublik partnerschaftliche Beziehungen pflegte. Bezeichnend ist ein Bericht der SED-Bezirksleitung Dresden über einen Besuch in Strasbourg 1973: »Zum Teil bestehen Illusionen im Sinn gleicher freundschaftlicher Beziehungen zu beiden deutschen Staaten.«⁵² Damit verlor die Freundschaftsgesellschaft jegliche Perspektive, Teile der nichtkommunistischen französischen Öffentlichkeit für die DDR zu interessieren. Dies spiegelte sich in ihrer Mitgliederentwicklung eindrucksvoll wider. Vor dem Hintergrund der Abschottung der DDR wurde die Freundschaftsgesellschaft mittelfristig zum Auslaufmodell, anlässlich ihres 11. Nationalkongresses 1978 wurde beklagt, dass allein in 15 Departementkomitees seit den letzten 5 Jahren kein einziges neues Mitglied gewonnen werden konnte.⁵³

50 StAC, Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, R. Lecuppre an Werner Georgi v. 2.2.1976.

51 Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 310.

52 HStAD, SED BL Dresden, IV/E/2/18/747, Information für das Sekretariat der Bezirksleitung, Reisebericht zur Strasbourgkreise zur PCF Föderation vom 10.9.1973.

53 Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, SED-Bezirksleitung Halle, IV/D/2/18/533, Bericht der Delegation des Rates des Bezirkes Halle im Departement Nord 27.4.–4.5.1978. Ebd., IV/F/2/18/411 Bericht vom 4.12.1987 über den 11. Nationalkongress der Gesellschaft France – R.D.A. in Reims (Nordfrankreich) am 29.11.1987. HStADD, SED BL Dresden, IV/O/2/18/790, Rechenschaftsbericht der Gesellschaft France-R.D.A. v. 4./5.11.1978 anlässlich des VIII. Nationalkongresses in Strasbourg.

Sowohl die nach Frankreich reisenden Delegationen aus den Partnerstädten wie die Gruppen, die in der DDR mit den französischen Delegationen zusammentrafen, bestanden meistens aus Mitgliedern der Nationalen Front. Damit sollte bei den Franzosen der Vorstellung eines Einparteiensystems entgegengewirkt werden.⁵⁴

Ohne es überhaupt bemerken zu können, blieb die DDR-Bevölkerung von der Städtepartnerschaft weitgehend ausgeschlossen. Das Thema Städtepartnerschaft wurde in der jeweiligen städtischen Öffentlichkeit nicht popularisiert. Der Stadtrat von Lyon hatte in seiner Sitzung vom 22. März 1976 den Vertragsentwurf über eine Partnerschaft angenommen, der von Leipzigs OB Dr. Karl Heinz Müller 1974 anlässlich der Freundschaftswoche Lyon-Leipzig unterbreitet worden war.⁵⁵ Der Leipziger Volkszeitung war dies keine Meldung wert, stattdessen berichtete sie über die Eisenbahnerstreiks in Frankreich und den Leipzig-Besuch einer französischen Lehrerdelegation. Auch die erwähnte Freundschaftswoche, die von der Stadt Leipzig in der Zeit vom 5. bis 12. April 1974 in Lyon mit einer Vielzahl von Veranstaltungen aus Anlass der Unterzeichnung des 1964 geschlossenen Freundschaftsvertrages der Freundschaftsgesellschaften ausgerichtet wurde, war kein Pressthema.⁵⁶ In einer kleinen Meldung erwähnte die Leipziger Volkszeitung den Lyon-Besuch des Bürgermeisters. Sie ging in ihrer Ausgabe vom 5. April 1974 aber weder auf die Partnerschaft ein noch auf das 10-jährige Bestehen des Vertrages der Freundschaftsgesellschaften, auch von den zahlreichen Aktivitäten der Stadt Leipzig in Lyon war keine Silbe zu lesen, stattdessen wurde in der Ausgabe vom 11. April ausführlich über eine Erhöhung der französischen Brotpreise um 5 bis 10 Centimes berichtet.⁵⁷ Dabei waren die Leipziger Aktivitäten anlässlich der Festwoche sehr zahlreich. Es gab einen Gala-Abend mit einer Leipziger Künstlertruppe, darunter Elisabeth Breul, Fred Tischler und Karl-Heinz Neumann. Gerhard Leo⁵⁸, Frankreich-Korrespondent des »Neuen Deutschlands«, hielt einen Vortrag zum Thema »Deutsche Widerstandskämpfer in der französischen Résistance«, im Filmtheater Nation in Lyon widmete man sich dem DDR-Film, und in der Galerie Verrières am Quai Romain Rolland in Lyon wurde eine von Rainer Behrends, Kustos der Kunstsammlung der KMU Leipzig, konzipierte Ausstellung zum Leipziger Kunsthandwerk gezeigt. Leipzigs OB lud zum »Diner – débat« Lyoner Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft ein. Zudem präsentierte

54 Zeitzeugengespräch mit Ingrid Neubert und Rita Fischer, ehemals tätig beim Rat des Bezirkes Cottbus, am 21.8.2003.

55 StAL, RdB, Nr. 24398, Bericht des France-R.D.A. Komitees, April 1976.

56 Ebd., Nr. 8104, Aufgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Freundschaftswoche in Lyon v. 5.–12.4.1974.

57 Siehe die Ausgaben der Leipziger Volkszeitung vom 4.–15. 4.1974, insbesondere vom 5.4., S. 2 und 11.4., S. 5.

58 Biographie Leos: Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 332, Anm. 118.

Leipzig eine Ausstellung zur Exil-Literatur 1933 bis 1945, die in Kooperation vom Rat der Stadt und Rat des Bezirkes mit tatkräftiger Unterstützung durch die Deutsche Bücherei vorbereitet worden war.⁵⁹ Entsprechende Berichte hätten die Wünsche der Leipziger wie anderer DDR-Bürger auch, in den Westen und so auch nach Frankreich reisen zu können, nur gestärkt.

Kultur als Beitrag zur Eigenstaatlichkeit

In ihrer Selbstdarstellung gerade im westlichen Ausland war die DDR darum bemüht, sich als Buchland zu präsentieren. Autoren wie Brecht und Seghers erreichten französische Intellektuelle, auch die deutsche Exilliteratur transportierte den Antifaschismus als Legitimation für den Arbeiter- und Bauernstaat in die westeuropäische Öffentlichkeit. In Seminaren und Vorträgen vermittelte die Freundschaftsgesellschaft DDR-Literatur, in den Häusern der EFA in Lens, Lille und Paris wurden 1966 Bibliotheken mit Unterstützung des Ministeriums für Kultur und des Börsenvereins errichtet.⁶⁰

Literatur, Kunst und Kultur sollten in allen westlichen Staaten in den Dienst der Eigenstaatlichkeit treten. Trotzdem scheint die zentrale Staats- und Parteiführung hier zunächst nicht Akteur gewesen zu sein. Bonn hatte Ende der 50er Jahre die Kulturpolitik zur Unterstützung der Hallsteindoktrin genutzt und präsentierte sich im Ausland als Träger einer unteilbaren deutschen Kultur. Nicht zuletzt deshalb bemühte sich auch die DDR um eine auswärtige Kulturpolitik. So gab es bspw. Kontakte zwischen den Theatern, auch die Städtischen Bühnen Leipzig traten 1958 in Frankreich mit »Die Verurteilung des Lukullus« auf, die Komische Oper Leipzig spielte 1959 »Hoffmanns Erzählungen«. Die Leipziger erhielten dafür am 18. Juli 1959 einen Preis vom Théâtre des Nations. Auch das Gewandhausorchester gastierte 1959 in Frankreich. Bei all diesen Aktivitäten stand der Austausch nicht im Mittelpunkt.⁶¹ Weder die Leipziger Volkszeitung noch das Neue Deutschland berichteten über die Gastspiele.⁶²

Die am 17. Februar 1962 gegründete Deutsch-Französische Gesellschaft (Deufra) sollte die kulturellen Kontakte zu Frankreich verstärken. Ihr erster Präsident war der Rektor der Leipziger KMU, Professor Dr. Georg Mayer, der 1947 als Professor für Volkswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der Weltwirtschaftslehre und

59 StAL, RdB, Nr. 8104, Aufgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Freundschaftswoche in Lyon v. 5.–12.4.1974.

60 Ebd., Börsenverein des Deutschen Buchhandels II (künftig: BV II), Nr. 1703, Ministerium für Kultur an Börsenverein Leipzig v. 11.6.1966, Börsenverein an Ministerium für Kultur v. 11.5.1967.

61 Pfeil, DDR und Frankreich (Anm.1), S. 314, S. 345–348.

62 Ebd., S. 314. Die von Pfeil genannte Berichterstattung im ND v. 7.11.1959 konnte vom Vf. zumindest in der Republikausgabe v. 7.11.1959 nicht ermittelt werden.

Agrargeschichte an die Universität Leipzig berufen wurde und in die SBZ übersiedelte, zuvor war er Berater der Hessischen Landesregierung in Sozialisierungsfragen gewesen. Das SED-Mitglied, das von 1950 bis 1967 auch der Volkskammer angehörte, galt wohl als politisch zuverlässig. Mayer hatte 1953 Studenten denunziert und dafür vom Ministerium für Staatssicherheit eine Prämie in Höhe von 2500 Mark erhalten. Gesundheitsprobleme und wohl auch unzureichende Kenntnisse der französischen Sprache führten zu einem freiwilligen Rücktritt, an seine Stelle trat Franz Dahlem, der als Frankreich-Emigrant Kontakte zur Résistance hatte und fließend Französisch sprach.⁶³

Der Buchhandel mit Frankreich hatte in Leipzig eine lange Tradition, der erste französische Händler, der im 16. Jahrhundert Leipziger Boden betreten hatte, soll der Buchhändler Clemens Balduin aus Lyon gewesen sein.⁶⁴

Der 1953 aus der alteingesessenen Firma Koehler & Volckmar hervorgegangene Außenhandelsbetrieb Buchexport mit Sitz in Leipzig übernahm den gesamten Literaturim- und -export der DDR, soweit dies das normale Verlagssortiment betraf. Daneben gab es so genannte Teilauflagen, sie entsprachen hinsichtlich Papierqualität, Bucheinband und Schutzumschlag den westlichen Kundenwünschen und waren somit leichter absetzbar. Teilauflagen wurden von gemischten Gesellschaften wie Tradimex verkauft⁶⁵, also Handelsvertretungen, die offiziell durch einen Franzosen vertreten waren, DDR-Kader waren in leitender Position tätig. Es ist davon auszugehen, dass die beiden kommunistischen Parteien von den Tradimex Gewinnen profitierten. Ein weiteres Geschäftsfeld war der Export von Druckleistungen, der über den Parteibetrieb Zentrag erfolgte.⁶⁶

Der VEB Buchexport, später VE AHB Buchexport, war im Übrigen auch für die Buchmesse zuständig, die im Rahmen der Leipziger Messe stattfand. Hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Westen stand sie jedoch hinter der Warschauer Buchmesse zurück, auch wenn auf der Leipziger Herbstmesse schon 1951 der Cercle de la librairie Syndicat des Industries du Livre eine Gemeinschaftsausstellung von 29 französischen Verlagen präsentierte.⁶⁷

63 Zur Denunziation: Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 300–302. Zur Biographie: Helmut Müller-Engbergs u. a. (Hrsg.), *Wer war wer in der DDR? Ein biografisches Lexikon*, Bonn 2000, S. 561 ff. Allgemein zur KMU: Markus Wustmann, *Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig 1947–1951. Experimentierfeld kommunistischer Hochschulpolitik in SBZ und früher DDR*, Magisterarbeit Leipzig 2004.

64 StAL, Messeamt II, Nr. 222, *Leipziger Messejournal Frühjahrsmesse 1965*, S. 15.

65 Zeitzeugengespräch mit Andreas Tümmler v. 1.7.2004.

66 Ebd.

67 Nils Kahlefendt, Wulf D. v. Lucius, *Die Stiftung Buchkunst und der Wettbewerb »Die schönsten Deutschen Bücher«*, in: *Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1825–2000. Ein geschichtlicher Aufriß*, hrsg. i. A. der Historischen Kommission von Stephan Füssel, Georg Jäger und Hermann Staub i. V. mit Monika Estermann, Frankfurt/Main 2000, S. 331.

Im Gegensatz zu den Städtepartnerschaften zählte Frankreich im Buchhandel nicht zu den vorrangigen Partnern. Bereits in den 50er Jahren waren die DDR-Verlage bemüht, die Handelsbeziehungen aus der Zeit vor 1945 nicht ganz abbrechen zu lassen. Dabei spielten die deutschsprachigen Länder Schweiz und Österreich eine wichtige Rolle. So konnte die DDR 1953 Bücher im Wert von 9,2 Mio. Mark in die Schweiz exportieren, nach Frankreich waren es nur 1,8 Mio. Mark.⁶⁸ Bereits 1949 wurden Verlagsprodukte aus der DDR auf Buchausstellungen in Basel den eidgenössischen Kunden präsentiert, es handelt sich dabei wohl um die erste Teilnahme von DDR-Verlagen im westlichen Ausland.⁶⁹

Nicht zuletzt mit Blick auf die diplomatische Anerkennung war die SED auch an einer Intensivierung der Buchhandelsbeziehungen mit allen westeuropäischen Ländern interessiert, blickte dabei aber nicht zuerst nach Frankreich, sondern neben den deutschsprachigen Märkten vor allem nach Großbritannien, Skandinavien und den Beneluxstaaten. Im August 1960 beschloss sie »Maßnahmen zur Verbesserung des Vertriebs fremdsprachiger Literatur in der DDR und des Vertriebs von Büchern und Zeitschriften aus der DDR in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern.«⁷⁰ Eine Auslandsausstellungsoffensive war die Folge, besonders stark engagierte sich die DDR zunächst in Österreich und der Schweiz, hier boten sich durch die Deutschsprachigkeit günstigere Absatzchancen.

Es deutet sich an, dass dabei ehemalige Emigranten aus Hitler-Deutschland, die aus dem Buch- und Verlagswesen kamen und nach 1945 im Exil blieben, wie bspw. Dr. Hermann Loeb, die wirtschaftlichen Kontakte mit DDR-Verlagen förderten.⁷¹

Zwischen 1976 und 1980 entfielen im NSW-Geschäft 59,9% des Umsatzes auf die BRD, gefolgt von Japan mit 5,4%, Großbritannien mit 4,8%, den Niederlanden und den USA mit je 4,4%, lediglich 1,6% entfielen auf Frankreich.⁷² Ein nicht unerheblicher Teil der in die Niederlande und nach Luxemburg abgesetzten DDR-Verlagsprodukte wurde von dort in die Bundesrepublik geschmuggelt.⁷³

Der Hauptanteil des Frankreichexportes entfiel auf die Sparten Gesellschaftswissenschaften, Germanistik und Sprachwissenschaften, weniger gefragt war die technische Literatur, gleichwohl waren einführende Lehrwerke in Biologie, Chemie und Physik nicht chancenlos. Mit 72% des Absatzes lag Paris weit vorn. Zu den um-

⁶⁸ Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 339.

⁶⁹ Vgl. StAL, BV II, Nr. 1332–1334.

⁷⁰ Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 339.

⁷¹ StAL, BV II, Nr. 794, 795. Dr. Hermann Loeb bemühte sich schon 1946 um Kontakte zum Leipziger Börsenverein, sein Phoebus-Verlag gab auch Druckaufträge an die DDR.

⁷² StAL, VEB Außenhandel Buchexport (AHB Buchexport), Nr. 109, Marktstrategische Konzeption für den Export von Verlagserzeugnissen ins NSW v. 6.1.1982.

⁷³ Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Norbert Molkenbur (Leipzig).

satzmäßig bedeutendsten Endbeziehern zählten der Pariser Wissenschaftsbetrieb sowie Strasbourger Einrichtungen wie das Centre d'Etudes Germaniques, das Institut d'Allemand und das Centre de Recherches sur l'URSS et pays de l'Est.⁷⁴

In den 80er Jahren bemühte sich der AHB Buchexport als Reaktion auf die Dezentralisierung in Frankreich Kunden insbesondere in den Großstädten im Süden wie Bordeaux, Marseille und Toulouse zu gewinnen.⁷⁵

Von den Leipziger Verlagen kam für den Handel mit Frankreich bspw. das Programm des VEB Bibliographischen Instituts und hier insbesondere des 1956 gegründeten Exportverlages Enzyklopädie mit seinem sprachwissenschaftlichen Profil in Frage. Der Verlag bediente nicht nur die Romanistik in der DDR, sondern war mit seinem Programm Deutsch als Fremdsprache für den Frankreichexport besonders geeignet. Förderlich war dabei, dass die Lehrbücher zur deutschen Grammatik in diesem Maße so nicht von bundesrepublikanischen Verlagen angeboten wurden.⁷⁶ Insbesondere die im Enzyklopädie-Verlag erscheinende Deutsche Grammatik von Helbig/Buscha genoss in Frankreich hohes Ansehen.⁷⁷ Erfolgreich war Edition Peters, die verlegten Sachbücher über Barock und Jugendstil bildeten Mitte der 1980er Jahre die Säule im Frankreichgeschäft neben den über 200000 Malbüchern für Kinder aus dem Kinderbuchverlag Berlin. Dieses lukrative Geschäft lief über Tradimex, der Absatz in Frankreich sollte in Supermärkten erfolgen wie Leclerc oder der Schallplatten-Buchhandelskette FNAC.⁷⁸

Die Möglichkeiten für Musikverlage mögen theoretisch günstig erscheinen, litten sie doch im Gegensatz zu den übrigen Sortimenten nicht unter dem vergleichsweise schwachen Stand der deutschen Sprache in Frankreich. Das Musikleben in Frankreich war stark entwickelt, aber bundesdeutsche Verlage wie Breitkopf in Wiesbaden waren bspw. mit einer Filiale in Paris ausgesprochen aktiv. Zumindest Anfang der 1970er Jahre gab es mit Maurice Decruck einen französischen Vertreter für alle Musikverlage der DDR. Das Le Magasin Musical Pierre Schneider im 16. Pariser Arrondissement hatte den Alleinvertrieb für die Orchesterbibliothek des AHB Buchexport und vertrieb so auch Leipziger Musikverlage wie Breitkopf & Härtel und Edition Peters.⁷⁹

74 StAL, AHB Buchexport, Nr. 190, Konzeption für die Marktbearbeitung 1974/75.

75 Ebd., Nr. 233, Hauptexportlinien und Struktur im NSW v. 30.9.1987.

76 Ebd., VEB Bibliographisches Institut, Nr. 135, Dienstreisebericht Frankreich 18.–24.10.1987 von Ruth Glatzer (Aufbau-Verlag).

77 Ebd., Nr. 137, Dienstreisebericht Frankreich 30.4.–6.5.1977 von Dr. Rudolf Pichler. Hinweis von Andreas Tümmler, Dr. Pichler hatte vor dem Zweiten Weltkrieg an der Sorbonne Romanistik studiert und verfügte über vorzügliche Französischkenntnisse.

78 Ebd., AHB Buchexport, Nr. 233, Maßnahmenplan 1983/84 vom 31.8.1983; Maßnahmenplan 1985/86 vom 25.3.1985, Vm. zu Hauptexportlinien v. 30.9.1987.

79 Ebd., Nr. 190, Konzeption für die Markterarbeitung Frankreich 1974/1975.

Ein guter Kunde in Frankreich war auch die Oper von Leipzigs Partnerstadt Lyon.⁸⁰ Der Absatz von DDR-Autoren in Frankreich litt u.a. daran, dass auch bundesdeutsche Verlage DDR-Autoren in Lizenz verlegten und entsprechend über das Verzeichnis lieferbarer Bücher für den französischen Buchhändler ohne großen Aufwand ermittelbar waren.⁸¹

Im Gegensatz zum Export spielte der Import französischer Literatur eine eher untergeordnete Rolle. Gleichwohl gab es in der DDR ein vergleichsweise breites Sortiment an französischer Literatur, die als Lizenzausgabe vom Verlag Volk und Welt (Berlin-Ost) verlegt wurde. Solche Bücher wurden gerne von Bundesbürgern bei ihren DDR-Besuchen erworben, weil sie im Vergleich zum bundesdeutschen Preis günstiger waren und die per Zwangsumtausch erworbenen DM-Ost so sinnvoll ausgegeben werden konnten.⁸²

Kommunikation im Kontext der Abschottung: Einblicke in ein Netzwerk

Unter den Bedingungen einer abgeschotteten zentralen Planverwaltungswirtschaft war auch der Buchexport schwierig. Es war vor allem mühsam, potenzielle Kunden in Erfahrung zu bringen und Kontakte aufzubauen.

Auch am Beispiel des Buchexportes nach Frankreich können hier Einblicke gewonnen werden. Die Verlage nutzten dazu ein Netzwerk, zu ihm zählten die DDR-Botschaft in Paris mit ihrem Kulturattaché und die Handelspolitische Abteilung der Botschaft in Neuilly bei Paris, die DDR-Lektoren an französischen Universitäten, vor allem aber die PCF und die Freundschaftsgesellschaft EFA bzw. France-R.D.A., seit 1984 auch das Kulturzentrum der DDR in Paris. Es wirkte als Multiplikator für DDR-Literatur in der französischen Millionenmetropole, bspw. konnte der AHB Buchexport Räumlichkeiten des Kulturzentrums für Buchpräsentationen nutzen.⁸³ Die einige Häuser weiter am Boulevard Saint Germain befindliche Buchhandlung Calligrammes sollte die jeweils im Kulturzentrum ausgestellten Publikationen führen.⁸⁴ Diese Buchhandlung belieferte bspw. auch die Sorbonne und zählte neben der

80 Ebd., Edition Peters, Nr. 335, Dienstreisebericht Frankreich 14.–24.9.1971.

81 Ebd., Bibliographisches Institut, Nr. 136, Dienstreisebericht Frankreich 18.–24.10.1987.

82 Zeitzeugengespräch mit Andreas Tümmler v. 1.7.2004. Zu dieser Thematik ist insbesondere die Überlieferung im Bundesarchiv in Berlin hinzuziehen, vor allem der Bestand des Büros für Urheberrechte.

83 StAL, AHB Buchexport, Nr. 833, Notiz vom 7.3.1984; ebd., Bibliographisches Institut, Nr. 136, Dienstreisebericht Frankreich 18.10.–24.10.1987 von Ruth Glatzer (Aufbau-Verlag).

84 Ebd., Mitteilung v. 8.5.1984.

Librairie Martin Flinker zu den Wegbereitern der deutschsprachigen Literatur im Paris der ersten Nachkriegsjahrzehnte. Insofern waren beide Buchhandlungen nicht nur an bundesrepublikanischen Verlagen, sondern auch für deutschsprachige Literatur aus der DDR, Österreich und der Schweiz offen.⁸⁵ So fanden bspw. bei der von Fritz Picard und Ruth Fabian aufgebauten deutschen Buchhandlung Calligrammes Autorenabende statt, die sich vor allem in den 1960er Jahren regen Zulaufs erfreuten. Flinker hatte 1946 seine Buchhandlung am Quai des Orfèvres im 1. Pariser Arrondissement aufgebaut. Er unterhielt enge Kontakte zum Frankfurter Börsenverein, gilt aber auch als Förderer des DDR-Buches, was nicht als einseitige Parteinahme für den ostdeutschen Teilstaat missverstanden werden sollte.⁸⁶

Grundsätzlich bot das Verlagswesen der kommunistischen Parteien in der westlichen Welt den Ostblockstaaten Handelsperspektiven.⁸⁷ So zählte auch der Leiter des der PCF gehörenden Literaturvertriebes Messidor, Claude Compeyron, der zugleich Mitglied des ZK der PCF war, zu den Ansprechpartnern. Hinzu kam der Literaturvertrieb Centrale d'achat du livre et de disque (CALD), der auch unter den Namen Centre de diffusion du livre et de la presse (CDLP) und Odeon diffusion international firmierte und der alle Buchhandlungen der PCF belieferte.⁸⁸ Der Literaturvertrieb der PCF wurde durch die Gewährung günstigerer Preise bevorzugt.⁸⁹ Dafür sollten die Franzosen engagiert bspw. für den AHB Buchexport werben, selbst konnte er dies im Zielland so nicht durchführen.⁹⁰

Seit 1961 konnten CDLP-Mitarbeiter durch Vermittlung von Klaus Gysi, damals Vorsteher des Börsenvereins, das Erholungsheim des Börsenvereins in Lauenstein nutzen.⁹¹ Die Kosten für diese Aufenthalte übernahm der Börsenverein.⁹²

85 Zeitzeugengespräch mit Andreas Tümmeler v. 1.7.2004.

86 Picard, Fabian und Flinker waren Juden und emigrierten, um ihr Leben vor NS-Deutschland zu schützen. Flinker zählte zumindest seit den 1970er Jahren aber nicht mehr zu den großen Kunden von DDR-Literatur, sondern äußerte gegenüber Verlagsvertretern unverblümkt Kritik an den Geschäftsbeziehungen. Siehe auch: Manfred Flügge, 40 Jahre Calligrammes. Eine deutsche Buchhandlung in Paris, in: Dokumente 9/1991, S. 315–320. Zum 25-jährigen Bestehen, in: Börsenblatt, Nr. 45 v. 4.6.1976, zur Schließung, in: Börsenblatt, Nr. 8 v. 29.1.1999 – der Vf. dankt Hermann Staub vom Archiv des Börsenvereins in der Deutschen Bibliothek Frankfurt für die Hinweise.

87 StAL, BV II, Nr. 698, Kontakte zum Verlag der KP Griechenlands.

88 Ebd., AHB Buchexport, Nr. 190, Konzeption für die Marktbearbeitung in Frankreich 1974/75.

89 Zeitzeugengespräch mit Andreas Tümmeler v. 1.7.2004.

90 Ebd.

91 StAL, BV II, Nr. 3032, Bericht vom 22.8.1968.

92 Ebd., Nr. 2817, Bericht zur Belegung von Lauenstein v. 3.4.1962.

Mitglieder der PCF waren generell vor Ort hilfreich, sie öffneten Türen und vermittelten Kontakte, wie folgendes Beispiel zeigt. Für VEB Edition Peters nahm ein Cheflektor im VEB Deutscher Verlag für Musik anlässlich seiner Frankreichdienstreise Kontakt zu Brigitte Massin auf. Die Musikwissenschaftlerin war PCF-Mitglied und vermittelte ihm wiederum einen Kontakt zu Olivier Alain, Direktor des Konservatoriums in St. Germain en Laye. Alain war ein einflussreicher Gesprächspartner, war er doch »Inspecteur« der Musikschulen im französischen Kulturministerium und einige Jahre vorher mit dem Robert-Schumann-Preis der Stadt Zwickau ausgezeichnet worden. Dem VEB Edition Peters ließ er ein Adressenverzeichnis von Musikhochschulen in Frankreich zukommen.⁹³

Kunde waren auch die zahlreichen Buchhandlungen, die der PCF gehörten. Sie verloren allerdings in den 1970er Jahren an Bedeutung, als sie massenweise aus wirtschaftlichen Gründen ihre Tore schließen mussten wie bspw. die Librairie du Rhin in Strasbourg.⁹⁴

Neben dem Buchhandel in den bedeutendsten Wirtschaftszentren Paris und Lyon bemühte sich die DDR vor allem um den Universitätsbuchhandel. Hierbei war der Germanist René Girard⁹⁵, Vorsitzender des französischen Hochschulgermanistenverbandes und vor allem der Germanist Gilbert Badia, Präsiumsmitglied der Gesellschaft France-R.D.A., behilflich. Badia informierte in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Connaissance de la R.D.A« bzw. »Rencontres« regelmäßig über das Verlagswesen im deutschen Arbeiter- und Bauernstaat. Außerdem warb er aktiv auf französischen Germanistenkongressen für DDR-Literatur und benannte DDR-Verlagen Ansprechpartner und Adressen der 40 Germanistikinstitute an französischen Universitäten.⁹⁶ Solche Dienste waren für die DDR vor dem Hintergrund ihrer selbst gewählten Abschottung besonders wertvoll.⁹⁷ Über die von der Freundschaftsgesellschaft regelmäßig in Frankreich gezeigten DDR-Ausstellungen beabsichtigte der AHB Buchexport seinen Frankreichabsatz zu steigern, insbesondere im Elsaß sollte Mitte der 1970er Jahre die Freundschaftsgesellschaft die Exportanstrengungen unterstützen.⁹⁸ Gleichwohl überschätzte die DDR den Bedarf im Elsaß, dies musste insbesondere der AHB Buchexport anlässlich einer Ausstellung Mitte der 1980er Jahre in Strasbourg erfahren. Der Anteil deutsch lesender Kunden im Elsaß war stark rück-

93 Ebd., VEB Edition Peters, Nr. 3350, Bericht über Dienstreise des VEB Dt. Verlag für Musik v. 14.9.–24.9.1971.

94 Ebd., Bibliographisches Institut, Nr. 136, Dienstreisebericht Frankreich 6.4.–20.4.1984.

95 Ebd.

96 Ebd., Dienstreisebericht Frankreich 19.10.–25.10.1980 und 18.10.–5.11.1981.

97 Ebd., BV II, Nr. 2729, Ausstellung zur Verkaufssteigerung deutscher Fachliteratur an den Universitäten Großbritanniens von K.G.Heyden & Co, London, 1958.

98 Ebd., AHB Buchexport, Nr. 833, Maßnahmeplan 1983/84 verf. am 10.6.1983; ebd., Nr. 190, Maßnahmeplan 1974/75.

läufig. Der DDR war nicht bewusst, dass das elsässische Deutsch keine Schriftsprache mehr war, sondern nur Dialekt. Wer sich im Elsaß für deutsche Literatur interessierte, fuhr über die Grenze nach Baden-Württemberg, denn hier waren Bücher generell billiger als in Frankreich.⁹⁹

Aspekte zum Außenhandel aus der Perspektive des Bezirks Leipzig

»Nostradamus hat auch nicht geschrieben, dass jedes Jahr am 31.12. die Welt zu Ende ist.«¹⁰⁰ Mit diesen beispiellosen Worten beklagte die französische Handelsvertretung General Music, die für den AHB Demusa Klingenthal Musikinstrumente in Frankreich und der Schweiz verkaufte, dass bei Erreichen des jährlichen Verkaufskontingentes General-Music seinen Kunden keine Auftragsbestätigung für eine Lieferung im kommenden Jahr geben konnte, sondern die Interessenten für ein Piano nach Hause schicken musste. Dazu kam, »die anarchische Art wie bestätigt wurde im Vergleich zu Kundenwünschen, wie geliefert wurde im Vergleich zu bestätigten Lieferterminen.«¹⁰¹ Diese Schilderung sei hier erlaubt, weil sie an Schärfe herausragt, zugleich aber paradigmatisch für den DDR-Außenhandel ist. Die Möglichkeiten, DDR-Verlagsprodukte in Frankreich erfolgreich abzusetzen, waren unter den Bedingungen der zentralen Planverwaltungswirtschaft bescheiden. Auch in den Dienstreiseberichten der Leipziger Verlage werden schonungslos die Schwachstellen benannt: zu lange Lieferzeiten, fehlerhafte Fakturierung, mangelnde Lieferbereitschaft, kein marktgerechtes Verhalten in Service und Buchausstattung, unzureichende Werbung und Verlagsinformation. Besonders ärgerlich war das Fehlen von Tonbandkassetten bei Lehrmaterialien Deutsch als Fremdsprache.¹⁰²

Auch andere Wirtschaftsbereiche litten unter den Bedingungen der Abschottung und den Strukturen der zentralen Planverwaltungswirtschaft. Leipzig verfügte traditionell über eine starke polygraphische Industrie. Der Marktanteil Leipziger Druckmaschinen lag vor dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich bei 40%, 1971 dagegen nur

99 Zeitzeugengespräch mit Andreas Tümmler v. 1.7.2004. Besonders ungünstig erwies sich dabei, dass sich ein Verein zur Rückgliederung des Elsaß an Deutschland für die Ausstellung besonders interessierte. Der Börsenverein des deutschen Buchhandels legte zum Schutz der Grossohäuser und der ausländischen Buchhändler, die mit deutschsprachiger Literatur handelten, einen für jedes Land unterschiedlichen Umrechnungskoeffizienten fest. Dem hatte sich die DDR angeschlossen, weil man glaubte, dadurch mehr Valuta einzunehmen.

100 StAC, AHB Demusa, Nr. 12, Bericht v. General Music an Demusa v. 6.7.1988.

101 Ebd., Nr. 12, Bericht v. General Music an Demusa v. 26.11.1987.

102 StAL, Bibliographisches Institut, Nr. 136, Dienstreisebericht Frankreich 18.10.–5.11.1981 und 6.4.–20.4.1984. Ebd., AHB Buchexport, Nr. 833, Buchexport an Libr. Martin Flinker v. 28.3.1984.

noch bei 2%.¹⁰³ Die DDR bemühte sich an diese Marktposition anzuknüpfen. Die Parteipresse der PCF zählte wohl gerade in den ersten Jahrzehnten zu den wichtigsten Kunden von DDR-Druckmaschinen. Der Verkauf in Frankreich erfolgte über die Firma OFMAG. Bereits seit 1952 arbeitete OFMAG mit Planeta zusammen. Bis 1967 konnten 160 Maschinen des VVB Polygraph nach Frankreich exportiert werden. Frankreich galt als Vorzugsmarkt.¹⁰⁴ Der Erfolg blieb jedoch aus. Ursachen waren massive Qualitätsmängel, Ersatzteilprobleme und die fehlende Nähe des Leipziger Herstellers zu seinen französischen Kunden vor Ort. So wird bspw. in einem Dienstreisebericht von VVB Planeta Export Berlin mit Blick auf Planeta Leipzig festgestellt: »Die Marktarbeit der Planeta ist so unbefriedigend, dass auch auf Veranlassung der französischen Genossen das ZK unserer Partei informiert werden musste.«¹⁰⁵

Während in den DDR-Haushalten Kaffeeautomaten Mangelware blieben, konnte der französische Verbraucher in Kaufhäusern wie La Redoute oder Darti neben Kaffeemaschinen auch Mixer und Friteusen aus der DDR meist zu besonders günstigen Preisen erwerben. In den Regalen des Supermarktes Cora standen bspw. Kaffeemaschinen vom Typ K 500, die in Leipzig vom VEB Kombinat Wohn- und Freizeitbedarf hergestellt wurden und von AHB Heimelectric Meißen auf dem französischen und spanischen Markt abgesetzt wurden. Auch hier traten Qualitätsmängel auf. Aufsehen erregte ein Unfall mit einer K 500, die einem Franzosen explodierte. Ungleicherweise erblindete der Mann auf einem Auge und verklagte nun die Supermarktkette Cora.¹⁰⁶

In Leipzig und Umgebung gab es bereits vor 1945 zahlreiche Firmen aus dem Bereich Metall- und Maschinenbau wie bspw. das Döbelner Unternehmen Tümmler, die die Automobilindustrie belieferten.¹⁰⁷

¹⁰³ Ebd., VVB Polygraph, Nr. 877, Bericht vom 12.7.1971 zur Dienstreise von Polygraph-Export vom 22.6.–5.7.1971.

¹⁰⁴ Ebd., Nr. 404, Analyse über den Vorzugsmarkt Frankreich 7/1967.

¹⁰⁵ Ebd., Nr. 877, Bericht vom 12.7.1971 über Dienstreise von Polygraph-Export vom 22.6.–5.7.1971.

¹⁰⁶ StAL, VEB Kombinat Wohn- und Freizeitbedarf Leipzig, Nr. 475, Vm. v. 26.6.1986; ebd., Nr. 157, Vermerk v. 13.6.1985, VEB Wohn- und Freizeitbedarf an den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates des Bezirks Leipzig, Dr. Müller v. 14.6.1985.

¹⁰⁷ StAL, Fa. Robert Tümmler, Döbeln, Nr. 121, Katalog der Abteilung Automobil- und Karosseriebeschläge 1934. Das Unternehmen fertigte u. a. Türgriffe, die wegen der darin enthaltenen Schlösser seinerzeit sehr innovativ waren. Ebenso die Lenkstocksicherung.

Nach 1945 verstärkte sich diese Entwicklung des Wirtschaftsraums Leipzig als Zulieferer für die PKW- und NKW-Produktion der DDR. Für Wartburg und Trabant fertigte die volkseigene Wirtschaft des Bezirks Leipzig Motoren- und Getriebeteile, Stoßdämpfer, Metallbeschläge und Dichtungen.¹⁰⁸ Insofern stellt sich auch die Frage nach Kontakten zu Frankreichs Automobilindustrie. Mit Blick auf Kosteneinsparungen versuchte die französische Industrie Zulieferer aus dem Osten zu gewinnen. So interessierte sich Citroën 1973 für die Herstellung von Abgaskrümmern und Kolben, die Außenhandelsbetriebe fragten u.a. beim VEB Metallgusswerk Leipzig an.¹⁰⁹

Das VEB Hebezeugwerk Suhl als Betriebsteil des VEB Schwermaschinenbaukombinates TAKRAF Leipzig produzierte nicht nur Wagenheber für die Fahrzeugproduktion der DDR, sondern auch für den französischen Autokonzern PSA. Peugeot 309 und Citroën AX liefen mit Scherenwagenhebern von TAKRAF vom Band, auch Volvo in Schweden und den Niederlanden wurde beliefert, Mitte der 1980er Jahre war TAKRAF sogar alleiniger Lieferant für Volvo. Durch Rationalisierungsmaßnahmen sollte die Produktion für das NSW von 390 000 Wagenhebern im Jahr 1984 auf 1,165 Mio. im Jahr 1989 gesteigert werden, wobei allein der französische Konzern PSA 550000 Wagenheber abnehmen sollte.¹¹⁰

108 Einen Überblick über die Bedeutung des Bezirks Leipzig für die PKW-Produktion der DDR: StAL, SED BL Leipzig, Nr. 2062, Notiz der SED-BL, Abtg. Maschinenbau/Verkehr, v. 21.7.1983 zur Sicherstellung der zusätzlichen Produktion von Trabant und Wartburg im Jahre 1983, Unterlagen über die Aussprache mit Parteisekretären zur Organisierung von Initiativen zur Absicherung der Wettbewerbszielstellungen im PKW-Programm.

109 StAL, VEB Metallgusswerk Leipzig, Nr. 85, Fernschreiben v. 13.6. und 9.11.1973.

110 Ebd., VEB Kombinat TAKRAF Leipzig, Nr. 952, Rationalisierung und Erweiterung der Scherenwagenheberfertigung im VEB HWS, BT Treffurt, Dokumentation zur Grundsatzentscheidung, erstellt am 12.12.1986 von Betriebsdirektor Mühlstein.

Zusammenfassung

Leipzig spielte in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR eine wichtige Rolle. Als Messestadt, Kultur-, Buch- und Verlagsstadt ergaben sich eine Vielzahl von Möglichkeiten, Kontaktfelder aufzubauen. Sie eröffneten wegen der bis 1973 fehlenden diplomatischen Beziehungen der DDR zahlreiche Möglichkeiten, sich als zweiter deutscher Teilstaat in der französischen Öffentlichkeit ins Gespräch zu bringen. Hier spielte auch der Film eine Rolle wie etwa das DokFilm-Festival, aber auch die Woche des französischen Films in Leipzig¹¹¹ und Kontakte der Karl-Marx-Universität zu französischen Einrichtungen.¹¹²

Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass mit Dieter Lehmann ein Kader aus der Leipziger SED-Stadtleitung seit 1987 Direktor des 1983 errichteten Kulturzentrums der DDR in Paris war. Im Herbst 1984 fand dort eine große Leipzig-Ausstellung mit Exponaten des Stadtgeschichtlichen Museums, den Sammlungen der Karl-Marx-Universität und dem Museum der Bildenden Künste statt.¹¹³

¹¹¹ Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 319 ff.

¹¹² Bspw. Kontakte von Walter Markov zu Georges Castellan seit 1959, siehe: Pfeil, DDR und Frankreich (Anm. 1), S. 345. StAL, RdB, Nr. 24398, Ehrennadel der KMU-Leipzig für Prof. Jean Robin, Bericht des France-R.D.A.-Komitees 1976.

¹¹³ Christian Otto, Schaufenster des Ostens: Die kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich am Beispiel des Kulturzentrums der DDR in Paris 1983–1990, Magisterarbeit, Historisches Seminar der Universität Leipzig, 2000.

Ernst Rietschel

und sein Denkmal für Albrecht Daniel Thaer

Ilona Petzold

Am 15. Dezember 2004 jährte sich zum zweihundertsten Male der Geburtstag des Bildhauers Ernst Rietschel. Aufgewachsen im sächsischen Pulsnitz, hatte er von 1820 bis 1826 eine Freistelle an der Dresdner Kunstakademie inne, ehe er für vier Jahre als Schüler und Werkstattmitarbeiter Christian Daniel Rauchs in Berlin wirkte. 1831 eröffnete ihm der auf Vermittlung seines Lehrers zustande gekommene Auftrag für das Denkmal des sächsischen Königs Friedrich August eine selbstständige Existenz als Bildhauer. Mit seiner Berufung in das akademische Lehramt war der Grundstein gelegt für die Entwicklung der überregional wirkenden Dresdner Bildhauerschule. Im Alter von 56 Jahren starb er am 21. Februar 1861 in Dresden an einem Lungenleiden.

Heute verbindet sich sein Name in erster Linie mit so bedeutenden und populären Denkmalschöpfungen wie der Zweifigurengruppe von Goethe und Schiller in Weimar, mit den Monumenten für Lessing in Braunschweig und Luther in Worms.

Leipzig beansprucht in vielfacher Hinsicht einen Platz im Oeuvre des Bildhauers. Zu den persönlichen wie künstlerischen Bindungen an die Stadt hat Stefan Voerkel in den »Leipziger Blättern« publiziert.¹ Ausführungen zu den Arbeiten für Gebäude und Aula des Augusteums der Leipziger Universität, die heute nur noch fragmentarisch erhalten sind, beinhaltet der Katalog zur Rietschel-Ausstellung der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden.²

Im Mittelpunkt dieser Betrachtung soll ein Werk aus der Hauptschaffenszeit des Künstlers um die Jahrhundertmitte stehen, das derzeit an einem keinesfalls angemessenen Standort in der verlängerten Liebigstraße ein bescheidenes Dasein fristet: das überlebensgroße Bronzestandbild des Protagonisten der modernen Landwirtschaft Albrecht Daniel Thaer (1752 Celle–1828 Möglin/Brandenburg).

Als das Denkmal am 28. September 1850 auf der Promenade zwischen Augustusplatz und dem Peterstor enthüllt wurde, war mit der Übereignung an die Stadt Leipzig in Person ihres Oberbürgermeisters Otto Koch die Bitte verbunden, dem

1 Stefan Voerkel, Ernst Rietschel in Leipzig. Ein Rundgang vor dem 200. Geburtstag des Künstlers, in: *Leipziger Blätter*. Ausgabe 4. Leipzig 2004. S. 60 ff.

2 Gerd Spitzer, Das Denkmal für König Friedrich August I. von Sachsen, das Augsteum in Leipzig und Rietschels Anfänge als Bildhauer in Dresden, in: Ernst Rietschel. Zum 200. Geburtstag des Bildhauers. München, Berlin 2004.

»Nationalwerk sorgfältige Überwachung, Schutz und Erhaltung zu gewähren«³. Die Stadt beteiligte sich mit der Finanzierung der schmiedeeisernen Einfriedung und des Sockels aus Schlesischem Marmor, der die Inschrift trug:

IHREM
VEREHRTEN LEHRER
ALBRECHT THAER
DIE DEUTSCHEN LANDWIRTHE
MDCCCL

Vorausgegangen war der auf der IV. Allgemeinen Versammlung deutscher Landwirte 1840 in Brünn gefasste Beschluss einer angemessenen Würdigung für den bedeutenden Lehrer, Politiker und Wissenschaftler. 1841 wurde Ernst Rietschel auf der Grundlage eines zeichnerischen Entwurfes in Konkurrenz zu seinen Bildhauerkollegen August Kiss und Ludwig Schwanthaler dieser Auftrag in Aussicht gestellt. Die Wirren der Revolutionsjahre brachten es mit sich, dass die 1845 vollendete und bereits 1847 in Lauchhammer gegossene Figur erst 1850 Aufstellung fand.

Das Denkmal sollte »im Geiste Deutscher Einheit zu Leipzig im Mittelpunkte Deutschlandes«⁴ errichtet werden, obwohl die wesentlichen Wirkungsstätten Thaers eher in Preußen und Niedersachsen lagen. Dennoch erschien die Stadt als Standort eines Memorials mit gesamtdeutschem Bezug prädestiniert. Hier, im Zentrum der wegen ihres hohen Entwicklungsstandes weithin geschätzten sächsischen Schafzucht, befand sich der Stapelplatz für den deutschen Wollhandel. Leipzig war 1823 Versammlungsort für den ersten Wollkonvent, zu dessen Präsident Thaer als namhaftester deutscher Schafzüchter berufen wurde. Thaers Laufbahn begann in seiner Heimatstadt Celle, wo sein Vater als Hofmedikus wirkte und den Sohn zum Studium der Medizin nach Göttingen bestimmt. Den jungen praktizierenden Arzt beschäftigten die unmittelbaren Gesundheitsprobleme der Landbevölkerung, vornehmlich die Kausalität verbreiteter Krankheitsbilder und einer mangelhaften, einseitigen Ernährung.

»Außerdem leidet er seelisch und körperlich mit seinen Patienten mit. Entspannung findet er im Garten, ist ›Botaniker, Blumist und Gärtner. Naturwissenschaftlich geschult, versucht er die Gesetzmäßigkeiten des Pflanzenwachstums zu ergründen und stößt so auch auf die Probleme der Bodenfruchtbarkeit. Auf dieses Weise findet er den Weg zur Landwirtschaft.«⁵

3 Stadtarchiv Leipzig, Akte (K) LXIID Nr. 22 b.

4 Ebd.

5 Eberhard Schulze, Vom Mediziner zum Landwirt – Leistungen und Vermächtnis Albrecht Daniel Thaers für die Agrarwissenschaften, in: Das Vermächtnis Thaers als Begründer der modernen Landwirtschaft. Schriftenreihe des Thaer-Institutes. Band 8. Leipzig 2002, S. 30.



Das Thaer-Denkmal am zweiten Standort vor der Bürgerschule an der Moritzbastei

König Friedrich Wilhelm III. berief ihn nach Preußen. Thaer gestaltete das ihm anvertraute 300 ha große Rittergut Möglitz im Oderbruch zu einer Musteranlage. Er begründete die »Königlich Preußische akademische Lehranstalt des Landbaues« als erste landwirtschaftliche Akademie, erhielt eine außerordentliche Professur für Kameralwissenschaften an der Berliner Universität und wurde als Staatsrat in das preußische Ministerium des Innern berufen. Geradezu revolutionierend war die durch ihn propagierte Ablösung der jahrhundertelang praktizierten Dreifelderwirtschaft mit vorwiegendem Getreideanbau und Brachflächen durch eine alternierende Halm- und Blattpflanzung, in deren Folge die Grundlage für Stallfütterung und kontinuierliche Tierhaltung gelegt wurde.

Seine Erkenntnisse publizierte er in den vier Bänden seiner vielbeachteten »Grundsätze der rationellen Landwirtschaft«.

Ausdruck der Popularität Albrecht Daniel Thaers, dem Johann Wolfgang Goethe auf Veranlassung des Direktors der Berliner Singakademie Carl-Friedrich Zelter und von diesem vertont ein Gedicht zum 50. Doktorjubiläum verfasste, ist die keinesfalls selbstverständliche dreifache Denkmalsetzung innerhalb weniger Jahre.⁶ »Thaer genoss, wie sein Biograf Wilhelm Körte schreibt, ein solches hohes allgemeines Ansehen, daß der Wiener Freiherr von Ehrenfels bereits 1829 meinte, er habe Preußen so viel genützt als Blücher. ... laßt uns nun dem Vater Thaer, dem Fürsten der Landwirtschaft, einen Altar der Verehrung bauen.«⁷

Zeitgleich mit dem Auftrag an Rietschel und in offensichtlichem Wettbewerb zu Leipzig hatten die preußischen Landwirte den Bildhauer Christian Daniel Rauch beauftragt, ein Thaer-Denkmal zu schaffen, das 1860 vor der Bauakademie, neben den in kurzem zeitlichem Abstand folgenden Standbildern von Beuth und Schinkel, enthüllt wurde.

Das dritte Denkmal, eine Skulptur aus Marmor in Anlehnung an die Formulierung Rauchs von Ferdinand Hartzer geschaffen, errichtete der landwirtschaftliche Verein Celle 1873 zum 45. Todestag des namhaften Bürgers.

Die Entwicklung der Arbeiten von Rauch und Rietschel vollzogen sich in einem engen künstlerischen Austausch. »Die Briefe an Rauch spiegeln Rietschels zeitraubendes Ringen, das ihm im März 1846 das Wortspiel eingab. Aus Thear (sprich hier: Teer) kann man Pech sieden. O Schande, erst jetzt laß ich diesen Ewigen formen.«⁸

⁶ Siehe dazu: Peter Bloch, Der dreifache Thaer. In: Albrecht Thaers Denkmal, Berlin 1992, S. 85 ff.

⁷ Erdmann Röhling, Die Geschichte des Leipziger Thaer-Denkmales, in: Das Vermächtnis Thaers als Begründer der modernen Landwirtschaft, S. 41.

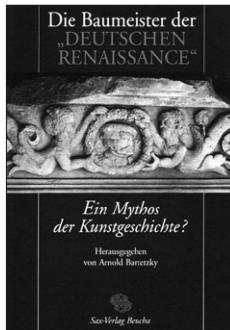
⁸ Ernst Rietschel, Zum 200. Geburtstag des Bildhauers, a. a. O., S. 166.

Wie sein vormaliger Lehrer vertrat Rietschel eine am klassizistischen Ideal geschulte, jedoch individueller charakterisierende künstlerische Auffassung. Nicht ins Letzte zu klären ist, welche Quellen der Modellierung des Porträts zugrunde lagen, eventuell eine 1824 entstandene marmorne Bildnisbüste.

Die Figur des Thaer erwächst aus der Spannung zwischen denkmalbedingtem Pathos und realistisch bürgerlichem Menschenbild in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Auf Attribute wie den in Zeichnungen und einer Entwurfsstatuette von 1843 zunächst vorgesehenen Widder zu Füßen der Statue, auf den Stift in der rechten Hand und das Modell eines englischen Pfluges wurde letztendlich verzichtet zugunsten der Konzentration auf Thaers theoretisches Wirken und sein praktisches Tun befördernde Lehre.

Rietschel setzte anstelle einer zeitlos antikisierenden Gewandung auf die wetterfeste, schlichte Kleidung mit Rock und Stulpstiefeln, die ganz der praktischen Ausstattung des im Freien agierenden Landmannes entspricht. Dennoch weckt der lange, über die Schulter gelegte, herabfließende Mantel Erinnerungen an die Toga römischer Redner. Ponderation, deklamierende Haltung, die derzeit eines dialogbereiten Publikums entbehrt, und die Rolle mit der Aufschrift »Rationelle Landwirtschaft« in der linken Hand überhöhen die historische Figur unter Bezug auf klassische Vorbilder.

Bemühungen nicht nur der Denkmalpflege gehen dahin, dem Standbild des Nestors der modernen Landwirtschaft Albrecht Daniel Thaer wieder einen ihm angemessenen Platz im Zentrum der Stadt Leipzig zukommen zu lassen. Dies schließt ein die Wiederherstellung des etwa zwei Meter hohen Marmorsockels und die Rekonstruktion der originalen schmiedeeisernen Einfriedung. Bis heute ist die bedeutendste Skulptur im öffentlichen Raum der Stadt Leipzig ihrer monumentalen Wirkung beraubt und mehr abgestellt denn aufgestellt.



Die Baumeister der »Deutschen Renaissance« – Ein Mythos der Kunstgeschichte?

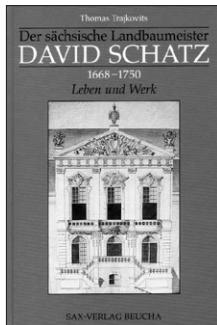
Hrsg. Arnold Bartetzky

ISBN 3-934544-52-5

Festeinband, 16,5 cm x 23 cm, 272 Seiten, 40 einfarbige Abb.
25 Euro, 1. Aufl. 2004, Sax-Verlag

Autoren: Klara Kaczmarek-Patalska, Christine Kratzke, Tim Tepper, Wolfram Günther, Martin Müller, Arnold Bartetzky, Paul Zaprasny, Jörn Bohr, Thomas Fichtner, Kai Wenzel, Ruben Rebmann

Die Renaissance gilt als Geburtsstunde des Künstlerindividuums und damit auch des für den Entwurf zuständigen Architekten. Doch die von italienischen Leitbildern geweckten Erwartungen der Kunstgeschichte an einen Renaissancearchitekten lassen sich nördlich der Alpen schwerlich einlösen; die Baumeister der Deutschen Renaissance treten selten aus der Anonymität heraus. Der Band unternimmt eine kritische Revision der Forschungsgeschichte zu ausgewählten Baumeistern der »Deutschen Renaissance«: Wendel Roskopf, Konrad Krebs, Hieronymus Lotter, Wilhelm Verhoven, Antonis van Obberghen, Lüder von Bentheim, Jakob Wolff d. J., Elias Holl und Heinrich Schickhardt. Schritt für Schritt erfolgt eine systematische Unterscheidung zwischen gesicherten Fakten, Mutmaßungen und Legenden.



Der sächsische Landbaumeister David Schatz (1668–1750) – Leben und Werk

von Thomas Trajkovits

ISBN 3-934544-46-0

Festeinband

16,5 cm x 24 cm

304 Seiten

270 Fotos / Pläne

38 Euro

1. Aufl. 2003, Sax-Verlag

David Schatz hat einen bemerkenswerten Aufstieg vom armen Gärtner zum angesehenen und vielbeschäftigte Landbaumeister genommen. Sein Tätigkeitsbereich erstreckte sich über Sachsen hinaus bis nach Anhalt, Thüringen und Böhmen. Die Arbeiten von David Schatz zeichnen sich vor allem durch Pragmatismus und Solidität aus. Manche – wie Schloss und Gartenanlage in Burgscheidungen oder Orangerie Meuselwitz – zählen zum Besten, was die mitteldeutsche Barockarchitektur hervorgebracht hat. Eine ganze Reihe von Schlössern im Leipziger Umfeld (Knauthain, Zöbigker, Brandis, Schönwölkau, Otterwisch) sowie Kirchen im Markkleeberger Raum können ihm zugeschrieben werden. Als Gutachter an der Dresdner Frauenkirche spielte David Schatz einmal sogar eine Rolle im Weltkunstgeschehen.

Die Kleine Funkenburg in Leipzig. Zur Frage ihres Denkmalwertes

Mathis Nitze

Ende Mai 2005 wurde ein markant im Straßenraum stehendes historisches Gebäude in Leipzig abgebrochen, weil es der geplanten Umgestaltung der Jahnallee im Wege stand. Vorausgegangen waren dem drohenden Verlust des Baudenkmals Kleine Funkenburg sachliche, bisweilen emotional geführte Debatten um dessen Bewahrung und mehrere Protestaktionen, in denen die Befürworter des Erhalts (darunter der Leipziger Geschichtsverein) ihre innere Verbundenheit mit dem Denkmal zum Ausdruck brachten.¹

¹ Wesentliche Beiträge zur Diskussion um die Kleine Funkenburg (die in Printmedien, Radio- und Fernschwendungen kommentiert wurde) lieferte die Leipziger Volkszeitung. Von den zahlreichen Artikeln seien folgende herausgegriffen: Kultur Spezial – Leipziger Künstler und Architekten beklagen Denkmalvernichtung durch gezielte Vernachlässigung. LVZ, Mo. 14. März 2005, S. 9; Andreas Friedrich, Marktbereinigung und Magistralenwahn. Ebenda; Hendrik Pupat, Zu viel Mut zur Veränderung. Ebenda; Andreas Tappert, Ausbau vordere Jahnallee – Initiative setzt auf Funkenburgplatz. Streit um Abriss eskaliert, in: LVZ, So. 15. Mai 2005 (Pfingsten), S. 13; A(ndreas) T(appert), Kleine Funkenburg wird weggebaggert. Arbeiten von Protesten begleitet, in: LVZ, Mi. 18. Mai 2005, Titelseite; Andreas Tappert, Bagger besiegt Aus für spätklassizistisches Gebäude in der Jahnallee. Funkenburg – Abriss angelaußen, in: LVZ, Mi. 18. Mai 2005, S. 15; A(ndreas) T(appert), Blockade beendet. Polizei räumt an der Funkenburg, in: LVZ, Fr. 20. Mai 2005, S. 16.

Vgl. weiterhin: Arnold Bartetzky, Heute schon perforiert? Nach einem Jahrzehnt vorbildlicher Sanierungen droht nun die Renaissance der Abrißbirne anzubrechen – Leipzig löst sich auf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Di. 15. Juni 2004, Nr. 136, S. 45; Arnold Bartetzky: Es grünt so grün, wenn Abrißbirnen glühen. Häuserkampf Ost – In Leipzig wächst der Widerstand gegen eine zerstörerische Baupolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Mo. 07. März 2005, Nr. 55, S. 44; Dankwart Guratzsch, Originale. Leipzigs Erbe, in: Die Welt, Do. 19. Mai 2005, S. 26; Heinz-Jürgen Böhme, Flurschaden. Der Abriss der Kleinen Funkenburg zeigt, dass vielen Entscheidungsträgern ein Gespür für unwiederbringliche Werte fehlen, in: KREUZER. Das Leipziger Stadtmagazin. Juni 2005, S. 7; Björn Achenbach, Requiem für ein Baudenkmal. Die letzten Tage der Kleinen Funkenburg – ein Fotoalbum zum Abschied von Claudia Huber. Ebenda, S. 28.

Im Streit um die Funkenburg wurde auch vor persönlichen Angriffen und Diffamierungen nicht zurückgeschreckt, die sich besonders gegen den Baubeteiligten der Stadt Leipzig, Dr. Engelbert Lütke Daldrup, richteten. So in einem Leserbrief der LVZ: »Im Beitrag ›Zu viel Mut zur Veränderung‹ verlangt der Autor, dass die Jahnallee nach dem ›Vorbild‹ der Eisenbahnstraße umgebaut werden solle. So könnte auch die Ruine der Funkenburg mitten auf der Straße stehen bleiben. ... Dank des Radfahrers und Rückbauers Lütke Daldrup wurden in den letzten Jahren unzählige Millionen für den Rückbau [von Fahrspuren an Hauptstraßen] ausgegeben. Es gab keinen Neubau ohne drastischen Rückbau (Delitzscher-, Karl-Liebknecht-, Breite Straße, der gesamte Ring mit Georgiring von drei auf zwei Fahrspuren und so weiter). ... Ging es nach mir, würde eine komplette Häuserzeile der Jahnallee verschwinden ...« (LVZ Sa./So. 19./20. März 2005, Seite M 21) Ein anonymes Flugblatt, das kurz vor dem Abbruch an die Kleine Funkenburg plakatiert wurde, meint: »Bürger von Leipzig! Um dieses Baudenkmal zu erhalten, müssen wir eine Hausbesetzung organisieren. Wir müssen uns gegen gewissenlose Stadtpolitiker (vor allem Lütke-Daldrup) [sic!] wehren! Der Planungsbeigeordnete Lüt-

Das Interesse an diesem städtebaulich herausragenden Gebäude speist sich sicherlich nicht aus einer einheitlichen Auffassung. Die Erklärung des Denkmalwertes eines Gebäudes wie der Kleinen Funkenburg kann auf Vertrautheit mit dem Ort oder ästhetisch-emotionalen Vorstellungen beruhen, die Bewertung kann sich aus wissenschaftlichem Forschungsdrang an bestimmter historischer Bausubstanz ergeben oder auch journalistisch-mediale bzw. kommunalpolitische Beweggründe haben. Der Ausgangspunkt der Wertungen, die städträumliche Situation, ist für alle Betrachtungen gleich und hängt mit der Frage zusammen, ab welcher gestalterischen oder ab welcher ideellen Qualität ein historisches Bauwerk das unverzichtbare Bild einer Stadt schmückt. Es soll mit diesem Beitrag nicht der Verlauf des Streites zwischen der Denkmaleigentümerin, der Stadt Leipzig bzw. der kommunalen Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft einerseits und der staatlichen Denkmalpflege bzw. den Leipziger Bürgergruppen pro Denkmalerhalt andererseits nachgezeichnet werden, der sich um Punkte wie überregionale Bedeutung des Denkmals, Zweckmäßigkeit kommunaler Verkehrskonzepte, juristische Richtigkeit von Verwaltungsverfahren und Auswirkungen des »Stadtumbaus Ost« auf das Leipziger Ortsbild drehte.²

Es soll mit diesem Aufsatz versucht werden, den Sinn von Erhalt und Pflege eines Denkmals wie der Kleinen Funkenburg aus allgemeiner Sicht zu erläutern. Als ein möglicher Ansatz der Beurteilung eines denkmalfähigen und -würdigen Gebäudes sollen hier die Überlegungen zum »Modernen Denkmalkultus«³ des Wiener Kunsthistorikers Alois Riegls herangezogen werden. Diese wurden zwar schon vor gut einhundert Jahren niedergeschrieben, aber sie können auch heute noch als Grundlage einer Denkmalpflegetheorie dienen, wenn man zeitbedingte Aspekte der Riegelschen Äußerungen vernachlässigt, beispielsweise die Kritik an dem seinerzeit noch üblichen historistischen Baustil-Kanon. Riegls (1858–1905), der Universitätsprofessor und auch eine Zeit lang als Generalkonservator Leiter der österreichischen Denkmalpflege war, wirkte vor allem als Methodiker in der Kunstgeschichte bahnbrechend (Umdeutung der »Verfallsperioden« in Spätstile). Er gilt außerdem neben Georg Dehio, von dem Idee und Erstbearbeitung

ke-Daldrup hat mit seiner Meinung zum Baudenkmal »Kleine Funkenburg« endgültig seine mangelnde Kompetenz bewiesen. Er muss zurücktreten, denn er hat für Leipzig nicht viel Gutes gebracht mit seinen Entscheidungen. Er ist ein skrupelloser Karrierist, ohne Gespür für unsere Stadt, krankhaft geltungssüchtig, arrogant und leider auch belehrungsresistent!«

2 Zum speziellen Problem von »Stadtumbau Ost« in Leipzig vgl. Alberto Schwarz, Stadtumbau Ost und Denkmalpflege in Leipzig, in: *Die Denkmalpflege* 62 (2004) 1, S. 19–28, bes. S. 23; erneut abgedruckt unter dem Titel: Alberto Schwarz, Probleme und Auswirkungen des »Stadtumbaus Ost« in Leipzig, in: *Sächsische Heimatblätter* (2004) 3, S. 201–209, bes. S. 205.

3 Alois Riegls, *Der moderne Denkmalkultus. Sein Wesen, seine Entstehung*, Wien 1903. (Einleitung zum Denkmalschutzgesetz.) Wieder abgedruckt in: Alois Riegls – *Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Karl M. Swoboda. Einleitung von Hans Sedlmayr. Augsburg 1929; Nachdruck Berlin 1995 mit einem Nachwort von Wolfgang Kemp, S. 144–193.

des »Handbuchs der Deutschen Kunstdenkmäler« (1905 ff.) stammen, als Wegbereiter der modernen Denkmalpflege-Theorie in deutschsprachigen Ländern. Während Dehio das Denkmal besonders als Urkunde für die historische Forschung auffasste und in der Pflege der Monamente ein wesentliches Instrument zur Stärkung des Nationalbewusstseins im deutschen Volk sah, wandte sich der universeller denkende Riegl gegen einen solcherart eingeschränkten Denkmalbegriff. Für ihn stand die subjektive Stimmungswirkung, der Genuss bei Betrachtung des Kunstwerkes durch das Publikum im Vordergrund, eine Stimmungswirkung, die er mit religiösen Gefühlswerten verglich. Wesentlich für Riegl ist nicht allein der historische Wert, sondern ebenso der Alterswert des Denkmals, was er beispielhaft an der Denkmalpflege von Ruinen verdeutlicht. Beide Denkmalpfleger wandten sich in der Zeit um 1900 gegen die normative Ästhetik der Stilreinheit und damit gegen die puristische Ergänzungstätigkeit der historistischen Denkmalpflege des ausgehenden 19. Jahrhunderts, wie sie beispielsweise der Architekt und Denkmalpfleger Karl Schäfer, Professor für Baukunst des Mittelalters, in jener Zeit vertrat, besonders deutlich bei dessen Ausbau der Ruine des Heidelberger Schlosses (1895–1903) sowie dessen Vollendung der Domtürme zu Meißen (1902–06).

Vergangenheitswerte

Grundlegender Denkmalwert nach Riegls Theorie ist der Vergangenheits- oder Erinnerungswert. Beim Betrachter erzeugt ein historisches Gebäude wie die Kleine Funkenburg Aufmerksamkeit und Wiedererkennen, wenn es unverwechselbar erscheint. Im konkreten Fall lag das Denkmal hervorstechend an einem dreieckigen begrünten Stadtplatz und begrenzte den urbanen Raum so, dass der Straßenverlauf an dem Bau-Denkmal verschwenkt ist und die Funkenburg in Korrespondenz mit den benachbarten historischen Gebäuden tritt. Das Denkmal fällt einem ins Auge. Wenn der Wahrnehmende einen geschulten Blick hat, erinnert ihn dessen Gestaltung an den frühhistoristischen bzw. spätklassizistischen Baustil des mittleren 19. Jahrhunderts.

Die Erinnerung an das 19. Jahrhundert ist heute keine persönliche mehr, sondern eine über Wissen und Bildung transformierte. Um 1800 war das Vorwerk »Kleine Funkenburg« Teil des Richterschen Gartens, der sich im Gebiet der heutigen Lessingstraße erstreckte.⁴ Der Gutshof umfasste in etwa das heutige Gelände des abge-

⁴ Zur Geschichte der Kleinen Funkenburg vgl.: Heinz-Jürgen Böhme, Die Kleine Funkenburg – Facetten der Entwicklung eines markanten Ortes, in: Waldstraßenviertel. Eine Publikationsreihe von Pro Leipzig, Nr. 15, Leipzig 1999, S. 4–7; ders., Die Kleine Funkenburg – Durch Verkehrsplanung vom Abriss bedroht, in: ebenda, S. 8–9; Bernd Sikora, Die Parzellierung von Gerhards Garten, in: ebenda, S. 30–33; Heinz-Jürgen Böhme, Von Werten und Haltungen. Das Baudenkmal Kleine Funkenburg, in: Leipziger Blätter Nr. 45, Leipzig 2004, S. 18–19

brochenen Gebäudes Jahnallee 25 (das ist die Kleine Funkenburg im engeren Sinne), des historischen Hauses Thomasiusstraße 1 sowie des Wohnblocks Jahnallee 19–21–23 (dieser 1951 erbaut), das Vorwerk erstreckte sich also von der Gasse Naundörfchen bis zum Äußeren Ranstädter Tor. Jenes westliche Stadttor befand sich auf der Höhe des jetzigen dreieckigen Schmuckplatzes. Die Platzbildung ist durch den Verlauf des Elstermühlgrabens bestimmt, der an dieser Stelle aus ursprünglich offenem Gelände kommend mit leichtem Bogen in die Jahnallee, früher Ranstädter Steinweg, floss. Jahrzehntelang wurde das Vorwerksgelände von dem Wasserlauf begrenzt, ehe 1878/79 der Mühlgraben im Bereich der heutigen Jahnallee (hauptsächlich wegen des Baues einer Straßenbahnlanlage) überwölbt wurde. Ein weiterer Abschnitt des Mühlgrabens wurde 1963–65 verrohrt, so dass sich der Wasserlauf an dem kleinen dreieckigen Platz derzeit nur noch als Rasenfläche darstellt.

Unmittelbar am Äußeren Ranstädter Tor wurde der Elstermühlgraben von einer Brücke überwunden, die in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 eine besondere Rolle spielte, als hier nach der drohenden Niederlage des französischen Heeres der Rückzug Napoleons nach Westen mit einer Brückensprengung vor den nachrückenden gegnerischen Armeen geschützt wurde. Die verfrühte Sprengung verhinderte den weiteren geordneten Abzug der französischen Truppen. Das 1863 an dieser Stelle errichtete Denkmal der Sprengung der Elsterbrücke (aufgrund seiner Gestaltung auch »Kugeldenkmal« genannt) erinnert noch heute an dieses historische Ereignis.

Nach den Befreiungskriegen erwarb der Bankier Christian Wilhelm Reichenbach 1814 den Richterschen Garten samt dem Vorwerk am Ranstädter Steinweg und nach dessen Tod gelangte der Garten 1827 in den Besitz des Kaufmanns, Dichters und Naturforschers Wilhelm Gerhard. Bereits 1820 verkaufte Reichenbach den Gutshof der Gartenanlage, die Kleine Funkenburg, an Johann Gottfried Schmeisser, den Pächter der Angermühle am Ranstädter Steinweg. Nach dem Tod des Müllers kam die Kleine Funkenburg 1832 in das Eigentum seines Schwagers, des Brauereibesitzers Carl Wilhelm Naumann, der dort sogleich ein neues Brauhaus errichtete (auf dem Gelände des später, 1865 erbauten Hauses Thomasiusstraße 1). Der Braubetrieb wurde 1864 nach Plagwitz ausgelagert, 1888 wurde auch das Kontor der nunmehrigen Dampf-

Zum Umfeld der Kleinen Funkenburg vgl.: ders., Durch neue Planung verkannt und reduziert. Die Denkmalanlage vor der Kleinen Funkenburg, in: Waldstraßenviertel. Eine Publikationsreihe von Pro Leipzig, Nr. 18, Leipzig 2004, S. 31; Bernd Sikora, Baustile im Waldstraßenviertel. Die Bauten im Einfluß des Klassizismus und Spätklassizismus, in: Waldstraßenviertel. Eine Publikationsreihe von Pro Leipzig, Nr. 2, Leipzig 1993, S. 36–40; Katrin Sohl und Thomas Nabert, Die Große Funkenburg. Geschichte und Geschichten eines denkwürdigen, aber verschwundenen Ortes, in: ebenda, S. 48–55; Thomas Nabert, Zur Geschichte des Waldstraßenviertels, in: Waldstraßenviertel. Eine Publikationsreihe von Pro Leipzig, Nr. 1, Leipzig 1992, S. 4–9; Heinz-Jürgen Böhme, Zeitbrücke. Das Waldstraßenviertel auf historischen Ansichtskarten, in: ebenda, S. 12–37.

brauerei Plagwitz in den westlichen Stadtteil verlegt. Die Kleine Funkenburg blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein im Besitz der Naumannschen Familie, ehe sie Anfang der 1920er Jahre in städtisches Eigentum überging.⁵

In der Kleinen Funkenburg (dieser Hausname lässt sich seit dem beginnenden 19. Jahrhundert nachweisen) war eine Bierschänke seit längerer Zeit eingerichtet. Schon im Leipziger Adressbuch von 1770 wird der Schankwirt Johann Bernhard Zeumer »vor dem Ranstädter Thore, in Thomas Richters Garten« erwähnt, im Adressbuch von 1800 wird im Richterschen Gut Johann Gottlob Bierhold »Am Ranstädter Steinweg No. 1040« als Bierschänker genannt.⁶ Kurz nachdem der Bierbrauer Naumann die Kleine Funkenburg 1832 erwarb, erscheint dessen bisheriger Schankwirt Becker im Leipziger Adressbuch von 1834 als Kaffeeschänker in der schräg gegenüber liegenden Großen Funkenburg.⁷ Von diesem alten Vorwerk an der Ausfallstraße nach Frankfurt (im Bereich der heutigen Funkenburgstraße) hat die Kleine Funkenburg auch ihren Namen, da die Bierschänke am Äußeren Ranstädter Tor einen schönen Ausblick auf Kaffeehaus und Vorwerk (Große) Funkenburg besaß. Der Name »Funkenburg« geht auf frühere Besitzer, die Familie Funk, zurück.

Neben kulturhistorischen können spezielle kunsthistorische Fakten über das Denkmal in Erinnerung gerufen werden, die auf der konkreten Baugestalt beruhen. Im Jahr 1850 wird die Kleine Funkenburg, die damalige Anschrift lautete Frankfurter Straße 33, durch ihren Besitzer, den Bierfabrikanten Naumann, neu erbaut. Der Entwurf für das Haus stammt höchstwahrscheinlich von dem Maurermeister Christian Gottlob Leibelt, der die Kleine Funkenburg zusammen mit dem Zimmermeister Bauer errichtete.⁸ Das Haus auf stumpfwinkligem Grundriss passte sich dem Verlauf des (heute unterirdischen) Elstermühlgrabens an. Sechs Fensterachsen mit der Hofzufahrt lagen unmittelbar an der Jahnallee, neun Fensterachsen erstreckten sich zu dem kleinen dreieckigen Platz. Das Rundbogenfenstermotiv beherrschte das viergeschossige Gebäude, allein das oberste Geschoss besaß Rechteckfenster (früher mit leichten Schulterbögen). Die Fassade war sparsam gestaltet, die Gebäudekanten durch pilasterartige Lisenen gekennzeichnet, die Geschosse durch (ursprünglich ornamental-stuckierte) Gesimsbänder betont, das erste Obergeschoss durch Fenster- und Gurtgesims (außerdem ehemals durch floral gestaltete Brüstungsfelder) hervorgehoben. Ein

5 Leipziger Adressbuch 1920 und Leipziger Adressbuch 1925, *passim*.

6 Leipziger Adress- Post- und Reise-Calender auf das Jahr 1770, S. 194 und Leipziger Adress-, Post- und Reise-Calender auf das Jahr Christi 1800, S. 136.

7 Leipziger Adressbuch auf das Jahr 1834, S. 272.

8 Laut Bauakte, vgl. Heinz-Jürgen Böhme, *Die Kleine Funkenburg – Facetten der Entwicklung eines markanten Ortes*, in: *Waldstraßenviertel. Eine Publikationsreihe von Pro Leipzig*, Nr. 15, Leipzig 1999, S. 4; beim Zimmermeister Bauer handelt es sich entweder um Johann Carl Bauer senior oder um Christian Friedrich Bauer junior, vgl. auch Leipziger Adressbuch für das Jahr 1850, *passim*.

(früher reich stuckiertes) Kranzgesims schloss das flachgeneigte Satteldach ab. Im Inneren hatte der alte Gastraum nachträglich eingebaute, recht sehenswerte gusseiserne Säulen des späten 19. Jahrhunderts. Das originale hölzerne Treppenhaus war von besonderer, anmutiger Wirkung und vom gleichen Typ wie das noch erhaltene des Mendelssohn-Hauses in der Goldschmidtstraße. Die Treppe der Kleinen Funkenburg war jedoch von ganz eigener Prägung durch den halbkreisförmigen Grundriss. Das Haus an der Jahnallee ließ insgesamt eine solide Maurermeisterarchitektur im klassizistisch-historistischen Stil von repräsentativem Anspruch erkennen.

Wenn man die Betrachtung zur kunsthistorischen Gestalt der Kleinen Funkenburg auf die städtebauliche Situation erweitert, wird deutlich, dass das Haus ein wichtiger Bestandteil der platzbegrenzenden überlieferten Bautengruppe ist. Die Platzbebauung entwickelte sich, nachdem 1851 das nunmehr Frankfurter Torhaus genannte Äußere Ranstädter Tor stadtauswärts verlegt wurde. Das Torhaus-Areal (zwischen Frankfurter Straße und der von der heutigen Thomasiusstraße abzweigenden Sackgasse) blieb vorerst unbebaut, ehe es 1881 parzelliert und unter anderem mit dem Mietshaus Thomasiusstraße 2 bebaut wurde, die westliche Begrenzung des Platzes an der Kleinen Funkenburg. Das Gartengrundstück der Familie Schwägrichen am Ranstädter Steinweg gegenüber der Kleinen Funkenburg wurde durch dessen neuen Besitzer, den Kaufmann Carl Linnemann, schon in den späten 1850er Jahren parzelliert und bebaut. Das bis heute erhalten gebliebene Haus Jahnallee 24 bildet einen Teil der nördlichen Platzbegrenzung. Der weitere bauliche Abschluss des Kugeldenkmal-Platzes im Norden, das einstige Doppelhaus Jahnallee 32 und Leibnizstraße 2 (erbaut um 1865), wurde im Zweiten Weltkrieg 1943 zerstört und mit Ausnahme der Hofgebäude später abgebrochen, so dass heute eine Stichstraße zur Leibnizstraße mit angrenzendem kleinem Autoparkplatz und die hässlichen Giebelwände der Häuser Jahnallee 30 und Leibnizstraße 4 das Platzbild an dieser Stelle bestimmen. Die Kleine Funkenburg war bis zum Abbruch somit das älteste erhaltene Gebäude innerhalb dieses größtenteils um 1860 entstandenen Platzensembles.

Das Wissen über ortsgeschichtliche Zusammenhänge beeinflusst die Betrachtung des Baudenkmals, aufgrund dessen es beim Betrachter zu unterschiedlichen Bewertungen des Vergangenheitswertes kommt. Nachdem die historische Gestalt der Kleinen Funkenburg und die Geschichte des Ortes in unser Bewusstsein gerufen wurden, soll nun unter Bezugnahme auf Riegl die denkmalkundliche Deutung des Vergangenen erfolgen.

Die Riegl'sche Theorie unterscheidet zwei relevante Vergangenheitswerte bei einem Kulturdenkmal, einen gewollten und einen ungewollten Erinnerungswert. Es ist nicht erkennbar, dass schon während des Baus im Jahr 1850 an einen gewollten, intentionalen Denkmalwert durch den Eigentümer Naumann beispielsweise zur eigenen rühmenden Erinnerung gedacht war. Das Kugeldenkmal auf dem Platz vor der Fun-

kenburg ist hingegen ein gewolltes Denkmal, dessen Intention (Andenken an die Brückensprengung 1813) allerdings verloren gehen würde, wenn nicht durch eine ständige Restaurierung das symbolisch bzw. inschriftlich Dargestellte in ~~immerwährender~~ Erinnerung gerufen bleibt. An einem – in der Erbauungszeit – ungewollten Denkmal wie der Kleinen Funkenburg wirkt nach Riegls Theorie stärker der historische (präziser: kunsthistorische) Denkmalwert, der nicht allein auf emotionalen Erinnerungen, sondern auf vernunftgemäßem Denken und wissenschaftlicher Forschung beruht. Völlig emotionslos ist Geschichtswissenschaft dennoch nicht, Triebfeder einer historischen Bauforschung kann die Freude des Entdeckens neuer Erkenntnisse sein. Dafür ist es Ziel der Pflege eines (kunst-)historischen Denkmalwertes »... eine möglichst unverfälschte Urkunde für eine künftige Ergänzungstätigkeit der kunstgeschichtlichen Forschung aufzubewahren.«⁹ Nur dem Forschenden, dem Experten erschließt sich der historische Wert direkt, dem breiten Publikum »— jenen Massen, die niemals mit Verstandesargumenten, sondern nur mit dem Appell an das Gefühl und dessen Bedürfnisse überzeugt und gewonnen werden können ...«¹⁰, wird dieser größtenteils nichtssagend bleiben, denn: »Der historische Wert, als auf wissenschaftlicher Basis beruhend, vermag ... ebenso wenig jemals die Massen unmittelbar zu gewinnen als die Lehrsätze der Philosophie ...«¹¹

Der missverständliche Begriff »Masse« sollte erläutert werden. Er wird fast immer als Gegensatz zu Minorität aufgefasst und ganz unterschiedlich gedeutet: sozial (proletarische Masse und elitäres Bürgertum), künstlerisch (konventionelle Massenkultur und Avantgarde), jugendkulturell (Mainstream und Trendsetter) oder patriotisch (Masse unserer Bevölkerung und Fremde). Riegl verbindet den Begriff »Masse« mit intellektueller und ästhetischer Bildung. Bei ihm sind aber nicht die Ungebildeten, Nichtverständigen die Masse (im Gegensatz zu den höher Gebildeten und Kunstverständigen), sondern es sind die »Durchschnittsgebildeten, die ja die große Masse der an den idealen Kulturwerten überhaupt Interessierten ausmachen.«¹²

Die Minderheit der kunsthistorisch Geschulten entdeckt an der Kleinen Funkenburg stilistische Beziehungen zur zeitgleichen Maurermeisterarchitektur beispielsweise zur Gestaltung des Mendelssohn-Hauses (erbaut 1844/45 durch den Maurermeister Heinrich Walther jun.) und kann bei beiden Bauten klassizistische und neurenaissance Stilelemente feststellen. Der Maurermeister Leibelt steht freilich nicht im Brennpunkt der lokalen kunsthistorischen Forschung, eher schon Heinrich Purfürst, der bedeutendste Maurermeister-Architekt dieser Zeit in Leipzig. Zu Leibelt lässt sich

⁹ Alois Riegl, Der moderne Denkmalkultus (Anm. 3), S. 166.

¹⁰ Ebd., S. 165.

¹¹ Ebd., S. 169.

¹² Ebd., S. 168.

über die Leipziger Adressbücher¹³ ermitteln, dass er seit den späten 1840er Jahren Maurermeister in der Pleißestadt war und Anfang der 1850er Jahre zum Obermeister sowie Kreisamts-, dann Gerichtsamtsmaurermeister ernannt wurde. Leibelt verstarb in den frühen 1860er Jahren. Es ist noch nicht erforscht, ob es sich bei der Funkenburg möglicherweise um das Hauptwerk Leibelts handelt. Ohne wissenschaftliche Untersuchung ist der kunsthistorische Denkmalwert also schwer einzuschätzen. Die Kleine Funkenburg gehörte bis vor kurzem nicht zu den lokalhistorisch besonders erforschten Gebäuden. Festzuhalten bleibt die Tatsache, dass Forschungsschwerpunkte die historische Bewertung eines Denkmals beeinflussen.

Neben der (kunst)historisch-wissenschaftlichen Einschätzung spielt ein weiterer Vergangenheits(Erinnerungs-)wert beim modernen Denkmalkultus nach Riegl eine wesentliche, ja bestimmende Rolle: der Alterswert. Dieser ruft sich in Erinnerung durch verblichene Farbe und verwitterte Form, also äußert sich in der Patina am Bau. Solche sei für jeden, also für die Masse sofort erkennbar, meint Riegl, und bedarf daher keiner wissenschaftlichen Erforschung oder größerer Bildung, sondern wirke unmittelbar emotional. Daneben hinterlässt nicht allein die Patina einen atmosphärischen, altertümlichen Eindruck, sondern auch jene Bauformen, die heute nicht mehr an Neubauten verwendet werden: »Der Alterswert eines Denkmals verrät sich auf den ersten Blick durch dessen unmodernes Aussehen.«¹⁴ Bis zum Abbruch baulich nur wenig erneuert, rief besonders der Alterswert der Kleinen Funkenburg das große Gefallen der interessierten Öffentlichkeit hervor. Von Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg blieb das Haus mit nur wenigen anderen Bauten am Ranstädter Steinweg verschont. Allerdings schien schon mit der völligen städtebaulichen Veränderung des Steinwegs beim Wiederaufbau 1951/52 auch das Schicksal der Kleinen Funkenburg besiegelt. Als Aufmarschstraße zwischen Stadtzentrum und dem sich entwickelnden Sportforum am Elsterbecken bekam der alte Ranstädter Steinweg (damals umbenannt in Straße der III. Weltfestspiele) eine neue, repräsentative Funktion zugewiesen. Zwei langgestreckte, monumental wirkende Wohnblöcke in vergleichsweise großem Abstand zueinander begrenzen den aufgeweiteten Straßenraum. Die Planungen in frühen DDR-Zeiten sahen vor, diesen gewaltig breiten Straßenraum bis zum Sportforum fortzuführen und dazu die Kleine Funkenburg sowie die gesamte nördliche Gründerzeitbebauung der Jahnallee (damals Stalinallee) zwischen Leibnizstraße und Waldplatz abzubrechen und durch zurückgesetzte Neubauten zu ersetzen. Diese Konzeption kam vermutlich aus wirtschaftlichen Gründen nicht zur Ausführung, die Kleine Funkenburg (und der in jener Zeit wertvolle Wohnraum in diesem Haus) blieben erhalten. Die vom Stadtzentrum betrachtet nun etwas deplaziert wirkende Kleine Funkenburg

13 Vgl. Leipziger Adressbücher 1845 bis 1865, *passim*.

14 Alois Riegl, *Der moderne Denkmalkultus* (Anm. 3), S. 166.

(da sie nicht in den neu entstandenen ›modernen‹ Straßenraum eingebunden wurde) schaffte mit ihrem weiteren Bestehen eine wohltuende Zäsur im Straßenverlauf, welche den grünen Schmuckplatz mit dem Brückensprengungsdenkmal nicht zu einem kleinen Anhängsel einer gewaltigen Aufmarschstraße machte.

In den 1950er oder 1960er Jahren kam es zu einem Fassadenumbau der Kleinen Funkenburg, bei dem sämtliche Stuckornamente entfernt wurden. Damit sollte vermutlich das Äußere des historischen Gebäudes den angrenzenden neuzeitlichen Wohnblocks der Wiederaufbauzeit gestalterisch angepasst werden. Die baulichen Vereinfachungen an der Funkenburg erfolgten in einer Zeit, in der das Gebäude als Nichtdenkmal eingeschätzt und daher einfach dem Zeitgeschmack angepasst wurde. Auch wäre der beabsichtigte Abbruch in jener Zeit höchstwahrscheinlich ohne größere Anteilnahme der Öffentlichkeit erfolgt. Durch den Neuverputz und durch die neue Situierung außerhalb des ursprünglichen, historisch gewachsenen städtebaulichen Raumes ist zwar der Alterswert der Kleinen Funkenburg nicht sogleich beseitigt worden, der sich beispielsweise noch in Baukubatur und Fassadengliederung, auch in Details wie den bis zum Abbruch erhalten gebliebenen Originalfenstern und den verwitterten sandsteinernen Gliederungselementen ausdrückte, aber der (kunst-)historische Wert wurde in bestimmter Hinsicht beeinträchtigt. Solche Veränderungen an einem historischen Gebäude zeigen, dass ein Denkmal nicht allein durch Vergangenheits-Bewertungskategorien bestimmt wird, sondern auch über die Art seiner baulichen Erneuerung, sozusagen über den künstlerischen Umgang.

Gegenwartswerte

Riegl erläuterte auch die Wirkung der Gegenwartswerte (das sind Gebrauchs- und Kunstwert) an einem Denkmal. Dabei verstand Riegl unter Gebrauchswert ausschließlich den rein praktischen Nutzen eines Bauwerks, so dass er ›gebrauchsfähige‹, also noch genutzte, und ›gebrauchsunfähige‹, derzeit oder dauerhaft ungenutzte Denkmäler unterschied.¹⁵ Zur letztgenannten Kategorie zählen beispielsweise Burgruinen und Stadtmauerreste. Es ließe sich außerdem noch der ideelle Gebrauchswert, das ist so etwas wie der Imagewert eines Denkmals, feststellen, den Riegl nur andeutungsweise benennt (›danebenher ist auch zu beachten, ob das Denkmal profanen oder kirchlichen Kunstzwecken zu dienen hat‹¹⁶). Da praktischer und ideeller Gebrauchswert aufs Engste mit Eigentums- und Finanzfragen verknüpft sind, ließe sich formulieren:

15 Ebd., S. 176/177.

16 Ebd., S. 174.



Abrissarbeiten an der Kleinen Funkenburg

Braucht die Stadt Leipzig und deren Bevölkerung noch ein solches ungünstig gelegenes und >teuer< zu erhaltendes Wohnhaus wie die Kleine Funkenburg?¹⁷

Die Stadt Leipzig als Eigentümerin hat zur Zeit an dieser Stelle vorrangig verkehrstechnische Interessen, die den Erhalt des Baudenkmals nicht förderlich erscheinen ließen. Zugleich wird Wohnraum gegenwärtig in der alten Messestadt bei schrumpfender Einwohnerzahl nicht mehr vordringlich benötigt, zumal unsaniert und jahrelang unbewohnt sowie in ungünstiger Lage an einer vielbefahrenen Hauptstraße. Hinzu treten die sich aus der Altschuldenhilfeverordnung ergebenden ungünstigen finanziellen Aspekte des kommunalen Immobilieneigentümers. Denkbare Lösungsansätze wie eine gewerbliche oder gar eine museale Umnutzung waren nicht erfolgversprechend für die Bewahrung dieses lange Zeit fast ungenutzten Denkmals. Die Betonung der ideellen Qualität des Ortes hätte einen Imagewandel herbeiführen

¹⁷ Die Frage wird in der Öffentlichkeit nicht einstimmig beantwortet, wie Leserbriefe von Befürwortern und Gegnern des Erhalts der Funkenburg in der Leipziger Volkszeitung beweisen. Vgl. LVZ Sa./So. 19./20. März 2005, Seite M 21, »Streit um Abriss der Funkenburg« (Leserbriefe zur Seite Kultur Spezial über Denkmalvernichtung in Leipzig vom 14. März 2005); vgl. auch: LVZ, Do. 26. Mai 2005, S. 18 »Kleine Funkenburg wird abgerissen – das meinen Leser« (Leserbriefe zu dem umstrittenen Ausbau der Jahnallee).

können – vom Verkehrshindernis zum unverzichtbaren repräsentativen Werbeträger Leipzigs im Hinblick auf seine touristische Bedeutung beispielsweise als Gedenkort einer Persönlichkeit. Das Denkmal wäre auch als ein möglicher Kristallisierungspunkt Leipziger Bürgerinitiativen gut für das Image der Stadt gewesen. Allerdings hat für den Denkmaleigentümer die Kleine Funkenburg einen positiven Imagewert nicht besessen, wesentlicher war der Ruf der Sportstadt Leipzig und mit diesem die Verkehrsauglichkeit der Jahnallee als wichtigster Verbindung zwischen Innenstadt und Zentralstadion.¹⁸ Die Kleine Funkenburg wurde schlichtweg nicht mehr gebraucht.

Die Befürworter des Erhalts der Funkenburg können das nicht akzeptieren und verspüren die entstandene Situation als klaffende Wunde, als Lücke im Stadtbild. Für sie spielt weniger der Gebrauchswert als vielmehr der Kunstwert des Gebäudes eine Rolle. Ist die Änderung der Straßensituation eine gravierende Verunstaltung und daher auch beeinträchtigend für den baulichen Vergangenheits(Erinnerungs-)wert des Platzensembles? Bringt die nach dem erfolgten Abbruch geplante Freilegung des historischen Elstermühlgrabens nunmehr über dem Grundstück der Funkenburg eine Verschönerung des Platzraumes?

Es sind nicht allein nutzungstechnische, sondern auch künstlerische Fragen entscheidend für die Beurteilung der Gegenwartswerte des Denkmals. Nach Riegl kann man verschiedene Kunstwerte unterscheiden, einen elementaren Kunstwert, den Neuheitswert, und einen relativen Kunstwert. Der Neuheitswert als Gegensatz zum Alterswert ist kenntlich durch vollkommene Geschlossenheit in Form und Farbe, denn: »Am soeben Gewordenen wirken die Symptome des Vergehens nicht stimmungsvoll, sondern verstimmend. ... Mangel an Geschlossenheit [von Form und Farbe] würde uns ... an modernen Werken nur missfallen: wir bauen darum keine Ruinen (außer um sie zu fälschen) ...«¹⁹ Die Frage, ob ein teilweiser Wiederaufbau der Funkenburg in Verbindung mit dem neuen Elstermühlgraben zukünftig den Denkmalverlust ersetzen könnte, hängt mit der Rekonstruktionswürdigkeit und der Rekonstruktionsfähigkeit eines Objektes zusammen. Jedoch ist die Wiedererrichtung von Baudenkmälern immer heftig umstritten, insbesondere wenn sie als Fälschung und Entstellung aufgefasst wird.

Die Forderung nach einem elementaren Kunstwert, einem Neuheitswert wird beim Denkmal insbesondere dann erhoben, wenn Alterungs- oder Umbauprozesse in das Stadium des völligen Verfalls oder der Verunstaltung eintreten. Eine teilweise bauliche Erneuerung oder eine Restaurierung muss keine grundsätzliche Beeinträchtigung der

¹⁸ Informativ dazu: Björn Achenbach, Editorial, in: KREUZER. Das Leipziger Stadtmagazin. Juni 2005, S. 3.

¹⁹ Alois Riegl, Der moderne Denkmalkultus (Anm. 3), S. 161.

subjektiven Stimmungswirkung des Denkmalwahrnehmenden bedeuten, denn der Genuss beim Betrachten eines Baudenkmals beruht nicht allein auf dem Alterswert, sondern unter Umständen auch auf dem elementaren Kunstwert. Schon Riegl erkannte an, dass der Neuheitswert bei einem Denkmal wichtiger sein kann als dessen Alterswert:

»Man denke nur, in welcher Weise z.B. die Verwahrlosung ... eines anspruchsvollen Regierungspalastes, etwa durch Abfall oder Fleckigwerden des Verputzes, das Ansehen des Eigentümers in den Augen der Menge schädigen müsste.«²⁰

Im Gegensatz zum elementaren Kunstwert ergibt sich der relative oder moderne Kunstwert laut Riegl aus der Tatsache, inwieweit das alte Werk unserem heutigen Kunstwollen und -verständnis entspricht oder eben auch nicht. Es erfolgt eine positive oder negative Einschätzung des modernen Kunstwertes am Denkmal, wenn nicht vollständig so doch zumindest in einigen seiner Teile. Ein ewiger, reiner, absoluter Kunstwert ist laut Riegl nicht bestimmbar. Während der Neuheitswert voraussetzungslos massenkompatibel sei, setze der relative Kunstwert ästhetische Bildung voraus.

Bauliche Maßnahmen zur Herstellung eines partiellen Neuheitswertes am Denkmal (also Restaurierungen) werden vom relativen Kunstwert mitbestimmt: »Der positive Fall des relativen Kunstwertes wird ... in der Regel seine Erhaltung im heute überkommenen Zustande, manchmal aber sogar eine Restauratio in integrum [Wiederherstellung in den unversehrten Zustand] verlangen und dadurch schlankweg in Widerspruch zu den Anforderungen des Alterswertes treten. ... Wir dürfen gespannt darauf sein, welcher Wert die Oberhand behalten wird.«²¹ Mit dem Abbruch erübrigts sich diese wichtige denkmalpflegerische Fragestellung über den weiteren praktischen Umgang der Kleinen Funkenburg, beispielsweise ob aus Gründen des Kunstwertes die fehlende Stuckornamentik am Denkmal Kleine Funkenburg rekonstruiert hätte werden sollen (wie dies bei der ebenfalls baulich veränderten Fassade des Mendelsohn-Hauses in jüngster Zeit geschah) oder ob der Alterswert mit dem nunmehr patinierten Neuverputz als historische Zeitschicht von wesentlicherer Bedeutung sei; auch inwieweit eine Untertunnelung des Elstermühlgrabens durch das historische Gebäude denkmalverträglich wäre.

Des Weiteren kann das Denkmal mit einem positiven relativen Kunstwert vorbildlich und inspirierend auf lebende Künstler und Kulturschaffende wirken, die einen Teil der interessierten Öffentlichkeit ausmachen. Für einen Betrachter allerdings, der nur in neueren Glas- und Betonbauten künstlerische Werte erkennen kann, ist ein historisches Gebäude wie die Kleine Funkenburg mit einem negativen relativen Kun-

20 Ebd., S. 180.

21 Ebd., S. 189.

wert behaftet. Im Falle der Funkenburg wurde bei positiver Wahrnehmung besonders das unverwechselbare, anmutige Stadtbild an diesem Ort, auch das Unangepasste des Verkehrsraumes von künstlerischer Seite betont.²² Die Bewertung liegt in solchem Fall nicht allein in dem architektonischen sondern vielmehr in dem städtebaulichen Kunstwert. Man stelle sich vor, dasselbe Gebäude in einer abgelegenen Seitenstraße und ohne den Phantasie anregenden Hausnamen »Kleine Funkenburg«, es wäre vermutlich ohne größere Proteste der Kulturinteressierten abgetragen worden.

Wie sich der relative Kunstwert wandelt, lässt sich auch gut an dem geänderten Denkmalstatus der Kleinen Funkenburg in den letzten Jahrzehnten verfolgen, welche noch in den 1950er Jahren (unter anderem auf dem negativen relativen Kunstwert beruhend) höchstwahrscheinlich als Nichtdenkmal eingestuft wurde. Erst im Zuge postmoderner Kunstkritik an den modernen Flächensanierungen mit großzügiger Vernichtung von Gründerzeit-Bausubstanz in den 1970/1980er Jahren kam es zu einer Neubewertung der bis dahin als eklektizistisch, unkünstlerisch und denkmalunwürdig charakterisierten Architektur des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die gewandelte Betrachtung der nunmehr nicht unbedingt als hässlich, sondern durchaus als schön empfundenen Baukunst der Zeit nach 1850 und der erweiterte Denkmabegriff führten dazu, dass nicht nur Einzelbauten, sondern ganze Ensembles dieser Epoche unter Denkmalschutz gestellt wurden. Die Erfahrungen beim Niedergang der DDR, der sich nicht zuletzt im Verfall von Gründerzeitvierteln ausdrückte, führte nach 1990 dazu, dass die meisten noch erhaltenen Leipziger Bauten des 19. Jahrhunderts (besonders unter Berücksichtigung ihrer Ensemblewirkung) unter Denkmalschutz gestellt wurden. Doch der Wandel vom Nichtdenkmal zum Bestandteil eines Denkmalensembles verhinderte nicht den Abbruch der Funkenburg, da der Denkmaleigentümer in voller oder zumindest teilweiser Bewusstheit der Denkmaleigenschaften diesen Verlust für unvermeidbar hielt. Die harmonisch und einzigartig wirkende Bebauung des Platzes an der Kleinen Funkenburg ist mit dem Abbruch des Baudenkmals Jahnallee 25 erheblich beeinträchtigt worden und mindert nun den geschlossenen künstlerischen Raumeindruck des 19. Jahrhunderts.

22 Hierzu aufschlussreich das Interview mit dem Leipziger Künstler Neo Rauch, der sich für den Erhalt der Funkenburg einsetzte. Vgl. Interview »Der Maler Neo Rauch über den geplanten Abriss der Kleinen Funkenburg. »Akt der Selbstverteidigung«« LVZ, Mo. 14. März 2005, S. 9; Zitate von Rauch: »Solche Winkel, wie sie durch die Kleine Funkenburg gebildet werden, die sich quer legen zur Planierungsmentalität und zur Durchströmideologie moderner Stadtplanung, sind in ihrer charmanteren Sperrigkeit Stätten, an denen sich so etwas wie Liebenswürdigkeit entfalten kann.« Und: »Der Geist eines Ortes lebt von der gewachsenen Substanz und nährt seinerseits Kunst und Kultur einer Stadt.«

Was kommt nach dem Verlust? Vergessen oder Mahnung? Die Gegner des Abbruchs werden die Baulücke und die noch erhaltenen Reste des Funkenburgareals, das Haus Thomasiusstraße 1, als ständigen Hinweis für die entstandene neue (als trist empfundene) Platzsituation betrachten.

Dennoch: Die Umgestaltung des Straßenraumes an der vorderen Jahnallee wird mit Öffnung des Elstermühlgrabens in fernerer Zukunft vielleicht selbst einmal Denkmalstatus erlangen, insoweit diese eine anspruchsvolle Gestaltung erfährt. Kann dieser Gedanke über den Verlust des Baudenkmals Kleine Funkenburg hinwegtrösten? Riegl meinte: »was heute modern ist ... wird allmählich zum Denkmal werden und in die Lücke eintreten, welche die in der Zeit waltenden Naturkräfte schließlich unfehlbar in den uns überkommenen Denkmalbestand reißen werden.«²³

23 Alois Riegl, Der moderne Denkmalkultus (Anm. 3), S. 164.

Die neue Dauerausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig – ein Rundgang – Was nicht im Katalog steht –

Doris Mundus

Zur Konzeption der neuen Dauerausstellung

Seit Beginn der 1970er Jahre gab es im Obergeschoss des Alten Rathauses die Dauerausstellung »Leipzig gestern – heute – morgen«, die trotz ihrer ideologischen Ausrichtung sowohl bei den Leipzigern als auch bei den Besuchern der Stadt außerordentlich beliebt war. Als das Alte Rathaus endlich im Winter (!) 1988 eine neue Heizungsanlage erhielt, wurde das gesamte Haus ausgeräumt und folglich auch die Ausstellung abgebaut. Im Herbst 1990 war die Heizung fertig; allerdings hatten zwischenzeitlich die DDR-Bürger mit der »friedlichen Revolution« die »Wende« herbeigeführt, und die alte Ausstellung konnte daher in unveränderter Form nicht wieder aufgebaut werden. Das zwei Jahre geschlossene Museum musste mit Sonderausstellungen wieder auf sich aufmerksam machen – eine Ausstellung zur Stadtgeschichte kam nicht zustande.

Mit dem Direktorenwechsel Mitte des Jahres 1996 begann auch wieder die Debatte um eine künftige Dauerausstellung. Damit im Zusammenhang stand ein weiteres wichtiges Projekt: ein Neubau für das Museum, der seit dem Direktorat von Dr. Heinz Füßler (1906–1990, Direktor 1945–1971) ein Traum war. In diesem Neubau sollten nicht nur die in den Kellern des Alten Rathauses lagernden Sammlungen endlich konservatorisch einwandfrei untergebracht werden können, sondern es sollte auch ein Raum für Sonderausstellungen geschaffen werden. Dies war die Voraussetzung dafür, dass das Obergeschoss des Alten Rathauses, das bisher für Sonderausstellungen genutzt wurde, wieder für eine ständige Ausstellung zur Leipziger Stadtgeschichte zur Verfügung stehen würde. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte zunächst die stadtgeschichtliche Dauerausstellung im Hauptgeschoss konzipiert und aufgebaut werden.

Ein wissenschaftlicher Beirat wurde berufen (Prof. Karl Korff, Prof. Thomas Vogtherr, Dr. Matthias Puhle, Dr. Uwe Meiners, Dr. Wolfgang Hocquél, Heinz-Jürgen Böhme), der in regelmäßigen Zusammenkünften die von den Museumsmitarbeitern erarbeiteten Konzepte immer wieder kritisch hinterfragte und wertvolle Anregungen gab.

Im Jahr 2000 konnte dann damit begonnen werden, die Konzeption schrittweise umzusetzen. Schrittweise deshalb, weil das Museum nicht wieder für ein Jahr oder länger geschlossen werden, sondern der Umbau bei laufendem Betrieb Raum für Raum erfolgen sollte.

Die Grundüberlegung für die Ausstellung war, in einer zwar, wenn möglich, weitgehend chronologischen Abfolge die Geschichte der Stadt darzustellen, diese aber durch thematische Schwerpunkte, Stadtidentitäten (*Messe* als treibende Kraft, *Bach*) bzw. für die Stadt wichtige und einschneidende Ereignisse (*Kriege* als zerstörende Kraft) aufzubrechen. Im Hauptgeschoss sollte damit schlaglichtartig die Geschichte Leipzigs bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gezeigt werden, im Obergeschoss (später) die »Modernen Zeiten«, das 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Eine zu überwindende Hürde war dabei die Einpassung der Ausstellung in die repräsentativen historischen Räume um den Festsaal und in den Festsaal selbst, ohne deren Charakter zu zerstören. Die Ausstellung musste sich also, wie jede Ausstellung in historischen Gebäuden, an der vorgegebenen Raumstruktur orientieren.

Für die Gestaltung der Ausstellung hatten wir zwei junge Architekten gewonnen: Steffen Freese und Tim Tröger, die zum ersten Mal eine Ausstellung dieser Größenordnung gestalteten. Mit dieser Wahl wollten wir bisher bekannte Muster verlassen. Das von den Architekten vorgelegte Gestaltungskonzept, das sich durch alle Räume und Themen – mit Ausnahme des Tapenzimmers – zog, überzeugte. Für die Ausstellung wurde jeweils ein »Raum im Raum« gebaut: Exponate, also Ausstellungsstücke, die nicht zur Ausstattung des Alten Rathauses gehören, wurden in Räume bzw. auf Podeste gestellt und damit eindeutig zugeordnet. Zugleich wurde dadurch auch die komplizierte Frage der Beleuchtung wenigstens zu einem Teil gelöst. Die Leuchten wurden in die »Dächer« der konstruierten »Ausstellungsräume« eingepasst, das Licht ist damit weitgehend blendfrei. Die übrige Beleuchtung musste an den historischen Holzdecken angebracht werden – wiederum, ohne den Raumeindruck zu stören. Aus konservatorischen Gründen, um die Exponate nicht dem Sonnenlicht auszusetzen und um einen gleichmäßigen Lichteinfall zu sichern, wurden die Fenster zugehängt, allerdings ohne dass dies von außen sichtbar sein durfte.

Das Ausstellungskonzept sah vor, nur mit Originalen zu arbeiten, diese gegebenenfalls zu inszenieren (s. die Ausstellungsräume *Messe* und *Krieg*) und didaktische Hilfsmittel nur dort, wo es für das Verständnis von Zusammenhängen unumgänglich schien (z. B. gezeichnete Karten bei *Stadt im Mittelalter*), einzusetzen. Jedes Thema erhielt einen übergeordneten Raumtext mit einem entsprechenden Zitat, um einen Bezug zur jeweiligen Zeit schaffen zu können. Zusammengehörende Gruppen wurden mit einem kleineren Text (Gruppentext) als solche gekennzeichnet; die Objekttexte sollten eindeutig, aber so knapp wie möglich sein, um Raum für eigene Reflexionen offen zu halten.

Der Rundgang

Jeder Besucher des Alten Rathauses betritt zuerst den Festsaal, das Herz des Gebäudes; bis vor kurzem war hier auch die Kasse untergebracht (seit Herbst 2003 im Museumsshop im Durchgang). Im Festsaal befindet sich auch die Garderobe, die sowohl von Museums- als auch von Veranstaltungsbesuchern genutzt wird. Der Festsaal ist neben seiner Funktion als Museumsraum auch viel genutzter Ort für repräsentative Veranstaltungen. Bei der Überlegung, auf großen Tafeln einen Überblick über die Stadtgeschichte zu geben, war die Standortbestimmung dieser Tafeln eine ebenso wichtige Frage wie ihr Inhalt. Sie durften weder Architektureile, wie z. B. die Kamine und Türen, noch die Garderobe verstellen. Gleichzeitig sollten sie auf die Ausstellung einstimmen, also in Eingangsnähe zu finden sein, und nicht als Fremdkörper empfunden werden.

Wir entschieden uns letztlich für Glastafeln auf Rollen, die bei Veranstaltungen mit vielen Besuchern relativ leicht zusammen geschoben werden können. Sie stehen in der Nähe der Garderobe vor dem Eingang in den ersten Raum der Dauerausstellung, unter dem so genannten Pfeiferstuhl. Die dargestellten fünf Etappen der Stadtgeschichte sind: 1. Vom Marktflecken zur Messestadt, 2. Zentrum des Handels, 3. Marktplatz Europas, 4. Leipzig als Großstadt und 5. Niedergang und Aufbruch.

Gleich gegenüber dem Eingang findet der Besucher das Stadtmodell von 1821. Einerseits steht es aus räumlichen Gründen dort – ein anderer Platz ließe sich schwerlich finden –, andererseits ist hier im Festsaal der beste Ort. Das Modell ist das beliebteste Ausstellungsstück und zieht sofort die Blicke der Hereinkommenden auf sich. Die Stadt vor 200 Jahren, etwa zur Zeit der Völkerschlacht, en miniature, wie auf einer großen Modelleisenbahn-Platte, fasziniert nicht nur Kinder.

Dem Verein für die Geschichte Leipzigs – dem Vorgänger des Leipziger Geschichtsvereins – ist, außer vielen anderen Stücken im Museum, auch dieses besonders schöne Exponat zu verdanken. Der Tapezierer und Möbeltischler Johann Christoph Merzdorf hatte das Modell in jahrelanger Arbeit gefertigt und zur Michaelismesse 1821 erstmals gezeigt. Nachdem er es 1825 für 2500 Taler verkauft hatte, war es in Vergessenheit geraten. Vereinsmitglieder waren es, die die Einzelteile 1874 auf dem Dachboden eines Hauses im Sporergäßchen entdeckten, dem Besitzer für 80 Taler abkauften und das Modell wieder in Ordnung bringen ließen.

Gut zu erkennen sind Straßen und Plätze der dicht bebauten Innenstadt, die Vorstädte, die Stadt- und Mühlgräben, die Promenaden und die Bürgergärten. In den 1422 Häusern, die Leipzig um 1820 zählte, lebten etwa 39 000 Menschen. Die Häuser, Dächer, Höfe, Mauern, Türme, Tore, Brücken, Brunnen und Zäune hatte Merzdorf aus Pappe und Naturmaterialien (Holz, Zweige, Gräser, Moose, Flechtwerk) ausgeführt.

Am Modell sind Tafeln angebracht, die beschreiben, was aus der jeweiligen Blickrichtung zu sehen ist. Viel Staub sammelt sich in Leipzigs Straßen und auf Hausdächern (dass die Buchstaben bzw. Folien von den Tafeln gekratzt und bei Veranstaltungen oft Gläser im Modell abgestellt werden, soll hier nicht weiter erörtert werden) – das Modell ist zu groß (ca. 25 m²), um es ohne Stützen mit Glas oder Acrylglass abdecken zu können; wir müssen es also regelmäßig von einer Modellbaufirma reinigen lassen.

Führungen durch die Ausstellung zur Geschichte der Stadt beginnen meist hier, und die Besucher sind erstaunt, wieviel Bekanntes sie in dem nun schon fast 200 Jahre alten Modell entdecken.

Der Rundgang beginnt, nachdem die Besucher das in die nördlichen Räume führende Portal mit dem darüber angebrachten Pfeiferstuhl (Empore für die Musiker) aus der Erbauungszeit des Rathauses (1556) gebührend bewundert und durchschritten haben, mit der frühen Stadt.

»Leipzig zur Bebauung ausgeteilt ...« – Die Stadt im Mittelalter

Dieser erste Ausstellungsraum hat die Schwerpunkte Stadtwerdung, Grabungsfunde, Kirche und Universität im Spätmittelalter, kirchliche Kunst. Die schräg in den Raum gestellte Vitrinenwand zeigt Grabungsfunde, die die frühe slawische Besiedlung des 8. Jahrhunderts und die sich im 11. und 12. Jahrhundert entwickelnde Handwerker-, Kaufleute- und Marktsiedlung bis zum 14. Jahrhundert dokumentieren. Auf Wänden zwischen den Vitrinen verdeutlichen rekonstruierte Karten diese Entwicklung. Die europäischen Fernhandelsstraßen via Regia und via Imperii waren wichtige Lebensadern und von ausschlaggebender Bedeutung; an ihrem Kreuzungspunkt entstand früh ein bedeutender Markt. Erstmals genannt wird der Ort »Libzi« im Jahr 1015 in der Chronik des Bischofs Thietmar von Merseburg.

Der Leipziger Stadtbrief (zwischen 1156 und 1170) ist eine auffallend flüchtig hergestellte, mit Fehlern behaftete, undatierte und unscheinbare Urkunde, die bis heute zu Fragen und Spekulationen Anlass gibt. Das Original wird im Stadtarchiv verwahrt. Aus der etwa 12000 Objekte umfassenden frühgeschichtlichen Sammlung des Museums wurden aussagefähige Stücke ausgewählt, die die Ausstattung mittelalterlicher Haushalte, die Qualität einheimischer Produkte und die Handelsbeziehungen der Region belegen.

Den Abschluss der chronologischen Darstellung bildet die Leipziger Stadtansicht von 1547. Sie steht in Zusammenhang mit dem Schmalkaldischen Krieg. Der großformatige Holzschnitt zeigt die erfolglose Belagerung Leipzigs durch Kurfürst Friedrich von Sachsen. Er ist die wichtigste Quelle zum spätmittelalterlichen Stadtbild, denn hier ist Leipzig zum ersten Mal in realistischer Weise dargestellt. Deutlich erkennbar

sind die Befestigungsanlagen mit Mauern, Türmen und Toren, die Kirchen, das gotische Rathaus mit seinem markanten Treppengiebel und einzelne Häuser.

Die Konstruktion dieser Vitrinenwand und ihre Stellung im Raum ist der Tatsache geschuldet, dass sowohl die Toiletten und der Aufzug als auch die Tür zum Messeraum (die in der Ausstellungschronologie ein Ausgang ist) verdeckt sind bzw. dem Ausstellungsbesucher nicht als dominierendes Element ins Auge fallen und nicht störend wirken sollten. Dadurch gibt die schräg in den Raum hinein ragende Wand die Richtung vor, die der Besucher wählen sollte.

Das originale Connewitzer Kreuz (1536 errichtet) ist eins der vier städtischen Hoheszeichen, die städtisches Rechtsgebiet markierten, und wir sind glücklich, ein solches Symbol spätmittelalterlicher Rechtshoheit frei im Raum stehend zeigen zu können (an seiner Stelle an der Straßenkreuzung im Süden Leipzigs steht heute eine Nachbildung). Die gegenüberliegende Seite des Raumes thematisiert die Kirche im Spätmittelalter.

»Heilige Maria, Muttergottes, bitte für uns ...« – Kirche und Universität im späten Mittelalter

Wertvolle Holzskulpturen und Altäre, im späten 15. Jahrhundert als Schmuck der Kirchen Leipzigs und des Umlandes entstanden, sollen einen Eindruck vom einstigen Reichtum dieser Kirchen vermitteln. Gleichzeitig soll dem Betrachter verdeutlicht werden, welche große Bedeutung die Religiosität für den mittelalterlichen Menschen hatte. Die meisten dieser Objekte wurden im 19. Jahrhundert vom Leipziger Geschichtsverein zusammengetragen. Der einzige erhaltene Flügelaltar (aus der Kirche von Lausen) ist ein typisches Beispiel für Dorfkirchenaltäre um 1500. Er steht deshalb einzeln an exponierter Stelle vor dem verdunkelten Fenster. Die meisten der anderen Einzelfiguren in diesem Raum gehörten ursprünglich ebenfalls in solche kompletten Flügelaltäre. Sie stehen in einem eigens für sie gebauten »Raum« mit Beleuchtung in der »Decke«.

»... in der Hoffnung, zeitliche Güter gegen himmlische auszutauschen« – Die Tafelbilder aus der Nikolaikirche

Der kleine Raum links wirkt wie eine Kapelle und wird auch so bezeichnet. Die ehemalige, eigens für die Ratsherren geweihte Kapelle befand sich aber an anderer Stelle im Rathaus. Dieser Raum wurde dafür ausgewählt, sieben wertvolle Tafelgemälde aus der Zeit von 1490 bis 1510 zu präsentieren, die bis 1785 in der Nikolaikirche hingen. Alle Bilder sind Epitaphien, also Gedächtnisbilder für Verstorbene, die jeweils klein auf der unteren Bildhälfte mit dargestellt sind. Die Tafelgemälde von meist unbekannten Künstlern (außer Nikolaus Eisenberg) zeigen die Entkleidung Christi, zwei

Szenen der Kreuzigung, eine Marienkrönung, Maria mit dem Kind auf der Mondsichel stehend mit Heiligen, einen Schmerzensmann und die Grablegung Christi. Auch diese Bilder gelangten über den Verein für die Geschichte Leipzigs ins Museum.

»Von der Freyheit einß Christenmenschen ...« – Reformation und Anfänge des Buchdrucks

Leipzig erlebte im 16. Jahrhundert eine wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit. Mit der Reformation gingen tiefgreifende Veränderungen sowohl im kirchlich-geistlichen Bereich als auch in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einher. Die innerstädtischen Machtverhältnisse änderten sich grundlegend, ehemals kirchliches Eigentum (Gebäude, Brauereien, Mühlen, Dörfer) fiel an die Stadt; die Universität unterstand direkt dem Landesherrn. Obwohl die Reformation in Sachsen erst 1539 eingeführt wurde, spielte Leipzig eine wichtige Rolle, und Martin Luther kam wiederholt von Wittenberg nach Leipzig, um seine Ideen zu verbreiten. 1519 fand in der Pleißenburg die Disputation zwischen dem päpstlichen Gesandten Johann Eck und Luther statt. Die vorgebrachten Standpunkte verbreiteten sich durch das neue Medium des Buchdrucks – in Leipzig existierten zu dieser Zeit schon mehrere Druckereien – in bis dahin nicht gekannter Schnelligkeit und Menge.

Die erste Vitrine des so genannten Renaissance-Raumes stimmt auf die Zeit ein, in der sich der Besucher bewegt, zeigt an ausgewählten Beispielen den Reichtum der Bürgerschaft.

Äußerst wertvolle Exponate sind hier weiterhin versammelt: auf dem Titelblatt des Druckes einer von Luther 1519 in Leipzig gehaltenen Predigt das älteste überlieferte Porträt des Reformators (seitenverkehrt!), der originale Ehering seiner Frau Katharina von Bora, der so genannte Lutherbecher, ein Geschenk des schwedischen Königs Gustav I. Wasa an Luther, die Porträts Luthers, Melanchthons und Bugenhagens von Lucas Cranach d. J., das erste nachweislich in Leipzig gedruckte Buch »Glossa super apocalypsim ...« von 1481, ein Brief Luthers an seinen Kurfürsten Johann Friedrich den Großmütigen, eine Handschrift Melanchthons, die so genannte »Emser-Bibel«, eine Gegen-Übersetzung u.v.m.

Trotz der vielen Originale mussten wir hier, um ein geschichtliches Ereignis in seiner Abfolge darstellen zu können, mit Kopien bzw. Faksimiles arbeiten, da wichtige Gegenstände nicht im Museum bzw. nur als Beigaben in einem Buch vorhanden sind. So gibt es ein Porträt von Tetzel, einer wichtigen Person des Lutherschen Protestes, nur in der illustrierten Ausgabe von »Vogels Annalen«. Um das Buch nicht auseinander nehmen zu müssen, entschieden wir uns für eine Kopie; das gleiche trifft auf das Porträt Heinrichs des Frommen zu und auf einen Textabschnitt, der die Hinrichtung Hans Hergots betrifft. Ein Ablassbrief, für das Verständnis der Ereignisse

wichtig, wird ebenfalls als Faksimile gezeigt. Die Einbaumtruhe ist nicht aus Tetzels Besitz, aber sie ist zeitgenössisch, in ihr wurden im 16. Jahrhundert Kostbarkeiten bzw. wichtige Dinge des Rates aufbewahrt, und von Bildern wissen wir, dass Tetzel mit einer ähnlichen Truhe gereist ist. Aus gleichem Grund, nämlich den Ablauf der Ereignisse deutlich zu machen, liegt auch ein Porträt an denkbar ungünstiger Stelle, auf der untersten Ebene einer Vitrine, absolut unüblich und wohl auch gestalterisch problematisch. Es ist das Porträt Johannes Pfeffingers, eines protestantischen Theologen; er war ab 1540 der erste Superintendent in Leipzig. Sein Bild gehört also in der Chronologie genau an diese Stelle. Um den Wortlaut der Lutherschen 95 Thesen bekannt zu machen, hängt eine mit den Thesen (und dem Porträt und dem Wappen des Reformators, der Lutherrose, als Wasserzeichen) bedruckte Fahne im Raum.

»... die Bilder auf rechte Weise gebrauchen ...« – Kunst der Reformationszeit

Im gleichen Raum sind weiterhin eine Reihe großer Gemälde der Reformationszeit, u. a. von Lucas Cranach d. Ä. und Hans Krell, und die Kanzel der mittelalterlichen Johanniskirche mit ihren zahlreichen biblischen Szenen und Zitaten ausgestellt. Die kulturhistorisch wertvolle Kanzel, eines der wenigen erhaltenen Werke des Leipziger Bildhauers Valentin Silbermann, stand seit der Museumsgründung 1909 in dem Raum davor, in der rechten Ecke, hinter den jetzigen schräg gestellten Vitrinen mit den Ausgrabungsfunden. Bei der Erarbeitung unseres Ausstellungskonzeptes war klar, dass sie umgesetzt werden musste: ein großer Aufwand mit sehr viel Sorgfalt auszuführen. Wir konnten für den Abbau und den Transport den Bildhauer Markus Gläser gewinnen, der nicht nur die nötige Technik, sondern auch das Gefühl für mittelalterliche Plastik mitbrachte. Eigentlich sollte die Kanzel im Renaissanceraum links an die Wand zwischen die Fenster, unmittelbar zum Thema Reformation gestellt werden, doch es stellte sich beim Abnehmen heraus, dass an der linken Seite der Kanzel, dort, wo ursprünglich die Treppe hinauf geführt hatte, nur ein großes Loch war. Genau darauf wäre der Blick beim Eintreten in den Raum gefallen. Deshalb steht sie nun in der rechten Ecke des Raumes. Auch die Kanzel verdankt das Museum dem Verein für die Geschichte Leipzigs.

»Drey Jahrmärkte mitsamt übungen und gebrauch ...« – Die Leipziger Messe

Leipzig und seine Messe sind untrennbar miteinander verbunden; seit dem späten Mittelalter prägte und prägt die Messe die Stadtidentität. Die Messe musste also unbedingt einen eigenen Ausstellungsabschnitt bekommen. Doch eigentlich waren wir uns einig:

Messe kann man nicht darstellen! Mittlerweile hatten wir neue Gestalter, die Gruppe Holstein (Frau Holstein und die Herren Baum und Matusek). Mit ihnen haben wir viele, viele Stunden beraten, wie denn Messe trotzdem darzustellen sei. Die Privilegien, die den Weg ebneten, mussten gezeigt werden, aber es sollte deutlich werden, dass diese nicht vom Himmel gefallen waren, sondern die Bürger sich diese Privilegien beschafft hatten. Auch hatten die sächsischen Markgrafen schon früh die exponierte Stellung Leipzigs an den europäischen Fernhandelsstraßen via Regia und via Imperii erkannt und selbst in Kriegszeiten für ein sicheres Geleit der Kaufleute gesorgt.

Die Waren, die alljährlich ihren Weg nach Leipzig fanden, die Kaufleute und woher sie kamen, das Messestreben in der Stadt, der Reichtum, der durch den Handel nach Leipzig kam, die Architektur, die von der Messe geprägt war – das alles sollte in diese 50 m², in denen ehemals das Mendelsohnzimmer die Besucher begeisterte.

Die Idee entwickelte sich allmählich im Arbeitsprozess: Kaiser Maximilian I., dessen Porträt im Festsaal hinter dem Pfeiferstuhl fast unbemerkt hing, musste in den Raum. Er hatte 1497 das erste Reichsmesseprivileg erteilt und damit die Leipziger Messen in den Stand von Reichsmessen erhoben. Die Privilegien mussten gezeigt und ordentlich erklärt werden, um ihre Bedeutung für die Stadt zu erfassen. Das Porträt des Kaisers sollte in Augenhöhe.

Eine Handelsstraße sollte gezeigt werden mit all den auf ihr transportierten Waren, die alle zur Messe nach Leipzig gelangten. Und so entstand die Idee der symbolischen »Straße«, die mit den Registerseiten eines Meßadreßbuches von 1797 »gepflastert« ist. Auf den Buchseiten sind die Waren aufgezählt, die in Leipzig gehandelt wurden. Diese Waren (Originale) werden in kleine Vitrinensäulen auf der »Straße« gezeigt. Die Straße führt auf eine Landkarte zu, in der Leipzig den Mittelpunkt bildet. Die Orte, aus denen die im Meßadreßbuch verzeichneten Kaufleute kamen, sind auf der Karte symbolisch durch Eurocent-Münzen gekennzeichnet.

Von den Messen profitierten vor allem die reichen Kaufleute. Für diese stellen wir exemplarisch Zeugnisse aus dem Leben des aus Nürnberg stammenden reichen Seidenhändlers und Ratsherrn Heinrich Scherl aus.

Auch der Begründer des Bankhauses Frege, Christian Gottlob Frege, der als junger Mann mit geliehenem Geld einen Handel mit Trockenfrüchten begann, war eng mit der Messe verbunden. Die Figur des Apoll schmückte die Balustrade der Handelsbörse am Naschmarkt, welche die Leipziger Kaufleute für ihre Versammlungen und Geldgeschäfte um 1680 erbauen ließen; aus dem Fenster blickt man direkt darauf. Die beiden Zinnfigurendioramen und der Transportwagen im Innern der Straße sollen auch Kindern die Möglichkeit geben, die Mühen und das emsige Treiben zur Messe zu erahnen.

»... so ist Leipzig ganz Palast ...« – Ein Innenraum des Barock

Das 18. Jahrhundert war, trotz des Siebenjährigen Krieges, das »goldene Jahrhundert« in der Geschichte der Stadt, begründet durch Messe und Handel, ein florierendes Buchgewerbe und die Universität.

Deshalb haben wir die vier Räume neben dem Festsaal, ihrer Ausrichtung wegen die »Naschmarkt-Räume« genannt, komplett für die Zeit des Barock in Leipzig vorgesehen. Im ersten Raum präsentieren wir die gemalte Stofftapete aus Kochs Hof (Durchgangshof ehemals neben dem Alten Rathaus, zwischen Markt und Reichsstraße, im Krieg zerstört), eines der wenigen erhaltenen Exemplare ihrer Art, als Beispiel für die prächtige Innenausstattung Leipziger Kaufmannshäuser. Sie wird ergänzt durch wenige Stücke Interieur und Kleidung der Zeit. Die von Benjamin Calau gemalte Tapete musste, um in den Raum eingepasst werden zu können, zerschnitten werden. Professionell betreut wurden wir bei dem schwierigen Unternehmen von der Denkmalpflegerin Frau Dr. Schneider-Küster. Die Supraporte, die nicht mehr innerhalb des Raumes unterzubringen war, ziert den Eingang und führt so in den Raum ein. Vor der Tür steht ein großer Leipziger Wellenschrank, ein wenig schräg in den Raum hinein, um zu zeigen, dass er eigentlich noch zum Innenraum gehört.

»... der Gärten Pracht und Menge ...« – Architektur und Gärten im 18. Jahrhundert

Im zweiten Raum gehen wir hinaus aus dem Hof eines reichen Kaufmanns in die prächtigen, kunstvollen Gärten und schönen Alleen und Promenaden der Stadt und betrachten die stattlichen Wohn- und Handelshäuser.

Im Auftrag wohlhabender Leipziger Bürger waren vor den Stadttoren über dreißig Landschaftsgärten entstanden, die man nach dem Vorbild französischer und deutscher Schlossparks angelegt hatte. Diese waren während der Messen öffentlich zugänglich, und man konnte in den Garten- und Lusthäusern zahlreiche Kunst- und Raritätenkabinette bewundern. Leipzig gehörte zu den schönsten Städten Deutschlands und bekam Beinamen wie »Pleiß-Athen« oder »Klein-Paris«.

Hochaufragende barocke Messehäuser mit geschlossenen Hofräumen und Durchgängen bestimmten nach 1700 das Stadtbild. Das Gemälde des Dresdner Hofmalers Johann Alexander Thiele von 1740 über dem mittleren Kamin vermittelt einen Eindruck von der Landschaft unmittelbar vor den Toren Leipzigs: Von einem erhöhten Standort in der Nähe der Thomaskirche erstreckt sich der Blick weit in die Ebene, über die Promenade im Vordergrund und die Anlage von Apels Garten mit ihren Blumenrabatten, Terrassen und Alleen hinweg bis nach Lindenau.

Die beiden Statuen Merkur und Apoll des Hofbildhauers Paul Heermann symbolisieren als Götter des Handels und der schönen Künste den Wohlstand Leipzigs. Vergleichbare Skulpturen aus der antiken Götter- und Sagenwelt schmückten die Parkanlagen der Leipziger Kaufleute.

Die rechte Tür eines ehemals prächtigen Wäscheschrankes (Dauerleihgabe des Museums für Kunsthandwerk) aus dem Besitz von Goethes Jugendfreundin Käthchen Schönkopf soll für Goethes Studienzeit in Leipzig stehen und die hohe Handwerkskunst der Tischler und die prächtige Ausstattung der Haushalte dieser Zeit zeigen. Der Schrank wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. (Die Dauerleihgabe wurde im Oktober 2005 vom Museum für Angewandte Kunst zurückgefordert. Eine adäquate Ergänzung der Ausstellung ist in Vorbereitung)

»... wo man die ganze Welt im kleinen sehen kann« – Städtischer Alltag im 18. Jahrhundert

Im nächsten Raum ist städtischer Alltag im 18. Jahrhundert thematisiert: Die Sänfte und die Nachbildung einer Laterne stehen beispielhaft für die moderne Infrastruktur der Stadt zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Straßenbeleuchtung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Müllbeseitigung sowie Personenbeförderung wurden städtisch geregelt. Hier spielte Bürgermeister Franz Conrad Romanus (1671–1746) eine große Rolle, der allerdings nicht durch seine Modernisierungen, sondern durch eine Betrugsaffäre in die Stadtgeschichte einging. Die frühe Wasserversorgung wird deutlich anhand des »GrundRiß des RöhrWassers samt allen Gebäuden der Stadt Leipzig«, eine farbige Federzeichnung aus dem Jahr 1693. Es ist der früheste Katasterplan Leipzigs und verzeichnet 872 Grundstücke.

Hier wollen wir zeigen, dass für das Funktionieren des städtischen Alltags vor allem die kleinen Leute zuständig waren: die Höker und Marktfrauen, die Knechte und Dienstmägde, die Kärrner, Droschkenkutscher und Säntenträger, die Torwächter, Stadtknechte, Brunnen- und Laternenwärter, Bader, Hebammen, Totengräber und nicht zuletzt die Handwerker. Auch die Schulbildung für arme Kinder gewann am Ende des 18. Jahrhunderts an Bedeutung. Feste und Feiern gehörten ebenso zum städtischen Alltag wie die Armenfürsorge durch begüterte Familien, von denen einige Porträts ausgestellt sind.

»Es ist ein klein Paris und bildet seine Leute ...« – Kulturelle Blüte im 18. Jahrhundert

Im letzten Kabinett zeigen wir beispielhaft die kulturelle Blüte der Stadt, Kunst, Musik, Theater und Bildung.

Berühmt waren die privaten, öffentlich zugänglichen Kunstsammlungen wohlhabender Kaufleute wie Carl Gottfried Winkler oder Johann Thomas Richter. Das Aquarell mit den vielen kleinen Bildern zeigt, wie dicht die hochrangigen Gemälde in der Kunstsammlung Winklers hingen, die heute in alle Winde zerstreut ist. 1764 begründete der Maler Adam Friedrich Oeser in der Pleißenburg die Kunstakademie. Oeser prägte das Erscheinungsbild öffentlicher, kirchlicher und privater Bauten dieser Zeit. Erhalten sind seine Wandmalerei z. B. noch in der Nikolaikirche. Er war auch der Lehrer des Studenten Johann Wolfgang Goethe (von 1765–1768 in Leipzig), der in dieser kunstsinnigen Stadt vielfältige kulturelle Anregungen erhielt. Sie waren von großer Bedeutung für sein späteres Schaffen. Wir zeigen zwei von Goethe eigenhändig radierter Kupferplatten.

Musik und Theater erlebten im 18. Jahrhundert in Leipzig einen enormen Aufschwung. 1743 wurde das Große Concert, der Vorläufer der Gewandhauskonzerte, begründet. 1766 erhielt die Stadt durch bürgerschaftliche Initiative ihren ersten festen Theaterbau, nach Hamburg das zweitälteste Stadttheater Deutschlands. Die zeitgenössische Kopie des von Oeser bemalten Theatervorhangs steht für die prachtvolle Ausstattung.

Die Porträts (und eine Büste) von Persönlichkeiten wie Schiller, Gellert, Leibniz, Thomasius, Gottsched und die Gottschedin zeigen den Einfluss auf das deutsche Geistesleben und die Literatur und die Ausprägung Leipzigs als Zentrum der deutschen Aufklärung. Leipzig hatte eine überragende Bedeutung für den deutschen Buchhandel und das Buchgewerbe. Dafür steht exemplarisch die Firma Breitkopf mit Verlag, Buchdruckerei, Notendruckerei, Landkartendruckerei, Papierfabrik, Buch- und Musikalienhandel, später Breitkopf & Härtel. Die vielfältigen Beziehungen der Firma sollen durch einen Originalbrief Leopold Mozarts an den Firmengründer verdeutlicht werden.

Aus den Barockräumen hinaustretend, kann man im Festsaal in den Pultvitrinen unter den Fenstern einen Querschnitt aus der Münz- und Medaillensammlung des Museums zur Stadt- und Landesgeschichte betrachten. Diese Vitrinen sind schwer zu bestücken. Trotz Folie an den Fenstern ist der Lichteinfall, besonders am Nachmittag, sehr stark; auch sind sie die am wenigsten von den Besuchern wahrgenommenen Ausstellungsteile. Deshalb haben wir eine Sammlung ausgewählt, die in der Chronologie der Stadtgeschichte keine exponierte Rolle spielt und aus lichtunempfindlichem Material besteht. Durch die gut gestalteten Erklärungstafeln (als Idee der Gestalter) werden

die Exponate (viele kleine Münzen bzw. Medaillen) nicht von den Beschriftungen »erschlagen«. Außerdem machen die an den Rückseiten der Vitrinen angebrachten aufrecht stehenden Tafeln auf die sonst eher unscheinbaren Pulte aufmerksam.

Der Festsaal

Der Festsaal wurde schon im 16. Jahrhundert mit den einzigartigen ganzfigurigen Porträts der sächsischen Herrscher aus dem Hause Wettin und einiger deutscher Kaiser ausgestattet. Mehr als die Hälfte davon stammen von dem Leipziger Künstler Hans Krell.

Unter der Fürstengalerie ist in die Holzvertäfelung von 1909 die in einem deutschen Rathaus einmalige Galerie von 59 Stadtrichterbildnissen eingearbeitet. Sie waren zwischen 1632 und 1804 für die damalige Schöffenstube angefertigt worden. Von besonderem künstlerischen Wert sind die Porträts der Maler Elias Gottlob Hauffmann und Anton Graff aus dem 18. Jahrhundert.

An der Südseite des Festsaales steht der so genannte Richterstuhl von 1744. Das Rathaus war seit 1474 der Ort für bürgerliche Klagen. Die Gerichtsschanke wurde jeweils vor der Verhandlung aufgebaut; heute steht hier eine 1909 angefertigte Nachbildung. Da sie die große Bedeutung der Rechtsprechung im Alten Rathaus seit seiner Erbauung 1556 bis zum Jahr 1856 symbolisiert, wollten wir sie in jedem Fall in die Ausstellung zur Stadtgeschichte einbeziehen. Bis zum Aufbau der Ausstellung standen Stühle des 19. Jahrhunderts auf dem Podest. Da sich im Stadtarchiv die Zeichnung des Tischlers erhalten hat, der 1744 einen »grünen Stuhl« für den Stadtrichter angefertigt hatte, planten wir, diesen Stuhl nachzubauen zu lassen. Weil wir aber nicht den Anschein erwecken wollten, der Stuhl sei noch original vorhanden, ließen wir ihn zeichnungsgerecht in geätztem Glas ausführen. Durch seine Beleuchtung setzt er einen modernen Akzent und vermittelt doch ein wahrheitsgetreues Abbild des Richterstuhles.

Innerhalb der Stadt verfügte der Rat über die Gerichts- und Strafbefugnis. Diese ist in dem ältesten und bedeutendsten Rechtsbuch des deutschen Mittelalters, dem so genannten »Sachsenspiegel« des Eike von Repgow, aufgezeichnet. Eine von mehreren außerordentlich wertvollen Abschriften dieses Rechtsbuches aus dem Jahre 1461 ist hier ausgestellt.

Diese Aufzeichnungen sind das älteste größere Sprachdenkmal deutscher Prosa, was zugleich den entwickelten Stand der Schöffenkultur des Mittelalters demonstriert. Als früheste Anwendung des Sachsenspiegels in der Rechtsprechung gilt der Halle-sche Schöffenbrief von 1235, als letzte ein Urteil des Reichsgerichts von 1932. Seit 1474 wurde der Sachsenspiegel gedruckt und erfuhr eine weite Verbreitung.



Der Richterstuhl im Festsaal

In den Pultvitrinen unter den Fenstern ist der spektakulärste Gerichtsfall der Stadtgeschichte ausführlich dokumentiert: der Fall des Johann Christian Woyzeck (1780–1824). Es war die letzte Hinrichtung auf dem Leipziger Marktplatz. Im Mittelpunkt des dreijährigen Prozesses, der die Öffentlichkeit immer wieder beschäftigte, stand die Diskussion über die Zurechnungsfähigkeit des Täters und die Verantwortung der Gesellschaft. Der 41-jährige offensichtlich verwirrte zeitweise obdachlose Perückenmacher, Soldat und Gelegenheitsarbeiter Woyzeck hatte am 2. Juni 1821 aus Eifersucht seine fünf Jahre ältere vermeintlich untreue Geliebte Johanna Christina Woost in ihrer Wohnung in der Sandgasse in Leipzig erstochen. Bis heute ist der Fall Woyzeck durch Georg Büchners Drama und Werner Egks Oper lebendig. Er gilt als Exempel engstirniger Rechtsprechung. In den Vitrinen sind Zeugnisse des Falles und Theaterprogramme ausgestellt.

Im nächsten Raum, der Nuntiatur, musste sich einst jeder registrieren lassen, der zu einem Beamten im Rathaus wollte. Der Raum, seit 1909 die so genannte Rüstkammer mit Waffen aus verschiedenen Zeiten der Stadtverteidigung, ist nicht sehr ausstel-

lungsfreundlich – mehrere Türen, der große Kamin, kaum Wandfläche. Er bot sich aber an, ihn aus der Chronologie herauszunehmen und hier über die Baugeschichte des Alten Rathauses zu berichten. Demzufolge sind hier auch das Porträt des Baumeisters Hieronymus Lotter, Zeugnisse seines Lebens, Darstellungen des Rathauses aus verschiedenen Zeiten und originale Exponate aus der Rathausgeschichte ausgestellt. Eine Installation mit Porträts für das Rathaus wichtiger Personen, wie Hieronymus Lotter, Gustav Wustmann, Otto Georgi, Bruno Tröndlin, Scharenberg, Kahnt, deren das Rathaus betreffenden Zitaten und Rathausdarstellungen der jeweiligen Zeit wurde aus finanziellen Gründen nicht realisiert.

Symbolisch für die Rathaus-Abrissdiskussionen steht der bemerkenswerte Pokal aus Eichenholz mit seiner Geschichte: Der Stadtverordnete und Drechsler Heinrich Lange hatte sich sehr für die Erhaltung des Alten Rathauses eingesetzt, als dem baufälligen Gebäude um die Jahrhundertwende der Abriss drohte. Lange fertigte den Pokal 1909 aus einem Schwellenbalken des Bauwerks und schnitzte unter anderem die Porträts Lotters und Scharenbergs, der den Umbau 1909 leitete, hinein. Im Fuß des Pokals befindet sich ein handschriftliches Gedicht von Lange:

»Gewachsen in der Elsterau
 Ward Schwelle ich im Rathausbau
 Bis in moderner Weise jetzt
 Mich Stein und Eisen hat ersetzt
 Nun formte mich des Drechslers Stahl
 Zu Ehren Lotters zum Pokal
 Zu künden noch der spätern Zeit
 von alter Schaffensfreudigkeit
 Wollt Ihr mich leeren, dann: Mit Gunst!
 Glück zu der Arbeit und der Kunst!«

»... vieler tausend Menschen Schaden und Untergang ...« – Krieg und Frieden 1500–1813

Der nächste Raum ist ebenfalls außerhalb der Chronologie einem Thema gewidmet. Im Raum Krieg und Frieden, der bis zur Umgestaltung erst das Mendelssohnzimmer (seit 1998 als Dauerleihgabe im Mendelssohnhaus), dann die Darstellung der Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts beherbergte, trifft der Besucher auf die bedrohliche Präsentation einer Phalanx verschiedener Stangenwaffen, gruppiert um ein auf den Besucher gerichtetes Geschützrohr. Damit wollen wir für die Drangsale der Vergangenheit sensibilisieren, denn die wohlhabende Messe- und Handelsstadt spielte in Kriegszeiten immer eine wichtige Rolle. Wiederholt war Leipzig Kriegsschauplatz,

begehrter Quartierstandort für durchziehende Armeen und unerschöpfliche Quelle von Kontributionen. Viele Menschen verloren durch Kriege Leib und Leben oder zumindest Gesundheit und Lebensgrundlage.

Die auf konkrete Personen bezogenen Objekte sollen den nüchternen Zahlenkolonnen anonymer Opfer ein Gesicht verleihen. Ein Symbol ist auch die im Zweiten Weltkrieg bis zur Unkenntlichkeit zerstörte Madonna, um die sich Dinge gruppieren, die aus dem Leben realer Menschen erzählen. Wir erinnern mit einer Haarlocke an den Markgrafen Dietrich, dem 1307 in der Schlacht bei Lucka Leipziger Bürger zum Sieg über den römisch-deutschen König verhalfen und der wohl deshalb mitten im Weihnachtsgottesdienst in der Thomaskirche ermordet wurde. Wir erinnern an gefallene Soldaten der Völkerschlacht mit deren sterblichen Überresten. Sie stehen stellvertretend für alle Gefallenen, deren Namen keiner kennt.

Die Leipziger Völkerschlacht wird nur kurz gestreift, da dieses Kapitel Stadtgeschichte im FORUM 1813 (Museum zur Völkerschlacht bei Leipzig) am Völkerschlachtdenkmal behandelt wird.

Eines der wertvollsten und bedeutendsten Stücke in der Harnischsammlung des Museums ist der hier ausgestellte Maximiliansharnisch. Diese erstklassige Arbeit eines Nürnberger Plattners entstand im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts. Wann und zu welchem Zwecke man die fürstliche Rüstung anschaffte, ist nicht bekannt.

Als nächstes gelangen wir in die Ratsstube.

»... der Stadt Leipzig zu Frommen ...« – Das Alte Rathaus als Ort der Stadtverwaltung

Hier befindet sich der Besucher im wohl schönsten Innenraum Leipzigs. Die Ratsstube ist im Renaissancestil erhalten geblieben und »besticht« durch ihre einzigartige Kassettendecke und die Wandverkleidung. Bis 1904 war hier der Arbeitsraum des amtführenden Rates bzw. nach 1831 der Stadtverordneten. Von den eigens für die Ratsstube angefertigten Möbeln sind noch einige wenige original erhalten, wie der wertvolle große Aktenschrank mit Intarsien, der seit 1592 an gleicher Stelle steht. Aus dieser Zeit stammt auch der Tisch mit Schieferplatte, an dem lange Zeit der Rat arbeitete. Der Bürgermeisterstuhl mit dem Stadtwappen in der Rückenlehne stammt aus dem Jahr 1607. Ebenfalls aus der Erbauungszeit des Rathauses ist der eiserne Ofen mit seinen Reliefplatten, der grüne Kachelaufsatz wurde 1909 nach alten Modellen neu gefertigt. Die abschraubbaren, heute aus Sicherheitsgründen angeklebten Messingkugeln dienten einst den Schreibern als Handwärmer. In diesen Raum mit der Fortsetzung der Fürstengalerie der Wettiner (hier die sächsischen Könige) an den Wänden wollten wir möglichst wenig mit einer Ausstellung eingreifen. Deshalb bot er sich an, seine eigene Geschichte, Episoden aus der Verwaltung der Stadt, zu erzählen.

In einer der großen Vitrinen sind Einweihungsgeschenke für das 1905 eröffnete Neue Rathaus, als die Stadtverwaltung aus dem nunmehr Alten Rathaus, auch aus ihrem wichtigsten Arbeitsraum auszog, zu sehen: die prächtige Eidbibel des Leipziger Rates und die Amtsketten der Stadtoberhäupter, die des Stadtverordnetenvorstehers und die des Oberbürgermeisters. Dieser trägt sie auch heute noch zu besonderen Anlässen. Für diesen Fall haben wir ein Foto in Originalgröße anfertigen lassen, das dann statt der Kette in der Vitrine liegt. Beide Ketten wurden von dem Darmstädter Goldschmied Ernst Riegel angefertigt.

Die Eidbibel gehörte zum feierlichen Zeremoniell der Amtseinführung des Rates. Der amtierende Rat legte zum Amtsantritt kniend mit der Hand auf der Bibel den Amts- oder Ratsherreneid ab. Dieser Eid ist an der Rückseite der Vitrine im Wortlaut zu lesen. An den Wänden hängen Porträts ausgewählter Bürgermeister; die vollständige Liste ist neben der Eingangstür angebracht. In diesem Raum besiegelte man städtische Anstellungsverhältnisse, fanden Gastmähler statt und gingen bedeutende Persönlichkeiten ein und aus. Hier unterschrieb am 5. Mai 1723 die wohl einzige Person von Weltgeltung, die in dieser Ratsstube ein und aus ging, Johann Sebastian Bach, seinen Anstellungsvertrag als Thomaskantor und städtischer Musikdirektor. Sein Bild, gemalt von Elias Gottlob Haußmann, das einzig authentische, hängt im ehemaligen Bürgermeisterzimmer gleich neben der Ratsstube.

*»... daß sogar die Buchstaben Bach in ihrer Ordnung melodisch sind ...« –
Johann Sebastian Bach in Leipzig*

»Leipzig, 29. Mai. Am vergangenen Sonnabend zu Mittage kamen 4. Wagen mit Haus-Rath beladen von Cöthen allhier an, so dem gewesenen dasigen Fürstl. Capell-Meister, als nach Leipzig vocirten Cantori Figurali, zugehörreten; Um 2. Uhr kam er selbst nebst seiner Familie auf 2 Kutschen an, und bezog die in der Thomas-Schule neu renovierte Wohnung.« So vermeldete im Frühjahr 1723 eine überregionale Zeitung die Ankunft Johann Sebastian Bachs in Leipzig, der das Amt des Thomaskantors und Director musices übernahm. Er war 38 Jahre alt und sollte 27 Jahre lang, bis zu seinem Tod, in Leipzig bleiben. Etliche Male wurden in der Ratsstube Unstimmigkeiten verhandelt, denn Bach fühlte sich in erster Linie einer gut ausgestatteten »wohlbestallten Kirchen Music« verpflichtet. Das Rathaus, namentlich die Ratsstube, war Austragungsort etlicher Streitereien und ist deshalb heute einer der wichtigen authentischen Bachstätten in Leipzig. Bach sollte an dieser Stelle entsprechend gewürdigt werden und einen eigenen Raum erhalten (bis dahin hing sein Porträt in der Ratsstube). In dem kapellenartig hergerichteten »Bach-Kabinett« sind außer seinem Porträt wertvolle Stücke aus der Bach-Zeit ausgestellt, wie die Schulordnung der Thomasschule, eine von Bach

eigenhändig unterschriebene Quittung, eine Figur des Taufsteins der Thomaskirche, in der Bachs Kinder getauft wurden. Im Nebenraum, der ehemaligen Syndikusstube, wird die Leipziger Musikgeschichte bis zum 18. Jahrhundert dargestellt werden.

»Nichts ... als die edle Music« – Musikstadt Leipzig im 16. bis 18. Jahrhundert¹

Das zentrale Ausstellungsobjekt ist das Modell des alten Gewandhauskonzertsals, das symbolisch für die frühe Geschichte der Gewandhauskonzerte steht. 1743 wurde durch die Kaufmannschaft das »Große Concert« gegründet, ein Konzertunternehmen, das die besten Studenten, Dilettanten und Stadtmusiker vereinte. Zu dieser Zeit musizierte man in einem Gasthaussaal. 1781 bekamen die öffentlichen Konzerte mit dem neuen Konzertsaal im ehemaligen Haus der Tuchhändler nicht nur einen würdigen Rahmen, sondern damit auch ihren bis heute gültigen Namen: Gewandhauskonzerte.

Die Tradition des weltberühmten Thomanerchors reicht bis zum Jahr 1254 zurück. In diesem Jahr wurde die Thomasschule erstmals urkundlich erwähnt. Ihre Schüler, die Alumnen, sangen an den beiden Kirchen St. Nikolai und St. Thomas und pflegten hauptsächlich die Leipziger Kirchenmusik. Die Thomaskantoren, wie Johann Hermann Schein, Georg Rhau, Sethus Calvisius und Johann Kuhnau werden hier als wichtige Thomaskantoren vor Bach gewürdigt.

Die Stadt Leipzig hatte seit 1479 drei fest angestellte Stadtpfeifer, die mehrere Instrumente spielten und bei Fürstenempfängen oder Ratsfeierlichkeiten auftraten. Ab 1599 waren sie auch für das tägliche Abblasen vom Bläserbalkon des Rathausturmes zuständig. Anfang des 17. Jahrhunderts gehörten zu den Stadtmusikern noch drei Kunstgeiger. Die aus dem bürgerlichen Selbstgefühl einer Gelehrten- und Handelsstadt gewachsene Ratsmusik wurde ab etwa 1650 zu einer tragenden Säule des Leipziger Musiklebens. Gottfried Reiche, dessen nachgebaute Trompete zu sehen ist, wie auch Johann Pezel waren die herausragenden Musiker dieser Zeit.

Die Ratsstube verlassend, ist links neben der Tür eine Klappe im Fußboden sichtbar. Durch sie wurden einst bei Gefahr Akten in das Aerar, die Schatzkammer des Rates, befördert. In dem Raum, durch den man ins Aerar gelangt, wird Leipziger Handwerksgeschichte dargestellt.

¹ Raum in Vorbereitung

»... der soll rechtes Ellenmaß haben« Leipziger Innungen²

Das Wort »Die Katze im Sack kaufen« hat übrigens seinen Ursprung in Leipzig, bei den Leipziger Handwerkern: 1515 hielt Till Eulenspiegel die Leipziger Kürschner zum Narren. Er verkaufte ihnen eine in ein Hasenfell gewickelte und in einem Sack versteckte Katze als Hasen, den die Kürschner zu einem ihrer Innungsschmäuse am Fastnachtsabend verzehren wollten. Solche Festessen gehörten zu den festen Ritualen, die das Leben der in Innungen (bzw. Zünften) zusammengeschlossenen Handwerker prägten. Die Gemeinschaft der Innung sicherte mit strengen, vom Landesherrn privilegierten und bis in die Familien hinein wirkenden Gesetzen den Fortbestand des Gewerbes. Nach Abschluss der Lehrzeit und feierlicher Lossprechung ging ein Geselle auf Wanderschaft, um seine in der Lehre erworbenen Fertigkeiten zu vervollkommen. Die Gesellenwanderung gewährleistete auch, dass nicht alle Gesellen sofort nach Meisterehren strebten und die Zahl der Meister konstant blieb. Ab 1810 stellten die städtischen Polizeiämter Wanderbücher oder -pässe aus. Diese dokumentierten alle Stationen der Wanderschaft. Nach den Wanderjahren konnte der Geselle bei der Innung um Aufnahme als Meister nachsuchen. Die Vorschriften der Perückenmacherinnung mit den Vorgaben fürs Meisterstück stehen hier exemplarisch für die Mühen, denen sich ein Geselle bei der Erlangung der Meisterwürde zu unterziehen hatte.

An die Traditionen des Handwerks erinnern in diesem Raum die Innungsladen. Die Innungslade war das »Heiligtum« einer Innung; in ihr bewahrte man wichtige Dokumente, kostbare Gegenstände und die Kasse auf. Sie war Behältnis und ritueller Gegenstand zugleich, denn sie stand im Mittelpunkt der Hohen Morgensprache, der Hauptversammlung der Innung. Das feierliche Öffnen durch den Ladenmeister signalisierte den Versammlungsbeginn. Vor geöffneter Lade durften bei Strafe keine Waffen getragen, keine Schimpfworte gebraucht und keine Schlägereien angezettelt werden. Die Laden, von den Tischlermeistern der Stadt angefertigt, spiegeln die finanzielle Lage der jeweiligen Innung wieder. So verweist zum Beispiel das Äußere der Lade der Goldschmiede auf eine sehr reiche Innung.

Von hier aus gelangt man über eine steile Treppe ins Aerar, zwei kleine Räume unter der Ratsstube. Es ist der einzige nach dem Rathausumbau verbliebene Bereich eines ehemaligen Zwischengeschosses für ein Kaufgewölbe, das man 1483 abtrennte.

2 Raum in Vorbereitung

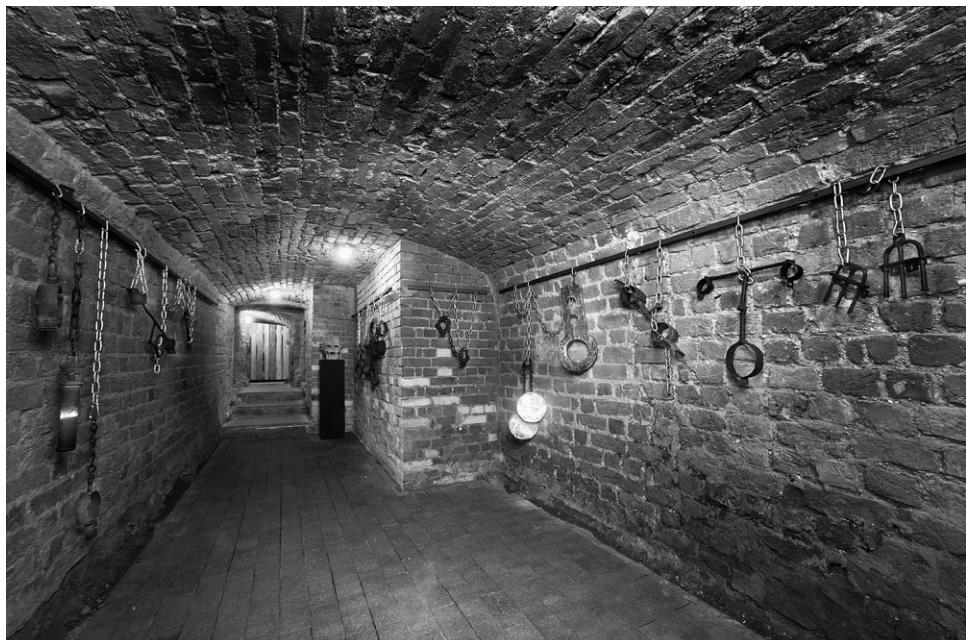
Kramerschatz

Die beiden kleinen Räume dienten als Schatz- und Geheimkammer des Leipziger Rates, der in den zwei großen eisernen Truhen mit komplizierten Schlossern jahrhundertelang Urkunden, wichtige Dokumente und Kostbarkeiten aufbewahrte. Diese konnten bei Gefahr aus der Ratsstube durch die über der Tür befindliche Klappe in die Geheimkammer geworfen werden. Heute sind hier Akten, Münzen, Medaillen, Gläser sowie Gold- und Silberschmiedearbeiten zu sehen, die Teile des ehemaligen Kramerschatzes sind. Kramer waren Kleinhändler, die ähnlich den Handwerkern einer Innung angehörten. Sie bezogen ihre Waren wie Spezereien und Gewürze, venezianische Seife, Seidentuch, Taft, gezwirnte Borten, Leinwand, Tuch und Wachs von Händlern und verkauften diese gewinnbringend weiter. Durch kluge Handlungspolitik brachten sie es so zu relativ großem Reichtum. Bei der Aufnahme eines Kramermeisters in die Innung hatte dieser ein Porträt und zwei silberne Löffel zu stiften. So entstand die eigentümliche Sammlung silberner Löffel mit den Namen der Kramermeisters, in der großen Truhe ausgestellt. In der Vitrine links neben der Eingangstür sind wertvolle Gläser ausgestellt. Ein besonders interessantes Stück ist der große Römer aus dem Jahr 1739. Er ist das Willkommgefäß der »Zwölfergesellschaft«, einer Vereinigung von Handlungshelfern, die arme Standesgenossen unterstützte. Bei ihren Zusammenkünften verschmähten aber auch sie nicht einen guten Tropfen, das belegt der eingeschliffene Spruch:

»Zwölf Freunde können hier,
vergnügt und lustig seyn. Wer macht sie aufgeweckt?
Ey! Sag mirs doch? Der Wein ...«

Im Keller des Alten Rathauses haben wir die ehemaligen Gefängniszellen vor zwei Jahren wieder begehbar gemacht; dort sind keine Originale ausgestellt. Die Zellen sind als Ergänzung zur stadtgeschichtlichen Ausstellung, besonders zum Thema Gerichtsbarkeit, empfehlenswert.

Im Obergeschoss sollte eigentlich schon der zweite Teil der Leipziger Geschichte von der Industrialisierung im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart zu sehen sein. Vorerst ist die Realisierung wegen fehlender Mittel gestoppt. Umfangreiche Bauarbeiten wären nötig, denn das Obergeschoss war in den letzten Jahren durch etliche Einbauten für Arbeitsräume sehr eingeengt worden. Die Themen sind bearbeitet und harren der Realisierung: die Musikstadt zu Mendelssohns Zeiten, Aufbruch ins Industriezeitalter, die »goldenen Jahre« der Kaiserzeit, Leipzigs Rolle als Buchstadt, die dunklen Jahre des Nationalsozialismus mit Verfolgung, Krieg und Untergang der jüdischen Kultur, Leipzig als »amerikanische«, dann »sowjetische« Stadt 1945 und der Wiederbeginn



Gefängniszelle im Keller

des zivilen Lebens, Leipzigs Rolle als Sportstadt in der DDR, die »Heldenstadt« in den Oktobertagen des Jahres 1989 und Leipzig als »boomtown« in den Jahren nach der Wiedervereinigung. Aus der Not eine Tugend zu machen, ist die Kunst (nicht nur) von Museumsleuten. Um das Alte Rathaus wieder mit schmerzlich vermissten Sonderausstellungen zu beleben, wird seit 8. Oktober 2005 auf der »Baustelle« Obergeschoss Altes Rathaus, quasi an den Bau-Gerüsten, eine Bau-Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstages des Neuen Rathauses und zu Ehren seines Erbauers gezeigt: »monumental. Hugo Licht und der Historismus in Leipzig«.

Fürst und Hof im Reformationsjahrhundert

Neuerscheinungen zu Kurfürst Moritz von Sachsen¹

Thomas Töpfer

Die Person und die kurze Regierungszeit Moritz' von Sachsen (1541–1553) bilden seit jeher einen wesentlichen Schwerpunkt der landesgeschichtlichen Forschung in Sachsen. Seit dem 19. Jahrhundert entstanden eine ganze Reihe biografischer Studien zum Leben des ersten albertinischen Kurfürsten von Sachsen, so aus der Feder von Friedrich Albert von Langenn, Wilhelm Maurenbrecher, Simon Ißleib, Georg Voigt, Erich Brandenburg, Karlheinz Blaschke und Günther Wartenberg, die in unterschiedlichem Maße über die Person des Kurfürsten hinaus auch die albertinische Politik in der Mitte des Reformationsjahrhunderts beleuchten. Die von Erich Brandenburg begonnene und Jahrzehnte später durch Johannes Herrmann, Günther Wartenberg und jüngst Christian Winter fortgesetzte und in Kürze abgeschlossene Edition der Politischen Korrespondenz Moritz' von Sachsen erschließt, über die Grenzen der Landesgeschichte hinaus, in beispiellosem Umfang neue Forschungsperspektiven und macht Moritz, wie jüngst Johannes Burkhardt festgestellt hat, zum »besterschlossenen Landesherrn« des 16. Jahrhunderts überhaupt.

Der führende Editor dieses Quellenwerks, der Leipziger Kirchenhistoriker Johannes Herrmann, hat eine Biografie Moritz' von Sachsen vorgelegt, die auf vielen Seiten ein beeindruckendes Zeugnis der Jahrzehntelangen Beschäftigung des Autors mit der Politik des ersten albertinischen Kurfürsten ablegt. Basierend auf der Auswertung der nun gedruckt oder in Regestenform zugänglichen Quellen will Herrmann den Lesern die Persönlichkeit seines Helden, den Menschen Moritz von Sachsen und dessen spezifischen Weg vom nachgeborenen Fürstensohn zum regierenden Herzog und Kurfürsten, zum großen Antipoden Karls V. im Fürstenkrieg und schließlich zum tragisch gefallenen »Helden« von Sievershausen erzählerisch schildern. Die biografische Forschung wird dem Buch zweifellos neue, bisher nicht so deutlich herausgearbeitete Aspekte entnehmen können. So werden die prägenden Figuren der Kindheit Moritz' zwischen den dynastisch-politischen Polen Freiberg, Dresden, Halle und Torgau plastisch vorgestellt. Ebenso gelungen erscheinen die Passagen zu der gegen den Willen seiner Eltern erfolgten Verheiratung Moritz' mit der hessischen

¹ Zugleich Rezension zu Johannes Herrmann: Moritz von Sachsen (1521–1553). Landes-, Reichs- und Friedensfürst, Beucha 2003, 264 S. mit zahlreichen Illustrationen; Hof und Hofkultur unter Moritz von Sachsen (1521–1553), hrsg. von André Thieme und Jochen Vötsch (Saxonia. Schriften des Vereins für sächsische Landesgeschichte 8), Beucha 2004, 150 S. mit Abbildungen.

Landgrafentochter Agnes, zum Verhältnis Moritz' zu seinem Bruder August und besonders zu dem römisch-deutschen König und späteren Kaiser Ferdinand I. Das explizite Interesse Herrmanns an der Persönlichkeit des Albertiners stößt allerdings an zahlreichen Stellen auch an Grenzen. Nur wenige verfügbare Quellen geben tatsächlich Aufschluss über die persönlichen Gedanken oder gar Empfindungen des Kurfürsten. Sollte im Interessenfokus moderner historischer Forschung wirklich die von Herrmann am Ende seines Buches aufgeworfene Frage stehen, ob Moritz als evangelischer Christ gestorben sei? Zumal der Autor seine bejahende Antwort mit der Forderung verbindet, dass das »evangelische Sterben« Moritz' »jeden Zweifel an der Echtheit seines Handelns« verbiete, fragt sich der Leser, ob bei dieser Frage nicht die Grenzen historischer Erkenntnissfähigkeit im spekulativen Sinne längst überschritten werden. Der Erzählfluss des Buches fällt an einigen Stellen deutlich zu detailliert aus. Ebenso erfüllt die Gliederung nur sehr bedingt die Aufgabe, den Leser rasch und klar durch den Inhalt des Buches zu führen. Hingegen ist die Erschließung der Biografie und der zahlreich genannten Zeitgenossen Moritz' durch ein ausgezeichnetes Register vorbildlich möglich. Ebenso hilfreich und gefällig sind die beigefügten Karten und Illustrationen.

Einen gänzlich anderen Zuschnitt als Herrmanns bewusst psychologisierende Lebensschilderung besitzt der hier ebenfalls anzuseigende, von André Thieme und Jochen Vötsch herausgegebene Sammelband, der die Vorträge einer Tagung des Vereins für sächsische Landesgeschichte anlässlich des 450. Todestages Moritz' von Sachsen im Mai 2003 im Schloss von Radeberg in überarbeiteter und erweiterter Form präsentiert. Eingeordnet in das größere Thema »Hof und Hofkultur unter Moritz von Sachsen« versucht der Band in gelungener Form eine Korrelation zweier Teilbereiche: Kunst- und musikhistorischen Beiträgen, die das Panorama der Hofkultur im eigentlichen Sinne behandeln, stehen Aufsätze gegenüber, die einen eher verwaltungshistorischen Blick auf die ökonomischen und administrativen Grundlagen der Hofhaltung werfen. Beide Teile werden durch einen einführenden generalisierenden Beitrag von Manfred Rudersdorf (Leipzig) zusammengehalten, dessen Zielsetzung eine typologische Bewertung der Person des ersten albertinischen Kurfürsten auch im Vergleich mit den anderen reformatorischen Territorialfürsten seiner Zeit ist. Rudersdorf stellt sich damit gerade einer Aufgabe, die Herrmanns ausführliche Darstellung naturgemäß nur sehr eingeschränkt erfüllen kann, nämlich, in eher systematischer Weise die Bedeutung der Regierungszeit Moritz' für die weichenstellende Formierung des albertinischen Kursachsens im Zeichen von Reformation und Konfessionalisierung herauszuarbeiten, und diese sächsischen Phänomene in den Kontext der allgemeinen Reichsgeschichte einzuordnen. Moritz verkörpere wie kaum ein anderer seiner Zeitgenossen im Reich den Typus eines machtbewussten »Renaissancefürsten«. Seine Regierungszeit verdiene, wie Rudersdorf in einem engagierten Plädoyer betont,

ein ebenso großes wissenschaftliches und öffentlichkeitswirksames Interesse, wie das populäre »Augusteische Zeitalter.«

Lorenz Friedrich Beck (Dresden) beleuchtet in einem ausgesprochen quellennahen Beitrag den Aufstieg Dresdens zur albertinischen Residenz unter Moritz. Er arbeitet dabei klar die verschiedenen Dimensionen einer frühneuzeitlichen Fürstenresidenz heraus und hält insbesondere fest, dass in den Jahren nach 1547 die unterschiedlichen Residenzfunktionen auf verschiedene Städte verteilt waren. Insbesondere das ehemals ernestinische Torgau blieb als »Verwaltungshauptstadt« trotz der territorialen Veränderungen nach dem Schmalkaldischen Krieg von zentraler Bedeutung.

Die verwaltungsmäßigen Grundlagen der Hofhaltung während der Regierungszeit Moritz' von Sachsen stehen im Mittelpunkt zweier exemplarischer Studien. Im Zentrum des Beitrags von Karlheinz Blaschke (Friedewald), eines der besten Kenner der sächsischen Verwaltungsgeschichte, steht das Amt Moritzburg, das eigens zum Unterhalt des gleichnamigen Jagdschlosses geschaffen worden war. Vor dem Hintergrund der allmählichen »Verämterung« des Territoriums untersucht Blaschke die »feudal-naturwirtschaftlichen Methoden«, unter deren Maßgabe das neue Schloss mit einem eigenen Amtsbezirk ausgestattet wurde. Ebenso wie Blaschke gibt André Thieme (Dresden) in seinem Beitrag über Herrschaft, Amt und Schloss Radeberg grundlegende Einblicke in die Struktur der sächsischen Ämterverfassung und deren Bedeutung für die Unterhaltung »residenzieller Strukturen«. Am gewählten Beispiel eines territorial und rechtlich sehr geschlossenen Amtes zeichnet er Entwicklungen von den Anfängen in der Zeit der Kolonisation bis in die Zeit des Kurfürsten Moritz nach, in der der Ausbau Radebergs zu einer relativ bescheidenen Jagdresidenz erfolgte.

Im Mittelpunkt der beiden Beiträge von Heinrich Magirius (Radebeul) und Margitta Çoban-Hensel (Dresden) steht der Ort des Hofes im engeren Sinne: das landesherrliche Schloss. Magirius gibt einen knappen Überblick über die während der Regierungszeit Moritz' um- und neugebauten Anlagen in Moritzburg, Radeberg, Chemnitz, Leipzig und natürlich in Dresden. Gerade das Dresdner Schloss, dessen Baugeschichte in den vergangenen Jahren auch maßgeblich von Magirius erforscht worden ist und dessen berühmte Sgraffitto-Dekorationen aus der Moritz-Zeit gegenwärtig rekonstruiert werden, wurde zu einem zentralen Repräsentationsort des albertinischen Kurhauses und insbesondere seines ersten Kurfürsten. Die von Magirius angesprochenen dynastisch-politischen Bildprägungen der wichtigen Jahre nach 1547 werden von Margitta Çoban-Hensel im Hinblick auf die innere Ausstattung der Dresdner Residenz weiter verfolgt. Auch für »Profanhistoriker« hält gerade dieser kunsthistorische Beitrag höchst interessante und relevante Informationen bereit. So zeigten sich die politischen Beziehungen Moritz' nach Oberdeutschland, Böhmen, Italien und Frankreich ebenso in der Ikonographie und der kunsthandwerklichen Herkunft der Schlossausstattung,

wie das ausgeprägte landesherrliche Geltungs- und Darstellungsbedürfnis während der vergleichsweise kurzen und bewegten Regierungszeit des Kurfürsten.

Zuletzt bietet der Sammelband auch Einblick in das engere Hofleben. Jochen Vötsch (Dresden) untersucht das »Medium Geschenk« und kann in Ansätzen deutlich machen, wie sich auch in der Regierungszeit Moritz' Klientelbeziehungen innerhalb des Landes und verwandtschaftlich-politische Beziehungen des Landesherrn nach außen ihren Niederschlag im Austausch von Kunsthantwerk gefunden haben. Aus musikwissenschaftlicher Perspektive beleuchtet Matthias Herrmann (Dresden) sodann die Hofmusik unter Moritz von Sachsen. Im September 1548 wurde die Ordnung für eine neuzugründende Hofkapelle in Dresden erlassen, für die Moritz den Rat des für die Musik am ernestinischen Hof wichtigen Johann Walter einholte. Auch diese Entscheidung sollte die Ausstrahlungskraft der nach dem Schmalkaldischen Krieg im Ausbau befindlichen Dresdner Residenz stärken.

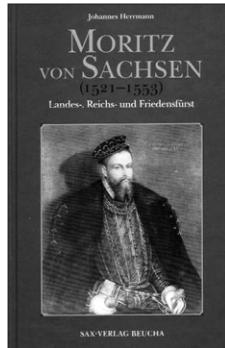
Wie bei Sammelbänden üblich und im Grunde auch wünschenswert fallen die Beiträge des Bandes thematisch und methodisch deutlich auseinander. Es zeigt sich aber ebenso klar, welch befruchtende Bezüge zwischen der allgemeinen Geschichte, der Verwaltungsgeschichte und der Kunst- und Musikgeschichte hergestellt werden können. Zudem wählt der Band jenseits des klassischen personengeschichtlichen Zugangs zur Regierungszeit Moritz' von Sachsen im Wesentlichen einen systematischen Ansatz, indem gerade die Hofkultur in den Mittelpunkt gerückt wird, die zwar nicht ohne die Figur des Fürsten denkbar war, aber auch nicht vollständig in seiner Person aufgeht. Dies gilt gerade für Moritz, der während seiner ohnehin kurzen, aber politisch bekanntlich höchst bewegten Regentschaft weit überdurchschnittlich viel Zeit fern seiner sächsischen Residenzen zugebracht hat.

Alle Beiträge des Bandes unterstreichen überdies, ohne dies mitunter explizit zu formulieren, die große Bedeutung des Zäsurjahres 1547 für die Geschichte des albertinischen Sachsens. Der Erwerb der Kurwürde markiert gerade für die kulturellen und repräsentativen Dimensionen des Hofes den Beginn eines beispiellosen Aufholprozesses der Albertiner, dessen Parameter durch die ungleich glänzendere ernestinische Hofhaltung vor 1547 gesetzt wurden. Dresden kam erst nach dem Umbau des Schlosses durch Moritz überhaupt in die Nähe des Ranges der alten ernestinischen Residenz in Torgau, die nicht nur aus verwaltungstechnischen Gründen bevorzugter Aufenthaltsort des Albertiners in den Jahren unmittelbar nach 1547 wurde.

Ebenso wie die Beurteilung Moritz' von Sachsen bekanntermaßen stets zwischen extremen Polen schwankte, neigte zumal die mit Sachsen verbundene Historiografie bis in die jüngste Zeit häufig zur Hervorhebung der dezidierten Stringenz des erfolgsorientierten politischen Handelns des Kurfürsten. Keine Frage: Moritz verstand es, sich in einer krisenreichen Zeit zu behaupten und beispiellose Chancen für seine Dynastie zu nutzen. Wie sich der Albertiner in einer längeren Zeit des Friedens und

der politischen Stabilität im Reich als Regent des maßgeblichen protestantischen Leiterritoriums verhalten hätte, bleibt Spekulation. Sein früher Tod hat seiner Attraktivität für die Biografen bis heute gewiss nicht geschadet. Moritz' Bruder und Nachfolger August von Sachsen ist dieser Vorzug nicht zuteil geworden. Dessen zweifellos mindestens ebenso strukturprägende jahrzehntelange Regentschaft hat bis heute noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit erfahren. Augusts vermeintlich behäbig-patriarchalisches Regiment verblassste hinter der »aktionistischen« Regierungszeit seines Bruders. Gemäß der häufig erhobenen Forderung nach einer selbstkritisch mit ihren traditionellen Schwerpunktsetzungen umgehenden Geschichtswissenschaft wäre an geeigneter Stelle auch in den hier besprochenen Publikationen zu Moritz von Sachsen ein Hinweis auf die Sonderstellung der historiografischen Beachtung des Kurfürsten, die nicht frei von Überzeichnungen ist, angemessen gewesen.

Inwieweit befördert es neue Forschungsansätze wirklich, wenn man die Regierungszeit des ersten Albertiners mit dem Kurhut zu einer gleichsam kanonisierten »Glanzzeit« sächsischer Geschichte erklärt? Die krisenhaften Momente seiner auch aufgrund der äußeren Umstände der Reichsgeschichte uneinheitlichen Regentschaft geraten so leicht aus dem Blick, obwohl sie doch (etwa im Zäsurjahr 1547) bestimmd waren. Wie bei kaum einem anderen Fürsten seiner Zeit wurde das »Bild« Moritz' von Sachsen, gleichsam sein »Image«, post mortem überformt und zu weiten Teilen neu geprägt. Die Moritz-Forschung sollte diese Perspektive unbedingt stärker in den Blick nehmen, um die eigentümliche Traditionsbildung zu verstehen, die bis hin zu Herrmanns Identifizierung Moritz' als »Licht, das ungewohnte Helligkeit verbreitete« zu reichen scheint. Wie der vorliegende Sammelband zeigt, erweisen sich gerade kunsthistorische Forschungsansätze auch unter modernem historischem Erkenntnisblickwinkel als sehr nützlich, um (über Schriftquellen hinaus) in landesherrlich initierter Kunstproduktion der Physiognomie dieses »Bildes« Moritz' von Sachsen näherzukommen, das nicht von der realen Figur des Fürsten zu trennen ist.



**Moritz von Sachsen (1521–1553)
Landes-, Reichs- und Friedensfürst**

von Johannes Herrmann

ISBN 3-934544-47-9

Festeinband

15 cm x 23 cm

264 Seiten

50 einfarbige Abb.

24 Euro

1. Aufl. 2003

Sax-Verlag Beucha

Kurfürst Moritz von Sachsen war ein hochumstrittener Mann der Reformationszeit und des Reichs. Geboren im kleinen Freiberger Ländchen und bald evangelischer Herzog im albertinischen Dresden, errang er an der Seite des katholischen Kaisers Karl V. im Schmalkaldischen Krieg die sächsische Kurwürde. Moritz gewann in seinem kurzen Leben über das weitgehend wiedervereinigte Kurfürstentum Sachsen hinaus, das er mit namhaften Räten staatlich neu ordnete und mit Fürstenschulen, lutherischer Konfession und dem Dresdner Schlossneubau seinem Bruder und Nachfolger Kurfürst August zukunftsträchtig hinterließ, reichsweite Bedeutung. Eine Biografie auf bestem Quellenstand.



**Hof und Hofkultur unter Moritz von Sachsen
(1521–1553)**

Hrsg.: André Thieme und Jochen Vötsch,
unter Mitarbeit von Ingolf Gräßler

Mitautoren: Manfred Rudersdorf, Lorenz Friedrich Beck,
Karlheinz Blaschke, Heinrich Magirius, Margitta Çoban-Hensel,
Matthias Herrmann

ISBN 3-934544-59-2

Festeinband, 15 cm x 23 cm

152 Seiten, 45 einfarbige Abb.

19 Euro, 1. Aufl. 2004

SAXONIA – Schriften des Vereins für sächsische Landesgeschichte, Bd. 8, Sax-Verlag Beucha

Nahezu idealtypisch verkörpert Moritz von Sachsen das Bild eines deutschen Renaissancefürsten. Die Tatkraft des politischen Moritz findet ihr Äquivalent in der nachhaltigen, zielstrebigen und reformfreudigen Gestaltung höfisch-kultureller Strukturen. Residenzbildung, Ausbau des frühneuzeitlichen Staates und Ämterorganisation gelangen ebenso zur Darstellung wie die von Moritz begonnenen Schlossbauten und deren prunkvolle Innenausstattungen, die höfische Geschenkpraxis, höfische Musik u.a.m.

PERSONALIA

Dr. Klaus Sohl zum siebzigsten Geburtstag

Doris Mundus

Klaus Sohl, langjähriges Vorstandsmitglied unseres Vereins, in den 1960/70er Jahren stellvertretender Direktor des Georgi-Dimitroff-Museums und 17 Jahre lang Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums, feierte im Juni 2005 seinen siebzigsten Geburtstag: Hohe Zeit, ihm an dieser Stelle zu danken und ihm unseren Glückwunsch auszusprechen.



Klaus Sohl

geboren am 25.6.1935 in Dresden

seit 1957 Mitarbeiter des Georgi-Dimitroff-Museums,
seit 1969 stellvertretender Direktor
und Verantwortlicher für Sammlungsarbeit,
von 1979 bis 1996 Direktor des Stadtgeschichtlichen
Museums Leipzig

Dresdner von Geburt, hat er als Kind das Bombardement von 1945 erlebt und später in der schwer vom Krieg gezeichneten Stadt Abitur gemacht. Während der Schulzeit hatte er seine Liebe zum Bulgarischen entdeckt und sich zugleich für die Geschichte und Kultur dieses Landes zu interessieren begonnen. Diesen Schwerpunkt konnte er während seines Leipziger Geschichtsstudiums, u. a. bei den Professoren Walter Markov und Ernst Engelberg, bei Ernstgert Kalbe vertiefen. Eine erste wissenschaftliche Studie, die auch die Leipziger Stadtgeschichte berührte, entstand bei dem damaligen Stadtarchivdirektor Manfred Unger und nahm die Beziehung der Leipziger Messe nach Südosteuropa, speziell nach Bulgarien, in den Blick.

Nach seinem 1957 absolvierten Examen als Geschichtslehrer trat Klaus Sohl nicht in den Schuldienst ein, sondern folgte dem Ruf an das nur wenige Jahre zuvor gegründete Georgi-Dimitroff-Museum. Hierbei spielten wohl vor allem seine Bulgarischkenntnisse und seine SED-Zugehörigkeit eine wichtige Rolle. Zugleich wechselte

Klaus Sohl mit dem Museumsfach in das Metier, dem er sein gesamtes Berufsleben lang treu bleiben sollte. In den gut zwei Jahrzehnten, in denen er in dem Museum im ehemaligen Reichsgericht tätig war, beschäftigte er sich vornehmlich mit Geschichte des Antifaschismus und der Arbeiterbewegung, forschte in diesem Zusammenhang u.a. in Moskauer, Sofioter und Wiener Archiven und veröffentlichte mehrere Beiträge in einschlägigen Fachzeitschriften. Ende der 1960er Jahre übernahm Klaus Sohl die Position des stellvertretenden Direktors des Dimitroff-Museums.

Nach der Berufung des damaligen Direktors des Museums für Geschichte der Stadt Leipzig Lothar Wenzel zum Leipziger Kulturstadtrat (in der Nachfolge Rudolf Gehrkes) übernahm Klaus Sohl die Leitung des Stadtgeschichtlichen Museums, dem er bis 1996 vorstand. Die Tätigkeit an der Spitze eines stadhistorischen Museums war damals freilich nicht so einfach, wenn man eigene Vorstellungen verfolgte, da alle derartigen Einrichtungen nach den kulturpolitischen Richtlinien der SED zu arbeiten hatten. So gesehen war es ein Glück für Klaus Sohl, dass im Zusammenhang mit der »Tradition und Erbe« – Diskussion in dieser Zeit die so genannte Regionalgeschichte eine Aufwertung erfuhr und offiziell betrieben werden durfte.

Klaus Sohl nutzte die sich bietenden Möglichkeiten: So erschien unter seiner Regie u. a. ein wissenschaftliches Jahrbuch zur Stadtgeschichte, ab 1981 unter dem Titel »Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte«. Von besonderem Stellenwert für die Stadtgeschichtsforschung ist das 1990 veröffentlichte Neue Leipzigische Geschichtsbuch. Dieser heute vergriffene Band, dessen Erscheinen in den atemberaubenden Ereignissen der Jahre 1989 und 1990 etwas unterging, ist die erste und einzige umfassende wissenschaftliche Darstellung der Geschichte der Stadt Leipzig und zu weiten Teilen von beachtlichem Niveau.

Auch in der Museumsarbeit setzte Klaus Sohl neue Akzente. So ist es ihm zu verdanken, dass eine vorsichtige Umgestaltung der 1974 eingeweihten Ausstellung »Leipzig – gestern–heute–morgen« erfolgte, auch wenn größere Veränderungen aus bekannten politischen Gründen nicht durchsetzbar waren. Selbst rein kulturgeschichtliche Ausstellungen waren nicht ohne Schwierigkeiten realisierbar. Klaus Sohls ruhiges, zurückhaltendes Naturell stellte sich in solchen Situationen oftmals als sehr hilfreich heraus – manch schwierige Situation wurde einfach »ausgesessen«. Auf diese Weise gelang es unter seiner Ägide nicht nur, große kulturgeschichtliche Sonderausstellungen zu erarbeiten, sondern auch die allseits beliebten Weihnachtsausstellungen wieder einzuführen, darunter sehr erfolgreiche Expositionen wie »Leipziger Puppenspieltradition« 1985 und »Vom läblichen Bäckerhandwerk« 1986.

Das Stadtgeschichtliche Museum war auch federführend bei der ersten gemeinsamen Auslandsausstellung der Leipziger Museen im Spätsommer 1984 in Paris. Viel Anklang beim Publikum fanden Ausstellungen wie »Richard Wagner und Leipzig« 1983, »Vom

mittelalterlichen Handelsplatz zur sozialistischen Großstadt« anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Museums 1984 und »150 Jahre Eisenbahn in Leipzig« 1987.

Eine neue Herausforderung stellte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die notwendige Sanierung des Alten Rathauses dar, die, von Klaus Sohl jahrelang angemahnt, nun keinen Aufschub mehr duldet. Im Jahr 1988 begannen endlich die Rekonstruktionsarbeiten.

Die Dauerausstellung wurde abgebaut, das Museum für die Zeit der Renovierung geschlossen. Parallel zu den baulichen Veränderungen wurde ein Großprojekt in Angriff genommen: die Ausstellung »Merkur und die Musen. Schätze der Weltkultur aus Leipzig«, die als Gemeinschaftsexposition aller Leipziger Museen 1989 im Wiener Künstlerhaus gezeigt werden konnte.

Dann kam die »Wende«, und danach musste das Museum seinen Platz in der Leipziger Museumslandschaft durch Sonderausstellungen neu finden.

Klaus Sohl, nicht politisch diskreditiert, blieb Direktor und setzte seine Politik der kulturgeschichtlich orientierten Ausstellungen fort, u. a. 1990 mit der ersten gesamtdeutschen Ausstellung »Die Straße«, in Kooperation mit zahlreichen Museen entlang des historischen Messehandelsweges von Frankfurt/ Main nach Leipzig. Unvergessen bleibt vielen Besuchern sicher auch die erschütternde Ausstellung zum 50. Jahrestag der Zerstörung von Leipzig »Verwundungen« 1993.

Neben seiner Tätigkeit im Museum hat Klaus Sohl dabei stets auch eigene Forschungen zur Stadtgeschichte betrieben, und wir können ihn getrost in eine Reihe mit den Direktoren Dr. Friedrich Schulze (1881–1959, Museumsdirektor 1917–1945) und Dr. Heinz Füßler (1906–1990, Museumsdirektor 1945–1971) stellen, unter deren Direktorat außer maßstabsetzenden Ausstellungen auch wichtige Studien zur Leipziger Stadtgeschichte entstanden.

Besondere Verdienste erwarb sich Klaus Sohl mit dem Leipzig-Archiv. In etwa 12-jähriger Arbeit entstand ein umfangreiches stadtgeschichtliches Kompendium, in das aktuelle Forschungsergebnisse und Entwicklungen Eingang fanden und das schon heute als begehrtes Sammelobjekt gelten kann. Ausgangspunkt aller Beiträge ist ein signifikantes Museums-Objekt oder eine Archivalie. Anhand der in vorzüglicher Qualität abgebildeten bzw. faksimilierten Originale wird die Geschichte Leipzigs von ihren Anfängen bis zur Gegenwart dargestellt.

Auch in der Zukunft werden wir uns auf Arbeiten von Klaus Sohl freuen dürfen, u. a. ist eine Neuherausgabe von F. G. Leonhardis 1799 erschienener Geschichte der Kreis- und Handelsstadt Leipzig nebst der umliegenden Gegend beim Lehmstedt Verlag in Planung. Für dieses und für alle weiteren Projekte wünschen wir Klaus Sohl viel Erfolg!



Leipzig – Poetische Ansichten

von Ralph Grüneberger (Texte)
und Sigrid Schmidt (Fotografien)

ISBN 3-934544-87-8
Festeinband
19 x 24 cm
96 Seiten, 70 Fotografien
18 Euro
1. Auflage 2006
Sax-Verlag

Erstmals hat sich der Schriftsteller/Lyriker Ralph Grüneberger den Erinnerungen an seine Leipziger Jahre hingegeben und spürt den Prägungen durch diese Stadt in kurzen Kapiteln nach:

Please Mr. Postman • Leipzig, arm und reich • Kino • »Platz vor der Oper« • Konsum in Leipzig • Adolf-Südknecht-Straße • Lofts, Ateliers und Galerien • Meine Leipziger Wohnungen.

Im Wechselspiel mit den Fotografien von Sigrid Schmidt, die dieser ihrer Stadt nach eigenen Worten in »Hassliebe« verfallen ist, entstehen Leipziger Innenansichten eines halben Jahrhunderts, mit der 1989er Wende als Zeitachse. Ein sehr stimmiger wie nachdenklich stimmender Band.



Die aufgehenden Seen im Süden Leipzigs Metamorphose einer Landschaft

von Lothar Eißmann und Armin Rudolph

ISBN 3-934544-27-4
Festeinband
28 x 24,5 cm
104 Seiten, 130 farbige Abb., 6 Zeichng, 2 Karten
28 Euro
2. erweiterte Aufl. 2006, Sax-Verlag

Die aufgehenden Seen im Süden der Leipziger Tieflandsbucht: um 2000 zuerst der Cospudener See, nun Markkleeberger See und Störmthaler See sowie die Witznitzer Seengruppe (Kahnsdorfer See, Hainer See und Haubitzer See), schließlich der Zwenkauer See – welche Metamorphose einer alten, dicht besiedelten Kulturlandschaft Mitteleuropas zwischen exzessivem Braunkohlenbergbau im letzten Jahrhundert und anthropogener Neugestaltung am Jahrtausendbeginn. Auf weithin devastierten Flächen entstehen ausgedehnte Neuseen mit allen Attributen eiszeitlicher Naturseen und durch ihre Verbindung untereinander wie mit den Fließgewässern der Region ein in seiner Anbindung an die Großstadt Leipzig einzigartiger Gewässerverbund.

Handelswaren, Handelswege, Handelsherren.
Manfred Straubes Forschungen zur Wirtschafts- und Sozial-
geschichte Mitteldeutschlands um 1500.
Zusammengestellt anlässlich seines 75. Geburtstages

Enno Bünz

Der Leipziger Historiker Manfred Straube, der am 26. Mai 2005 sein 75. Lebensjahr vollendet hat, gehört zu den besten Kennern der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des mitteldeutschen Raumes im Übergang vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit.¹ Das hohe wissenschaftliche Ansehen des Gelehrten ist bereits anlässlich seines 70. Geburtstages durch eine umfangreiche Festschrift unter dem Titel »Leipzig, Mitteldeutschland und Europa« gewürdigt worden, die ihm gemeinsam mit dem gleichaltrigen Manfred Unger dargebracht worden ist (hrsg. von Hartmut Zwahr, Uwe Schirmer und Henning Steinührer, Beucha 2000). Leider enthält diese Festschrift kein Verzeichnis der zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen des Jubilars, das deshalb im Anschluss an diese Zeilen zum Nutzen der mitteldeutschen Stadt- und Landesgeschichte sowie der deutschen und mitteleuropäischen Handels- und Wirtschaftsgeschichte nachgereicht werden soll.

Wissenschaftlich wurde Manfred Straube, der in Jena und Greifswald studiert hat, vor allem durch den Neuzeithistoriker Karl Griewank und den Mediävisten Adolf Hofmeister geprägt. Von daher verwundert es nicht, dass Straube sich – ausgehend von der bevorzugten Sattelzeit um 1500 – zeitlebens ein Interesse für Fragen der spätmittelalterlichen und der frühneuzeitlichen Geschichte bewahrt hat. Die frühen Publikationen, darunter die ungedruckte Greifswalder Dissertation von 1963, galten der spätmittelalterlichen Reformschrift der »Reformatio Sigismundi«. Mit Beginn der 70er Jahre hat sich Straube aber intensiver den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen Mitteldeutschlands im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit zugewandt. Dabei ging der Gelehrte, der seit 1969 als Dozent für Deutsche Geschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit am Pädagogischen Institut in Leipzig gewirkt hat, seinen eigenen, unter den Bedingungen des DDR-Hochschulwesens nicht immer einfachen Weg. In Leipzig fand Straube Anschluss an die Forschungsgruppe »Frühbürgerliche Revolution«, die sich seit den 1960er Jahren unter Leitung von Max Steinmetz in der Sektion Geschichte der Universität formiert hatte. Für die Erforschung der Sattelzeit zwischen ausgehendem Mittelalter und beginnender Früher Neuzeit ist von Historikern der Universität

¹ Zum akademischen Werdegang siehe Uwe Schirmer, Zum 70. Geburtstag von Manfred Straube, in: Sächsische Heimatblätter 46 (2000), S. 116f.

Leipzig in den 70er und 80er Jahren Grundlegendes geleistet worden. Die Thesen und Arbeitsergebnisse haben auch international Beachtung gefunden. Erinnert sei nur an die Forschungen von Siegfried Hoyer und Wieland Held, die zur Erforschung der frühbürgerlichen Reformation mit eigenständigen Ansätzen beigetragen haben.

Im Oeuvre Manfred Straubes standen zunächst Untersuchungen über die ländlichen Verhältnisse in Thüringen und Sachsen zur Zeit des Bauernkrieges im Vordergrund. Einschlägige Arbeiten über die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den wettinischen Ämtern Allstedt, Altenburg und Borna können hier genannt werden. Auch Untersuchungen zur städtischen Sozialstruktur im 16. Jahrhundert sind in diesem Zusammenhang entstanden. Zum eigentlichen Arbeitsfeld Straubes wurde aber die Handels- und Verkehrsgeschichte Mitteldeutschlands im 15. und 16. Jahrhundert. Die für mehrere Jahrzehnte erhaltenen Geleitsrechnungen aus dem wettinischen Herrschaftsbereich stellen die wohl wichtigste Quelle zur Handelsgeschichte im mitteleuropäischen Raum überhaupt dar. Es ist das bleibende Verdienst Straubes, diese bis dahin wenig bekannte Quellenüberlieferung in ihrer Bedeutung erkannt und erstmals systematisch ausgewertet zu haben. Anhand der Geleitsrechnungen kann der Warenverkehr in qualitativer und quantitativer Hinsicht analysiert werden, und die Überlieferungslage ermöglicht es, die Warenströme in Mitteldeutschland als einer bedeutenden europäischen Transitregion in außerordentlicher Dichte und Präzision zu beschreiben. Frucht dieser Forschungen ist die umfangreiche, noch ungedruckte Leipziger Habilitationsschrift Straubes »Zum überregionalen und regionalen Warenverkehr im thüringisch-sächsischen Raum, vornehmlich in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts« (1981). In zahlreichen Einzelstudien hat der Gelehrte seitdem die Geleitsrechnungen und weitere Quellen der Handels- und Wirtschaftsgeschichte für vielfältige Fragen zum Sprechen gebracht, von denen hier nur die Untersuchungen zum Nahrungsmittelhandel und zum Handel mit Eisen und Salz genannt seien.

Die Beschäftigung mit dem mitteldeutschen Warenverkehr um 1500 lenkte das Interesse Manfred Straubes ganz selbstverständlich auch auf die Erforschung des Handels- und Messeplatzes Leipzig. Es dürfte gegenwärtig niemanden geben, der die einschlägigen wirtschaftsgeschichtlichen Quellen der mittel- und ostdeutschen Städte besser kennt als Manfred Straube. Seit den 90er Jahren hat sich der Gelehrte zudem durch zahlreiche Studien zur Geschichte des Handwerks und der Zunftorganisation in Sachsen ein weiteres Arbeitsfeld erschlossen und als Frucht dieser Forschungen 2004 ein Buch über Zünfte und Zunfthandwerker in Mitteldeutschland vom späten Mittelalter bis 1780 vorgelegt.

Die Untersuchungen Manfred Straubes beruhen stets auf umfassender Kenntnis der archivalischen Überlieferung und haben damit ein weithin neues Bild von den Handelswaren und ihrer Produktion, von den Messeplätzen und Verkehrswegen im 15. und 16. Jahrhundert gezeichnet.

Der weite Ansatz seiner Forschungen hat Manfred Straube nie daran gehindert, auch kleinere Einheiten der Geschichte in den Blick zu nehmen. Dem Leipziger Geschichtsverein ist er durch Vorträge, Publikationen und die langjährige Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat verbunden.

Möge es dem Jubilar noch lange vergönnt sein, die Früchte seiner weitausgreifenden Forschungen zum Nutzen der sächsischen, mitteldeutschen und europäischen Handels- und Gewerbegeschichte einzubringen!

Das folgende Schriftenverzeichnis verzeichnet die einschlägigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen Manfred Straubes. Auf den Nachweis der zahlreichen Rezessionen musste aus Raumgründen verzichtet werden.

Schriftenverzeichnis Manfred Straube
zusammengestellt von Enno Bünz und Markus Cottin

- 1954 Eine neue Handschrift der sogenannten *Reformatio Sigismundi*, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 4 (1954/55), S. 123–138.
- 1960 (mit Günter Steiger) Forschungen und Publikationen seit 1945 zur Geschichte der deutschen Universitäten und Hochschulen auf dem Territorium der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1960) Sonderband, S. 563–599.
- Neue Beweise für die faschistische Vergangenheit Theodor Oberländers, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1960), S. 856–873.
- 1961 Die *Reformatio Sigismundi* als Ausdruck der revolutionären Bewegungen im 15. Jahrhundert, in: Die fröhburgerliche Revolution in Deutschland, redigiert von Gerhard Brendler, Berlin 1961, S. 108–115.
- 1963 Die Reichsreformbestrebungen in den Jahren 1437–1439 und die Forderungen der so genannten *Reformatio Sigismundi* zur Umgestaltung des Reiches. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der fröhburgerlichen Revolution, 2 Bände, Phil. Diss. (masch.) Greifswald 1963., zus. 366 S.
- 1965 »Von der artzenten stat«. Ein Kapitel aus der sog. *Reformatio Sigismundi* und das Stadtarztwesen in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts im Südwesten des Reiches, vornehmlich in Basel, in: Schriftenreihe für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin 2 (1965) 5, S. 88–103.
- Zur Verfälschung der sogenannten *Reformatio Sigismundi* durch Lothar Graf zu Dohna, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 3 (1965), S. 419–426.

1967 (mit Werner Fläschendräger): Wissenschaftsgeschichte, Geschichte der Universitäten und Hochschulen, in: *Forschungen zur Geschichte Thüringens 1945–1965. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena* 14 (1965), *Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe* 2/3, S. 287–300.

1969 Deutsche Burschenschaft wider Ehre, Freiheit, Vaterland: zur »Meisterleistung« des Herrn Wreden, in: *Das Hochschulwesen* 9/10 (1969), S. 661–668.

1970 (mit Werner Fläschendräger): Die Entwicklung der Universitäten, Hochschulen und Akademien im Spiegel der hochschulgeschichtlichen Forschungen 1960–1969. Literaturübersicht (*Informationen und Studien zur Hochschulentwicklung* 12), Berlin 1970, 91 S.
(mit Werner Fläschendräger): *Forschungen zur Geschichte der Universitäten, Hochschulen und Akademien der DDR*, in: *Historische Forschungen der DDR 1960–1970. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 18 (1970) (Sonderband zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau), S. 187–209.

Die Deutsche Burschenschaft (DB) im Jahre 1967 – wider Ehre, Freiheit, Vaterland. Ein Nachtrag zum 150. Jahrestag des Wartburgfestes deutscher Studenten, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena* 19 (1970), *Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, S. 931–943,

mehrere Biografien, in: *Biografisches Lexikon zur deutschen Geschichte. Von den Anfängen bis 1945*, hrsg. von Gerhart Hass u. a., Berlin 2., erw. Aufl. 1970.

1973 Handel und Verkehr auf sächsischen Straßen zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: *Sächsische Heimatblätter* 19 (1973), S. 182–189.

1974 Aufgaben, Möglichkeiten und Probleme einer Handelsgeschichte für die Charakterisierung des Bürgertums beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: *Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte im 14. und 15. Jahrhundert. 2. Arbeitstagung der Forschungsgruppe Stadtgeschichte der Pädagogischen Hochschule »Erich Weinert« Magdeburg am 23. und 24. Oktober 1972 in Magdeburg, Teil 1*, Magdeburg 1974, S. 70–78.
Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte. Arbeitstagung vom 23. bis 24. Oktober in Magdeburg, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1974, Teil II, S. 283–290.

1975 Die politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse des Amtes Allstedt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: *Allstedt – Wirkungsstätte Thomas Müntzers. Ein Beitrag zum 450. Jahrestag des deutschen Bauernkrieges 1975*, hrsg. vom Rat der Stadt Allstedt, Allstedt 1975, S. 28–44.
Die Hauptlinien zu einem Grundriß Leipziger Messegeschichte, in: *Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig* 13 (1975), S. 51–71.

Teilnehmer und Folgen bürgerlicher Unruhen im Amt Altenburg, in: *Der Bauer im Klassenkampf. Studien zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges und der bürgerlichen Klassenkämpfe im Spätfeudalismus*, hrsg. von Gerhard Heitz, Adolf Laube, Max Steinmetz, Günter Vogler, Berlin 1975, S. 215–249.

Über Getreidehandel und bäuerliche Strafgelder 1525/26 in den kursächsischen Ämtern Altenburg und Borna, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 5 (1975), S. 92–109.

1976 Über bäuerliche und städtische Unruhen im Nordharzgebiet während des Bauernkrieges, in: *Stadtgemeinde und Stadtbürgertum im Feudalismus. Protokoll der 1. Tagung der Fachkommission Stadtgeschichte vom 20. bis 21. November 1974 in Magdeburg*, Magdeburg 1976, S. 126–144.

1977 Über den Handel mit Agrarprodukten im thüringisch-sächsischen Raum in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: *Magdeburger Beiträge zur Stadtgeschichte* Heft 1, S. 61–92.
Thesen zum Kolloquium »Handel und Produktion im thüringisch-sächsischen Raum, vornehmlich im 16. Jahrhundert«, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule »Clara Zetkin« Leipzig*, 1977, III, S. 5–9.
Zum Warenaustausch im Ost-West-Handel auf dem Landwege in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Bemerkungen zu einem Aufsatz von M. Hroch, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule »Clara Zetkin« Leipzig*, 1977, III, S. 22–36.

1978 Leipzig und Sachsen im ost- und südeuropäischen Handel des 18. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1978, Teil I, S. 239–244.
Strafgeldregister, Türkensteuerregister und Amtserbbücher als Quellen über Teilnehmer und Folgen des Bauernkrieges in Thüringen, in: *Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus* 2 (1978), S. 269–284.
Quellen zur Geschichte der Hanse. Ein Überblick unter wirtschaftshistorischen Gesichtspunkten (Sammelbesprechung), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1978, Teil III, S. 161–172.
(mit Manfred Reissner) Stadt-Landbeziehungen im hansischen Wirtschaftsraum (13. bis 15. September 1977 in Rostock), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1978, Teil III, S. 231–238.

1979 Zur Stellung der Leipziger Messen im überregionalen Warenverkehr zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1979, Teil III, S. 185–205.

1981 Zum überregionalen und regionalen Warenverkehr im thüringisch-sächsischen Raum, vornehmlich in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, 4 Teile, Habil.-Schrift (masch.), Leipzig 1981, zus. 669 S.

1982 Leipziger Messe. Ein Rundgang durch 800 Jahre, Leipzig 1982, Midibuch.
Leipzig und seine Geschichte als »Bildungsfeld« künftiger Lehrer, in: *Pädagogische Hochschule »Clara Zetkin« Leipzig* o. J. [1982], S. 45–51.

1983 Die Stellung Frankfurts im Wirtschaftsleben zur Zeit der Gründung der Universität, in: *Die Oder-Universität Frankfurt. Beiträge zu ihrer Geschichte*, hrsg. von Günther Haase, Weimar 1983, S. 73–90.
Zur wirtschaftlichen Stellung Wittenbergs im 16. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 10 (1983), S. 49–69.

1985 Klosterflucht, Sequestration und Säkularisation als Folge der lutherischen Reformation, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule »Clara Zetkin« Leipzig, 1985, III, S. 20–29.

Über Folgen der Niederlage im thüringischen Bauernkrieg 1525, in: Archiv und Geschichtsforschung, hrsg. vom Kreisarchiv Mühlhausen, Mühlhausen 1985, S. 37–45.

Soziale Struktur und Besitzverhältnisse in Wittenberg zur Lutherzeit, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 9 (1985), S. 145–188.

1986 Möglichkeiten, Methoden und Grenzen wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Forschungen über die ländliche Bevölkerung im thüringisch-sächsischen Raum im 16. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule »Clara Zetkin« Leipzig, 1986, III, S. 61–64.

1987 Nahrungsmittelbedarf, Nahrungsmittelproduktion und Nahrungsmittelhandel im thüringisch-sächsischen Raum zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: Festschrift Othmar Pickl zum 60. Geburtstag, hrsg. von Herwig Ebner u. a., Graz usw. 1987, S. 579–588.

1990 Notwendigkeiten, Umfang und Herkunft von Nahrungsmittellieferungen in das sächsische Erzgebirge zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: Mecklenburg und das Reich in feudaler und bürgerlicher Gesellschaft. Agrargeschichte – Sozialgeschichte – Regionalgeschichte, Teil 1 (Agrargeschichte 23), Rostock 1990, S. 51–66.

Dörfer vor der Stadt, in: Leipzig-Südwest. Aus der Geschichte eines Stadtbezirkes, hrsg. vom Rat des Stadtbezirkes Leipzig-Südwest, Leipzig 1990, S. 17–28.

1991 Funktion und Stellung deutscher Messen im Wirtschaftsleben zu Beginn der Neuzeit. Die Beispiele Frankfurt am Main und Leipzig, in: Brücke zwischen den Völkern – Zur Geschichte der Frankfurter Messe, Band 1: Frankfurt im Messenetz Europas – Erträge der Forschung, hrsg. von Hans Pohl u. a., Frankfurt 1999, S. 191–204.

mehrere Biografien in: Biografien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, hrsg. von Kurt Pätzold, Berlin 1991.

1992 Über den Handel mit Eisen und Eisenwaren im thüringisch-sächsischen Raum im 15. und 16. Jahrhundert, in: Stadt und Eisen, hrsg. von Ferdinand Opll (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 11), Linz 1992, S. 259–290.

1993 Zum Handel mit Salz aus thüringisch-sächsischen Salinen, vornehmlich in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Salz-Geschichte/Journal of Salt-History 1 (1993), S. 116–141.

1994 Der Aufstieg der Leipziger Messen vor 500 Jahren, in: Räume voll Leipzig. Arbeitsberichte des Stadtarchivs Leipzig Neue Reihe (1994), S. 54–71.

1995 Mitteldeutsche Städte und der Osthandel zu Beginn der frühen Neuzeit. Forschungsergebnisse, Forschungsmöglichkeiten, Forschungsnotwendigkeiten, in: Stadt und Handel, hrsg. von Bernhard Kirchgässner u. a. (Stadt in der Geschichte 22), Sigmaringen 1995, S. 83–99.

Wittenberg in den Anfangsjahren der Universität und der Reformation. Wirtschaftliche Herausforderungen und soziale Probleme am Beginn der neuen Stadtentwicklung, in: Siebenhundert Jahre Wittenberg. Stadt – Universität – Reformation, hrsg. von Stefan Oehmig, Weimar 1995, S. 431–448.

Zur Feier des Tages Pfeffer aus dem Orient. Weißenfels Marienkirche wurde am 15. Sept. 1303 geweiht, in: Mitteldeutsche Zeitung. Ausgabe Weißenfels 6 (1995) Nr. 211, S. 14, Nr. 213, S. 13.

1996 Der hansische Binnenhandel – die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Thüringen und den Seestädten zu Beginn der frühen Neuzeit, in: Hanse – Städte – Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500, Band 1: Aufsätze, hrsg. von Matthias Puhle (Magdeburger Museumsschriften 4), Magdeburg 1996, S. 396–405.
»ufrur« und »emporung« im Nordharzgebiet im Zeichen von Reformation und Bauernkrieg, in: Hanse – Städte – Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500, Band 1: Aufsätze, hrsg. von Matthias Puhle (Magdeburger Museumsschriften 4), Magdeburg 1996, S. 633–653; auch selbstständig als Magdeburger Museumsschriften 4, Magdeburg 1996.
Nahrungsmittelhandel im thüringisch-sächsischen Raum zu Beginn der frühen Neuzeit, in: Nahrung und Tischkultur im Hanseraum, hrsg. von Günter Wiegemann (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland 91), Münster 1996, S. 49–67.

Kurfürst teilte das Land seinen Söhnen zu. Die Anfänge des Herzogtums Sachsen-Weißenfels, in: Mitteldeutsche Zeitung 7 (1996) Nr. 164, S. 168–174.

Die wirtschaftlichen Grundlagen des Herzogtums Sachsen-Weißenfels, in: Die sächsischen Wurzeln des Landes Sachsen-Anhalt und die Rolle der Sekundogenituren Sachsen-Weißenfels, Sachsen-Merseburg und Sachsen-Zeit (Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts 4), Halle 1996, S. 35–53.

1997 Europäische Handelswaren auf dem Wege von und zu den Leipziger Märkten um 1500, in: Leipzig. Stadt der Wa(h)ren Wunder. 500 Jahre Reichsmesseprivileg, hrsg. von Volker Rodekamp (Veröffentlichungen des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig), Leipzig 1997, S. 21–30.
»Wir Maximilian von Gottes Gnaden ...«. Über die Bedeutung des Messeprivilegs Maximilians I. von 1497, in: Leipzig. Stadt der Wa(h)ren Wunder. 500 Jahre Reichsmesseprivileg, hrsg. von Volker Rodekamp (Veröffentlichungen des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig), Leipzig 1997, S. 17–20.

Lehensträger und Eigentümer von Solegütern der Saline zu Halle, vornehmlich im 16. Jahrhundert, in: La Sal. Del gusto alimentario al arrendamiento de salinas. Congreso internacional de la CIHS, Granada, 7–11 septiembre 1995, hrsg. von Malpica Cuello u. a., Granada 1997, S. 343–358.

Die Leipziger Messen im Dreißigjährigen Krieg, in: Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag, hrsg. von Uwe John

u. a. (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 15), Stuttgart 1997, S. 421–441.

Notwendigkeiten, Umfang und Herkunft von Nahrungsmittellieferungen in das sächsische Erzgebirge zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: Bergbaureviere als Verbrauchszentren im vorindustriellen Europa. Fallstudien zu Beschaffung und Verbrauch von Lebensmitteln sowie Roh- und Hilfsstoffen (13.–18. Jahrhundert), hrsg. von Ekkehard Westermann (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 130), Stuttgart 1997, S. 203–230.

Die Stellung Mitteldeutschlands im europäischen Handelsverkehr zu Beginn der Neuzeit, in: Europa in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Günther Mühlpfordt, Band 1: Vormoderne, hrsg. von Erich Donnert, Weimar u. a. 1997, S. 99–117.

1998 Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Forschungen zum Mittelalter und der frühen Neuzeit an den Universitäten der DDR. Anspruch und Ergebnisse, in: Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Gegenstand und Methode. 17. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Jena 1997, hrsg. von Eckhart Schremmer (Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 145), Stuttgart 1998, S. 57–71.

»... auf dem Hausboden allerhand rohe Kacheln«. Testamente aus dem 16. und 17. Jahrhundert geben Auskunft über Leben, Arbeit und Tod Leipziger Handwerker, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 5 (1998), S. 118–125.

Klagen gegen Lärmbelästigung. »Umwelt«-Probleme vor mehr als dreihundert Jahren, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 5 (1998), S. 127.

Wie man im Mittelalter zu Kupfer kam, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 5 (1998), S. 136–142.

1999 Lehrjungen gehörten zum Haushalt des Meisters. Dokumente aus dem 19. Jahrhundert belegen: handgreiflich wurde ihnen Zucht und Ordnung beigebracht, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 6 (1999), S. 142–146.

Wie die Leipziger Töpferzunft entstand. Zur Geschichte des Ofen- und Heizungsbau, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 6 (1999), S. 112–123.

Die Leipziger Messen zur Zeit der Privilegierungen als Mittler nach Ostmitteleuropa, in: Leipzigs Messen 1497–1997. Gestaltwandel – Umbrüche – Neubeginn, Teilband 1: 1497–1914, hrsg. von Hartmut Zwahr u. a. (Geschichte und Politik in Sachsen 9), Köln u. a. 1999, S. 121–132.

Die Leipziger Messeprivilegien von 1497 und 1507 als rechtliche Basis für den Aufschwung zu Beginn der Neuzeit, in: Sächsische Justizgeschichte. Rechtsbücher und Rechtsordnungen in Mittelalter und früher Neuzeit (Sächsische Justizgeschichte. Schriftenreihe des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz 9), Dresden 1999, S. 143–160.

Die sozialökonomischen Grundlagen des Herzogtums Sachsen-Weißenfels um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Weltsicht und Selbstverständnis im Barock. Die Herzöge

von Sachsen-Weißenfels – Hofhaltung und Residenzen (Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts 4), Halle 1999, S. 20–41.

2000 Die Innungsartikel der Leipziger Töpferzunft. Fast 100 Jahre vom Entwurf bis zur Bestätigung durch den Rat, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 7 (2000), S. 106–115.

Handel und Verkehr, in: Geschichte Mitteldeutschlands. Das Begleitbuch zur Fernsehserie, Halle 2000, S. 120–128.

Mobilität und Verkehrsmittel, in: Geschichte Mitteldeutschlands. Das Begleitbuch zur Fernsehserie, Halle 2000, S. 129–138.

Vom »Berggeschrey« zum »Wismut-Staat«, in: Geschichte Mitteldeutschlands. Das Begleitbuch zur Fernsehserie, Halle 2000, S. 166–175.

Wissenschaft und Innovation, in: Geschichte Mitteldeutschlands. Das Begleitbuch zur Fernsehserie, Halle 2000, S. 183–197.

2001 Joachim Adam May muss am 20. August 1812 zwei Taler Strafe zahlen und wird Meister. Wie man früher in Sachsen die Meisterwürde erlangen konnte, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 8 (2001), S. 102–114.

Zwischen Zeigers zehn und elf auf der Herberge. Ordnung der Brüderschaft der Görlitzer Töpfer-Gesellen von 1614, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 8 (2001), S. 115–120.

Kaufleute auf dem Weg von und nach Leipzig - Handelsreisende im 16. Jahrhundert, in: Die Stadt als Kommunikationsraum. Beiträge zur Stadtgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Festschrift für Karl Czok zum 75. Geburtstag, hrsg. von Helmut Bräuer u. a., Leipzig 2001, S. 763–790.

»Mitteldeutschland: Der Wirtschaftsraum, in: »Mitteldeutschland«. Begriff – Geschichte – Konstrukt, hrsg. von Jürgen John, Rudolstadt 2001, S. 193–205.

Soziale Lebensbedingungen und soziale Sicherheiten von Arbeitern in der pfänner-schaftlichen Saline Halle a. d. Saale in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Kul-turgeschichte des Salzes: 18. bis 20. Jahrhundert, hrsg. von Thomas Hellmuth, Wien 2001, S. 107–132.

2002 Obrigkeitsliche Investitionen in der Creuzburger Saline 1542, in: Investitionen im Salinenwesen und Salzbergbau, in: Thesis. Wissenschaftliche Zeitschrift der Bauhaus-Universität Weimar (2002) 4/5, S. 12–23.

Böhmisches Kaufleute auf der Leipziger Messe – Handelsbeziehungen zwischen Sachsen und Böhmen im 16. Jahrhundert, in: Grenzüberschreitende böhmisch-säch-sische Beziehungen – Widerspiegelung im Archivwesen und in der Landesgeschichte. 10. Sächsischer Archivtag. 1. Sächsisch-Böhmisches Archivarstreffen. 19.–21. Oktober 2001 in Aue. Tagungsbeiträge, Dresden 2002, S. 71–88.

Arbeitszeit: Von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang, Freizeit: Karg und stark reglementiert. Über das berufliche Leben und die private Sphäre von Gesellen, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 9 (2002), S. 102–112.

Der bayerische Bierkrug stammt aus Sachsen. Mit den Töpfern von Waldenburg begann am 5.4.1388 die deutsche Zunftgeschichte, in: Sächsischer SHK-Handwerkskalender 9 (2002), S. 113–116.

»... so ist kein beßer Mittel, ihn im Zaum zu halten«. Das Leipziger Handwerk und die »General-Innungs-Articul für Künstler, Professionisten und Handwerker« vom 8. Januar 1780, in: Figuren und Strukturen. Historische Essays für Hartmut Zwahr zum 65. Geburtstag, hrsg. von Manfred Hettling, München 2002, S. 507–527.

Soziale Lebensbedingungen und soziale Sicherheiten von Arbeitern in der pfännerschaftlichen Saline Halle a. d. Saale in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Halle und das Salz. Eine Salzstadt in Mittelalter und Früher Neuzeit, hrsg. von Werner Freitag u. a. (Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte 2), Halle 2002, S. 51–78.

2003 Erinnerungen an vergebliche Bemühungen, 1988/1990 den Verfall der Neuenburg aufzuhalten, in: Unsere Neuenburg. Mitteilungen zur Rettung und Erhaltung der Neuenburg e.V. (2003) Heft 4, S. 32–35.

Freyburg – ein bedeutender Transitort im Handelsverkehr vergangener Jahrhunderte, in: Saale-Unstrut-Jahrbuch 8 (2003), S. 14–27.

Waageordnungen der Leipziger Messen zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in: Viatori per urbes castraque. Festschrift für Herwig Ebner zum 75. Geburtstag, hrsg. von Helmut Bräuer u. a. (Schriftenreihe des Instituts für Geschichte, hrsg. vom Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz 14), Graz 2003, S. 667–684.

2004 Die Pfännerschaft der Stadt Halle im ausgehenden 15. Jahrhundert, in: Die Salzstadt. Alteuropäische Strukturen und frühmoderne Innovation (Studien zur Regionalgeschichte 19), hrsg. von Werner Freitag, Bielefeld 2004, S. 117–137.

Über Zünfte und Zunfthandwerker. Zur Geschichte der Töpfer/Ofenbauer-, Klempner- und Kupferschmiedhandwerker in Mitteldeutschland vom Anbeginn bis 1780 (Vom Zunfthandwerk zum Handwerkerverband 1), Stuttgart 2004, 252 S. mit Abb.

Die Oberlausitz als Brückenglied im Handelsverkehr zwischen West-, Mittel- und Osteuropa zu Beginn der Neuzeit, in: Oberlausitz. Beiträge zur Landesgeschichte. Wissenschaftliches Symposium zum 100. Todestag von Hermann Knothe, hrsg. von Matthias Herrmann und Danny Weber, Görlitz usw. 2004, S. 168–182.

Rolf Weber (4. März 1930– 2. August 2004)

Wolfgang Schröder

Durch den Tod seines langjährigen Mitgliedes Prof. Dr. habil. Rolf Weber hat der Leipziger Geschichtsverein einen schweren Verlust erlitten.

Aufgewachsen in der Familie eines Klempnermeisters in Glaubitz, einem Dorf bei Riesa, besuchte Rolf Weber bis 1949 die Oberschule in Riesa und studierte von 1949 bis 1953 an der Leipziger Universität Geschichte und Germanistik u. a. bei Ernst Engelberg, Walter Markov und Heinrich Sproemberg, Hermann A. Korff und Hans Maier.

Der junge Absolvent wurde unmittelbar nach seinem Studienabschluss als Assistent verpflichtet und half, die Fachrichtung Deutsche Geschichte aufzubauen – eine Aufgabe, die von der Ausstattung der Bibliothek über vielfältige Seminarverpflichtungen bis zu eigenständigen Vorlesungen reichte, die auch dazu beitrugen, das geschichtswissenschaftliche Rüstzeug von manch heutigem Mitglied des Leipziger Geschichtsvereins anzureichern. Während er Ernst Engelberg bei der Erarbeitung des Hochschullehrbuches für deutsche Geschichte 1849–1870/71 assistierte, ging Rolf Weber ein kompliziertes Forschungsthema an, mit dem er 1958 promoviert wurde. Seine Dissertationsschrift »Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einigungsbewegung 1863–1866« erschien 1962 bei Rütten & Loening Berlin als Buch und fand in Ost wie West besondere Aufmerksamkeit, wie Rezensionen durch namhafte Historiker in der ZfG (Seeber), HZ (Nipperdey), im Historisch-Politischen Buch (Franz), in »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht« (Herzfeld) oder der ČSSR (Kořalka) belegen. Zeitlebens warb Rolf Weber um Aufmerksamkeit für die linksbürgerlichen, demokratischen Kräfte und Konzeptionen in der deutschen Geschichte, ihre differenzierte Wertung und gerechte Gewichtung im Geschichtsprozess.

Die Neuausgabe von August Röckels »Zu lebenslänglich begnadigt. Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim« (Berlin 1963) zeigte die Hinwendung Webers zur Revolution von 1848/49 an. Ende 1968 habilitierte er sich an der Humboldt-Universität Berlin mit einer Untersuchung, die 1970 im Akademie-Verlag Berlin unter dem Titel »Die Revolution in Sachsen, Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte« erschien. Auf außerordentlich breiter Quellengrundlage basierend, rückte die Arbeit Leistungen und Grenzen der oft schematisch herabgewürdigten »kleinbürgerlichen Demokratie« in den Blickpunkt. Die Untersuchung erlangte verdiente Anerkennung als Standardwerk und trug wesentlich dazu bei, dass die außerpreußische Regionalgeschichte in der DDR-Historiographie größere Beachtung fand. Die Arbeit regte zu der von Hartmut Zwahr angestoßenen Debatte um das Verhältnis von 1830 und 1848/49 und damit zu einer differenzierteren Sicht nicht nur der sächsischen Entwicklung an.

Rolf Weber hatte bedeutenden Anteil an der »Illustrierten Geschichte der Revolution von 1848/49«, Berlin 1973, Berlin 21975 (Mitherausgeber und Autor), deren 3. überarbeitete und ergänzte Auflage (Berlin 1988) durch das eigenständige Kapitel über Kultur und Alltag in der Revolution aus seiner Feder zusätzlich an Gewicht gewann.

Um die Revolution von 1848/49 gruppierte sich in der Folge eine Vielzahl von gewichtigen Publikationen aus der Feder von Rolf Weber, so zu politischen Zusammenschlüssen wie dem Zentralausschuss der Demokraten Deutschlands (Juni 1848–Mai 1849) oder dem Zentralmärzverein 1848/49 (im »Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland«, Leipzig 1967), Anthologien wie »Revolutionsbriefe 1848–1849« (Reclam Verlag Leipzig 1973), Biografien u. a. über Samuel Erdmann Tzschirner (in: »Männer der Revolution«, Akademie-Verlag 1970, Mitherausgeber mit Helmut Bleiber und Walter Schmidt), E. O. Weller und sein Einfluss auf die demokratische und Arbeiterbewegung in Leipzig 1848 (Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 3) oder Ludwig Bamberger, Der radikale Republikaner (»Männer der Revolution«, Bd. 2, Berlin 1987, Mitherausgeber). Hinzu traten Beiträge zum »Biographischen Handbuch der deutschen Geschichte« (Berlin 1968), zum »Sachwörterbuch der deutschen Geschichte« (Berlin 1969) oder zur »Deutschen Geschichte in Daten« (Abschnitt 1849–1871, Berlin 1967), die mehr als Fleißaufgaben waren, weil sie mit dichter Faktenschüttung eine Geschichtskonzeption präsentierten, die einer Dogmatisierung im Inneren wie einer gewissen westlichen Einäugigkeit widersprach.

Seit 1966 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaft, Berlin, befruchtete er wesentlich die wissenschaftlichen Debatten der Abteilung 1789–1871, die sich um die generelle Thematik »Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871« (Berlin 1977) rankten. Tatsächlich war die linksliberale, demokratische und proletarische Komponente im Prozess der bürgerlichen Umwälzung sein eigentlicher Forschungsgegenstand.

Die proletarische Komponente hat Rolf Weber in der durch das Zentralantiquariat der DDR in Leipzig 1975 verwirklichten originalgetreuen Reproduktion »Die Verbrüderung, Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, Hrsg. vom Central-comité für die deutschen Arbeiter, Redigiert von Stefan Born, Franz Schwenniger, Karl Gangloff, Jg. 1–3 (3. Oktober 1848 bis 29. Juni 1850)« dokumentiert und dabei das breite Spektrum der Arbeiterbewegung und die zentrale Stellung des von Leipzig agierenden »Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung« während der 1848er Revolution dingfest gemacht. Ebenso wurde die Schematisierung des komplizierten Prozesses der Herausbildung der »Bebel-Liebknechtschen Richtung« durchbrochen durch seine gewichtige Einleitung zu der durch das Zentralantiquariat 1977 besorgten originalgetreuen Reproduktion der Coburger »Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Zeitung« (1862–1866).

An der Nahtstelle zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie angesiedelt ist seine Biografie Johann Jacobys »Das Unglück der Könige« (Berlin 1987, Köln 1988), die den Bogen spannt vom Ideologen des Vormärz und Revolutionär von 1848/49 bis zum Parlamentarier und Publizisten während des preußischen Verfassungskonflikts und Bismarcks »Revolution von oben«, der aus Protest gegen die Verurteilung Bebels und Liebknechts im Leipziger Hochverratsprozess 1872 zur Sozialdemokratie übertrat.

Ein Jahrzehnt lang konnte Rolf Weber eine spezifische Verknüpfung von Forschungsleistung und Popularisierung des Geschichtsbildes dank auch des Engagements von zwei Verlagen, des Buchverlags *Der Morgen* und des Verlags *Die Nation*, verwirklichen. Aus den von ihm besorgten und meist in mehreren Auflagen erschienenen Anthologien, die seine immense Belesenheit bezeugen, nennen wir »Land ohne Nachtigall, Deutsche Emigranten in Amerika 1777–1886«, Berlin 1981, »Rosen unterm Alpenschnee. Deutsche Emigranten in der Schweiz 1820–1885«, Berlin 1985, »Vertraute Briefe aus Paris« 1782 resp. 1802–1803 (Johann Friedrich Reichardt), Berlin 1980 resp. 1981, »Ich traf auch Heine in Paris, Unter Künstlern und Revolutionären in der Metropole Europas«, Berlin 1981, »Ihr glücklichen Augen« (Johanna Schopenhauer) Berlin 1978 sowie Ernst Moritz Arndt, *Erinnerungen 1789–1815*, Berlin 1985, dem ein Reprint von drei wichtigen Flugschriften Arndts, Berlin 1988, nachfolgte. Mit dem nüchternen Untertitel »Zeitgenössische Berichte von der Völkerschlacht bis zur Reichsgründung« versehen, stellt »Mein Leipzig lob ich mir«, Berlin 1983, eine Art Kompendium des gesellschaftlich-politischen und geistig-kulturellen Lebens der Messestadt über ein Dreivierteljahrhundert dar.

Rolf Webers Publikationsliste verzeichnet rund 300 Titel, darunter mindestens zwei Dutzend Bücher, dazu Artikel in Fachzeitschriften und Profil prägende Beiträge in Überblicksdarstellungen. Viele anregende Rezensionen aus seiner Feder belegen, wie intensiv er den Forschungsprozess verfolgte, den er auch durch Betreuung von Doktorarbeiten förderte. Ein Resumé der Geschichtsforschung erbrachte »Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871«, Berlin 1987 (Bd. 4 der Deutschen Geschichte), wo unter wesentlicher Beteiligung von Rolf Weber der Forschungsstand zusammengefasst und damit ein neues Ausgangsniveau erarbeitet wurde.

Wer ihn als leidenschaftlichen Debattierer kennen gelernt hatte, konnte erahnen, wie sehr Rolf Weber des wissenschaftlichen Kollektivs bedurfte, so sehr ihn auch die individuelle Arbeitsweise kennzeichnete. Nach der Wende wurde Ende 1991 das Akademie-Institut für Geschichte abgewickelt, und damit verlor Rolf Weber faktisch seine wissenschaftliche Heimat. Mit zwei Verlagen hatten ihn in den 1980er Jahren besonders intensive wissenschaftlich-publizistische Beziehungen verbunden – beide, der »Verlag der Nation« wie der »Buchverlag *Der Morgen*«, die fast ein Dutzend seiner Bücher in mehreren Auflagen herausgebracht hatten, erlagen der Wende. Zwei für ihn unver-

zichtbare »Standbeine« waren damit weg geschlagen, er fühlte sich gleichsam »aus der Bahn geworfen« – gerade zu Beginn eines Lebensjahrzehntes, in dem die Frucht jahrzehntelangen Erkenntnisstrebens, gepaart mit wissenschaftlicher Reife, eine kreative Altersleistung zu versprechen schien. So vermochten sich, zumal gespeist durch zunehmende gesundheitliche Probleme, depressive Tendenzen zu verstärken.

Er blieb gefragter und stets ansprechbereiter Ratgeber. Sein am 25. November 1992 in der »Alten Handelsbörse« gehaltener Vortrag »Karl Biedermann und die liberale Bewegung in Leipzig« eröffnete als Heft 1 die als Manuskriptdruck erschienene Reihe »Texte des Leipziger Geschichtsvereins«. Mehrfache Anforderungen zum 150. Jubiläum der 1848er Revolution 1998 gaben ihm nochmals einen sichtbaren Auftrieb, der ihn über die seinen Lebensmut abnagende Krankheit erhab, die ihn schließlich überwältigte. Eine große Gemeinde seiner Freunde und Gefährten erwies Rolf Weber die letzte Ehre, ehe er auf dem Friedhof seines Geburtsortes die letzte Ruhe fand.

Landesgeschichte und Archivwissenschaft. Schriftenverzeichnis Manfred Unger zum 75. Geburtstag

Henning Steinführer

Wer sich heute eingehend mit der Leipziger Stadtgeschichte befasst, der wird früher oder später auf die Veröffentlichungen von Manfred Unger aufmerksam werden. Eine große Zahl von gewichtigen Arbeiten ist auf seinem Schreibtisch entstanden, wobei die thematische Vielfalt und zeitliche Breite der stets quellennahen Studien beeindrucken. Doch nicht nur durch sein Oeuvre hat sich Manfred Unger große Verdienste um die Geschichte der Stadt Leipzig erworben, nicht minder wichtig waren sein jahrzehntelanges Engagement für die Fachgruppe Stadtgeschichte beim Kulturbund der DDR und seine Mitwirkung bei der Wiederbegründung des Leipziger Geschichtsvereins 1990, dessen stellvertretenden Vorsitz er für kurze Zeit inne hatte. Im April 2005 konnte Manfred Unger seinen 75. Geburtstag feiern. Dieses Jubiläum ist zugleich ein willkommener Anlass, das wissenschaftliche Werk Manfred Ungers durch eine Zusammenstellung eines Verzeichnisses seiner Schriften zur Stadt- und Landesgeschichte sowie zur Archivwissenschaft zu würdigen.¹

Manfred Unger wurde am 10. April 1930 in Chemnitz als Sohn des Prokurensten Hans Unger geboren. Er wuchs im elterlichen Hause im erzgebirgischen Lauter auf und legte 1948 das Abitur in Aue ab. Noch im selben Jahr schrieb er sich zum Studium der Fächer Geschichte, Germanistik und Historische Hilfswissenschaften an der Universität Leipzig ein. In der nach dem Untergang des Nationalsozialismus und den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs im Neuaufbau befindlichen Universität gehörten bedeutende Gelehrte wie Ernst Bloch, Theodor Frings oder Walther Markov zu seinen akademischen Lehrern.

Von entscheidender Bedeutung sollte jedoch der Mediaevist Heinrich Sproenberg werden, der bald auf den engagierten jungen Studenten aufmerksam wurde und ihn zunächst als Hilfsassistent an die Abteilung Landesgeschichte des Instituts für deutsche Geschichte holte. Der 1952 vorgelegten Diplomarbeit über das so genannte Barbarossaprivileg für Lübeck 1188 und den Städtegründungen nach der Mitte des 12. Jahrhunderts in diesem Raum (Schriftenverzeichnis, im Folgenden SV, Nr. 25)

¹ Das Verzeichnis bietet eine Auswahl der wichtigsten Arbeiten. Zum 70. Geburtstag erschien die Manfred Straube und Manfred Unger zugeeignete Festschrift: Leipzig, Mitteldeutschland und Europa, im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins hrsg. von Hartmut Zwahr, Uwe Schirmer und Henning Steinführer, Beucha 2000.

folgte im Jahre 1957 die Dissertation zum Thema »Stadtgemeinde und Bergwesen Freibergs im Mittelalter« (SV Nr. 1). Diese sozialgeschichtlich orientierte Studie fand weit über den Kontext der sächsischen Landesgeschichte hinaus Anerkennung und zählt nach wie vor zu den Grundlagenwerken zur Geschichte der bedeutenden Bergstadt. Über die Erlebnisse dieser Jahre und über das offene intellektuelle Klima, das seinerzeit an der Universität Leipzig herrschte und als eine prägende Erfahrung für den weiteren Lebensweg angesehen werden kann, hat Manfred Unger selbst vor einigen Jahren einen längeren Aufsatz veröffentlicht (SV Nr. 75).

Die stärkere Hinwendung zu Themen der Leipziger Stadtgeschichte war die Folge des 1959 erfolgten Wechsels von der Universität an die Spitze des Stadtarchivs Leipzig. Diese berufliche Neuorientierung stand in enger Verbindung mit der unfreiwilligen Emeritierung Heinrich Sproembergs als Folge der »sozialistischen Umgestaltung« der Universität im Sommer 1958. Dennoch stürzte sich Manfred Unger mit Eifer in die neue Aufgabe, wobei er ebenso wie sein Vorgänger im Amt, Ernst Müller, neben der archivfachlichen Tätigkeit die stadtgeschichtliche Forschung niemals aus dem Blick ließ. Aus den zahlreichen Veröffentlichungen dieser Jahre soll hier nur auf drei besonders verdienstvolle Arbeiten verwiesen werden. Zunächst ist die 1967 in den Arbeitsberichten zur Geschichte der Stadt Leipzig erschienene »Geschichte des Stadtarchivs Leipzig« (SV Nr. 3) zu nennen, die als Abschlussarbeit des externen Archivarsstudiums am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam entstand und für die Benutzer des Leipziger Stadtarchivs im Grunde bis heute als Pflichtlektüre zu gelten hat. Nicht weniger zentral ist die mehrbändige Bibliographie zur Geschichte der Stadt Leipzig, für die Manfred Unger nach seiner Berufung in die Historische Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften die wesentliche redaktionelle Verantwortung trug. Schließlich sei noch eine Arbeit erwähnt, der die Drucklegung durch die ungünstigen Umstände der Zeit leider verwehrt geblieben ist. Als Ergebnis jahrelanger Revisionsarbeiten konnte 1968 von den Mitarbeitern des Stadtarchivs eine Übersicht über die Bestände des damals noch im Stadthaus untergebrachten Archivs vorgelegt werden, an der Manfred Unger einen maßgeblichen Anteil hatte (SV Nr. 5). Die vor wenigen Jahren im Druck erschienene Bestandsübersicht konnte hier auf einer soliden Basis aufbauen.²

1969, nach zehn Jahren im Stadtarchiv, wechselte Manfred Unger erneut den Arbeitsplatz und übernahm die Leitung des Staatsarchivs Leipzig, dem er bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst 1993 nahezu 25 Jahre vorstand. Obwohl der neue Wirkungsort im Nordflügel des Reichsgerichts, wo sich das Staatsarchiv damals befand, nur einige hundert Meter von der alten Arbeitsstätte entfernt lag, konnte der Unterschied zwischen den beiden Archiven kaum größer sein: hier das altehrwürdige,

² Vgl. Übersicht über die Bestände des Stadtarchivs Leipzig, Leipziger Kalender Sonderband 2002/1 Leipzig 2002.

aus dem Urkundendepot und dem Kanzleiarchiv des Rates erwachsene Stadtarchiv, dort das noch keine zwei Jahrzehnte bestehende Staatsarchiv, das seine Einrichtung letztlich den durchgreifenden Verwaltungsreformen der DDR verdankte, in deren Folge 1952 die Länder abgeschafft und die Bezirke eingerichtet worden waren.

Mit wahrer Leidenschaft hat sich Manfred Unger den Belangen »seines« Hauses gewidmet. Der bei seinem Abschied erreichte hohe Entwicklungsstand und Erschließungsgrad des Gesamtbestandes sowie die Vorbereitung des großzügigen Neubaus in Leipzig-Paunsdorf legen ein beredtes Zeugnis der geleisteten Arbeit ab (vgl. Bestandsverzeichnis von 1993, SV Nr. 21).³ Außerdem entstanden in dieser Zeit zahlreiche archivwissenschaftliche und historische Fachaufsätze, in denen nicht selten Themen der Leipziger Stadtgeschichte aufgegriffen wurden.

Einem breiteren Publikum wurde Manfred Unger durch die beiden repräsentativen Bände »Mit Brief und Siegel« (1979 gemeinsam mit Friedrich Beck; SV Nr. 12) und »Aus Tausend Jahren deutscher Geschichte« (1989 gemeinsam mit Friedrich Beck und Rainer Groß; SV Nr. 16) bekannt, die aufwändig bebildert Schätze aus den Archiven der DDR vorstellten und eine große Verbreitung erreichten.

Besondere Anerkennung im Kontext der Leipziger Stadtgeschichte verdient Manfred Ungers Engagement für die Geschichte der Leipziger Juden. 1963 hatte er sich erstmals in einem Aufsatz in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (SV Nr. 30) mit dem Schicksal der Juden in der Stadt zur Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt. Von zentraler Bedeutung war aber zweifellos die gemeinsam mit Hubert Lang initiierte Ausstellung »Juden in Leipzig« (Katalog SV Nr. 15) im Jahr 1988, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus Aufmerksamkeit erregte. Es folgte die Mitbegründung der Ephraim-Carlebach-Stiftung 1992 und die Herausgabe des Bandes »Judaica Lipsiensia« 1994 (SV Nr. 22).

Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle die langjährige Redaktionstätigkeit für mehrere anerkannte Zeitschriften und Reihen, so die Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig, die Sächsischen Heimatblätter, das Jahrbuch für Regionalgeschichte und die Leipziger Blätter.

Schließlich war Manfred Unger neben seiner Tätigkeit als Staatsarchivdirektor seit 1961 auch in der Archivarsausbildung in Potsdam und Berlin sowie seit 1980 in der akademischen Lehre an der Leipziger Universität engagiert, wo er 1984 zum Honorarprofessor ernannt worden ist.

³ Zu den Beständen des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig vgl. jetzt Die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig, Bearbeitet von Ingrid Grohmann, Michael Merchel und Birgit Richter (Veröffentlichungen der Sächsischen Archivverwaltung, Reihe A: Archivverzeichnisse, Editionen und Fachbeiträge 5), Halle/Saale 2004.

Anfang des Jahres 1993 ist Manfred Unger mit Erreichen des 63. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand getreten. Doch die Feder bzw. seit einigen Jahren auch den Laptop hat er deshalb noch lange nicht aus der Hand gelegt, zahlreiche Schriften zeugen von der nach wie vor ungebrochenen Freude an der historischen Arbeit.

Obwohl man Manfred Unger, der 1996 von Leipzig ins vogtländische Beerheide umgesiedelt ist und auf diese Weise wieder näher an die Wurzeln seiner Familie heranrückte, heute nicht mehr so häufig in den Bibliotheken und Archiven der Messestadt treffen kann, so ist er doch nach wie vor als geschätzter Gesprächspartner und Autor im stadtgeschichtlichen Diskurs präsent.

Schriftenverzeichnis Manfred Unger (Auswahl)

I. *Selbstständige Schriften*

- 1 Stadtgemeinde und Bergwesen Freibergs im Mittelalter (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte 5), Weimar 1963.
- 2 [Zusammen mit Gerhard Heitz, Manfred Kobuch, Ursula Piechotta], Neues Archiv für Sächsische Geschichte. Gesamtinhaltsverzeichnis zu Band 51–63 (1930–1942), Dresden 1965.
- 3 Geschichte des Stadtarchivs Leipzig (Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig 12), Leipzig 1967.
- 4 [Zusammen mit Peter Beyer] (Red.), Übersichten über die Bestände der Stadtarchive des Bezirkes Leipzig, Teil 1–2, Leipzig 1967–1969.
- 5 [Zusammen mit Peter Beyer u. a.] (Bearb.), Kurze Übersicht über die Bestände des Stadtarchivs Leipzig, ungedrucktes Manuskript, Leipzig 1968 (350 S.).
- 6 [Zusammen mit Dietmar Debes] (Red.), Bibliographie zur Geschichte der Stadt Leipzig. Erster und Zweiter Hauptband, Register zu den Hauptbänden (Schriften der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig), Weimar 1971–1977.
- 7 (Hrsg.), Heinrich Sproemberg (†), Mittelalter und demokratische Geschichtsschreibung (Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte 18). Berlin 1971.
- 8 [Zusammen mit Heidrun Förster], Leipziger Bebel-Dokumente, Leipzig 1972.
- 9 (Bearb.), Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Kreisarchiven des Bezirkes Leipzig (Mitte 19. Jahrhundert bis 1945), Leipzig 1974.

- 10 [Zusammen mit Eberhard Schetelich u. a.] (Red.), *Lexikon Archivwesen der DDR*, hrsg. von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin 1976.
- 11 [Zusammen mit Helga Reich], Edition: *Quellen zum bäuerlichen Klassenkampf in Sachsen in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus (1525–1790)*. Einleitung von Gerhard Heitz (Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm Pieck Universität Rostock 27, *Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 4*), Rostock 1978.
- 12 [Zusammen mit Friedrich Beck], ... mit Brief und Siegel. *Dokumente aus Archiven der DDR*, hrsg. v. d. Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Leipzig 1979.
- 13 Archivische Fachwörter Niederländisch-Deutsch, A – Z, Leipzig 1986.
- 14 [Zusammen mit Reiner Groß] (Red.), *Geschichte Sachsens*, hrsg. von Karl Czok im Auftrag der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und mit Unterstützung der Karl-Marx-Universität Leipzig, Weimar 1989.
- 15 [Zusammen mit Hubert Lang], *Juden in Leipzig. Eine Dokumentation zur Ausstellung anlässlich des 50. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht im Ausstellungszentrum der Karl-Marx-Universität Leipzig vom 5. November bis 17. Dezember 1988*, Leipzig 1989.
- 16 [Zusammen mit Friedrich Beck, Reiner Groß], *Aus tausend Jahren deutscher Geschichte. Dokumente aus Archiven der DDR*, hrsg. v. d. Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin 1989.
- 17 [Zusammen mit Klaus Gläß], *Verfassung des Landes Sachsen vom 28. Februar 1947, Text und Kommentare*, Leipzig 1990.
- 18 [Zusammen mit Marion Külow], Einleitung zu: *Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Archivalische Quellen zum Einsatz von ausländischen Zwangsarbeitern sowie Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkrieges. Zwangsarbeiterinventar (Leipziger Archivinventare 4)*, Leipzig 1992.
- 19 [Zusammen mit Volker Jäger u. a.], *Sächsisches Staatsarchiv Leipzig: Bestandsverzeichnis. Zweite Ausgabe (Leipziger Archivinventare 6)*, Leipzig 1993.
- 20 [Zusammen mit Steffen Held u. a.] (Bearb.), *Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der Juden. Judaica-Inventar, 1. Teil: Organisationen (Leipziger Archivinventare 5)*, Leipzig 1994.
- 21 [Zusammen mit Esther Ludwig u. a.] (Bearb.), *Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Börsenverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig. Findbuch (Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig 6)*, Leipzig 1994.
- 22 (Red.), *Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig*, hrsg. von der Ephraim-Carlebach-Stiftung, Leipzig 1994.
- 23 [Zusammen mit Veit Didczunet und Matthias Middell], *Geschichtswissenschaft in Leipzig: Heinrich Sproemberg*, Leipzig 1994.
- 24 [Zusammen mit Reiner Groß u. a.] (Red.), *Geschichtsforschung in Sachsen. Von der Sächsischen Kommission für Geschichte zur Historischen Kommission bei der Säch-*

sischen Akademie d. Wissenschaften zu Leipzig 1896–1996 (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 14), Stuttgart 1996.

II *Beiträge*

- 25 Zum Barbarossaprivileg für Lübeck (1188), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 3 (1953/54), S. 439–443.
- 26 Die Freiberger Stadtgemeinde im 13. Jahrhundert, in: Vom Mittelalter zur Neuzeit. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Sproemberg, hrsg. von Hellmut Kretzschmar (Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte 1), Berlin 1956, S. 64–76.
- 27 Georg Sacke – ein Kämpfer gegen den Faschismus, in: Karl-Marx-Universität. Beiträge zur Universitätsgeschichte, Red. Ernst Engelberg, 2, Leipzig 1959, S. 307–330.
- 28 Die Leipziger Messe und die Niederlande im 16. und 18. Jahrhundert, in: Hansische Geschichtsblätter 81 (1963), S. 20–38.
- 29 [Zusammen mit Eberhard Wächtler], Recherches sur l'histoire de la mine en République démocratique allemande, in: Le mouvement social, 43, Paris 1963, S. 151–168.
- 30 Die »Endlösung« in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933–1945, in: ZfG 11 (1963), S. 941–947.
- 31 Leipzigs Stellung in der deutschen Geschichte, in: SHB 10 (1964), S. 141–157.
- 32 Erschließungsarbeiten an den Beständen des Stadtarchivs 1960/63, in: AGL 6 (1964), S. 65–69.
- 33 800 Jahre Stadt Leipzig, in: Urania-Universum, 11 (1965), S. 9–20.
- 34 Zur historischen Begründung des Jubiläums der Stadt und der Messe, in: SHB 11 (1965), S. 331–336.
- 35 Handelsmetropole im Feudalismus, in: Helmut Arndt u. a., Leipzig in acht Jahrhunderten, hrsg. vom Rat der Stadt Leipzig (Stadtgeschichtliche Forschungen 7), Leipzig 1965, S. 9–98.
- 36 Georg Sacke (1902–1945), in: Bedeutende Gelehrte in Leipzig, Red. Max Steinmetz, Bd. 1, Leipzig 1965, S. 239–242.
- 37 Geschichte der Leipziger Messe. Überblick, in: AGL 8 (1965), S. 31–69.
- 38 [Zusammen mit Jürgen Kuczynski], 800 Jahre Leipziger Messe, in: Festschrift des Leipziger Messeamts zur Jubiläumsmesse 1965, Leipzig 1965.
- 39 Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten im Stadtarchiv 1965/66, in: AGL 10 (1966), S. 52–57.
- 40 Die wissenschaftliche Benutzung des Stadtarchivs 1965/66, in: AGL 10 (1966), S. 58–61.

41 Heinrich Sproemberg (25.11.1889 – 10.6.1966), in: *Historische Zeitschrift* 1966, S. 262–263.

42 Vorwort. *Bibliographie zur Geschichte der Stadt Leipzig*, Sonderband IV: Das Buch, *Bibliographie zur Geschichte des Buchdrucks, des Buchhandels und der Bibliotheken*, bearb. von Hildegard Heilemann und Edith Rothe (Aus den Schriften der Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften 35), Weimar 1967, S. XIII–XVI.

43 Ernst Müller zum 75. Geburtstag, in: *SHB* 15 (1969), S. 241.

44 Die Gliederung des Gesamtbestands des Stadtarchivs, in: *AGL* 16 (1969), S. 26–39.

45 [Zusammen mit Rosemarie Schurig], *Stadtgeschichtliche Arbeiten 1966/68. Thematisches Benutzerverzeichnis des Stadtarchivs*, in: *AGL* 16 (1969), S. 40–53.

46 Der Gemeindebestand Reudnitz im Stadtarchiv, in: *AGL* 20, 1971, S. 23–43.

47 Regionalgeschichtliche Quellen im Staatsarchiv Leipzig, in: *SHB* 20 (1974), S. 114–117.

48 Georg Sacke (2.1.1902 – 27.4.1945), in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe* 26 (1977), S. 379–381.

49 *Bibliographie Herbert Küas (Arbeitshefte, hrsg. vom Bezirksvorstand Leipzig der Gesellschaft für Heimatgeschichte 2)*, Leipzig 1980.

50 [Zusammen mit Jan Brankačk], Politische und kulturelle Entwicklung der slawisch-sorbischen Stämme im Gebiet von Saale-Elbe-Neiße im 6.–10. Jahrhundert, in: *Sächsische Geschichte im Überblick. Beiträge zur Landesgeschichte* (SHB 28, 1982), S. 200–206.

51 Die Herausbildung des meißnisch-sächsischen Territorialkomplexes und seine sozial-ökonomischen Grundlagen, 10.–15. Jahrhundert, in: *Sächsische Geschichte im Überblick. Beiträge zur Landesgeschichte* (SHB 28, 1982), S. 207–220.

52 Sachsen in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, seine Stellung in der DDR am Beginn des sozialistischen Aufbaues, 1945–1952, in: *Sächsische Geschichte im Überblick. Beiträge zur Landesgeschichte* (SHB 30, 1984), S. 165–186.

53 Das Leipziger Handelshaus Frege am Beginn seines Aufstiegs 1739–1754, in: *SHB* 29 (1983), S. 163–166.

54 Georg Sacke (1902–1945). Historiker und antifaschistischer Widerstandskämpfer, in: *Berühmte Leipziger Studenten*, hrsg. von Hans Piazza u. a., Leipzig 1984, S. 174–181.

55 Die nordwestsächsischen Stadtarchive 1877–1990, in: *AM* 35 (1985), S. 63–65.

56 Von den Anfängen der bäuerlichen Besiedlung bis zum Ende der Machtkämpfe um den Besitz der Bergstadt (1162–1307), in: *Geschichte der Bergstadt Freiberg*, hrsg. von Hanns-Heinz Kasper und Eberhard Wächtler, Weimar 1986, S. 15–57.

57 Sächsische Geschichte. Theoretisch-methodische Aspekte ihrer Darstellung, in: *SHB* 33 (1987), S. 241–244.

58 Kaufmännische Brakteatenbücher. Zur archivalischen Überlieferung eines Leipziger Handelshauses, in: *AM* 37 (1987), S. 13–17.

59 Zur Geschichte der Bodenreform in Sachsen, in: *JbRG* 14 (1987), S. 326–335.

60 Juden in Leipzig. Verfolgung und Selbstbehauptung in archivalischen Quellen 1933–1945, in: AM 38 (1988), S. 149–156.

61 Das Staatsarchiv Leipzig 1954–1989, in: AM 39 (1989), S. 109–110.

62 Sachsen und die Wettiner, in: SHB 35 (1989), S. 193–196.

63 Kaufleute par excellence – die Freges, in: Merkur und die Musen. Schätze der Weltkultur aus Leipzig. Eine Ausstellung der DDR im Künstlerhaus Wien, Red. Dieter Gleisberg, Wien 1989, S. 46–48.

64 [Zusammen mit Dieter Hebig], Initiative zur Gründung eines Berufsverbandes der Archivare der DDR, in: AM 40 (1990), S. 22–23.

65 Stadtgemeinde und Bürgerkämpfe (um 1165–1307), in: Neues Leipzigisches Geschichtsbuch, hrsg. von Klaus Sohl, Leipzig 1990, S. 26–53.

66 Leipzig. Zu Ursprung und Gegenwart der Stadt, in: SHB 36 (1990), S. 49–51.

67 Zur Problematik der Ersterwähnung von Orten, in: AM 40 (1990), S. 51–54.

68 Die sächsischen Reformer. Die Staatsreform 1762/63 und die Leipziger Ökonomische Sozietät, in: LB 20, (1992), S. 4–7.

69 Die Juden in Leipzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, in: Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus, hrsg. von Arno Herzig u. a., Hamburg 1992, S. 267–289.

70 Claußbruch, Ryssel und Dufour. Ausländer im alten Leipzig, in: LB 23 (1993), S. 4–7.

71 Der jüdische Kulturbund in Leipzig 1934–1938, in: Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, hrsg. von der Ephraim-Carlebach-Stiftung, Red. Manfred Unger, Leipzig 1994, S. 179–193.

72 Die Leipziger Sondergerichtsakten und der Volkswiderstand in Westsachsen, in: Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945, hrsg. von Hans-Dieter Schmid, Leipzig 1994, S. 178–196.

73 Jüdische Kultur in Leipzig 1933–1938, in: Freies Gehege. Almanach sächsischer Autoren, hrsg. von Roland Erb u. a., Leipzig 1994, S. 122–127.

74 Die Papiere des Magisters Lorenz (1804–1873), in: Archiv – Geschichte – Region. Symposium zum 40-jährigen Bestehen des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig (1954–1994) (Veröffentlichungen d. Sächsischen Staatsarchivs Leipzig 7), Leipzig 1994, S. 92–101.

75 Notizen zur Assistentenzeit, in: Veit Didczuneit, Matthias Middell, Manfred Unger, Geschichtswissenschaft in Leipzig: Heinrich Sproemberg, Leipzig 1994, S. 91–118.

76 Die schwarze Kunst. Von den Anfängen des Buchgewerbes in der Messestadt, in: LB 26 (1995), S. 84–87.

77 Ein wahrhaft königlicher Kaufmann. Philipp Rosenthal, der zweite Gründer der Leipziger Messe, in: LB 27 (1995), S. 90–93.

78 Der Bankenplatz Leipzig. Sein wechselvolles Werden, in: Die Kuppelhalle. Geschichte eines Leipziger Bankhauses, hrsg. v. d. Dresdner Bank AG Leipzig, Leipzig 1996, S. 16–38, 84–86.

79 Entwicklung und Struktur der Leipziger Sonderjustiz 1940–1945, in: *Festschrift für Herbert Obenaus (Hannoversche Schriften zur Regional- u. Lokalgeschichte 11)*, Bielefeld 1996, S. 227–239.

80 Leipziger Anwalt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und Präsident des Deutschen Anwaltvereins: Martin Drucker, in: *SHB* 42 (1996), S. 173–184.

81 Zur Erinnerung an Christian Gottlob Lorenz, der Historiker der Stadt Grimma (1804–1873), in: *SHB* 43, (1997), S. 27–33.

82 »Wir Maximilian ...«. Jubiläum eines Messeprivilegs, in: *LB* 30 (1997), S. 4–7.

83 Goethe und der Bankier, in: *LB* 34 (1999), S. 17–19.

84 Das Freiberger Stadtrechtsbuch der Jahre 1296–1305/07, in: *Rechtsbücher und Rechtsordnungen in Mittelalter und früher Neuzeit (Sächsische Justizgeschichte 9)*, Dresden 1999, S. 54–80.

85 Zu Antisemitismus und Judenverfolgung in Leipzig: Das Jahr 1935, in: *Leipziger Kalender*, Leipzig 1999, S. 291–312.

86 Niederländer und die Leipziger Messe im 16. Jh., in: *Leipzigs Messen 1497–1997*, hrsg. von Hartmut Zwahr u. a. (Geschichte und Politik in Sachsen 9/1), Leipzig 1999, S. 101–120.

87 Erich Zeigner und die sowjetische Stadtkommandantur 1945/46, in: *Erich Zeigner – Bildungsbürger und Sozialdemokrat*, hrsg. von Michael Rudloff, Leipzig 1999, S. 151–175.

88 Das Institutum Judaicum Delitzschianum und seine Stellung zum Antisemitismus, in: *Leipzig und Sachsen, Beiträge zur Stadt- und Landesgeschichte*, Siegfried Hoyer zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Karl Czok u. a., Beucha 2000, S. 110–160.

89 Walter Fellmann 70 Jahre, in: *Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins* 2 (2001), S. 51–53.

90 Leipzig und die Via regia, in: *Die Stadt als Kommunikationsraum. Beiträge zur Stadtgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, hrsg. von Helmut Bräuer u. a., Leipzig 2001, S. 791–808.

91 [Zusammen mit Peter Beyer], Johannes Leipoldt zum 100. Geburtstag, in: *SHB* 46 (2002), S. 360–363.

92 Heinrich Cramer v. Claußbruch. Wirtschaftsunternehmen, soziales und kulturelles Milieu eines Leipziger Handelshofes 1556–1599, in: *Landesgeschichte und Archivwesen*, Festschrift Reiner Groß zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Renate Wißuwa u. a., Dresden 2002, S. 199–239.

93 Lehrer und Gelehrter, Siegfried Sieber (1885–1977) und die regionale Kulturgeschichte des westlichen Erzgebirges, in: *SHB* 49 (2003), S. 320–341.

94 Herbert Küas, Archäologe und Kunsthistoriker, in: *Archäologie und Architektur. Das frühe Leipzig*, hrsg. v. Wolfgang Hocquel, Kulturstiftung Leipzig, Beucha 2003, S. 7–42.

95 Peter Beyer zum 65. Geburtstag, in: *SHB* 49 (2003), S. 161–162.

96 Lektüre des Prinzipals. Zu den Chroniken in der Bibliothek eines Handelshofes des 16. Jahrhunderts, in: *Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins* 2 (2004), S. 4–22.

97 Hans-Jürgen Arendt zum 65. Geburtstag, in: SHB 50 (2004), S. 97.

98 Im Dienste der Grafschaft Mansfeld: Der Leipziger Georg Winter, in: *Aratora, Zeitschrift des Vereins für Heimatkunde, Geschichte und Schutz von Artern* 14 (2004), S. 17–35.

99 Margarete Rieger, Kriegsende in Rautenkranz, Tagebuch 5. April 1945 – 15. Juli 1945. Edition und Nachwort, in: *Das Vogtland. Schrift zu Kultur und Geschichte des Vogtlands* 1 (2005), S. 3–29.

III Rezensionen, Forschungsberichte

100 [Zusammen mit Konrad Fritze u. a.], *Forschungen zur Stadt- und Hansegeschichte in der DDR*, Sonderheft *Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongress* in Stockholm, in: ZfG 8 (1960), S. 74–104.

101 Josef Reinhold, Polen-Litauen auf den Leipziger Messen des 18. Jahrhunderts, in: SHB 20 (1974), S. 138–140.

102 Zum Abschluss der Leipzig-Bibliographie, in: SHB 24 (1978), S. 143–144.

103 Fritz Lendenmann, Schweizer Handelsleute in Leipzig. Ein Beitrag zur Handels- und Bevölkerungsgeschichte Leipzigs und Kursachsens vom beginnenden 16. Jahrhundert bis 1815, Berlin 1978, in: AM 30 (1980), S. 77–78.

104 Nederlands Archivenblad. *Tijdschrift van de Vereniging van Archivarissen in Nederland*, 84, 1980, Heft 1–4, in: AM 31 (1981), S. 233–235.

105 Het land van herkomst: Een bundel van artikelen rond het herkomstbeginsel Archives, hrsg. von P. J. Horsman u. a., 's-Gravenhage 1984, in: AM 36 (1985), S. 177–178.

106 Mark Lehmstedt, Struktur und Arbeitsweise eines Verlages der deutschen Aufklärung. Die Weidmannsche Buchhandlung in Leipzig unter der Leitung von Philipp Erasmus Reich zwischen 1745 u. 1787, (ungedr.) Phil. Diss. Leipzig 1990, in: AM 40 (1991), S. 192–193.

107 Anne Hope u. a., *Guide to German Historical Sources in North American Libraries and Archives*, Washington 1991, in: AM 42 (1993), S. 75–76.

108 Leo Baeck Institute New York. *Catalog of the archival collections*, ed. by Fred Grubel, Tübingen 1990, in: AM 42 (1993), S. 75.

109 Reuchlin und die Juden, hrsg. v. Arno Herzig u. a., *Sigmaringen 1993 (Pforzheimer Reuchlinschriften 3)*, in: JbRG 21 (1997/98), S. 316–318.

110 Kurt Nowak, *Kulturprotestantismus in der Weimarer Republik*, Göttingen 1993 (Kleine Schriften zur Aufklärung), in: JbRG 21 (1997/98), S. 352–353.

111 Franz Eulenburg, Die Frequenzen an den deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. Photomechanischer Nachdruck der Ausgabe von 1904, mit einem Nachwort von Elisabeth Lea und Gerald Wiemers, hrsg. von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Berlin 1994, in: *JbRG* 21, 1997/98, S. 337–338.

112 Rudolf Kötzschke und das Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig. *Heimstatt sächsischer Landeskunde*, hrsg. v. Wieland Held u. a. (Schriften der Rudolf-Kötzschke-Gesellschaft 1), Beucha 1999, in: *SHB* 46 (2000), S. 118–120.

113 Barbara Kowalzik, Jüdisches Erwerbsleben in der inneren Nordvorstadt Leipzigs 1900–1933, Leipzig 1999, in: *SHB* 47 (2001), S. 64–65.

114 Ellen Bertram, Menschen ohne Grabstein. Die aus Leipzig deportierten und ermordeten Juden, Leipzig 2001, in: *SHB* 48 (2002), S. 190–191.

115 Gerhard Billig, Pleißenland – Vogtland. Das Reich und die Vögte. Untersuchungen zur Herrschaftsorganisation und Landesverfassung während des Mittelalters unter dem Aspekt der Periodisierung, Plauen 2002, in: *SHB* 49 (2003), S. 378–380.

116 Wolfgang Seffner, Die Rittergüter des Vogtlandes, ihr Schicksal im 20. Jahrhundert, Plauen 2002, in: *SHB* 50 (2004), S. 165–166.

117 Barbara Kowalzik, Das jüdische Schulwerk in Leipzig 1912–1933, Köln 2002, in: *ZfG* 52 (2004), S. 747–748.

118 Henning Steinführer, Die Leipziger Ratsbücher 1466–1500. Forschung und Edition, Teilbde 1–2 (Quellen und Materialien zur Geschichte der Stadt Leipzig), Leipzig 2003, in: *JbRG* 23 (2005), S. 165–167.

IV Redaktionelle Tätigkeit

119 Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig, hrsg. vom Stadtarchiv Leipzig, Redaktion: Nr. 1–20 (1963–1971).

120 Sächsische Heimatblätter, hrsg. vom Kulturbund, Redaktionsbeirat: Jg. 11–36 (1965–1990).

121 Jahrbuch für Regionalgeschichte, hrsg. von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Redaktion: Bd. 2–20 (1967–1995/96).

122 Leipziger Blätter, hrsg. von der Kulturstiftung Leipzig, Herausgeberbeirat: Nr. 21–41 (1992–2002).

Abkürzungen

AGL Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig
AM Archivmitteilungen
JbRG Jahrbuch für Regionalgeschichte
SHB Sächsische Heimatblätter
ZfG Zeitschrift für Geschichtswissenschaft



Leipzig, Mitteldeutschland und Europa

Manfred Straube und Manfred Unger zum 70. Geburtstag
Im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins hrsg. von
Hartmut Zwahr, Uwe Schirmer und Henning Steinführer

ISBN 3-934544-05-3
Festeinband, 16,7 x 24 cm
584 Seiten, 40 Abb.
40 Euro
1. Aufl. 2000, Sax-Verlag

Wirtschafts-, Sozial-, Buch- und jüdische Geschichte, Europäische Handels- und Finanzgeschichte
ab Spätmittelalter, Landesgeschichte Sachsens, Sachsen-Anhalts in 49 Beiträgen.

Hermine Rosenkranz zum Gedenken

9.11.1940–29.9.2005

Doris Mundus

Wir trauern um Hermine Rosenkranz, geb. Vater. Kurz vor ihrem 65. Geburtstag wurde sie durch einen tragischen Unglücksfall aus dem Leben gerissen. Obwohl nicht Mitglied im Leipziger Geschichtsverein, war sie diesem doch stets eng verbunden und wohl jedem Mitglied persönlich gut bekannt. Über 32 Jahre leitete Frau Rosenkranz das Schillerhaus in Leipzig-Gohlis, das seit Mitte der 1960er Jahre zum Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig gehört.

Am 9. November 1940 im böhmischen Reichenberg (Liberec) als Tochter von Bibliothekars-Eltern geboren, verlor sie schon 1945 den Vater, und ihre Mutter zog mit ihr nach Zwickau zur Großmutter. In Zwickau war die Mutter eine anerkannte Fachfrau im Bibliotheks- und Museumswesen; auch sie starb früh.

Hermine Rosenkranz studierte nach dem Abitur an der Berliner Humboldt-Universität Germanistik und Latein für das Lehramt. Während des Studiums lernte sie hier ihren späteren Mann Robert Rosenkranz kennen, Student der Altphilologie; beide heirateten im letzten Studienjahr. Robert Rosenkranz bekam nach dem Diplom eine Stelle am Leipziger Theologischen Seminar und ging in seine Heimatstadt zurück; Hermine Rosenkranz fand keine Arbeit in Leipzig und trat 1964 eine Stelle als Lehrerin für Latein und Deutsch an einer Zwickauer Erweiterten Oberschule an.

Robert Rosenkranz' Pflegemutter Lotte Schumann (er hatte früh beide Eltern verloren), der damaligen Grafikerin des Stadtgeschichtlichen Museums, ist es zu verdanken, dass die beiden Königskinder dann doch zusammen kamen. Als 1967 ein/e Leiter/in für das dem Museum neu zugesprochene Schillerhaus gesucht wurde, schlug sie dafür Frau Rosenkranz vor. Bis dahin war das Haus von der Schillergesellschaft betreut worden, fachlich besonders durch Herrn Dr. Schüppel, damals Lehrer an der Gaudigschule. Durch ihn waren auch die Leipziger Schillerfreunde in Kontakt mit dem Schillerverein Marbach gekommen. Diesen Kontakt hat Frau Rosenkranz in ihrer unauffälligen Art auch über schwierige DDR-Zeiten, als »West-Kontakt« keinesfalls erwünscht war, halten können.

Wegen umfangreicher Baumaßnahmen war das Schillerhaus 1966 geschlossen worden und sollte 1968 wieder eröffnet werden.

Mit der Übernahme des Schillerhauses am 1. September 1967 konnte auch das Wohnungsproblem des Ehepaars (DDR-Wohnungssuchende wissen, wovon hier die Rede ist) gelöst werden: Herr und Frau Rosenkranz zogen in das Kastellanhäus, und

Frau Rosenkranz überwachte als Einstieg in ihr neues Amt die letzten Bauarbeiten an Schillerhaus und Nebengebäuden. In der winzigen Wohnung im Kastellanhause hatte vorher das Ehepaar Kinder gewohnt, das so etwas wie eine Hausmeisterstelle inne gehabt hatte. Wie Frau Walter, die langjährige Leiterin der Bibliothek des Stadtgeschichtlichen Museums, aus eigener Erfahrung berichtet, zeigte Herr Kinder jedem schillerhungrigen Gast den Weg im bzw. durchs Rosental, den Schiller des Morgens gegen 4 oder 5 Uhr gewandelt sein soll, im Schlafrock, zwecks Nachdenkens. Dabei musste ihm der Sohn vom Bauern Schneider, in dessen Anwesen Schiller im Sommer 1785 logierte, mit der Thermoskanne auf dem Fuße folgen. Schade eigentlich, dass Frau Rosenkranz sofort mit dieser wunderbaren Anekdote Schluss machte, und aus der Thermoskanne wieder eine Wasserflasche wurde.

Schon nach kurzer Zeit stellte sich heraus, dass man mit der neuen Leiterin tatsächlich einen guten Griff getan hatte – eine Germanistin und Schillerfreundin, die sich in kürzester Zeit zu einer gefragten Schiller-Kennerin entwickelte; schon bald wurde sie vom Weimarer Schillerverein konsultiert, auch die Marbacher Freunde schätzten sie hoch.

In ihrer Freizeit lernte die Sprachbegabte an der Volkshochschule Englisch und Französisch, und ihre Führungen in beiden Sprachen waren von höchster Qualität, was von Gästen immer wieder außerordentlich lobend hervorgehoben wurde. Französisch war ihr die schönste und liebste Sprache; mit Vorliebe las sie Krimis in Französisch.

Am 30. Juni 2000 wurde Hermine Rosenkranz vom Museumsdirektor Dr. Volker Rodekamp in den vorgezogenen Ruhestand verabschiedet, und das Ehepaar zog aus dem Schillerhaus in eine erste »eigene« Wohnung. Seitdem ist das Schillerhaus tatsächlich »nur noch« zu den Öffnungszeiten besetzt. Bis zum Auszug der Rosenkranzes konnte man durchaus zuweilen außerhalb der Öffnungszeiten klingeln und wurde eingelassen. Seit Mai 2005 ist auch Robert Rosenkranz im Ruhestand; beide hatten viel Freude am Garten, gemeinsam mit Frau Marlene Kaminski, und beide hatten noch viel vor.

Am Nachmittag des 29. September 2005 wollte Frau Rosenkranz mit der Straßenbahn zu ihrem Französisch-Kurs in die Volkshochschule fahren. Sie verunglückte tödlich.

Am 18.10.2005 wurde ihre Urne auf dem Gohliser Friedhof unter großer Anteilnahme ehemaliger Kollegen von ihr und ihrem Mann, von Nachbarn, Freunden und Schillerfreunden und den wenigen Verwandten beigesetzt.

Uns bleibt die Erinnerung an eine wunderbare, zurückhaltende, kluge Kollegin, die so bescheiden war, dass nur wenige ihr Wissen kannten. Die es kannten, schätzten es hoch. Sie hatte einen feinen Humor, den ihr wenige zutrauten und den man nur bei Menschen findet, die sich selbst nicht so wichtig nehmen.

REZENSIONEN

Altzelle. Zisterzienserabtei in Mitteldeutschland
und Hauskloster der Wettiner.

Herausgegeben von Martina Schattkowsky und André Thieme
(Schriften zur sächsischen Landesgeschichte Bd. 3)
Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2002

Das Zisterzienserkloster Altzelle gehört ohne jeden Zweifel zu den bedeutendsten sächsischen Klöstern überhaupt. Bereits im Jahre 1162 war die Stiftung von 800 Hufen neugerodeten Landes südlich der Freiberger Mulde von Markgraf Otto dem Reichen durch Kaiser Friedrich Barbarossa bestätigt worden. Zur Einrichtung des Klosters ist es jedoch erst Jahre später gekommen, für das Jahr 1175 ist der Einzug der Zisterzienser in das nahe der heutigen Stadt Nossen gelegene Kloster bezeugt. In der Folge erfuhr das Kloster, das bis ins 14. Jahrhundert der wettinischen Stifterfamilie als Grablege diente, in geistlicher und wirtschaftlicher Hinsicht eine erfolgreiche Entwicklung. Zugleich war Altzelle ein Ort der Bildung, über die Jahrhunderte wurde eine große und wertvolle Bibliothek von den Mönchen aufgebaut, und seit 1427 unterhielt das Kloster in Leipzig ein eigenes Universitätskollegium, das so genannte Bernhardinerkolleg.

Im Gefolge der Reformation wurde das Kloster aufgehoben, wesentliche Teile seiner Gebäude abgerissen und das Areal als landwirtschaftliches Gut weiter genutzt. Im Bereich des Altarraumes wurde 1676 durch Kurfürst Johann Georg II. eine Begräbniskapelle zum Gedächtnis an seine hier ruhenden Vorfahren errichtet, die um die Wende zum 19. Jahrhundert in ein klassizistisches Mausoleum umgestaltet wurde und sich inmitten eines englischen Gartens bis heute erhalten hat.

Trotz der großen Bedeutung, die das Kloster für die mittelalterliche Geschichte Sachsens besitzt, ist der Forschungsstand zu seiner Geschichte in weiten Teilen nicht zufriedenstellend. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass das Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V. in Dresden, das sich in den letzten Jahren zu einem der zentralen Orte sächsischer Landesgeschichtsforschung entwickelt hat und in mehreren Publikationsreihen für die Veröffentlichungen neuer Forschungsergebnisse sorgt, zusammen mit weiteren Partnern im Jahre 1998 eine interdisziplinäre

Tagung zur Geschichte des Klosters veranstaltet hat, um eine Bilanz der bisherigen Forschungsleistung zu ziehen, aktuelle Ergebnisse vorzustellen und mögliche Arbeitsperspektiven aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Tagung liegen seit 2002 in dem hier anzugebenden Sammelband im Druck vor.

Den Auftakt des Bandes bildet ein in die Klostergeschichte und den Forschungsstand einführenden Beitrag aus der Feder der Herausgeber, an den sich ein weitreichender Aufsatz von Gert Melville unter dem Titel »Das Cisterciensertum: Wagnis und Modell im 12. und 13. Jahrhundert« anschließt, der den kirchengeschichtlichen Rahmen, in dem sich die Entwicklung Altzelles vollzog, pointiert beschreibt.

Dieser Einführung folgen 17 speziellen Problemen der Geschichte des Klosters Altzelle gewidmete Beiträge, die fünf Themenkreisen zugeordnet sind: 1. Verbindungen in der Zisterzienserlandschaft, 2. Zwischen Geistlichkeit, Herrschaft und Wirtschaft, 3. Schriftlichkeit und Quellen, 4. Architektur, Denkmalpflege und Archäologie und 5. Weiterleben als Museum und in der Sagenwelt.

Unter der Überschrift »Verbindungen in der Zisterzienserlandschaft« widmen sich die Aufsätze von Holger Kunde und Anne-Katrin Köhler den Beziehungen zwischen Altzelle und seinem Mutterkloster Pforte (dem späteren Schulpforte) bei Naumburg bzw. dem Verhältnis zu seinem Tochterkloster Marienstern in der Oberlausitz. Holger Kunde gelingt es in seinem auf eingehenden Urkundenstudien basierenden Beitrag, ein neues Bild der Frühgeschichte des Klosters Altzelle zu zeichnen. Wobei er den großen Einfluss des Mutterklosters Pforte deutlich herausarbeiten kann. Selbst in der Rolle der Mutter war Altzelle gegenüber dem Kloster St. Marienstern. Dieses unweit von Kamenz gelegene Frauenkloster, das seit der 1998 dort ausgerichteten ersten Sächsischen Landesausstellung auch breiteren Kreisen der Bevölkerung bekannt sein dürfte, wurde 1264 dem Zisterzienserorden förmlich inkorporiert und die Aufgaben des Mutterklosters an Altzelle übertragen. In dem Beitrag von Anne-Katrin Köhler werden die Beziehungen zwischen diesen beiden Klöstern, die bis zur Aufhebung Altzelles im 16. Jahrhundert reichen, erstmals einer eingehenden Betrachtung unterzogen.

Die im zweiten Themenschwerpunkt zusammengefassten Beiträge behandeln die Beziehung des Klosters zur Landesherrschaft (Karlheinz Blaschke, Altzelle – ein Kloster zwischen Geistlichkeit und Herrschaft), seine Rolle beim Landesausbau (André Thieme, Kloster Altzelle und die Besiedlung im mittleren Erzgebirgsvorland) sowie die sehr erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Klosters (Martina Schattkowsky, »Ora et labora«. Wirtschaftliche Grundlagen des Klosterlebens in Altzelle) und seines Umfeldes (Wolfgang Schwabenicky, Der hochmittelalterliche Bergbau bei Gersdorf und das Kloster Altzelle).

Im dritten Schwerpunkt »Schriftlichkeit und Quellen« widmet sich zunächst der Beitrag von Tom Gruber der Vorstellung der derzeit in der Bearbeitung befindlichen Edition des Urkundenbuches des Klosters Altzelle im Rahmen des *Codex diplomaticus*

Saxonae. Durch die in den nächsten Jahren zu erwartende Publikation dieses Urkundenbuches wird der Forschung erstmals ein zuverlässiges Hilfsmittel an die Hand gegeben. Die bedeutende Bibliothek und das Skriptorium des Klosters werden in einem Aufsatz von Gerhard Karpp eingehend vorgestellt, wobei die zahlreichen, größtenteils farbigen Abbildungen sehr zur Anschaulichkeit beitragen. Die erhaltenen Teile der Klosterbibliothek befinden sich übrigens heute in den Sondersammlungen der Leipziger Universitätsbibliothek, wohin sie nach der Reformation verbracht worden sind.

Den umfangreichsten Block innerhalb des Bandes nehmen Studien zu Fragen der Baugeschichte, Denkmalpflege und Archäologie ein, die hier jedoch nur genannt werden können: Bernd Nicolai, Das Altzeller Mönchsrefektorium, die zisterziensische Architektur und ihr Beitrag zur europäischen Gotik des 12. und 13. Jahrhunderts; Heinrich Magirus, Die Bedeutung von Baumaterial und Farbe bei der Stilbildung der Zisterzienserarchitektur in Mitteldeutschland zwischen 1130 und 1230; Mike Huth, Die nachreformatorische Baugeschichte des Kammergutes Altzella; Heinrich Magirus/Günter Kavacs/Andreas Mossdorf, Ergebnisse archäologischer Untersuchungen am nördlichen Ende des Konversenhauses im Kloster Altzella; Susanne Geck, Die Wasserversorgung im Kloster Altzelle; Thomas Westphalen, Neue Untersuchungen in Kloster Grünhain.

Am Ende des Buches stehen zwei Aufsätze von Ingrid Welzig zur künftigen Nutzung des Klosterparks und von Brigitte Emmrich zur Spiegelung der Klostergeschichte in der deutschen Volkssage.

Insgesamt bieten die Beiträge des sehr gelungenen und durch einen Index gut erschlossenen Bandes ein facettenreiches Bild der Klostergeschichte, auch wenn man sich aus Leipziger Perspektive vielleicht eine stärkere Beachtung des Bernhardinerkollegs gewünscht hätte, das jedoch nur beiläufig Erwähnung findet. Es bleibt die Hoffnung, dass die Beschäftigung mit dem für die sächsische Landesgeschichte so ungemein wichtigen Kloster Altzelle weitergehen möge, ein Anfang ist gemacht.

247 Seiten, Ladenpreis: 46 Euro

Henning Steinführer

Anne-Katrin Köhler

Geschichte des Klosters Nimbschen.

Von der Gründung 1243 bis zu seinem Ende 1536/1542.

Mit einem Exkurs: Zisterzienserinnen zwischen Saale und Neiße
im 13. Jahrhundert und ihre Stellung zum Orden
(Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte 7),

Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2003

Die am Historischen Seminar der Universität Leipzig entstandene Dissertation ist eine der wenigen Monographien für ein Kloster auf dem Gebiet des heutigen Sachsen, obwohl durch die Quellenedition des Codex diplomaticus Saxoniae regiae dafür schon lange gute Voraussetzungen existieren. Durch die Hinzuziehung weiterer Quellen, insbesondere von Rechnungen aus dem 15. und 16. Jahrhundert wird auf einer breiten Grundlage die Entwicklung des Klosters Nimbschen bei Grimma nachgezeichnet, was vorbildhaft für weitere Klostermonographien ist.

Wie zahlreiche andere monastische Gemeinschaften, so wurde auch das Kloster Nimbschen zunächst an einem anderen Ort, nämlich in Torgau, begründet. Gründer war Markgraf Heinrich (der Erlauchte), dem es damit gelang, den Besitz kleiner Herrschaftsträger als Klostergut zu bündeln. Die Wettiner übten stets eine Schutzherrschaft über das Zisterzienserinnenkloster aus. Dieses wurde in zwei Etappen verlegt, zunächst von Torgau nach Grimma, schließlich nach Nimbschen, wo sich noch heute Reste der Klosteranlage finden. Die Verlegung stellte außerdem einen wichtigen Schachzug in den Auseinandersetzungen der Wettiner mit den Merseburger Bischöfen um Leipzig und Grimma dar. Die mehrfache Verlegung führte zur Ausbildung zweier Besitzkomplexe, die von den Nonnen gezielt arrondiert wurden. Der Besitz um Torgau und die daraus fließenden Abgaben und Dienste stellten für den Klosterhaushalt zeitlebens den größten Posten dar. Bis um 1400 lässt sich ein Anwachsen des Klosterbesitzes feststellen, danach ist zu beobachten, dass keinerlei Grundstücke mehr erworben werden können – ein Hinweis auf die zunehmende Ausformung, Verdichtung und Gestaltung der Landesherrschaft durch die Wettiner. Neben dem Grundbesitz stellten die Patronatsrechte an Kirchen eine wichtige Einnahmequelle des Klosters dar. Mit Hilfe der Rechnungsüberlieferung von 1509 bis 1520, also vor der Einsetzung eines Vorstehers durch die ernestinischen Landesherren, gelingt es Anne-Katrin Köhler die wirtschaftliche Situation und Verwaltung des Konvents deutlich zu machen. So betrieben die Nonnen eine eigene Landwirtschaft, wofür auf den umliegenden Märkten Saatgetreide gekauft wurde. Außerdem wurde Schafe, Rinder und Pferde gezüchtet. Dies war nur durch das Vorhandensein verschiedener Ämter

im Konvent möglich, außerdem durch die Hinzuziehung von weltlichem Personal. Das dritte Kapitel widmet sich daher der Klosterfamilie und versucht, die Klosterangehörigen nach ihrer regionalen und ständischen Herkunft einzurichten. Dabei stand die Autorin vor dem Problem, dass die Geschichte des sächsischen Adels im Spätmittelalter, also jener Zeit, aus der die Mehrzahl ihrer Belege stammen, bislang kaum erforscht ist. Um so erfreulicher, dass es gelingt, in den Listen der Äbtissinen, Konventsmitglieder und Vorsteher die Geschichte zahlreicher Adelsfamilien vom 14. bis zum 16. Jahrhundert zu beleuchten und in den landesgeschichtlichen Kontext einzurichten. Die hier zusammengetragenen Angaben hätten es verdient, nicht in den Fußnoten, sondern im normalen Text zu erscheinen! So erfährt man, dass die Äbtissin Dorothea Behr, 1481 wegen Spannungen im Konvent und ihrer Ablehnung von Pfortenser Mönchen als Klostervorstehern, abgesetzt wurde – ein einmaliger Vorgang in der Klostergeschichte! Die Äbtissin dürfte mit dem Leipziger Unterstadtschreiber und Geleitsmann Caspar Behr verwandt sein. Nonnen aus den Häusern von Erdmannsdorf und von Schönberg weisen auf Familien, die zu den engsten Vertrauten der Wettiner gehörten. Besonders wichtig erscheinen jedoch die Informationen, die hier über die lokale Adelslandschaft und deren Verbindungen, die hier zusammengetragen sind. Damit lässt sich ein Einzugsbereich erschließen, der Nordwestsachsen sowie die historischen Territorien des Oster- und Pleißenlandes umfasste. Zum Großteil entstammten die Nonnen adligen Familien, doch lassen sich auch Bürgertöchter, namentlich aus Leipzig, nachweisen. Überraschend ist der Befund, dass das Kloster für die Grimmenser Bürger kaum eine Rolle gespielt hat. Schließlich wendet sich die Arbeit dem Schicksal des Klosters während der Reformation zu. 1529 wurde das Kloster erstmals durch den ernestinischen Landesherrn visitiert, 1536, nach dem Tod der letzten Äbtissin, das Klostergut unter kurfürstliche Verwaltung gestellt und verpachtet. Mithin waren seit dem Beginn der reformatorischen Bewegung immer wieder Nonnen aus dem Kloster ausgelaufen. Die bekannteste unter diesen war Katharina von Bora, die spätere Ehefrau Martin Luthers, der sich in einer Schrift an die geflohenen Nonnen gewandt hatte. Neben dem leuchtenden und viel untersuchten Beispiel der Katharina von Bora gab es zahlreiche Nonnen, die sich nach ihrer Flucht verheirateten. In die Ehe konnten sie häufig eine finanzielle Abfertigung einbringen, die sie nach Bitten an den ernestinischen Landesherrn erhielten. Manche ehemalige Konventualinnen wurden wieder von ihren Familien aufgenommen oder versuchten sich einen eigenen Broterwerb zu schaffen.

Mit der Verpachtung 1542 endet die Darstellung der Klostergeschichte, zumal die weitere Besitzgeschichte mit der Gründung der Fürstenschule Grimma schon mehrfach behandelt wurde.

Nach den Ausführungen zum Zisterzienserinnenkloster Nimbschen vermittelt die Arbeit in einem Exkurs zu den Zisterzienserinnenklöstern zwischen Saale und Neiße

im 13. Jahrhundert zahlreiche vergleichende Aspekte. Anne-Katrin Köhler stellt hier drei Gruppen von Klöstern heraus, die in ihrer Stellung zum Orden definiert werden. Auffällig ist, dass die meisten Klöster in den Diözesen Meißen und Naumburg lagen, dagegen nur zwei im Bistum Merseburg. Neben Nimbschen war dies noch das Leipziger Kloster St. Georg, das vor 1230 von Hohenlohe (sw. Leipzig) hierher verlegt worden war.

Die Autorin hebt hervor, dass die Frauenklöster nicht nur als Ort der *Memoria* (Totenfürsorge) und Versorgungsstelle für adelige Töchter dienten, sondern insbesondere bis zum 13. Jahrhundert auch wichtige Faktoren innerhalb der sich ausformierenden politischen Landschaft waren.

Den Anhang des Bandes bilden umfangreiche Listen zum Besitz, der Wirtschaft und der Klosterfamilie Nimbschens. Ein Orts- und Personenregister erschließen den Band.

Die Monographie zum Kloster Nimbschen leistet in vielerlei Hinsicht Grundlagenarbeit: zum einen durch die vollständige Darstellung der Klostergeschichte im Hinblick auf verfassungs-, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte, zum anderen durch die vollständige Erfassung der Zisterzienserinnenklöster der Diözesen Meißen, Merseburg und Naumburg bis 1300. Wenn in der Arbeit einige Ergebnisse und Beobachtungen unter Vorbehalt formuliert werden, so ist dies der Forschungslage geschuldet. Im Bistum Merseburg war neben Grimma Leipzig mit den meisten geistlichen Institutionen ausgestattet. Das bereits genannte, hiesige Georgenmonnenkloster ist momentan ebenfalls Gegenstand einer Qualifikationsarbeit. So bleibt zu hoffen, dass noch weitere geistliche Einrichtungen Leipzigs erforscht werden. Das vorliegende Buch zum Kloster Nimbschen ist dafür beispielgebend.

318 Seiten, Ladenpreis: 38 Euro

Markus Cottin

Henning Steinführer

Die Leipziger Ratsbücher 1466–1500.

Forschung und Edition, 2 Halbbände

(Quellen und Materialien zur Geschichte der Stadt Leipzig, Band 1)

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2003

Es war kein Zufall, dass bei der Präsentation der hier anzuseigenden zwei Halbbände mit der Edition der beiden ältesten erhaltenen Ratsbücher der Stadt Leipzig aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts am 9. Oktober 2003 im Stadtarchiv Leipzig ein breites Publikum anwesend war. Stieß doch diese Quellenedition auf großes Interesse und wurde von vielen bereits ungeduldig erwartet.

Die aus der schriftlichen Verwaltungstätigkeit des Rates hervorgegangenen Ratsbücher stellen erstrangige Quellen zur Geschichte der Stadt Leipzig im ausgehenden Mittelalter dar – eine Zeit, in der die wettinische Landstadt als Handels- und Universitätsstadt, als geistliches sowie geistig-kulturelles Zentrum einen enormen Aufschwung erlebte. Sie sind eine wahre Fundgrube für zahlreiche unterschiedlichste Fragen an die Geschichte der Stadt und an die ihrer Einwohner, insbesondere für die Bereiche Recht, Wirtschaft, Finanzen, Gerichtsbarkeit und Verwaltung. Dabei enthalten die vorliegenden, zusammengehörenden Teilbände nicht nur die textkritische Edition der zwei Ratsbücher, sondern darüber hinaus zahlreiche Handreichungen wie Begriffserklärungen, Personenlisten, Querverweise zu anderen städtischen Quellen, Abbildungen usw., die dem Benutzer eine komplexe Übersicht und Einordnung der Quellenaussagen ermöglichen.

Der Autor und Editor, Henning Steinführer, wird den regelmäßigen Lesern der »Stadtgeschichte« nicht unbekannt sein, ist er doch einer der Herausgeber der Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins und hat in den letzten Jahren selbst zahlreiche Beiträge verfasst. Mit der Stadt Leipzig ist er eng verbunden, sowohl persönlich – als geborener Leipziger – als auch in seiner akademischen Laufbahn. Bereits während seines Geschichtsstudiums und im Rahmen seiner Magisterarbeit hat sich Henning Steinführer intensiv mit Fragen der Leipziger Stadtgeschichte auseinandergesetzt und mit den Beständen des Stadtarchivs Leipzig gearbeitet. Die dabei erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse kamen dem anspruchsvollen Editionsprojekt zugute, welches zugleich Steinführers Dissertationsschrift ist.

Der erste Halbband beginnt mit einer historischen und quellenkundlichen Einleitung. Dabei ist besonders der Abriss zur spätmittelalterlichen Stadtentwicklung hervorzuheben (S. X–XXXIII), kompensiert er doch zumindest für das Spätmittelalter das Fehlen einer modernen Stadtgeschichte Leipzigs. Darauf folgt eine Einführung in die allgemeine Stadtbuchforschung und in die Quellengattung der Stadt- bzw. Amts-

bücher sowie in die Editionslage der sächsischen Stadtbücher (S. XXXIV–XXXVII). Diese Sachverhalte hätten in Hinblick auf das in den letzten Jahrzehnten gesteigerte Forschungsinteresse an der Definition von »Stadtbüchern«, an der Entstehung und Verwendung spätmittelalterlicher städtischer Amtsbücher einhergehend mit der Differenzierung spätmittelalterlicher Verwaltungsstrukturen sowie an der Herausgabe moderner Stadtbucheditionen durchaus etwas ausführlicher sein können. Für den daran näher Interessierten bietet jedoch Henning Steinführer zahlreiche Verweise auf einführende und spezielle Literatur. In den folgenden Abschnitten wird der Leser bekannt gemacht mit der Überlieferungssituation der Leipziger Stadtbücher, mit den Handschriften der zwei edierten Ratsbücher, ihren verschiedenen Schreibern sowie mit den Sachbetreffen, die man in diesen Ratsbüchern vermischten Inhalts erwarten kann (S. XXXVII–LV). Wichtig für den Umgang mit einer Quellenedition ist für den Benutzer die Kenntnis der Editionsgrundsätze (S. LVI–LIX), die der Editor angelegt hat, zumal es keine festen Regeln, sondern nur Empfehlungen für den Umgang mit spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Quellen gibt. Diese Richtlinien müssen jedoch jeweils auf den speziellen Fall zugeschnitten werden und liegen in der Verantwortung des Herausgebers. Henning Steinführer hat sich nach eigener Aussage dabei an den Interessen des Historikers orientiert und sich um Übersichtlichkeit bemüht. Dass nicht der fortlaufende Text der originalen Vorlage wiedergegeben wurde, sondern die einzelnen Stadtbucheinträge separiert stehen, als einzelne Rechtsakte dargestellt, jeweils mit einer Kopfzeile bzw. einem Kurzregest und textkritischen Anmerkungen sowie Sachkommentaren versehen sind, erleichtert in hohem Maße den Zugang zum Text und den Überblick über den Inhalt der einzelnen Einträge. Die Einleitung wird abgerundet mit Ausführungen zu den in den Ratsbüchern vorkommenden Maßen, Münzen und Gewichten, einigen wichtigen Begriffen sowie mit Abkürzungsverzeichnissen. Daran schließt sich auf 413 Seiten der Text des älteren der beiden Ratsbücher an, geführt in den Jahren von 1466 bis 1489. Der zweite Halbband umfasst den Text des jüngeren der beiden Ratsbücher, begonnen im Jahre 1489 und beschlossen 1500, mit Fortführungen und Nachträgen bis 1511 (S. 3–508). Für den Benutzer von großem Wert ist der von Henning Steinführer sorgfältig erstellte Index, welcher alle Personen, Orte sowie ausgewählte Sachbegriffe enthält, die in den Ratsbüchern genannt werden. Der Index dient der schnellen Orientierung, einem ersten Einstieg in den Inhalt der beiden Ratsbücher, dem Auffinden einzelner Personen und Sachzusammenhänge sowie dem Nachgehen spezieller Fragen. Auch der Anhang des zweiten Halbbandes ist ganz auf die Bedürfnisse des an der Leipziger Stadtgeschichte und an den damit in Verbindung stehenden Personen im ausgehenden Mittelalter Interessierten ausgerichtet und bietet dem Benutzer Hilfestellungen und weiterführende Hinweise auf andere städtische Quellen. So folgt den Übersichten über die Leipziger Ratskollegen für die Geschäftsjahre 1466 bis 1500 und über die alphabetisch geord-

neten Ratsmitglieder ein Index zu den Leipziger Steuerbüchern von 1466, 1481 und 1499. Diese, nämlich das Harnischbuch (1466), das Türkенsteuerbuch (1481) sowie das Landsteuerbuch (1499), wurden bereits in Gustav Wustmanns »Quellen zur Geschichte Leipzigs« abgedruckt. Allerdings waren sie bisher nicht durch ein Register erschlossen, was den Zugang zu den Quellen erheblich erschwerte. Diese Lücke in Hinblick auf die in den Quellen genannten Leipziger Bürger füllend, spannt Henning Steinführer über einen Personenindex den Bogen zwischen den beiden von ihm edierten Ratsbüchern und den drei Steuerbüchern. Schließlich enthält der Anhang des zweiten hier anzuseigenden Buches neben einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 693–718) auch noch einige Abbildungen der wichtigsten Schreiberhände, die berühmte Stadtansicht Leipzigs aus dem Jahre 1547 sowie eine durch Henning Steinführer entworfene Karte der Stadt Leipzig um 1500. Auf letztere ist besonders hinzuweisen, profitiert sie doch von dem breiten und fundierten Quellenwissen Steinführers und spiegelt die neuesten Ergebnisse der Stadtgeschichtsforschung wider. Sie enthält zahlreiche Informationen bspw. zu den historischen Wasserläufen, den Vorstädten, zu städtischen, universitären und kirchlichen Einrichtungen in der Stadt Leipzig.

Mit der Edition der zwei ältesten erhaltenen Ratsbücher liegt nun eine hervorragende, sehr gut benutzbare Arbeitsgrundlage für die weitere Erforschung der Leipziger Stadtgeschichte in den Jahrzehnten vor und um 1500 vor. Insbesondere für die 1480er und 1490er Jahre ist dies von Wert, bedenkt man, dass das Urkundenbuch der Stadt Leipzig, mit Ausnahme der kirchlichen Institutionen, nur den Zeitraum bis 1485 umfasst. Für verschiedenste Fragestellungen und Forschungsansätze können die in der Ratskanzlei geführten Geschäftsbücher vermischten Inhaltes herangezogen werden, enthalten sie doch Einträge unterschiedlichster Bereiche städtischer Verwaltung und städtischen Lebens – Einträge über Ratsgeschäfte, -beschlüsse, Einträge zum Ämter- und Finanzwesen, Willküren und Satzungen, darüber hinaus Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Schuldanerkenntnisse, Erb- und Eheverträge, Vormundschaftsregelungen, Verpachtungen usw.) und selbstverständlich eine Fülle an Personennamen, die weit über die aus den Urkundenbüchern bekannten hinausgehen. So kann nur noch zu einer intensiven Nutzung und Auswertung der zwei Halbbände und des in ihnen enthaltenen Quellenmaterials aufgerufen werden mit den Wünschen auf Belebung der Stadtgeschichts- und Personenforschung sowie auf das Erstellen und Finanzieren weiterer Quelleneditionen.

LXVI/1133 Seiten, Ladenpreis: 98 Euro (die Bände sind nur gemeinsam zu beziehen)

Beate Kusche

Susanne Schötz
Handelsfrauen in Leipzig.
Zur Geschichte von Arbeit und Geschlecht in der Neuzeit
Böhlau Verlag, Köln et al. 2004

Eine Frau an der Spitze der landesherrlichen Finanzverwaltung ist ein Novum in der europäischen Geschichte des Spätmittelalters. Tatsächlich nahm in der albertinischen Rentkammer, die seinerzeit in Leipzig beheimatet war, eine Frau die führende Position ein. Ende November 1490 hatte Apollonia Blasbalg, die Witwe des zu Beginn des Jahres 1490 verstorbenen Jacob Blasbalg, den interimistisch eingesetzten Caspar von Sals als Landrentmeister abgelöst. Apollonia war offensichtlich so gut in die Geschäfte ihres verstorbenen Mannes eingewieht, dass ihr die albertinischen Fürsten und Räte die Bewältigung der anstehenden Aufgaben zutrauten. Soweit zu sehen ist, wurden sie nicht enttäuscht. Apollonia hielt die Amtsgeschäfte bis zum Ostermarkt 1491 in ihren Händen; ihr folgte schließlich Georg von Wiedebach, den sie freilich zu Beginn des Jahres 1491 geheiratet hatte. Das Beispiel zeigt, dass Appollonias Stellung innerhalb der albertinischen Verwaltung auch und vor allem familienrechtlich konnotiert war: ihr Aufstieg gründete sich auf die Witwenschaft; ihr Ausscheiden war mit dem Eintritt in den Stand der Ehe verbunden. Das anzuseigende Buch untersucht ebenfalls die Stellung von Frauen im Leipziger Handels- und Wirtschaftsleben, wobei das Familien- und Erbrecht, zumindest bis ins 19. Jahrhundert hinein, gleichfalls von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Das beeindruckende Werk ist die gedruckte Fassung der Bielefelder Habilitationsschrift von Susanne Schötz. Im Wesentlichen geht es um Frauen, die im (Kram-)Warenhandel eingebunden waren und den Handel auf den Leipziger Wochenmärkten und im lokalen Detailhandel prägten. Gelegentlich wickelten sie ihre Geschäfte auch über die Messe ab.

Susanne Schötz schlägt in ihrer Untersuchung den Bogen vom späten 15. bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert. Die empirisch gesättigte Arbeit fördert eine Vielzahl neuer Erkenntnisse zutage, die zu einer faszinierenden Sozialgeschichte der Leipziger Händlerinnen verschmolzen sind. Das Buch untergliedert sich in eine Einleitung, fünf umfangreiche Hauptteile, in denen die einzelnen Daten, Befunde und Beobachtungen dargeboten und erläutert werden, sowie in ein abschließendes Kapitel, in dem die Ergebnisse in aussagekräftige Thesen gegossen worden sind. Tabellen und Übersichten, Quellen- und Literaturverzeichnisse sowie ein Personenregister runden das gewichtige Werk ab. Im Folgenden können nur einige Aspekte kurz angeschnitten, vorgestellt und erörtert werden.

Im ersten Teil analysiert die Autorin die rechtliche Stellung von Handelsfrauen im Geltungsbereich des sächsischen Rechts, wobei sie notwendigerweise die kursächsischen Constitutionen, die Leipziger Wechselordnung und die so genannte Neue Leipziger Handelsgerichtsordnung auswertet, die bezüglich der Handlungs- und Geschäftsfähigkeit von Frauen bis in das 19. Jahrhundert hinein Rechtskraft besaßen. Zwar waren die handeltreibenden Frauen den Männern nicht völlig gleichgestellt, aber prinzipiell konnten sie Geld- und Warengeschäfte aller Art abwickeln. Dies gilt auch für den Wechselverkehr, der auf den drei Märkten florierte; in der Praxis sah es freilich anders aus: Nur erbende Witwen – so wie die eingangs genannte Apollonia Blasbalg – durften das Geschäft eigenständig fortführen. Allerdings nahmen Frauen diese Möglichkeit wohl nur dann wahr, so wie bereits zu Lebzeiten des Erblassers nach Kräften ins Geschäft eingeweiht waren und einschlägige Kenntnisse erlangt hatten.

Im zweiten Kapitel wird das Wirken der Frauen innerhalb des Leipziger Kramwarenhandels intensiv beleuchtet. Traditionell stand der Kramwarenhandel zwischen dem Großhandel einerseits und den Konsumenten anderseits. Allein die Kramer durften – seit der Kramerordnung von 1477 – Spezerei, Textilien, Fische, Alaun, Leder-, Holz- und Metallwaren usw. »stück- und pfennigweis« an ihre Kunden und Endverbraucher verkaufen. Faktisch besaßen sie seit dem Erlass jener Ordnung in der Stadt ein Marktmonopol, was ihre soziale Stellung und ihr Sozialprestige festigen half; einzig die im überregionalen Bereich agierenden Grossisten schauten verächtlich auf die »Krämer« herab. Bezüglich der Fragestellung ist jedoch entscheidend, welche Stellung die Frauen innerhalb der Kramerinnung besaßen. Zwar gab es auch hier keine völlige Gleichstellung, aber Susanne Schötz kann nachweisen, dass der Frauenanteil zwischen vier (1619) und 27 Prozent (1604) lag; der Durchschnittswert der Jahre 1582–1588 betrug sogar 30%. Auf der Grundlage der Adressbücher wurde für die Jahre von 1720 bis 1870 überdies der Frauenanteil bei den Buch- und Musikalienhändlern, den Kauf- und Handelsherren sowie bei den Kramern herausgearbeitet, wobei er jedoch nur bei den Kramern quantitativ ins Gewicht fällt.

Im anschließenden dritten Kapitel werden die Leipziger Wochenmärkte im Zusammenhang mit den Händlerinnen untersucht. Marktorganisation, die Strukturen des spätmittelalterlichen und neuzeitlichen Hökenhandels, die soziale Deklassierung und Feminisierung des Hökenhandels sowie der Handel mit den verschiedenen Warengruppen (Kraut aus den Kohlgärten, Brot und Fleisch, Fisch, Kohle, Holz, Getreide, Handwerker- und Trödelwaren) stehen in diesem Abschnitt im Zentrum. Die Ergebnisse zum Hökenhandel, also zum Handel mit ländlichen Produkten, sind besonders hervorzuheben: Seine Ausübung erforderte kaum Kapital; zudem waren keine schwunghaften Geschäfte mit einträglichen Margen zu erhoffen, so dass die »Hökerei« nur für diejenigen attraktiv war, die keine anderen Einkommensperspektiven besaßen. Vorrangig waren es Ehefrauen und Witwen, die sich aus den Unterschichten

rekrutierten. Der Hökenhandel ist zudem durch den Leipziger Rat als Versorgungsmöglichkeit für arme Frauen instrumentalisiert worden. Beispielsweise wurde 1726 rund ein Fünftel der Hökinnen aufgrund ihrer schwachen sozialen Stellung aus Armenkassen unterstützt.

Die Urbanisierung und Modernisierung der Leipziger Stadtgesellschaft infolge der Industrialisierung und damit verbundenen Rückkopplungen und Veränderungen auf den lokalen und regionalen Handel insgesamt bilden einen Schwerpunkt des Buches, der im vierten Abschnitt umfassend diskutiert wird. Auch hierbei gründen sich die Ergebnisse auf umfangreiche Archivstudien. In der Hauptsache werden die sozialen und wirtschaftlichen Konstellationen der Händlerinnen erörtert, die vorrangig mit Lebensmitteln sowie mit Textil- und Modeerzeugnissen (Weißwaren, Leibwäsche, Knöpfe, Spitzen, Tücher, Schlipse usw.) gehandelt haben. Schließlich und letztlich erläutert die Autorin im fünften Kapitel die Beteiligung von Frauen am Leipziger Messhandel. Als Grundlage dienen die so genannten Messbudenzinsbücher, die Auskunft über die Pächter und ihre Geschäfte sowie nicht zuletzt über die Verteilung zwischen den Geschlechtern gewähren. Der Anteil der Frauen schwankte je nach Marktort (Markt, Naschmarkt, Nikolaikirchhof) zwischen vier und zwölf Prozent, wobei die Tendenz im 19. Jahrhundert steigend war. Steingut, Nahrungs- und Genussmittel, Textilien und Nadlerwaren wurden besonders von Frauen angeboten.

Die Arbeit von Susanne Schötz besticht nicht allein durch eine sorgsame Analyse hinsichtlich der rechtlichen Stellung der Handelsfrauen in Stadt und Innung sowie im Hinblick auf die soziale und geschlechtliche Zusammensetzung der Leipziger Kramer, Händler und Kaufleute, sie bietet auch vielfältige Rückschlüsse und neue Erkenntnisse zur Alltagsgeschichte der Wochenmärkte und Messen, zur Struktur der angebotenen Waren sowie vorzugsweise zur Entwicklung und Entfaltung der Leipziger Stadtgesellschaft. Insofern besitzt das Buch nicht nur für die Leipziger Stadtgeschichte, den Warenverkehr und Handel sowie für Messen und Märkte Bedeutung, sondern vor allem für die Herausbildung der modernen Stadtgesellschaft während des 19. Jahrhunderts.

531 Seiten, zahlreiche Tabellen und Abb., Ladenpreis: 54,90 Euro

Uwe Schirmer

Witwenschaft in der Frühen Neuzeit.
 Fürstliche und adelige Witwen zwischen Fremd- und Selbstbestimmung,
 hrsg. von Martina Schattkowsky
 (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde Bd. 6)
 Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2003

Der vorzustellende Sammelband geht auf eine im Juni 2001 vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde zusammen mit mehreren Partnern veranstaltete Tagung zu Witwenschaft adliger und fürstlicher Frauen im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit im Fürstenhaus des Rochlitzer Schlosses zurück. Die Rolle dieser Witwen im Rahmen der Landes- und Adelsgeschichte hat lange Zeit vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit erfahren. Dieses negative Urteil trifft insbesondere auch auf den Bereich der sächsischen Landesgeschichte zu. Um so erfreulicher ist es, dass die im Jahre 2003 erschienene Aufsatzsammlung einen deutlichen Fortschritt auf diesem Gebiet erkennen lässt, wobei die Beiträge nicht auf Sachsen bzw. Mitteldeutschland beschränkt sind, sondern das gesamte Alte Reich in den Blick nehmen und teilweise sogar darüber hinaus – etwa nach Norditalien oder England – reichen. Auf diese Weise ist ein Band entstanden, der durch das breite Spektrum der behandelten Fragestellungen und Beispiele einen vergleichenden Blick auf Stand und Perspektiven der historischen Witwenforschung erlaubt.

Den Druckfassungen der Tagungsbeiträge ist eine umsichtige Einführung in die Thematik und von Martina Schattkowsky vorangestellt, in der der Leser mit den wesentlichen Wegmarken der Forschung vertraut gemacht wird. Daran schließen sich 19 Beiträge an, die sich Spezialthemen widmen und fünf Themenkreisen zugeordnet sind.

1. Schloss Rochlitz als Residenz und Witwensitz

Unter der Überschrift »Burg, Herrschaft und Amt Rochlitz im Mittelalter« beschreibt André Thieme die wesentlichen Entwicklungslinien der Herrschaft Rochlitz. Der folgende Beitrag von Maike Günther ist dem noch in der Planung befindlichen Projekt einer Dauerausstellung, in der Schloss Rochlitz als Residenz und Witwensitz präsentiert werden soll, gewidmet.

2. Rechtliche Rahmenbedingungen für die Lebenspraxis verwitweter Fürstinnen

Im Beitrag von Karl-Heinz Spieß »Witwenversorgung im Hochadel. Rechtlicher Rahmen und praktische Gestaltung im Spätmittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit« gelingt es dem Autor anhand eines Überblicks über die wesentlichen Entwicklungen im Alten Reich die Relevanz dieser von der Forschung bislang nur wenig beachteten

Problematik deutlich herauszuarbeiten. Der zweite Beitrag dieses Themenkomplexes stammt von Ute Essegern und geht anhand ausführlicher Archivstudien den Eheverträgen der albertinischen Wettiner in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts nach.

3. Orte, Formen und Stile von Witwenherrschaft

In diesem Block von sechs Aufsätzen werden anhand von Beispielen aus Bentheim, Hessen, Nassau, Sachsen und Hannover/England verschiedene Praktiken der Witwenherrschaft vorgestellt. Die Beiträge sind im Einzelnen: Pauline Puppel, Formen von Witwenherrschaft – Landgräfin Anna von Hessen (1485–1525); Brigitte Streich: Anna von Nassau und »ihre Schwestern; Günther Wartenberg, Herzogin Elisabeth von Sachsen als reformatorische Fürstin; Ira Koch, Sophia von Schleswig Holstein, Herzogin von Mecklenburg; Stephanie Marra Gräfin Johannetta Elisabeth von Bentheim (1592–1654); Silke Lesemann, Die »Mutter der Könige« und der englische Thron: Kurfürstin Sophie von Hannover.

4. Selbstinszenierung und kulturelle Wahrnehmung der Witwen

Das Selbstverständnis und die Wahrnehmung der Witwen sind Gegenstand des vierten Abschnittes, dem fünf Beiträge zugeordnet sind: Gesa Ingendahl, Elend und Wollust. Witwenschaft in kulturellen Bildern der frühen Neuzeit; Beatrix Bastl, Herrschaft und Gedächtnis. Zur »Inszenierung« der »Witwe«; Jill Bepler, Lektüre, Schrift und Gebet im Leben der fürstlichen Witwen in der frühen Neuzeit; Allison Levy, Imposing Pictures, Widow Portraiture as memorial strategy in early modern Florence.

5. Lebensalltag von Witwen zwischen Ökonomie, Politik und Kunst

Der letzte Themenkomplex fragt nach dem Alltag adliger und fürstlicher Witwen und den wesentlichen Faktoren, die diesen beeinflussten, wobei die behandelten Fälle von Rostock bis Mantua reichen: Anke Hufschmidt, Starke Frauen an der Weser? Rahmenbedingungen und Lebenspraxis verwitweter Frauen in den Familien des niederen Adels um 1600; Erst Münch, Adlige Witwen im Besitz des Toitenwinkels bei Rostock (16. bis 18. Jahrhundert); Dirk Schleinert, Das Amt Loitz von 1592 bis 1631. Zu den wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen eines fürstlichen Witwensitzes; Uta Löwenstein, »Mera Melancholia und übermäßig großer Zorn«. Barbara Gräfin von Württemberg-Mömpelgard, geborene Landgräfin von Hessen (1536–1597); Günter Scholz, Mechthild von der Pfalz und Barbara Gonzaga von Mantua. Fürstliche Witwen des Hauses Württemberg auf Schloss Böblingen.

Ein bei der Fülle der behandelten Personen und Landschaften außerordentlich hilfreicher Index und ein Autorenverzeichnis beschließen den Band. Dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde ist für die Herausgabe dieses Bandes, der einen substantiellen Beitrag zur vergleichenden Landesgeschichte darstellt, herzlich zu danken.

463 Seiten, Ladenpreis: 45 Euro

Henning Steinführer

Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers.
Hrsg. von Sabine Gillmann und Hans Mommsen
K. G. Saur Verlag, München 2003

Im Vorfeld des 60. Jahrestages des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 erschien eine Vielzahl von Publikationen unterschiedlicher Genres zu diesem Thema im engeren und weiteren Sinne. Es war, als sollte noch ein Mal und vielleicht zum letzten Mal das Ereignis so ausführlich gewürdigt und mit dem Bezug auf seine Bedeutung für das historische Selbstverständnis im wiedervereinigten Deutschland behandelt werden. Auffallend dabei, zumindest für den Fachhistoriker, der vergleichsweise untergeordnete Platz, der sowohl in Publikationen wie Fernsehsendungen Carl Goerdeler eingeräumt wurde. Vielleicht hatte die sparsame Behandlung Goerdelers, der über zwei Jahrzehnte als zentrale Persönlichkeit der Widerstandsforschung in der Bundesrepublik galt, mit einer seit den siebziger Jahren kritischer gewordenen Sicht auf den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister zu tun. Oder er wurde ein »Opfer« einer auf Aktionen gerichteten historischen Darstellung im Fernsehen und in anderen Medien, vor allem wenn es um Themen aus der NS-Zeit und über den Zweiten Weltkrieg geht. Das Attentat war eine militärische Aktion, bei der – vordergründig betrachtet – die zivilen »Helfer« in der zweiten Reihe standen. Für die Fachwissenschaft dürften jedoch die hier zu besprechenden zwei Bände den ersten Rang einnehmen. Die Redaktion der Wochenschrift »Das Parlament« war gut beraten, über die Publikation ganzseitig in seiner Ausgabe vom 28. Juni 2004 zu berichten.

Rund 20 Jahre wurden zur Vorbereitung der Edition benötigt, das Resultat ist beeindruckend. Die Herausgeber verfolgten das Ziel, eine repräsentative Auswahl der Denkschriften und Briefe Goerdelers zusammenzustellen, die sowohl der Entwicklung seiner gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Anfang der zwanziger Jahre bis zu seinem Tod gerecht wird, als auch charakteristische Einblicke in das Denken der Verschwörer überhaupt gibt. Dazu waren umfangreiche Vorarbeiten notwendig. Zwar existierten vor Aufnahme der Arbeit zahlreiche Darstellungen über den nationalkonservativen Widerstand, die Dokumente Goerdelers und seiner Gesinnungsfreunde teilweise oder ganz enthielten, doch manche davon halten einer anspruchsvollen Textkritik nicht stand. Hinzu kam, dass die Autoren vieler Veröffentlichungen politisch motivierte Selektionen vornahmen, so dass gründlich zu prüfen war, wo es bisher Vernachlässigungen gab, sollte die gewünschte Repräsentanz nicht nur Versprechen bleiben.

Kleinarbeit war notwendig, um auf die Originale zurück zu greifen, die sich zu meist im Bundesarchiv und im Besitz der Familie Goerdeler befinden. Sie vollständig zu finden erwies sich dennoch als aufwendig. Mühevoll war es auch, die handschrift-

lichen Texte zu transkribieren. Schwierigkeiten bereitete das Weglassen, denn Carl Goerdeler besaß einen ausgeprägten Drang, seine Gedanken schriftlich niederzulegen. So werden die Leser, die einigermaßen mit der Literatur über den nationalkonservativen Widerstand vertraut sind, je nach Interessenlage das Eine oder Andere vermissen. Aus meiner Sicht ist die Beschränkung bei den Reiseberichten zu bedauern. Es werden nur solche ausgewählt, die Goerdeler nach Visiten bei europäischen Großmächten, in den USA und in Palästina verfasste. Zwar ist zuzustimmen, dass die Kontakte mit den Großmächten auf dem alten Kontinent und in Übersee besonders wichtig waren im Konzept Goerdelers, alles dafür zu tun, um einen großen Krieg zu verhindern (S. ix–xiii).

Auch der Bericht über den Besuch in Palästina ist schon deshalb von Bedeutung, weil er Auskunft über die Haltung Goerdelers gegenüber den Juden gibt (ebenda). Aber die These, dass die Berichte über die Reisen z.B. in die Türkei, nach Italien, in die Balkanstaaten und nach Nordafrika »nur geringe politische Aussagekraft« hätten (ebenda), ist wenigstens in Frage zu stellen. Wir erfahren in diesen Berichten viel über des Schreibers Position zum Faschismus (vor allem im Vergleich Italien-Deutschland, der von Goerdeler mehrfach angestellt wird) und zur Kolonialfrage. Nach den Berichten über kolonial abhängige Länder zu urteilen, beharrte Goerdeler nicht auf Kolonien für Deutschland, was in der Literatur behauptet wird; er outlet sich vielmehr als ein Vertreter des Neokolonialismus und steht dem direkten Erwerb von Kolonien skeptisch gegenüber. Außerdem verraten die Reiseberichte insgesamt viel vom Weltbild Goerdelers, denn interessant an ihnen ist nicht so sehr, wie ihr Realitätsgehalt zu bewerten ist, sondern wie der Schreiber, der sich offensichtlich auf jede Reise gut vorbereitete, die Länder sah resp. sehen wollte.

Die Edition wurde für den Benutzer vorzüglich aufbereitet. Einer Betrachtung Hans Mommsens zum Platz Goerdelers im Widerstand gegen Hitler folgen eine Darlegung zu den Prinzipien der Herausgeber sowie Hinweise zur Benutzung. Die ausgewählten Dokumente sind nach inhaltlichen Gesichtspunkten in Kapiteln zusammengefasst und in sich chronologisch geordnet. Das erste Kapitel enthält Goerdelers Äußerungen zur Kommunalpolitik, das zweite behandelt sein Mitwirken in der Reichspolitik während der Zwischenkriegszeit in verschiedenen Ämtern, das dritte die Versuche, über Denkschriften und andere Beratung bis 1936 auf Regierungsstellen Einfluss zu nehmen. Im vierten Kapitel werden seine Vorstellungen über die Wirtschaft und Außenpolitik bis zum Kriegsausbruch vorgestellt, also für den Zeitraum, als er noch Hoffnung hegte mit helfen zu können, den Krieg zu verhindern. Im fünften und sechsten Kapitel werden sein Bruch mit dem NS-Regime und Denkschriften zwischen 1941 und 1944 dokumentiert, das abschließende siebte enthält bislang nur auszugweise veröffentlichte Schriften aus der Todeszelle.

Jedem der Kapitel ist eine instruktive Einleitung vorangestellt, die für Fachleute wie für interessierte Laien eine unverzichtbare Hilfe darstellt. Das Gleiche gilt für die

weiterführenden Literaturhinweise sowie Anmerkungen, in denen uns heute nicht so geläufige Begriffe und Ereignisse erläutert oder Personen kurz vorgestellt werden.

Aus der Fülle zu erörternder Probleme beschränke ich mich auf drei: auf die Wertung der Persönlichkeit Goerdelers, auf die Diskussion darüber, wann er mit dem NS-Regime seinen Bruch vollzog und auf seine Haltung zur Judenfrage. Zu allen drei Problemen äußert sich Hans Mommsen in seiner Einführung dezidiert, an Hand der Dokumentation kann jeder des Mitherausgebers Position bestätigt oder sich zu einer anderen Auffassung veranlasst sehen.

Die Einleitung ist ein Gang durch die Entwicklung der Literatur über den 20. Juli und die Rolle Goerdelers in der Verschwörung, wobei der Autor, der sich nicht zu überschätzende Verdienste in der Widerstandsforschung erwarb, sich als souveräner Kritiker erweist. Gerade deshalb verwundert, wenn er Ines Reichs gedruckte Dissertation (Carl-Friedrich Goerdeler: Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat, Köln 1997) als lediglich »Skizze« abtut (S. xxxvii). Diese »Skizze« hat immerhin unsere Kenntnisse über Goerdelers Entwicklung bis 1937 und vor allem über seine Arbeit als Oberbürgermeister so bereichert wie keine andere Darstellung.

Die Leipziger, die es gewohnt sind, seit Beginn der neunziger Jahre mit Goerdeler einen Helden vorgestellt zu bekommen (an diesem Bild hatte freilich Ines Reich Kratzer angebracht), werden von Mommsens kritischer Sicht desillusioniert sein. Er hatte mir gegenüber schon 1992 meine Sicht auf Goerdeler als zu positiv gewertet. Er hatte Recht, ich wusste das damals schon. Ich hatte bis 1989/90 mehr aus didaktischen Gründen, um eine Gegenposition zu Goerdelers überwiegend negativer Darstellung in der DDR zu konterkarieren, manche Retusche angebracht. Mommsen sieht in Goerdeler einen Mann, nicht wurzelnd im westeuropäischen Liberalismus, der die Republik nicht liebte, in der NS-Zeit Chancen sah, die Diktatur, die er so nicht mochte, »in einem etatistisch-autoritären Sinne zurückzubilden« (xlii). Goerdeler sei aber niemals ein Nonkonformist gewesen, er habe, sich quälend, von seinen Illusionen über wirkungsvolle Mitarbeit im Staate Hitlers gelöst und sei schließlich zum wichtigsten Anreger und nie ermüdenden Antreiber in einem oft zögerndem Verschwörer-Kreis geworden. Eindrucksvoll auch der Respekt Mommsens gegenüber der Haltung Goerdelers angesichts des Todes, wie überhaupt die Charakterisierung der Persönlichkeit des Widerständlers zu den ganz starken Passagen dieser bemerkenswerten Einleitung gehört.

Den Bruch mit dem Regime sieht Mommsen erst 1939 als eindeutig identifizierbar an (S. xlivi). Ja, aber ... möchte man da sagen. Bereits Mitte 1935 scheint Goerdeler so weit desillusioniert gewesen zu sein, um sein Amt als OB aufzugeben und nach alternativen Wirkungsmöglichkeiten zu suchen. Zwei Denkschriften zur Innenpolitik 1934 (S. 342 ff.) und zur wirtschaftlichen Lage 1935 (S. 387 ff.) sind so grundsätzlich kritisch angelegt, dass sie darauf hinweisen, der OB wartete nur auf den richtigen

Anlass zum Rücktritt, wie er 1936 durch die Demontage des Mendelssohn-Denkmales gegeben wurde. Und was die Endgültigkeit der Ernüchterung im Sommer 1939 betraf: Hätte es nach dem Polenfeldzug oder auch noch etwas später Anzeichen zu einer Verständigung mit Großbritannien gegeben, so wäre der Optimist Goerdeler vermutlich umzustimmen gewesen.

Mommsen würdigt Goerdelers Abscheu vor dem mörderischen Antisemitismus der NS-Machthaber, sieht in dessen Vorschlägen zur Lösung der so genannten Judenfrage aber doch den »Einklang« mit den »in der deutschen Oberschicht verbreiteten Vorstellungen eines dissimilatorischen Antisemitismus« (S. lxi). Zu fragen ist jedoch, ob nicht Goerdelers Pragmatismus ausschlaggebend dafür war, z. B. den Juden außerhalb Deutschlands einen Nationalstaat zu schaffen, weil andere Auswege kaum gangbar schienen. Die positiven Äußerungen zum jüdischen Schöpfertum im Bericht nach der Palästina-Reise und gerichtet an höchste Würdenträger des Reiches (S. 627 ff.) sind jedenfalls bemerkenswert, berücksichtigen wir die Zeit nach dem Pogrom vom November 1938.

Insgesamt verdient die Edition große Beachtung in Forschung und Lehre sowie in der Öffentlichkeit.

2 Bände, lxxxv / 1295 Seiten, Ladenpreis: 48 Euro

Werner Bramke

Mein Stadtteil. Der Leipziger Westen für Grundschulkinder
hrsg. vom Lindenauer Stadtteilverein

Pro Leipzig mit freundlicher Unterstützung durch die
Gemeinschaftsinitiative URBAN II »Leipziger Westen«, Leipzig 2003

Das hier vorzustellende Heft des Vereins Pro Leipzig müsste eigentlich von einem Grundschulkind oder wenigstens einem Lehrer rezensiert werden. An erstere wendet sich das durchgängig bunt bebilderte Heft. »Wo kommt ihr denn her?« wird eingangs gefragt und Schritt für Schritt versucht, Kindern die westlichen Stadtteile Leipzigs näher zu bringen. Gleich eingangs werden die im Heft verwendeten Zeichen erläutert, die zum Ausmalen von Bildern oder Einkleben eigener Fotos einladen. Ansatz des Heftes ist es, deutlich zu machen, dass es sich bei Leipzig um eine Stadt handelt, die aus verschiedenen Dörfern mit jeweils eigener Geschichte zusammengewachsen ist. So werden alle Dörfer und nunmehrigen Stadtteile (Leutzsch, Lindenau, Plagwitz, Schleußig, Kleinzschocher) kurz vorgestellt. Mittels sensationell klingender Fragen (»Wisst ihr Schleußiger Kinder eigentlich, dass ihr auf einer Insel wohnt?«) werden die Leser neugierig gemacht und unmittelbar in das Gelesene einbezogen. Viele Fotos und Bilder illustrieren die Texte, tragen aber häufig keine Unterschriften, so dass der genaue Zusammenhang unklar bleibt. Nach den jeweiligen Einführungstexten folgen stets Beiträge zu speziellen Themen, die für den jeweiligen Stadtteil typisch sind. So gibt es eine Vorstellung des Auenwaldes, dazu eine Kräuterküche mit Kochrezepten, einen Text zur Nathanaelkirche, zum Turnvater Goetz, zur Kleinmesse, zum Palmengarten und zum Adler. Damit wird deutlich gemacht, wo Kinder auf eigene Faust ihre Umgebung erkunden können und Genaueres zur Geschichte ihres Stadtteils erfahren. Diesem Zweck dient auch eine Liste mit Adressen von Kirchen, Vereinen, Theatern, Bädern u.s.w. am Ende des Hefts. Wie bereits im Fockeberg-Heft von Pro Leipzig, das die Leipziger Südvorstadt zum Gegenstand hatte, wird Kindern auf spielerische Art und Weise und durch Einladungen zum Mitmachen ihr Stadtteil näher gebracht. So erfährt der Leser durch die Fragen eines Enkels an seinen Großvater die Industrialisierungsgeschichte von Plagwitz. Fraglich erscheint daher, ob eine gänzlich fiktive Geschichte wie »Konrad und die Räuber« mit zahlreichen phantastievollen Zeichnungen allein für das Mittelalter stehen muss. Insgesamt ist das Heft mit seiner großen, angenehmen Schrift sowie sehr guten Fotos und Bildern eine gelungene Handreichung für den Heimat-/ Sachkundeunterricht oder das eigene Erkunden des Stadtteils. Es bleibt zu wünschen, dass das Stadtteilheft Vorbild für weitere Kinderliteratur zur Leipziger Geschichte ist, denn diese ist bislang rar gesät.

60 Seiten, Ladenpreis: 6 Euro

Markus Cottin

Archäologie und Architektur. Das frühe Leipzig
hrsg. von Wolfgang Hocquél; Kulturstiftung Leipzig.
Sax-Verlag, Beucha 2003

Der unbefangene Leser denkt aufgrund des Untertitels der Broschüre vielleicht zuerst an einen Überblick zu Leipzigs Frühgeschichte. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Veröffentlichung von Beiträgen, die einen Zeitraum von etwa 600 Jahren aus der Stadtgeschichte Leipzigs sowie Themen aus der Leipziger Region umfassen. Ihren gemeinsamen Nenner haben die Beiträge in einem Kolloquium, das Juni 2000 zur Erinnerung an den 100. Geburtstag von Herbert Küas (1900–1983) veranstaltet wurde und mit den einzelnen Beiträgen nochmals Anregungen und Arbeitsgebiete des verdienten Leipziger Archäologen und Kunsthistorikers aufnehmen und erörtern wollte.

Eingeleitet wird mit einem Bericht von Manfred Unger, der unter Einbeziehung eigener Erinnerungen den Lebensweg von Herbert Küas nachzeichnet und zugleich dessen Lebensleistung herausstellt, die ihm nicht nur in seiner Heimatstadt Leipzig, sondern in Sachsen, in der deutschen Stadtkernforschung der Nachkriegszeit und im internationalen Rahmen einen geachteten Namen eintrug. Thomas Westphalen informiert zum Forschungsstand der frühen Burgen Leipzigs, die man sich bescheidener zu denken habe, als von Küas einst angenommen, ein Thema, das u.a. auch von Thomas Vogtherr wieder aufgegriffen wird, der unter Heranziehung der Pegauer Annalen zu den Jahren 1215 bis 1218 über den Nutzen der Schriftquellen für den Archäologen referiert. Weiterhin vorgetragen wird von Andreas Büttner zu den jüngsten Ausgrabungen am Thomaskirchhof, von Thomas Noack zur Geschichte der Pleißenburg bis in das 16. Jahrhundert, von Wolfgang Hocquél zur mittelalterlichen Nikolaikirche, insbesondere zu ihrem Dachstuhl, von Alberto Schwarz zu den Etappen der Baugeschichte des Alten Rathauses und von Christian Ronnefeldt zur Wiederentdeckung der Grimmaischen Vorstadt.

In allen Beiträgen wird auf die Sichtweise von Küas zurückgegangen, diese aber auch ergänzend konfrontiert mit seither gewonnenen Ergebnissen. Diese vermitteln, auch wenn man ihrer Einordnung nicht immer ganz folgen will (S. 89: die Nikolaikirche ist wieder die älteste Kirche), insgesamt einen erfreulich großen Zuwachs in der Kenntnis von Leipzigs Stadtgeschichte bis hinein in die Zeit des Barock.

Einen eigenen Block bilden die letzten drei Beiträge. In einem knappen Konspekt beschreibt Wolfgang Hocquél, wie Küas 1959 bis 1967 gemeinsam mit dem Landesmuseum für Vorgeschichte Dresden in der Burg des Wiprecht von Groitzsch (um 1050–1124) den Wohnturm und speziell die Rundkapelle, Sachsens ältesten erhal-

tenen sakralen Steinbau, ergraben, konserviert und restauriert hat. Im Anschluss daran berichtet Gerhart Pasch als Beteiligter anhand von zwei Beispielen, mit welchem Forscherdrang und welcher Energie Küas zur Rückgewinnung von baulicher Authentizität bei seiner Tätigkeit vorging (1971 die Dorfkirche von Kulkwitz mit romanischem Westeingang; seit 1972 die St. Andreas-Kirche in Knautnaundorf als weitere Rundkapelle Wiprechts).

Und schließlich: Ausdrücklich hervorzuheben sind die beigefügten Abbildungen. Mehr als 80 an der Zahl, darunter drei farbig, bieten sie zumeist einen hohen Informationsgehalt und stellen so, weil sonst oft nicht ohne Mühe zugänglich, eine wichtige Hilfe dar bei der eigenen Beschäftigung mit den in der Veröffentlichung angesprochenen Sachverhalten.

160 Seiten, zahlreiche Abb., Ladenpreis: 12 Euro

Gerhard Graf